

Kreisarchiv Stormarn E103

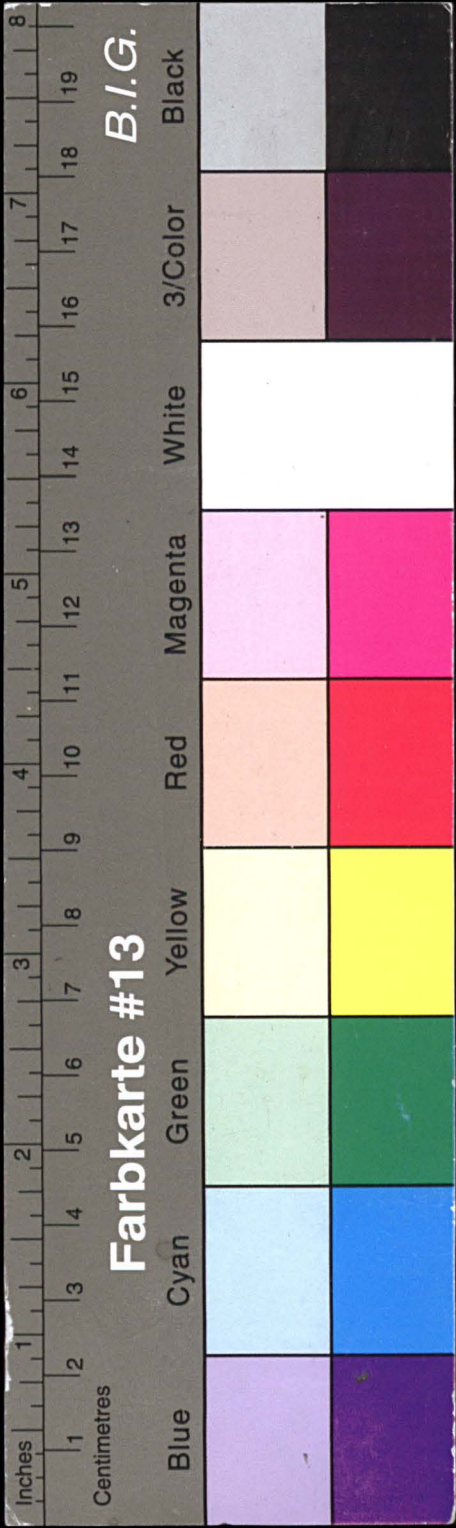
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Kreisarchiv Stormarn

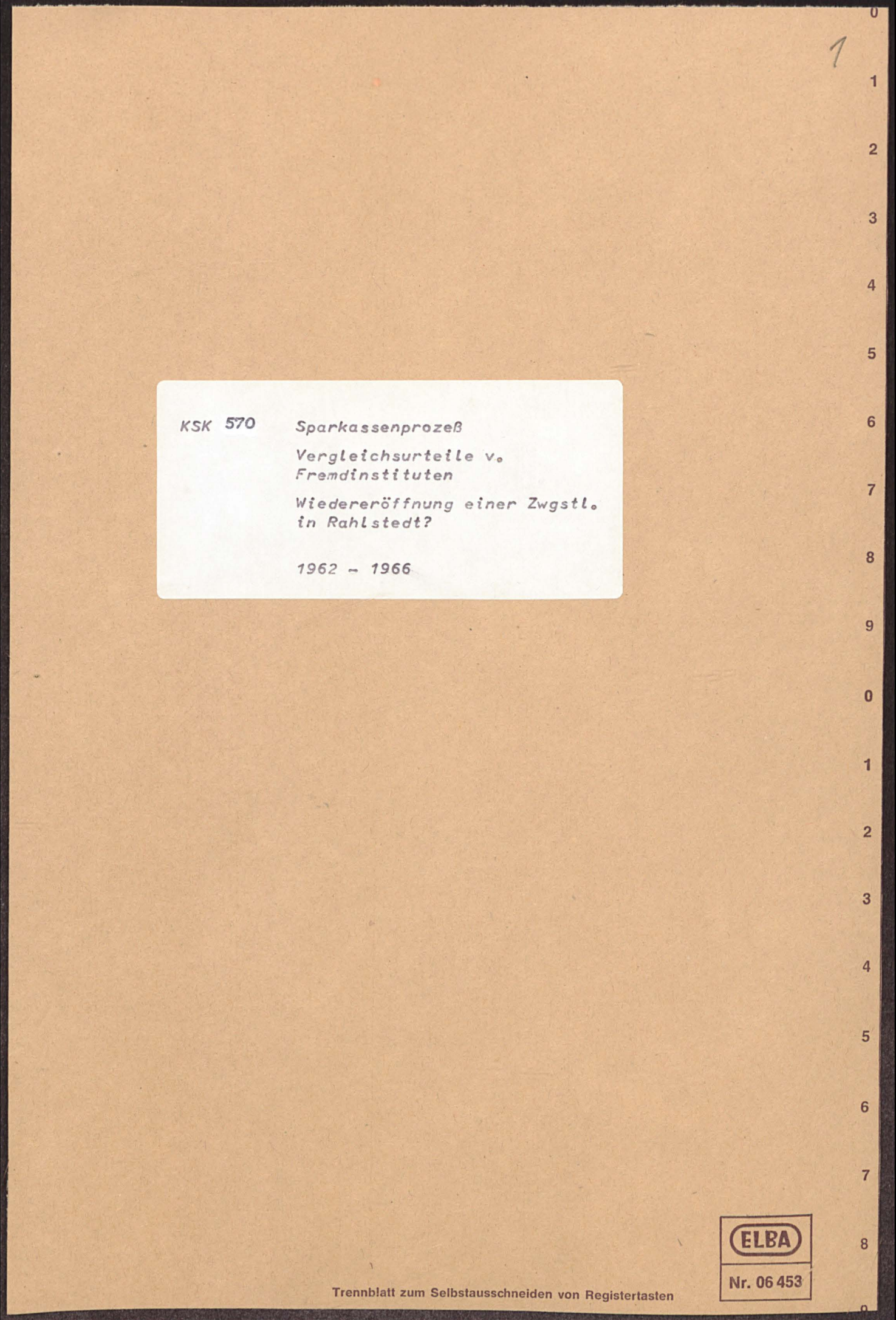
Bestand E103

266



Kreisarchiv Stormarn E103

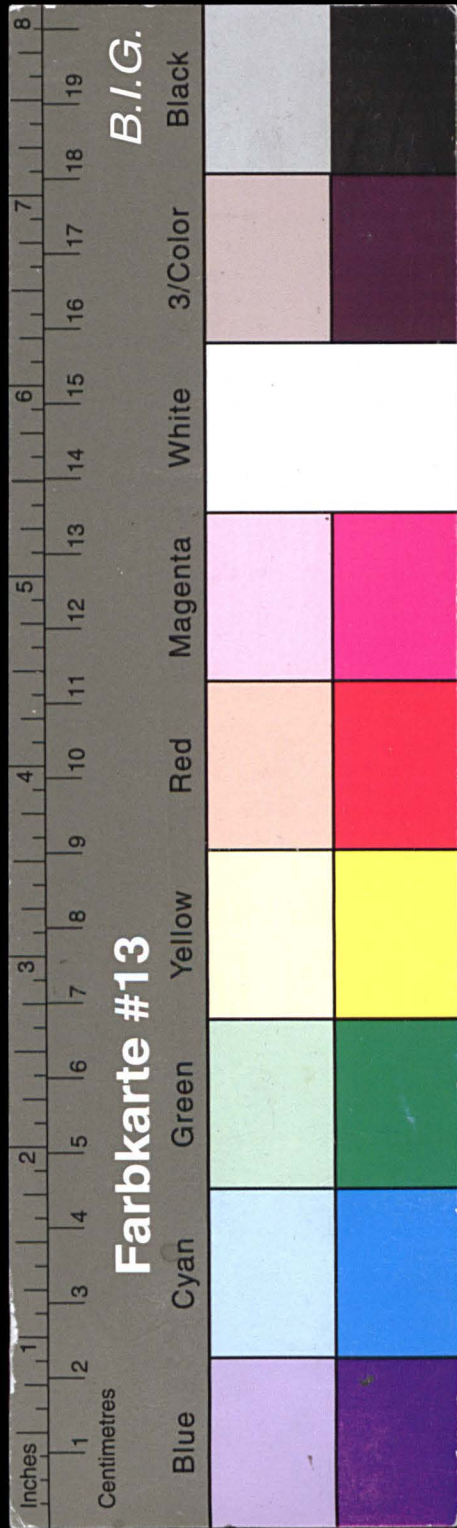
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



KSK 570 Sparkassenprozeß
Vergleichsurteile v.
Fremdinstituten
Wiedereröffnung einer Zwgsl.
in Rahlstedt?

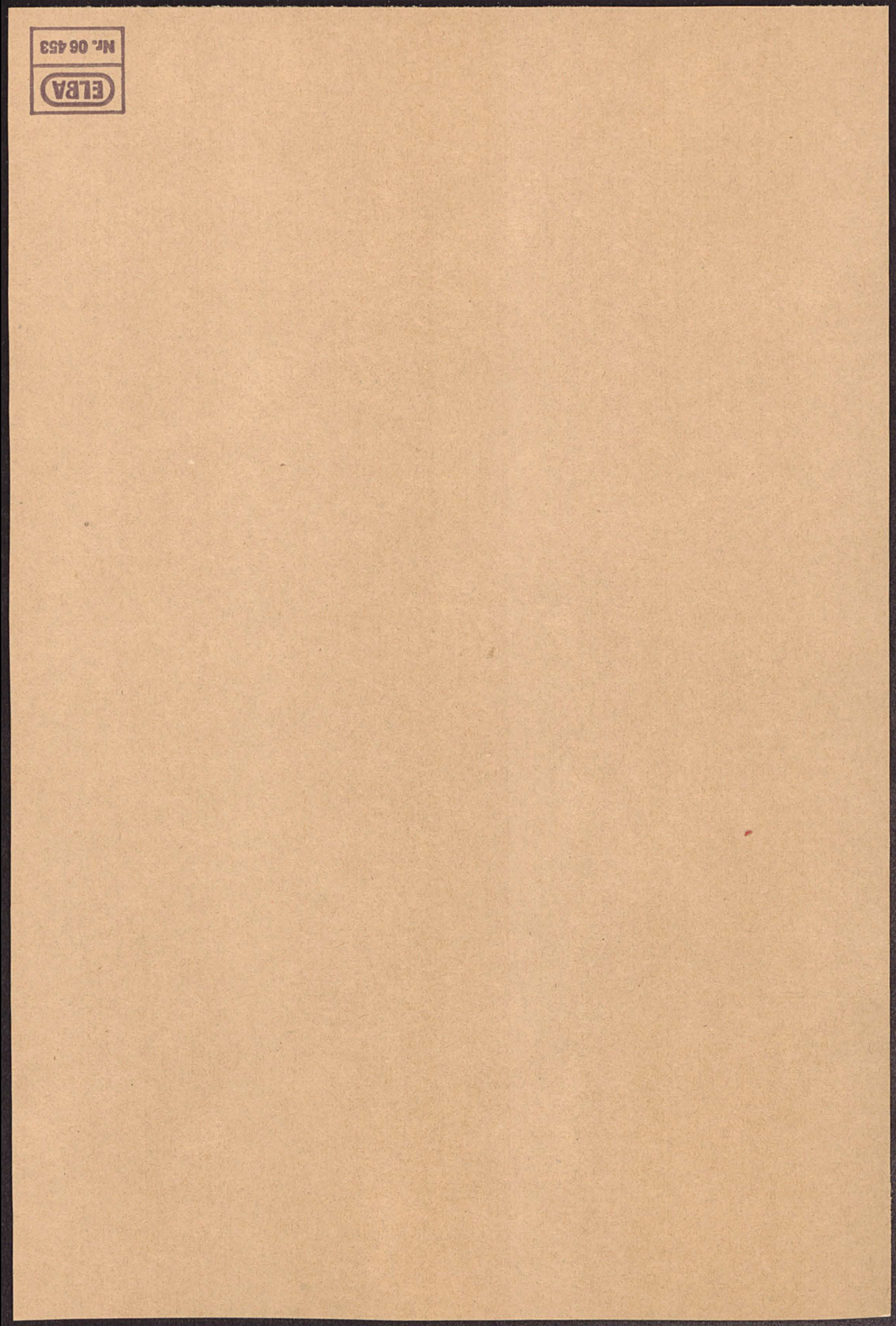
1962 – 1966





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



010/512 - Aufnahmeblock für Gesprächs-Vermerke
Allg. Verw. Nr. 21 - Deutscher Gemeindeverlag - Frankfurt a. M.

W. Kohlhammer

Vermerk über ein Gespräch

mit ~~Herrn~~ - ~~Frau~~ X ~~Präsident~~ X

Kreisverwaltung
Herrn Boje u. Herrn Finnern
in Bad Oldesloe

Telefonisch ²
~~Persönlich~~

Datum - Uhrzeit: 26./29.6.1962

Telefon-Nr. - Nebenstelle:

Inhalt des Gesprächs:

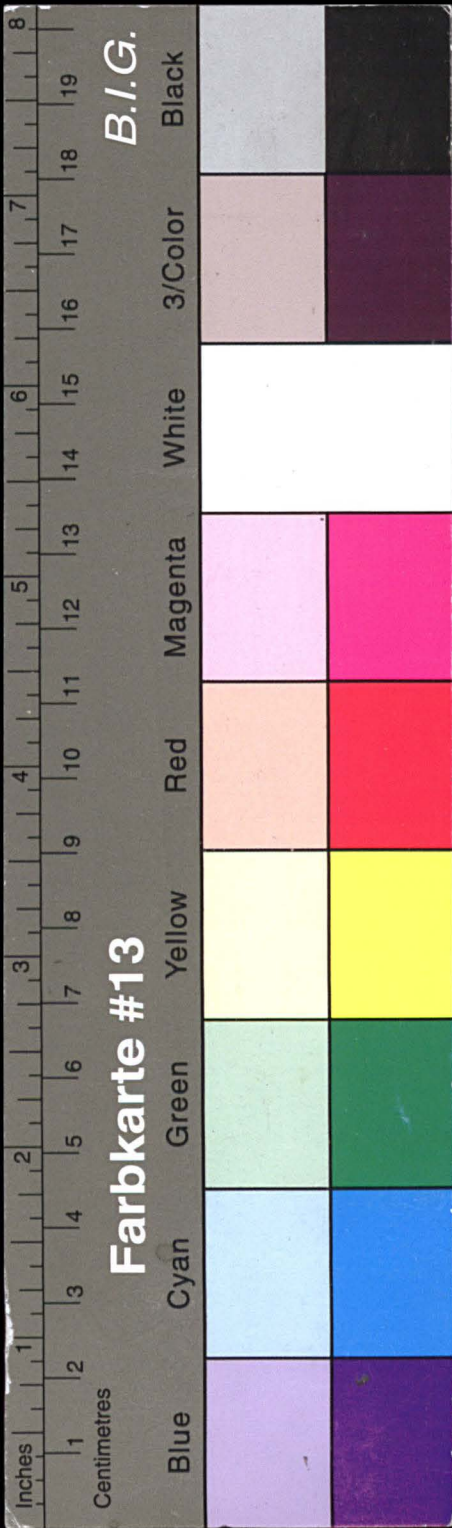
Die Herren haben wiederholt im Vorzimmer und bei mir um Übersendung einer Abschrift des Urteils i.Sa. Hamburger Sparkassenprozeß gebeten, um eine Anfrage einer Nordrheinischen Sparkasse, die sich in ähnlicher Lage befindet, zu beantworten. Ich habe Herrn Boje heute gebeten, uns diese Anfrage doch möglichst zur direkten Erledigung zu übersenden.

Aufgenommen von: *[Signature]*

Vorlage an: Herrn Direktor Vorhaben

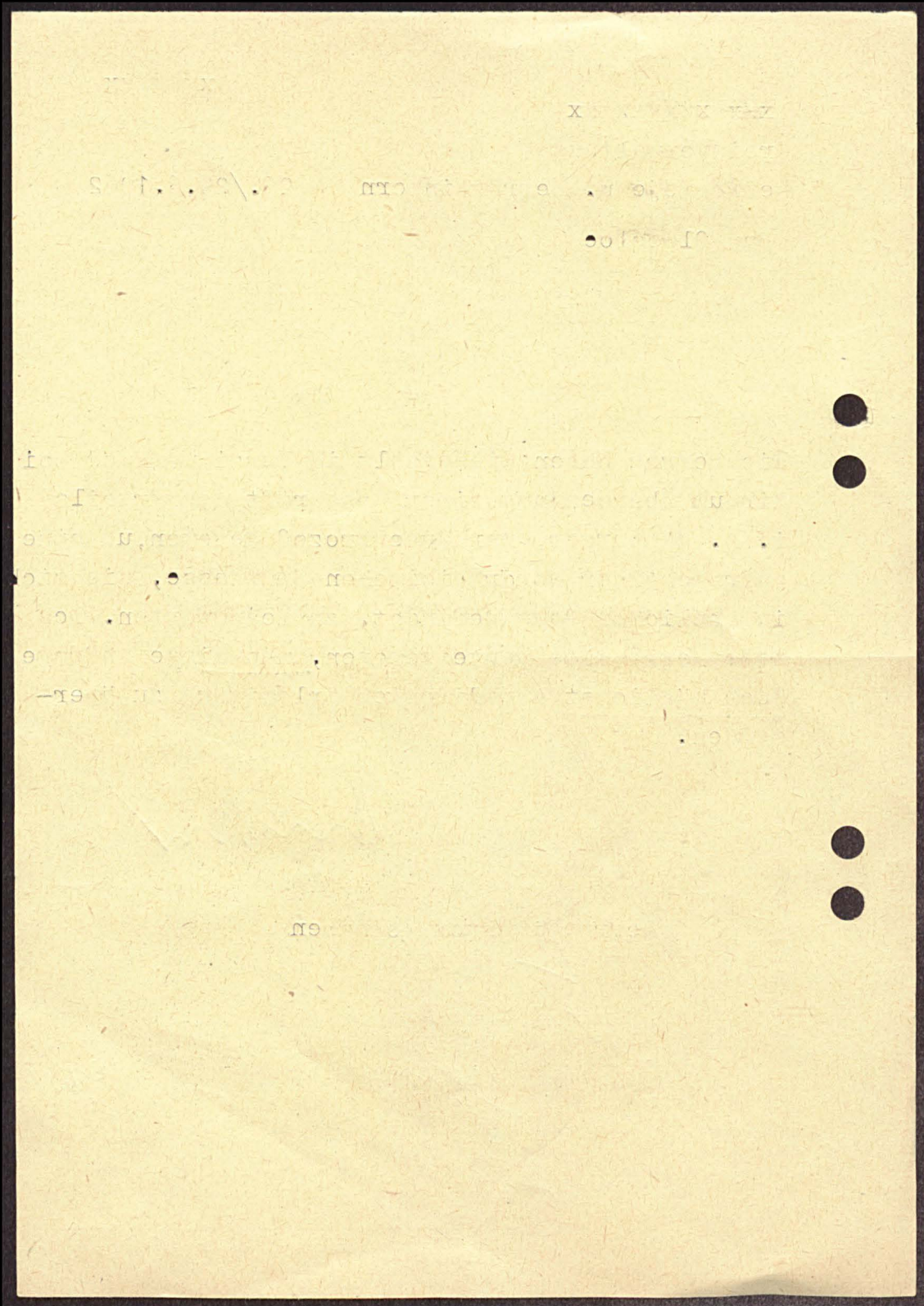
Erledigungsvermerk: *das ist doch wohl selbstverständlich*

(Unterschrift)



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Vermerk über ein Gespräch

mit Herrn - Frau - Firma **Kreisverwaltung**
Herrn Boje u. Herrn Finnern
Bad Oldesloe
in

Telefonisch
Persönlich

Datum - Uhrzeit: 26./29.6.1962

Telefon-Nr. - Nebenstelle:

Inhalt des Gesprächs:

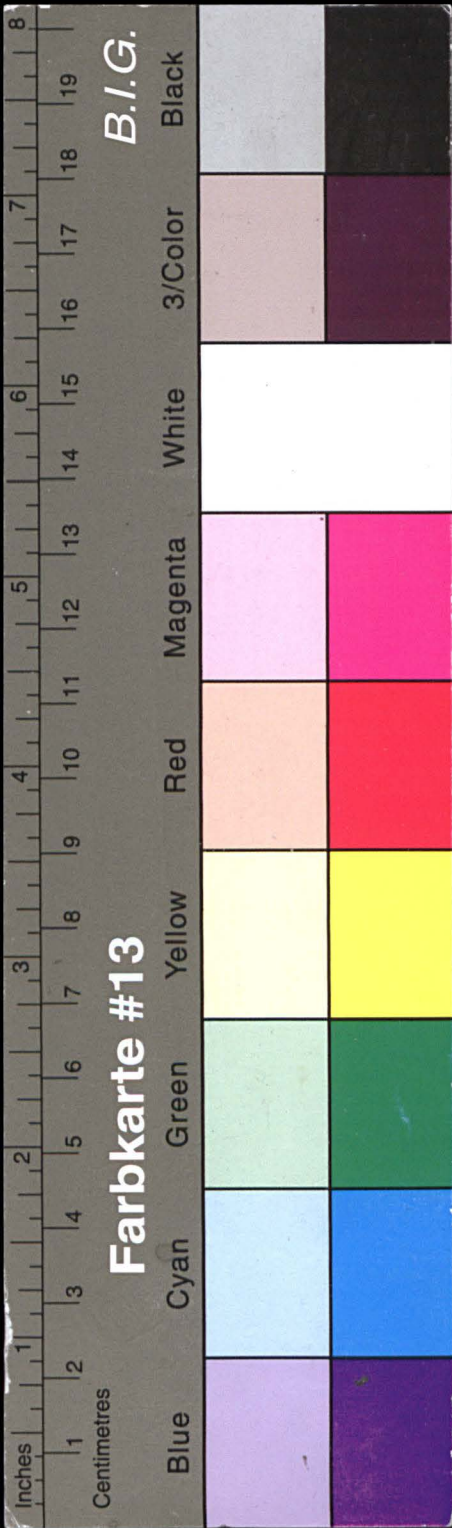
Die Herren haben wiederholt im Vorzimmer und bei mir um Übersendung einer Abschrift des Urteils i.Sa. Hamburger Sparkassenprozeß gebeten, um eine Anfrage einer Nordrheinischen Sparkasse, die sich in ähnlicher Lage befindet, zu beantworten. Ich habe Herrn Boje heute gebeten, uns diese Anfrage doch möglichst zur direkten Erledigung zu übersenden.

Aufgenommen von: *[Signature]*

Vorlage an: Herrn Direktor Vorhaben

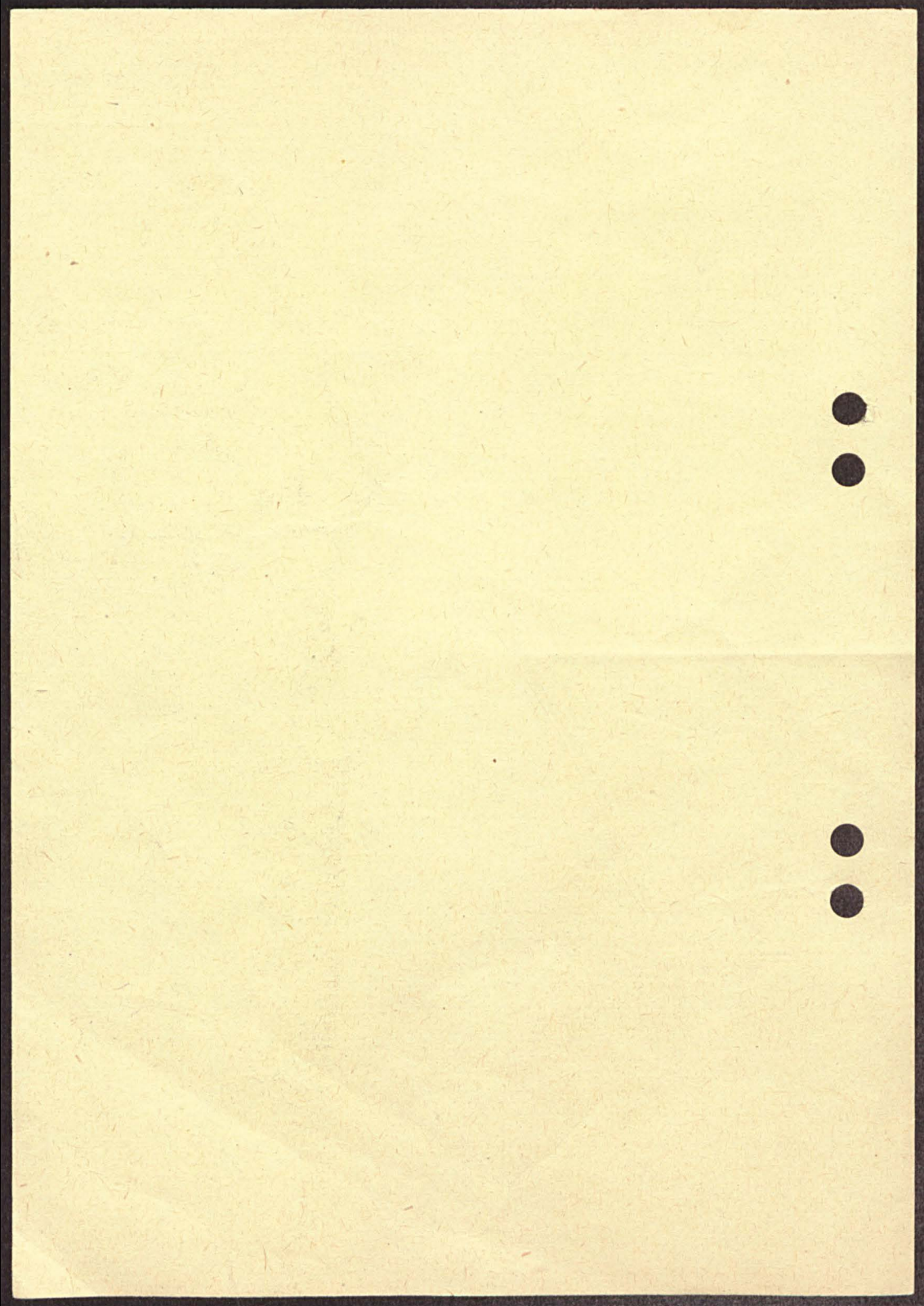
Erledigungsvermerk:

(Unterschrift)




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



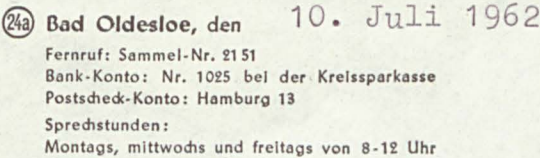
1 3 4

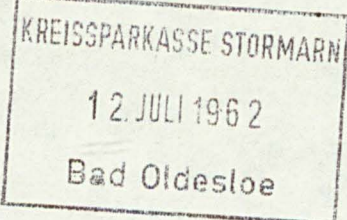
 **KREIS STORMARN**
Der Kreisausschuß
Kämmereiamt

G.-Z.

Herrn
Sparkassendirektor Rieken
Kreissparkasse Stormarn

206 Bad Oldesloe

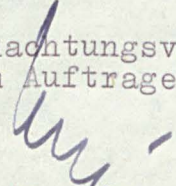
 **Bad Oldesloe, den 10. Juli 1962**
Fernruf: Sammel-Nr. 21 51
Bank-Konto: Nr. 1025 bei der Kreissparkasse
Postsparkasse-Konto: Hamburg 13
Sprechstunden:
Montags, mittwochs und freitags von 8-12 Uhr

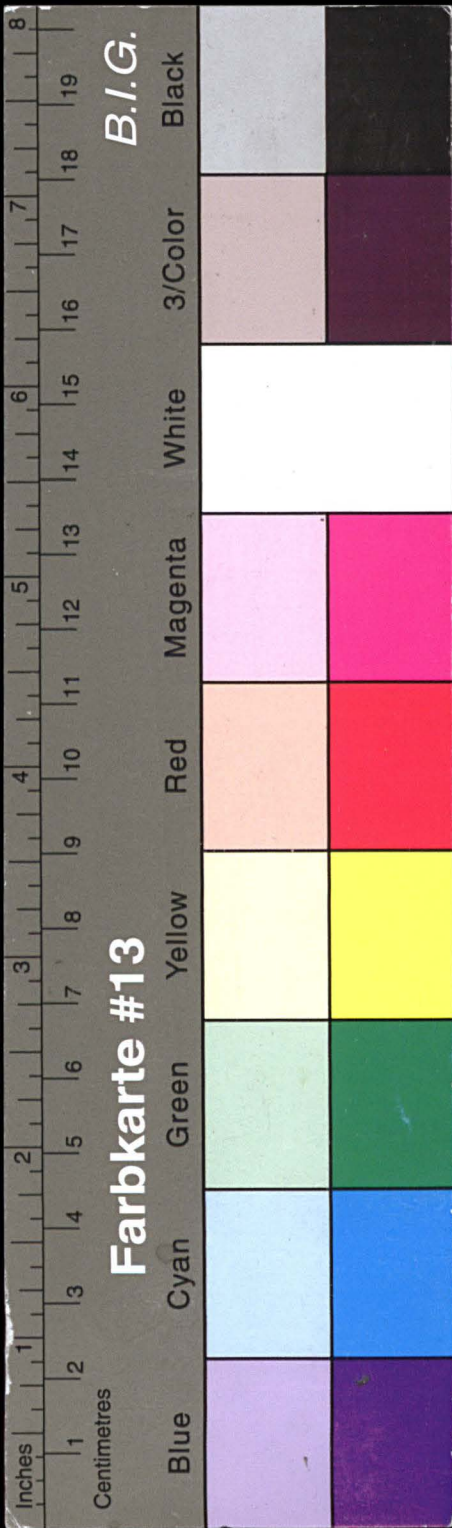
 **KREISSPARKASSE STORMARN**
12. JULI 1962
Bad Oldesloe

Betr.: Anfrage des Landkreistages Nordrhein-Westfalen
Anlg.: - 1 -

Sehr geehrter Herr Direktor Rieken,

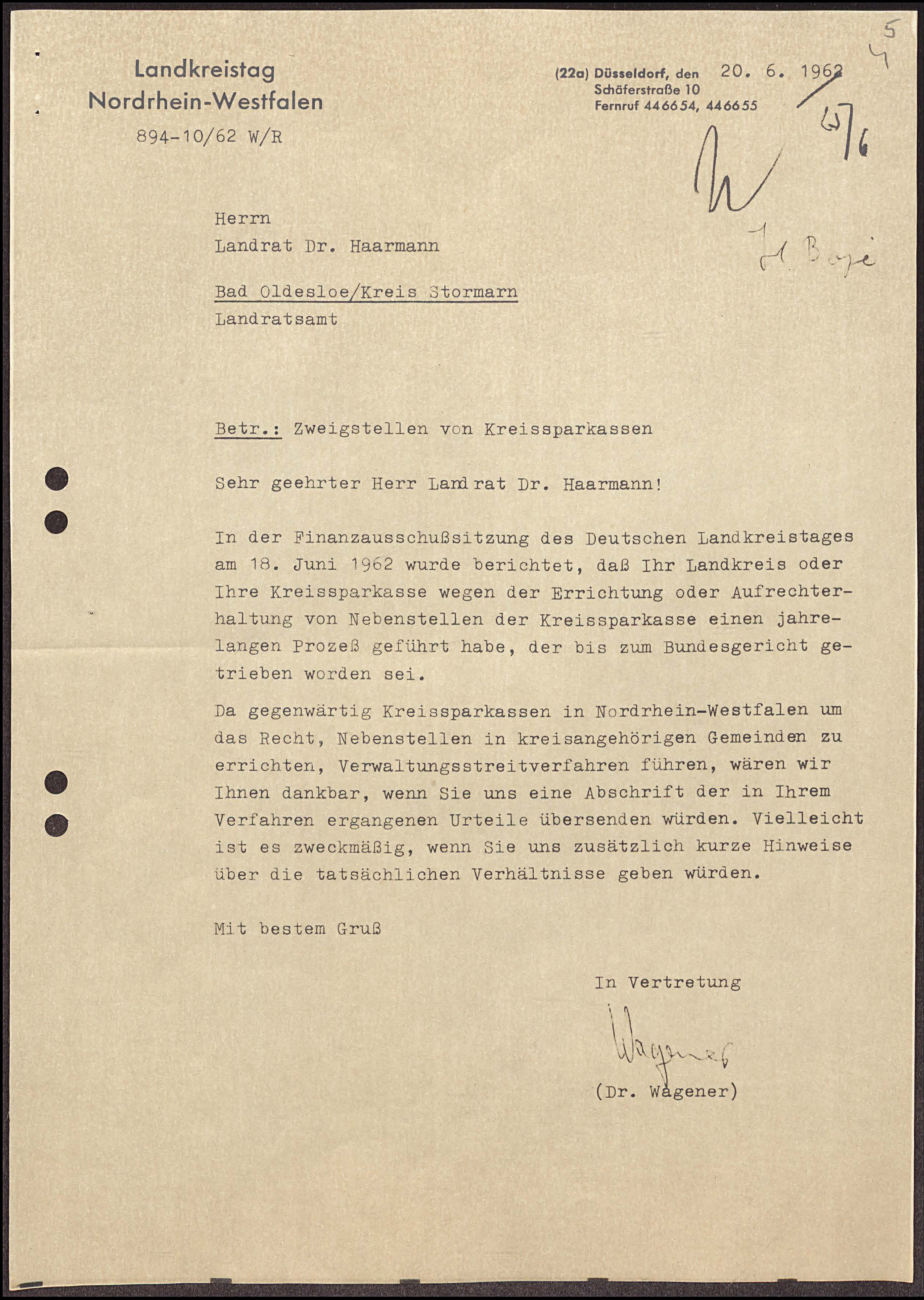
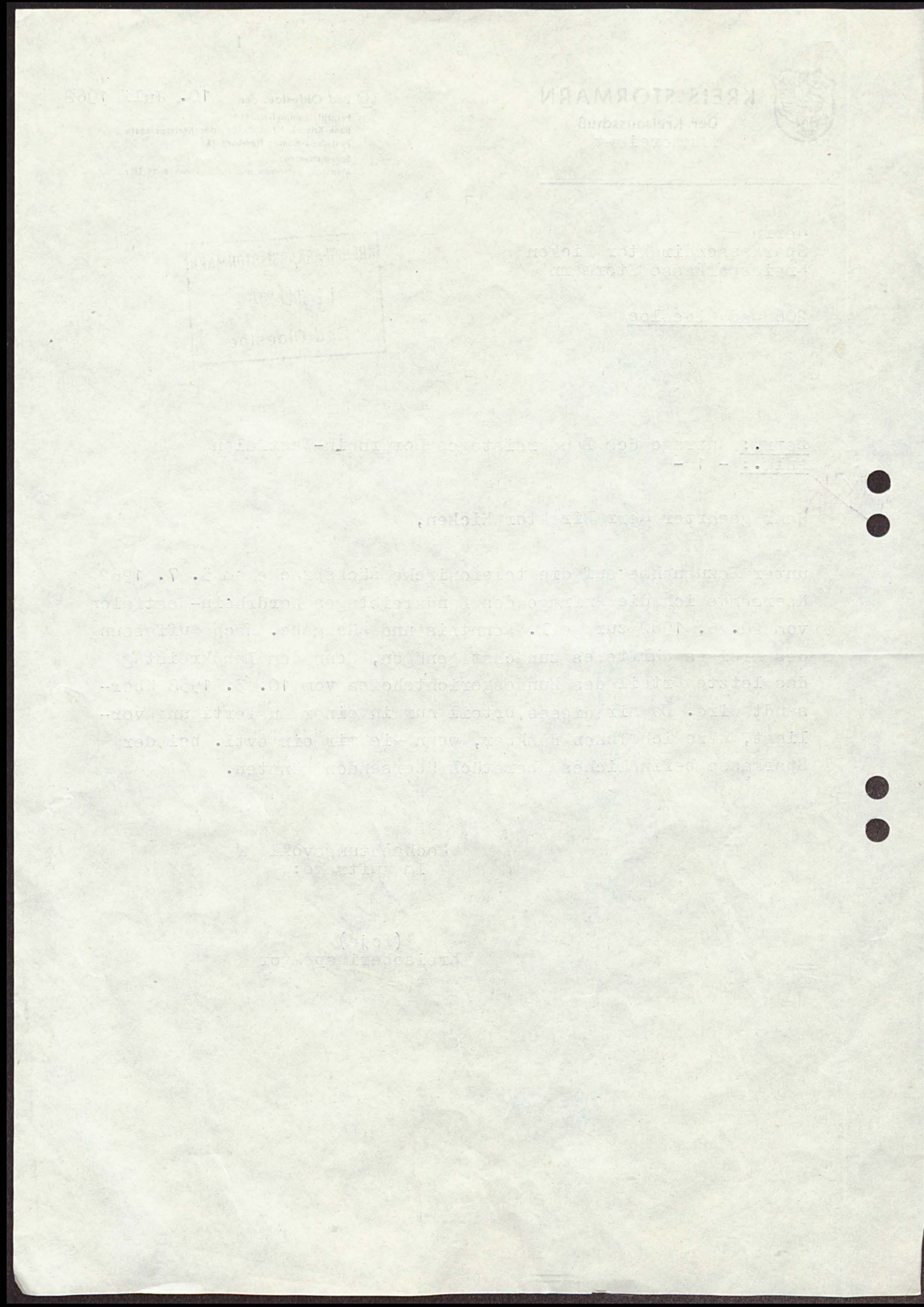
unter Bezugnahme auf die telefonische Rücksprache am 5. 7. 1962
übersende ich die Anfrage des Landkreistages Nordrhein-Westfalen
vom 20. 6. 1962 zur gefl. Kenntnis und Rückgabe. Nach Auffassung
des Kreises dürfte es zunächst genügen, wenn dem Landkreistag
das letzte Urteil des Bundesgerichtshofes vom 10. 3. 1958 über-
sandt wird. Da mir dieses Urteil nur in einer Ausfertigung vor-
liegt, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir ein evtl. bei der
Sparkasse befindliches Überstück übersenden könnten.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage:

(Boje)
Kreisoberinspektor



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Landkreistag
Nordrhein-Westfalen
894-10/62 W/R

(22a) Düsseldorf, den 20. 6. 1962
Schäferstraße 10
Fernruf 4466 54, 4466 55

Herrn
Landrat Dr. Haarmann

Bad Oldesloe/Kreis Stormarn
Landratsamt

Betr.: Zweigstellen von Kreissparkassen

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Haarmann!

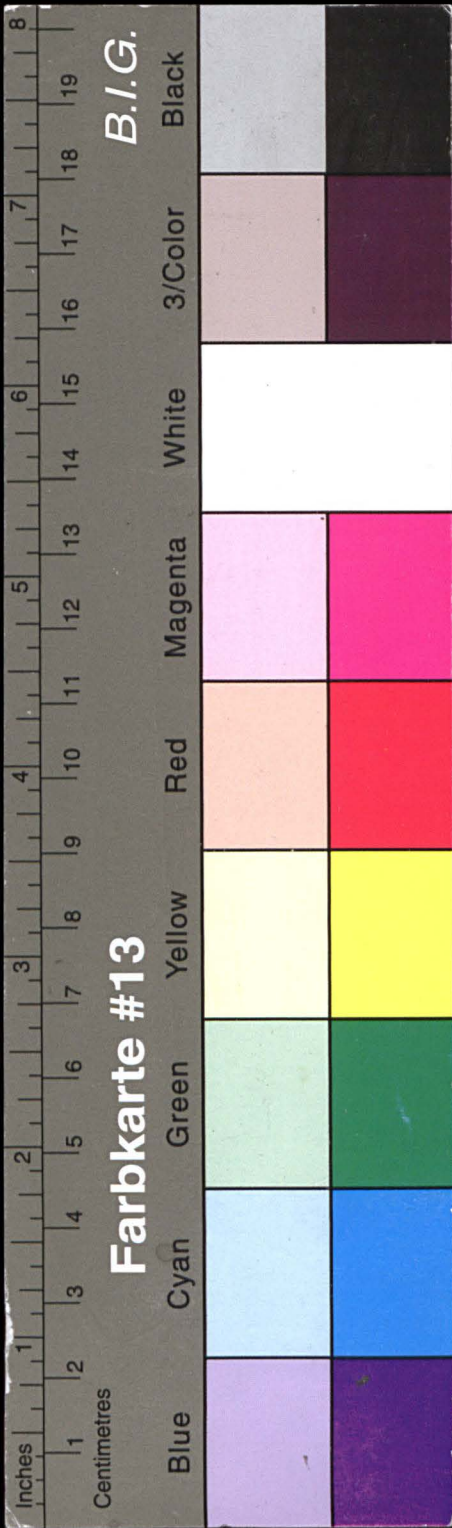
In der Finanzausschußsitzung des Deutschen Landkreistages am 18. Juni 1962 wurde berichtet, daß Ihr Landkreis oder Ihre Kreissparkasse wegen der Errichtung oder Aufrechterhaltung von Nebenstellen der Kreissparkasse einen jahrelangen Prozeß geführt habe, der bis zum Bundesgericht getrieben worden sei.

Da gegenwärtig Kreissparkassen in Nordrhein-Westfalen um das Recht, Nebenstellen in kreisangehörigen Gemeinden zu errichten, Verwaltungsstreitverfahren führen, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns eine Abschrift der in Ihrem Verfahren ergangenen Urteile übersenden würden. Vielleicht ist es zweckmäßig, wenn Sie uns zusätzlich kurze Hinweise über die tatsächlichen Verhältnisse geben würden.

Mit bestem Gruß

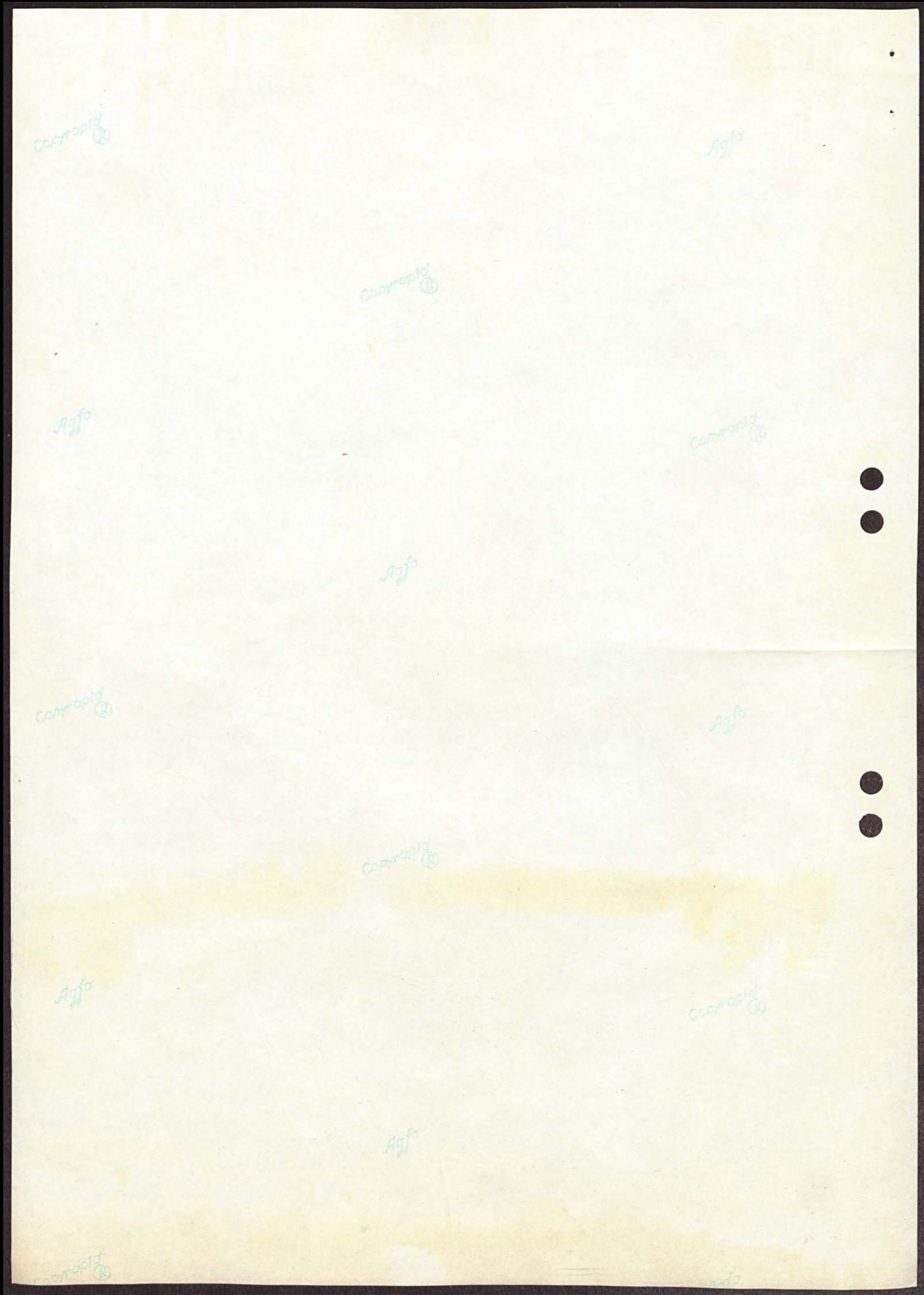
In Vertretung

Wagener
(Dr. Wagener)



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



5⁶

Vermerk

Betr.: Hamburger Sparkassenprozeß

Auf Veranlassung des Herrn L a n d r a t s haben die Herren B o j e und F i n n e r n bereits vor einigen Tagen im Vorzimmer angerufen bzw. auch mit mir gesprochen, um sich zu erkundigen, ob wir noch ein Exemplar der Urteile im Hamburger Sparkassenprozeß hätten. Es hätte sich eine Sparkasse bzw. ein Kreis aus Nordrhein-Westfalen für diese Angelegenheit interessiert. Ich habe damals Herrn B o j e erklärt, er möge uns diese Anfrage hergeben, wir würden sie direkt beantworten.

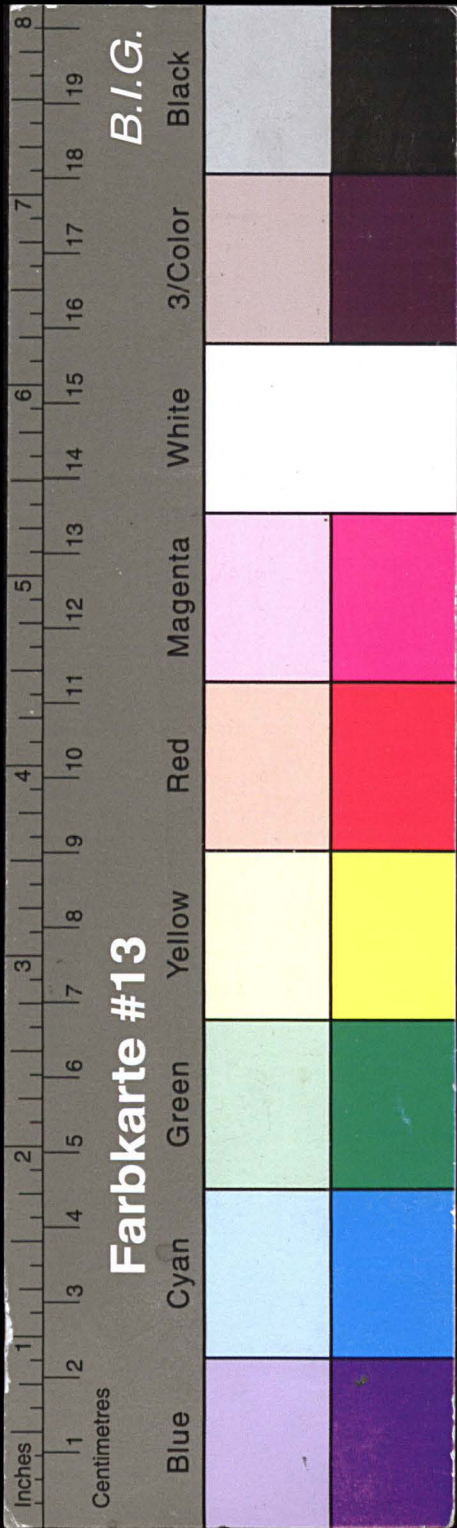
Heute ruft mich nun Herr B o j e erneut an und teilt mir mit, daß der Landrat den Wunsch geäußert hat, wir möchten doch ein überzähliges Exemplar des letzten Urteils, d. h. also des Urteils des Bundesgerichtshofs, nach Möglichkeit zur Verfügung stellen. Die Beantwortung des Schreibens aus Nordrhein-Westfalen möchte der Landrat selbst vornehmen, wobei - wie mir Herr B o j e sagte - auch von persönlichen Bindungen dorthin gesprochen sein soll.

Ich habe Herrn B o j e nochmals erklärt, er möge uns zunächst einmal die Anfrage hergeben, wir würden uns eine Photokopie machen, er könne dann die Anfrage wiederbekommen, dann würden wir in Ruhe nachsehen, was wir hier vorliegen hätten bzw. was wir zu der Anfrage sagen könnten. Die letzte Stellungnahme könnte ja dann der Kreis bzw. der Landrat abgeben.

Bad Oldesloe, den 6. Juli 1962
Rie/We

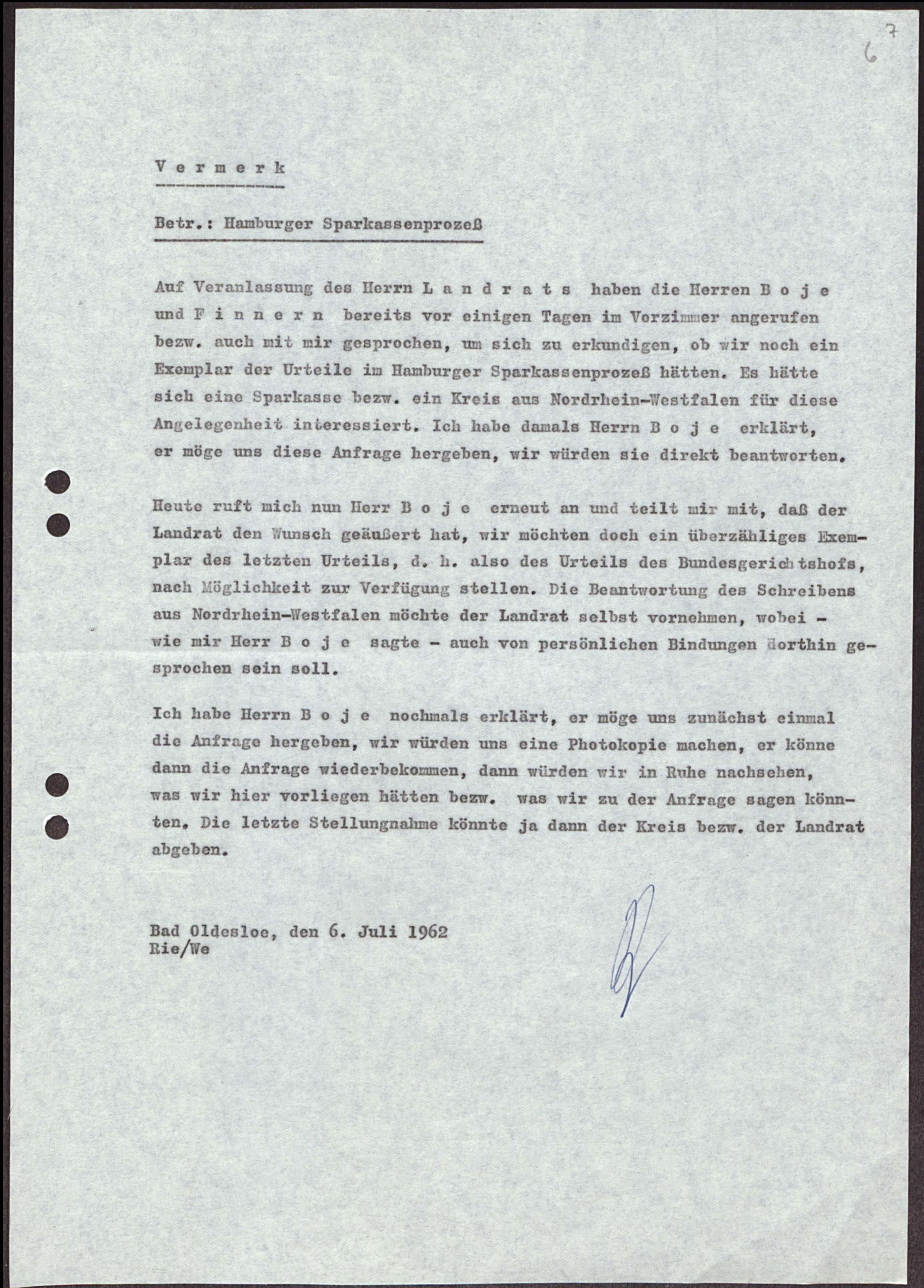
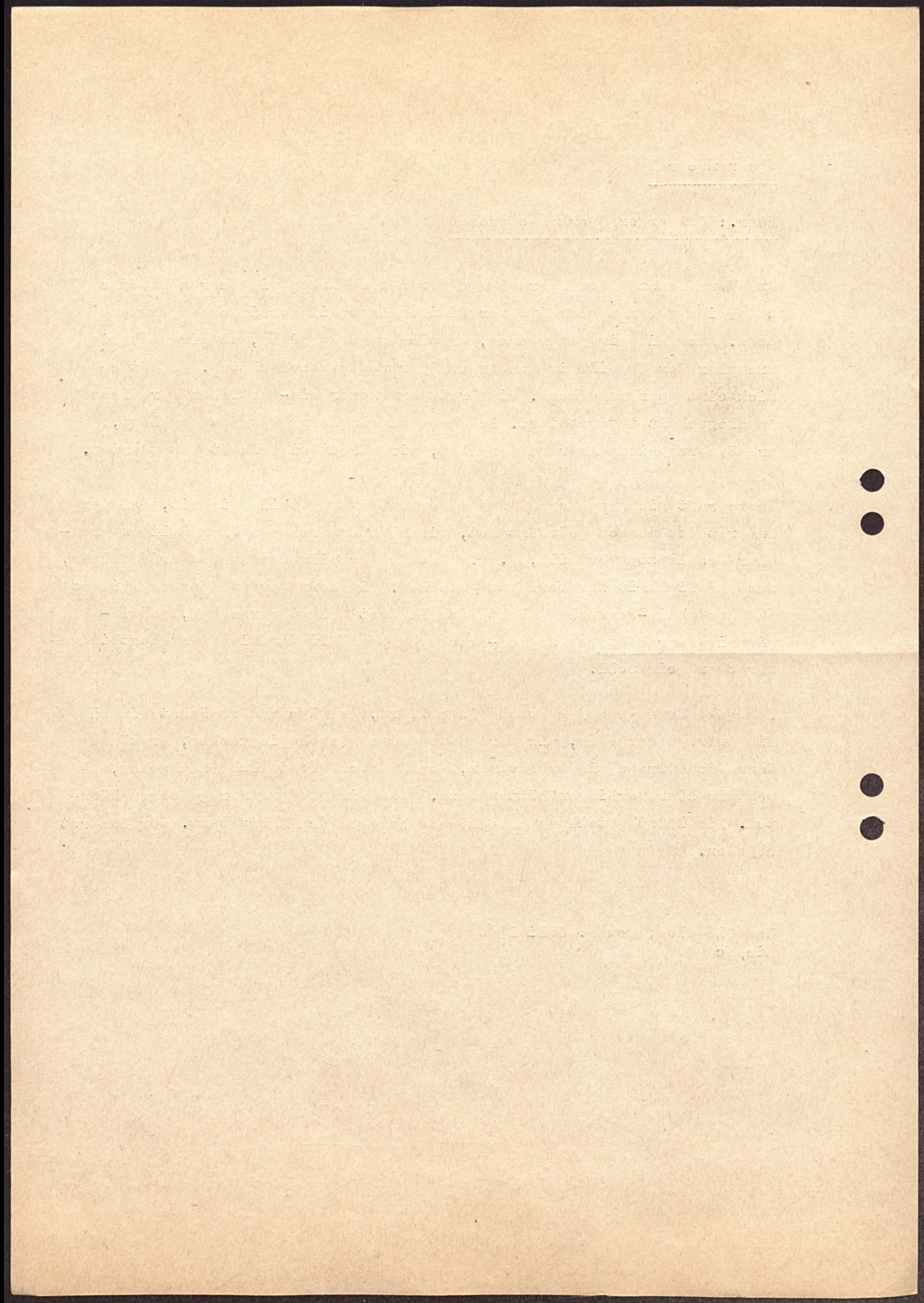
Kirch

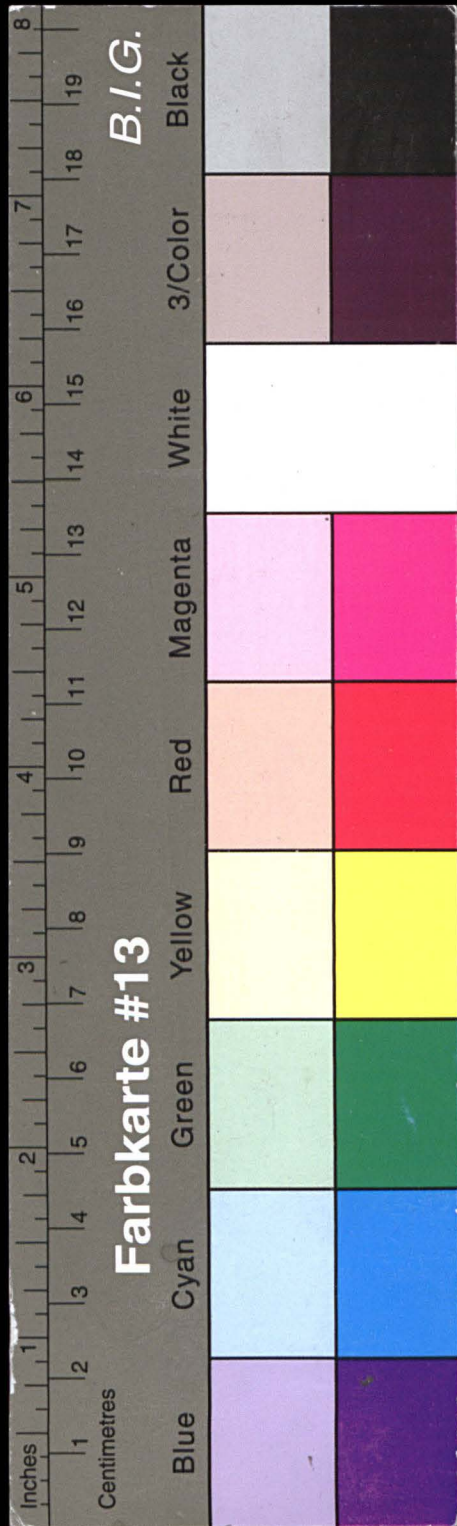
Mir Dr. ~~17.62~~



Kreisarchiv Stormarn E103

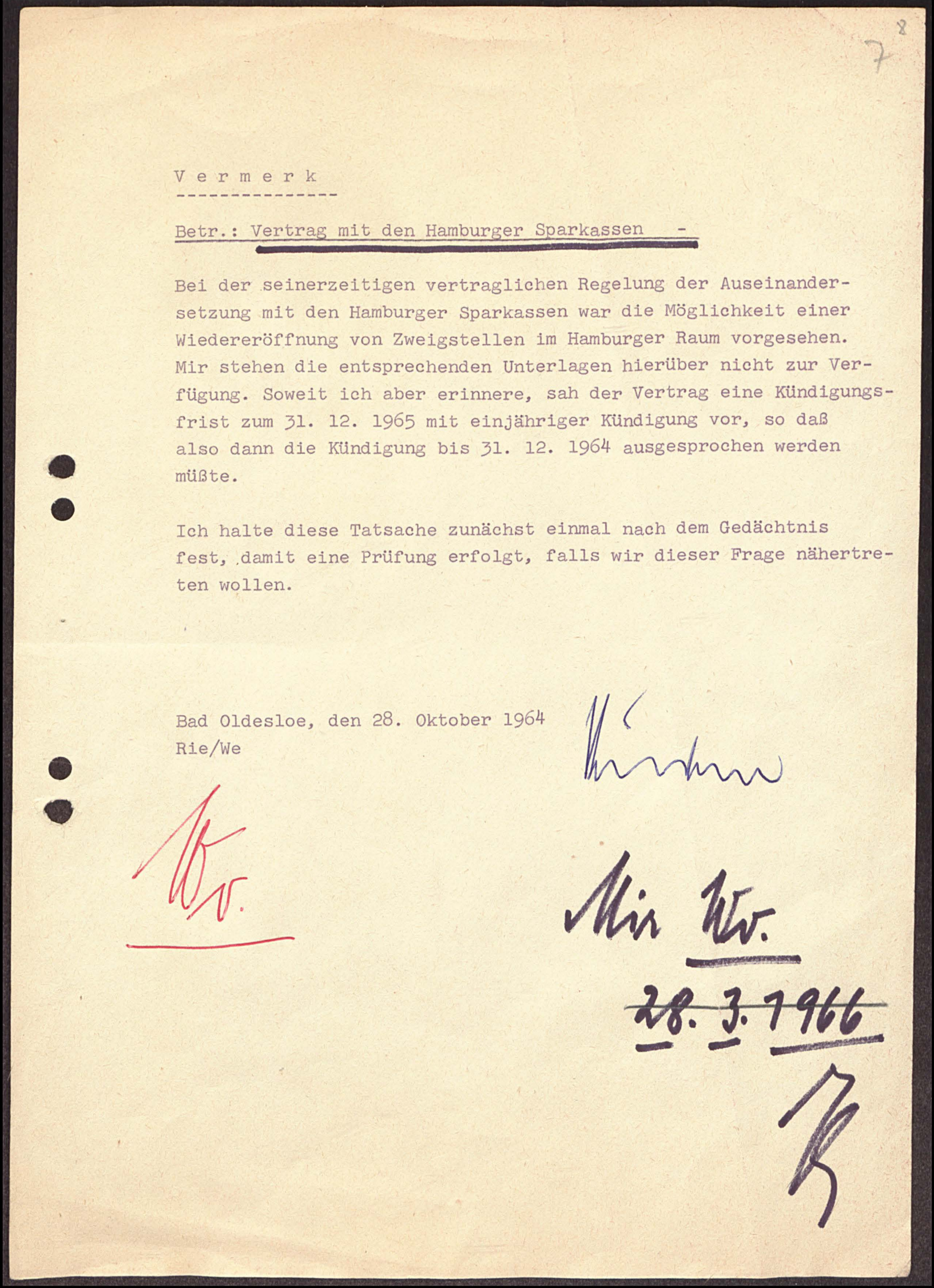
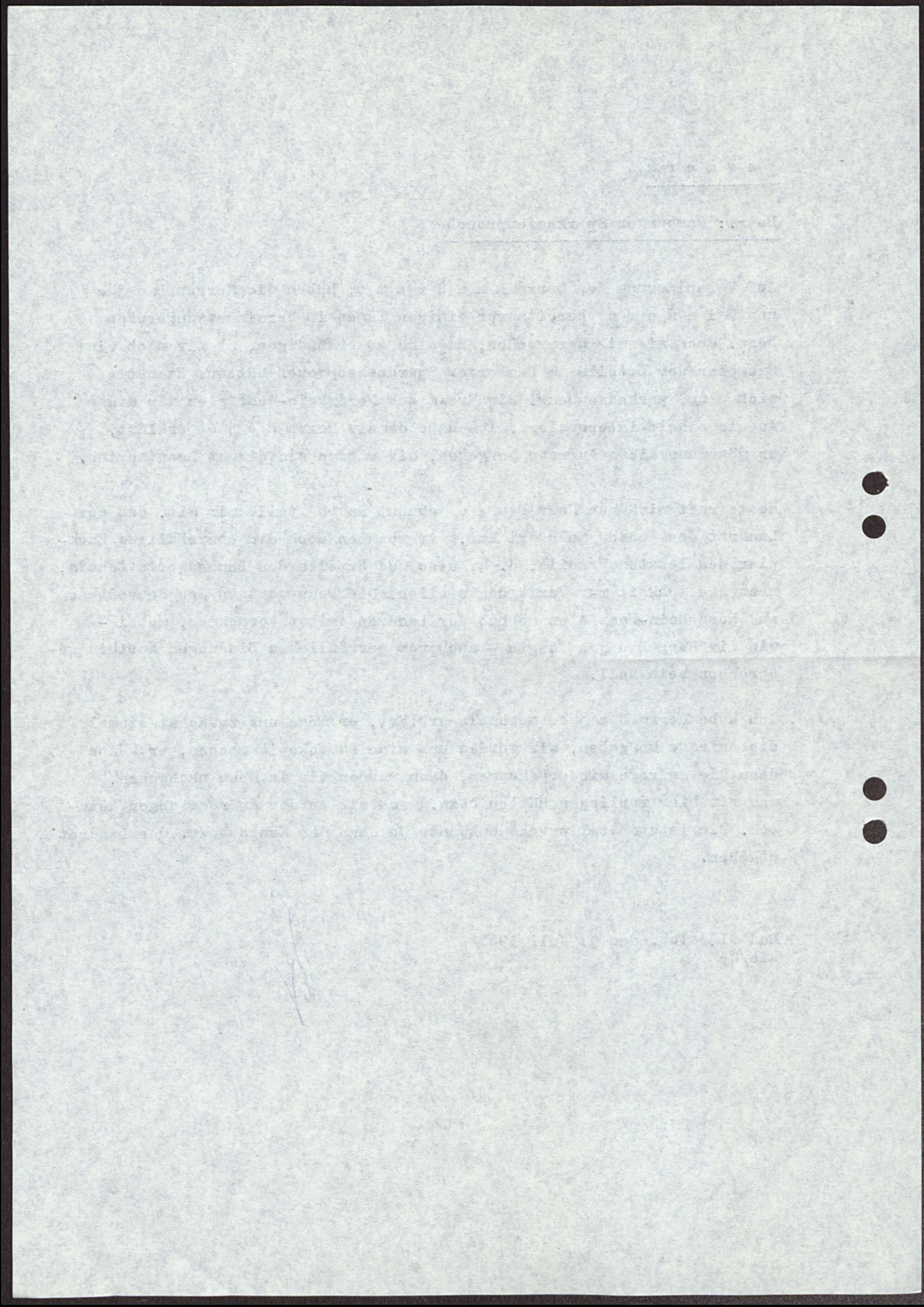
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

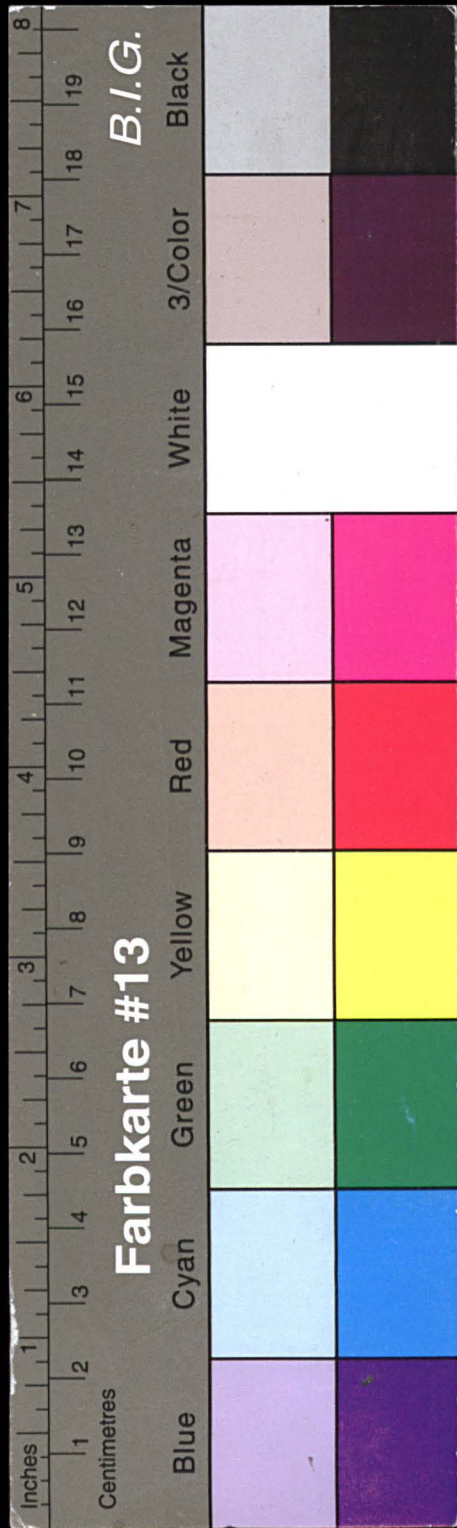




Kreisarchiv Stormarn E103

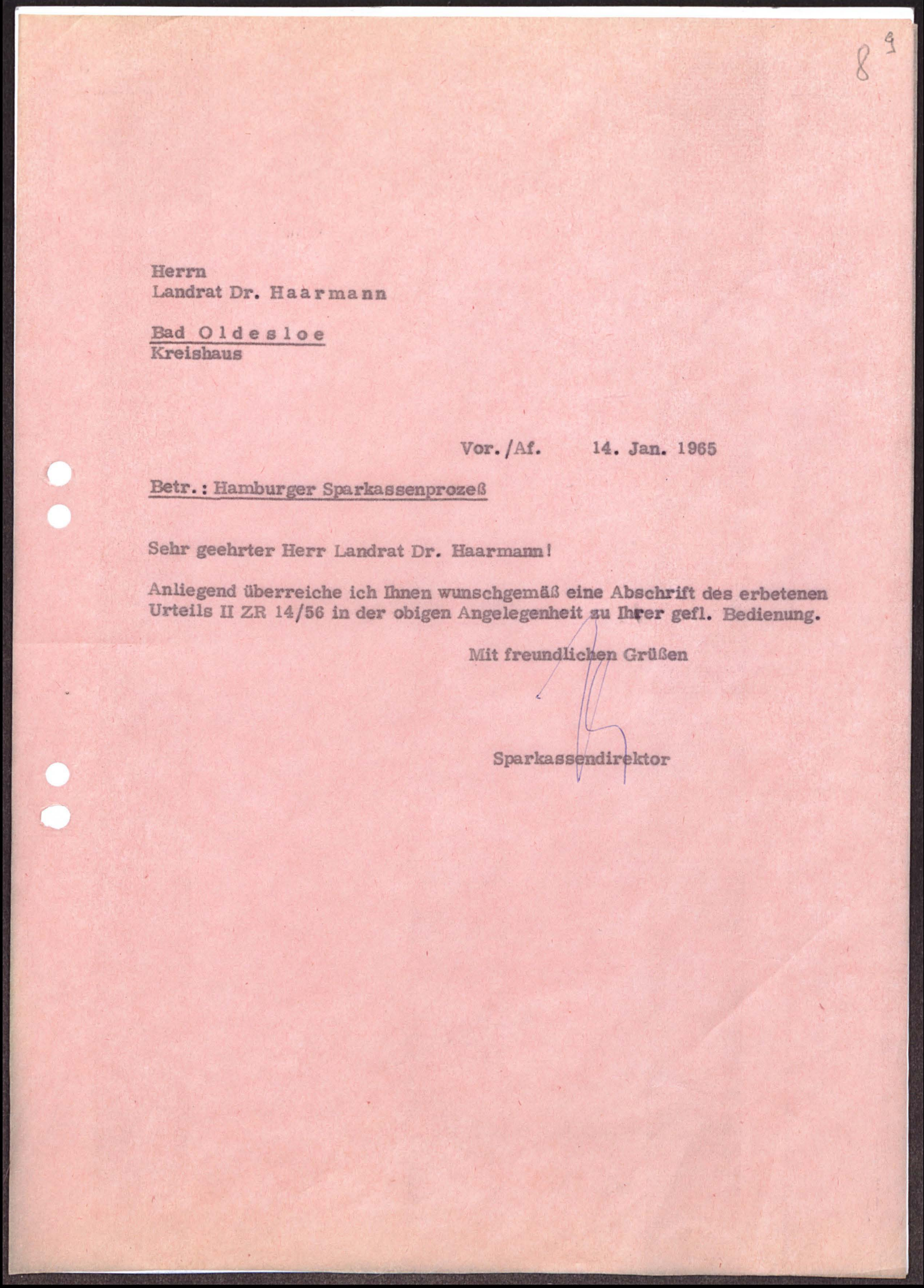
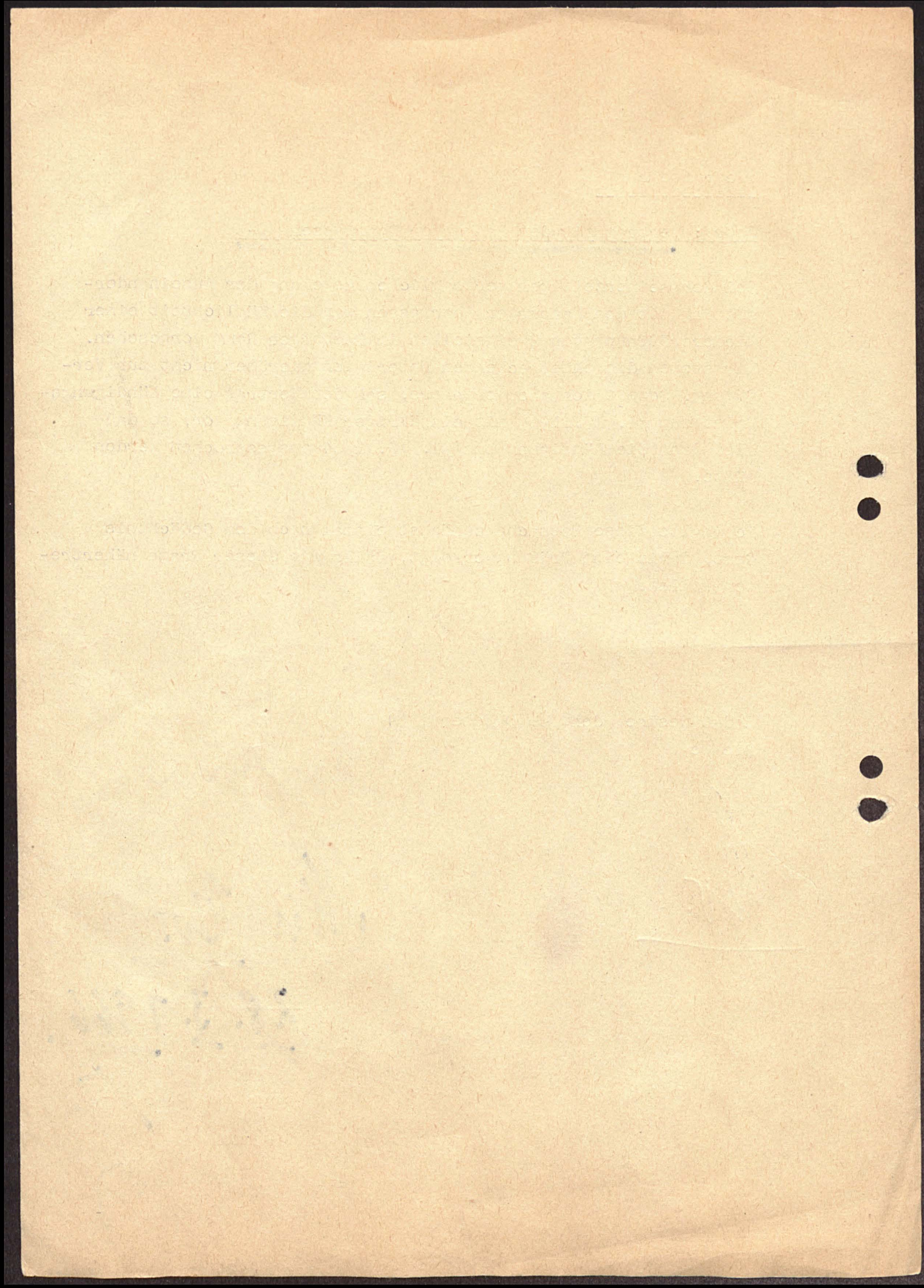
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Herrn
Landrat Dr. Haarmann
Bad Oldesloe
Kreishaus

Vor./Af. 14. Jan. 1965

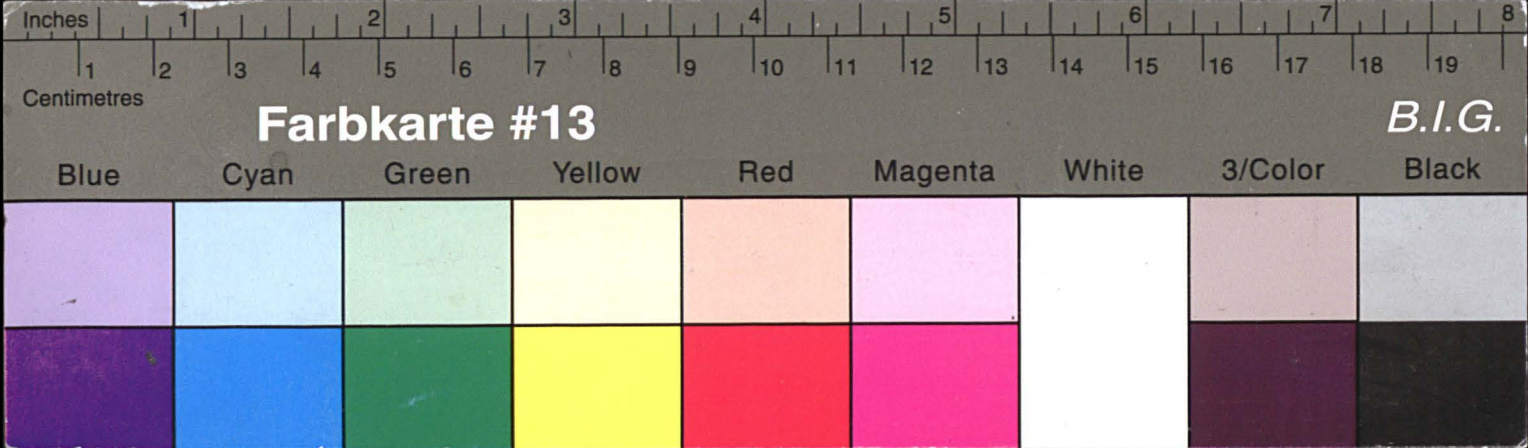
Betr.: Hamburger Sparkassenprozeß

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Haarmann!

Anliegend überreiche ich Ihnen wunschgemäß eine Abschrift des erbetenen
Urteils II ZR 14/56 in der obigen Angelegenheit zu Ihrer gefl. Bedienung.

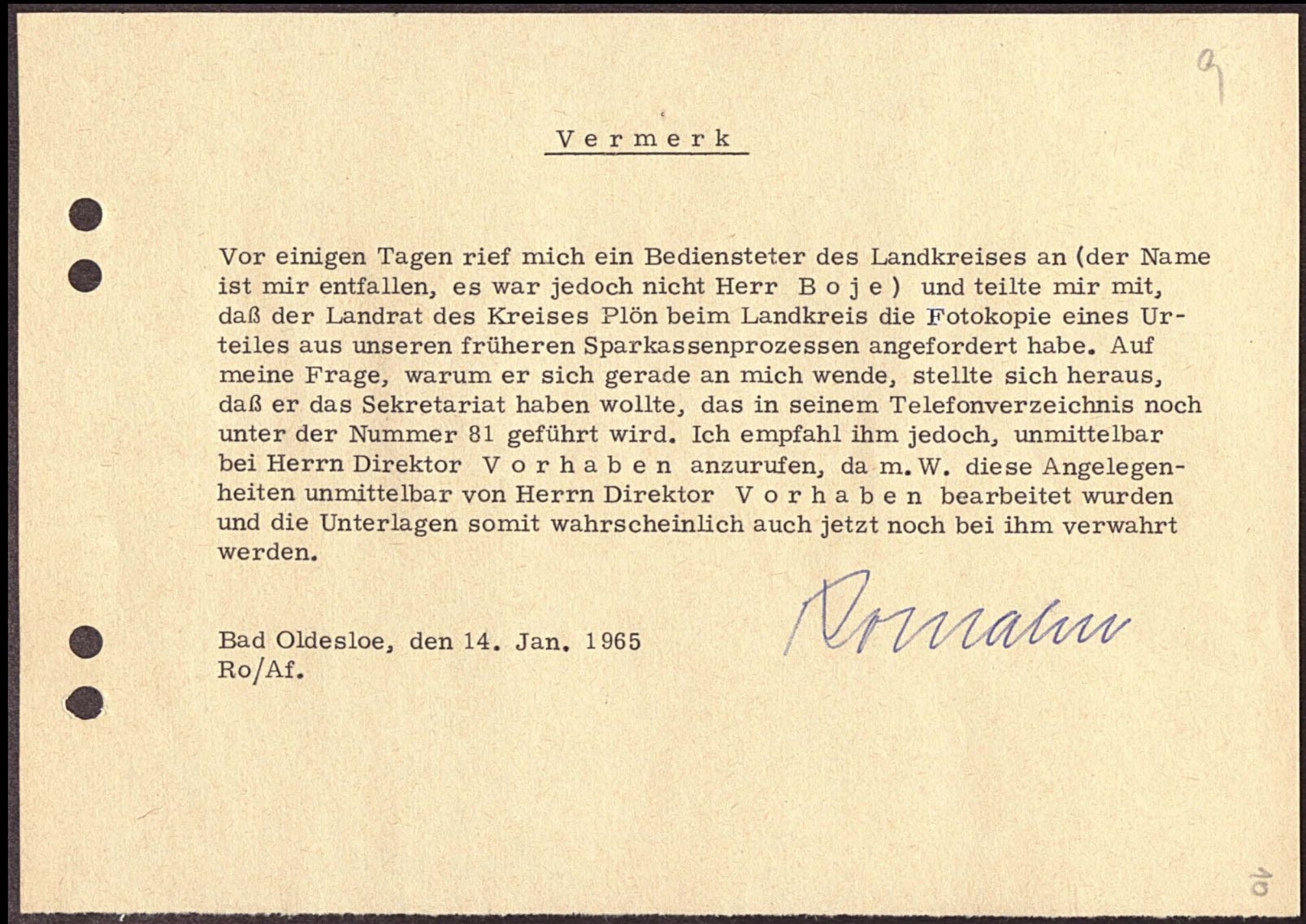
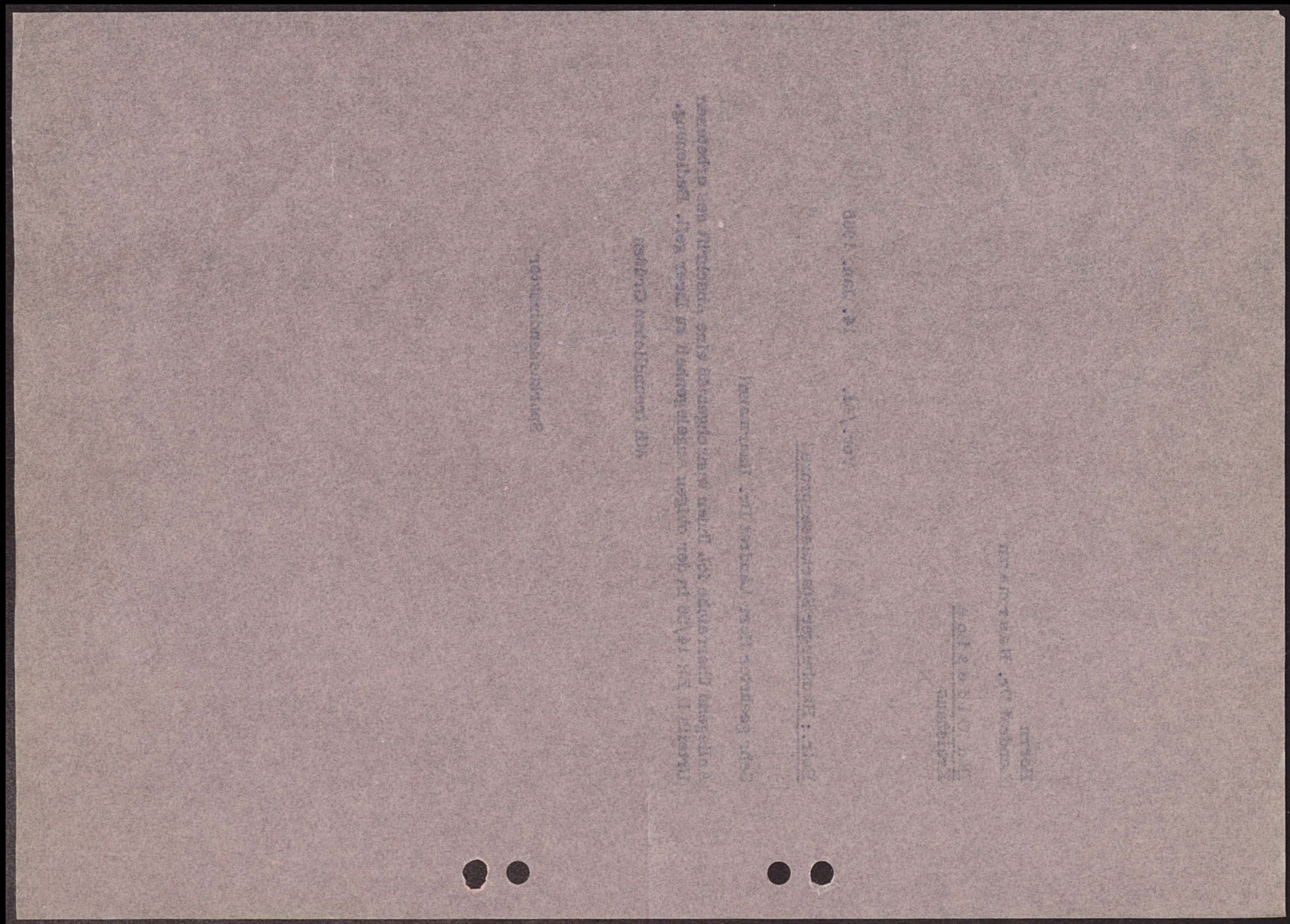
Mit freundlichen Grüßen

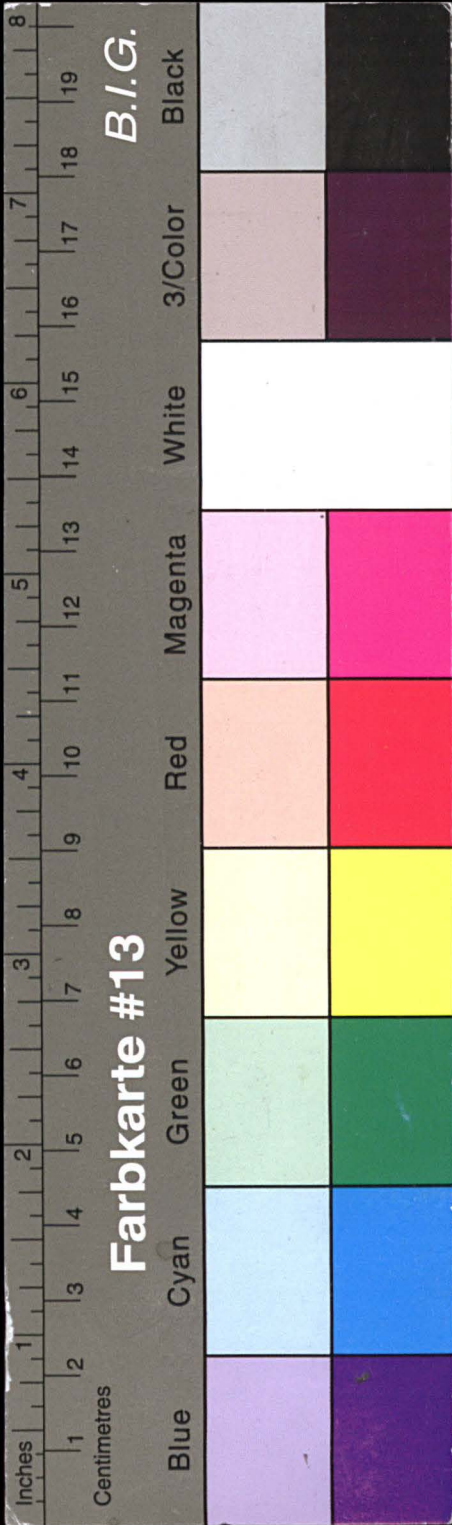
Sparkassendirektor



Kreisarchiv Stormarn E103

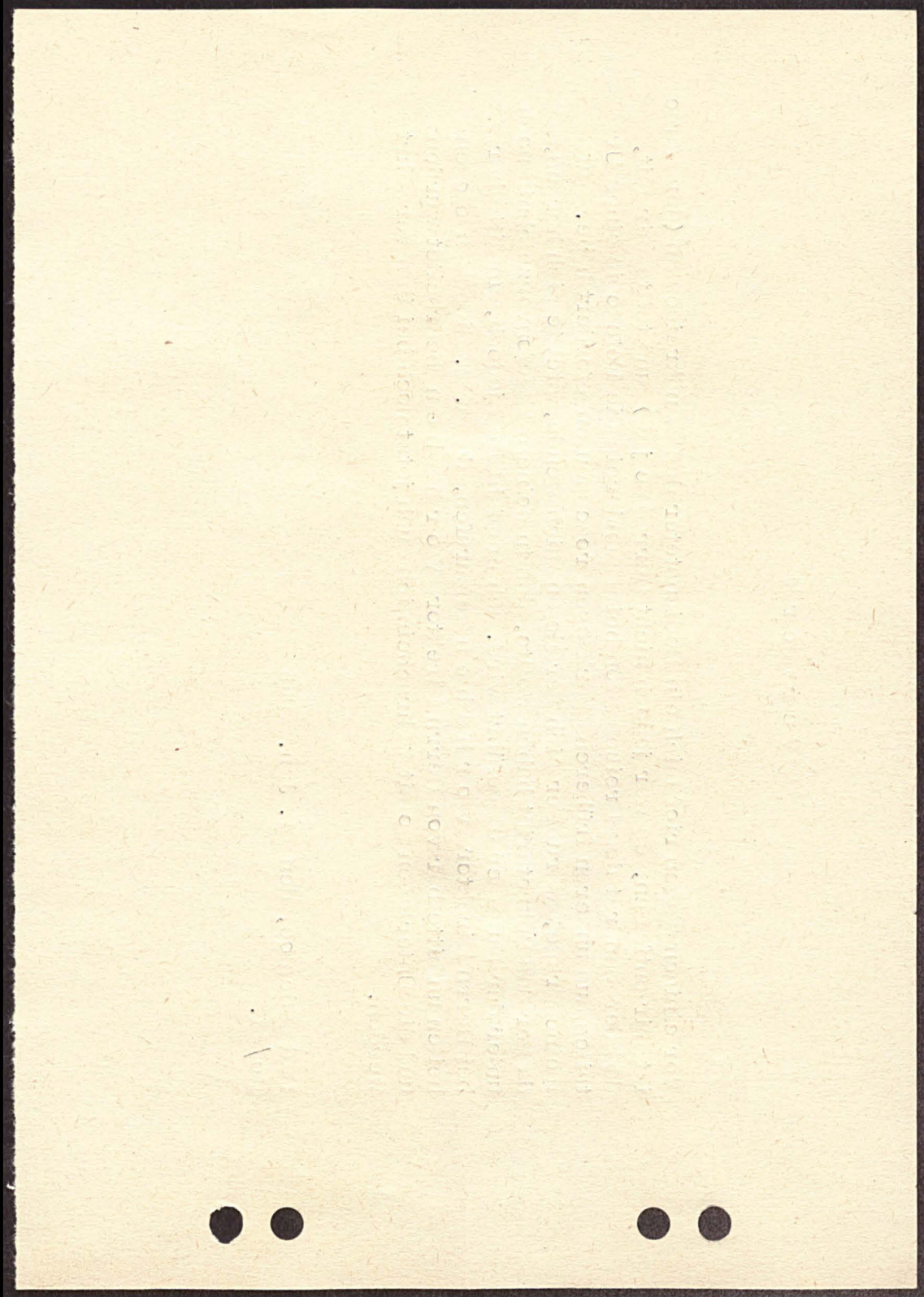
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



10
11

V e r m e r k

Betr.: Urteil im Hamburger Sparkassen-Prozeß

Am 12. Januar 1965 rief mich Herr F i n n e r n vom Kämmereiamt des Kreises an.

Herr F i n n e r n erklärte, daß er vom Landrat den Auftrag hätte, die Urteile in der Prozeßsache mit den beiden Hamburger Sparkassen an Herrn Landrat G a l e t t e in Plön abschriftlich bzw. in Fotokopie zu schicken. Beim Kreis läge aber nur das Urteil mit einer der Hamburger Sparkassen vor. Wir würden deshalb gebeten, auch das Urteil unter dem Zeichen 2 ZR 14/56 dem Kreis zur Anfertigung einer Fotokopie zur Verfügung zu stellen.


Ich habe Herrn Finnern erklärt, daß ich diese Urteile nicht vorliegen hätte, sie seien bei Herrn Direktor Vorhaben in Verwahrung. Nach meiner Auffassung müsse aber auch der Kreis die Urteile aus beiden Prozeßsachen mit beiden Sparkassen vorliegen haben. Herr F i n n e r n wollte daraufhin noch einmal Nachforschungen anstellen und sich unter Umständen erneut an uns wenden.

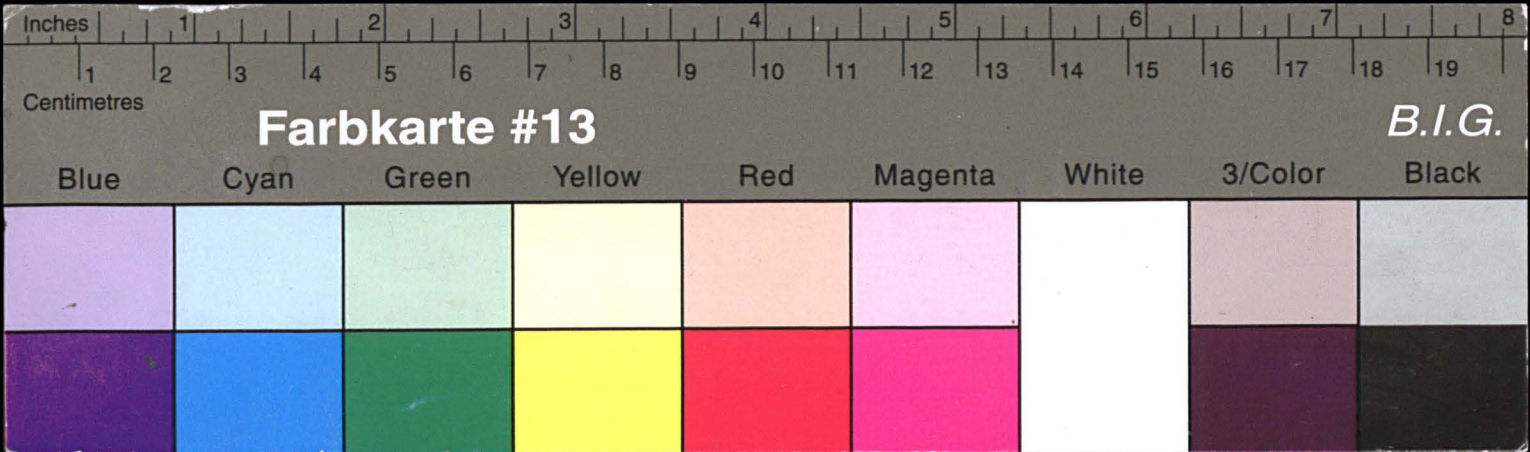
Am 13. 1. 1965 rief dann Herr F i n n e r n nochmals bei mir an und sagte, daß das fragliche Urteil beim Kreis nicht vorläge, er bitte uns, dieses Urteil doch zur Verfügung zu stellen.

Entsprechend der zwischenzeitlich erfolgten Besprechung mit Herrn Direktor Vorhaben habe ich Herrn Finnern erklärt, der Kreis möge seinen Wunsch schriftlich, und zwar mit Unterschrift des Landrats an uns heranbringen, nur auf eine solche Bitte hin könnten wir das Urteil aushändigen.

Bad Oldesloe, den 14. Januar 1965
Rie./Sch.

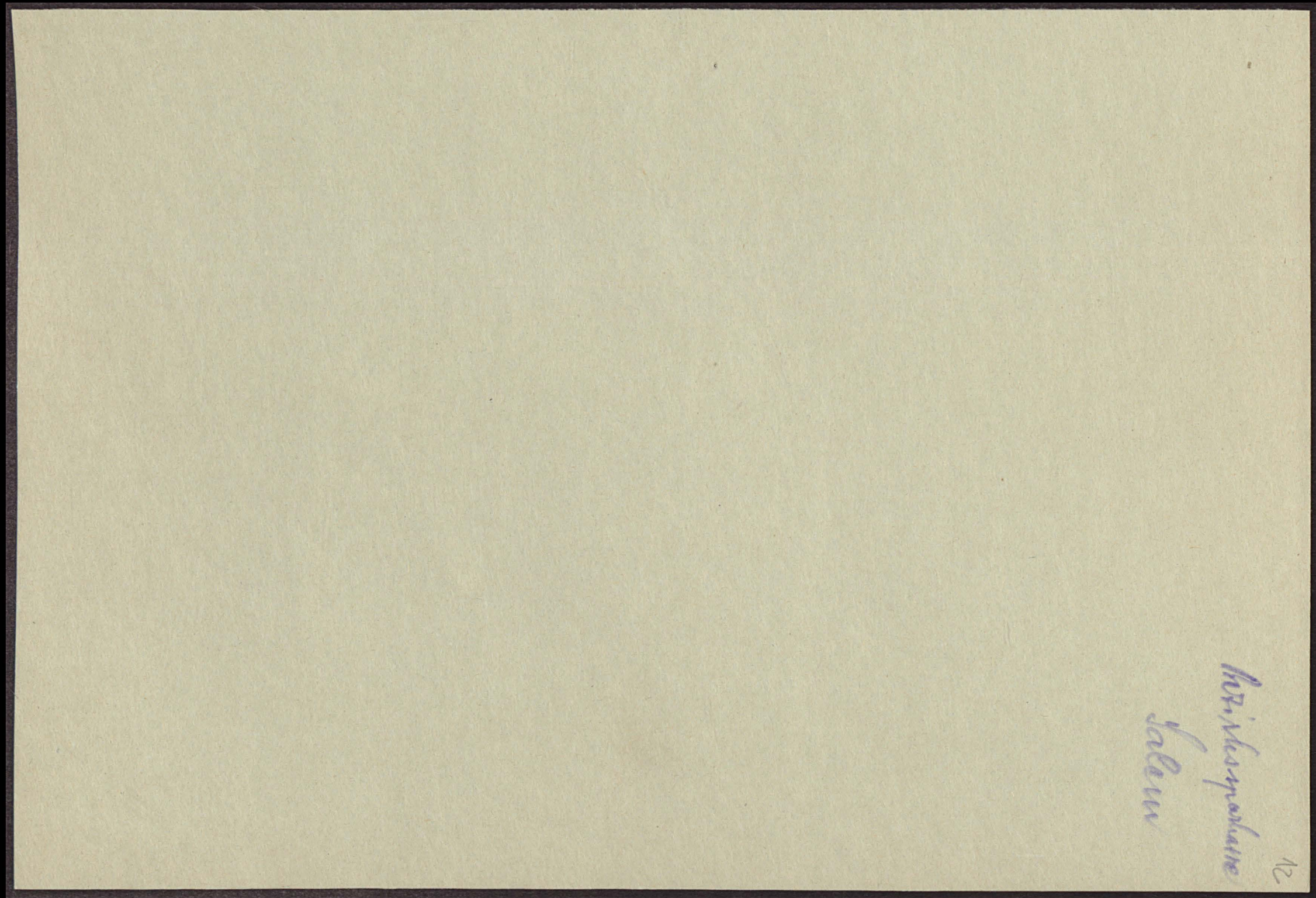
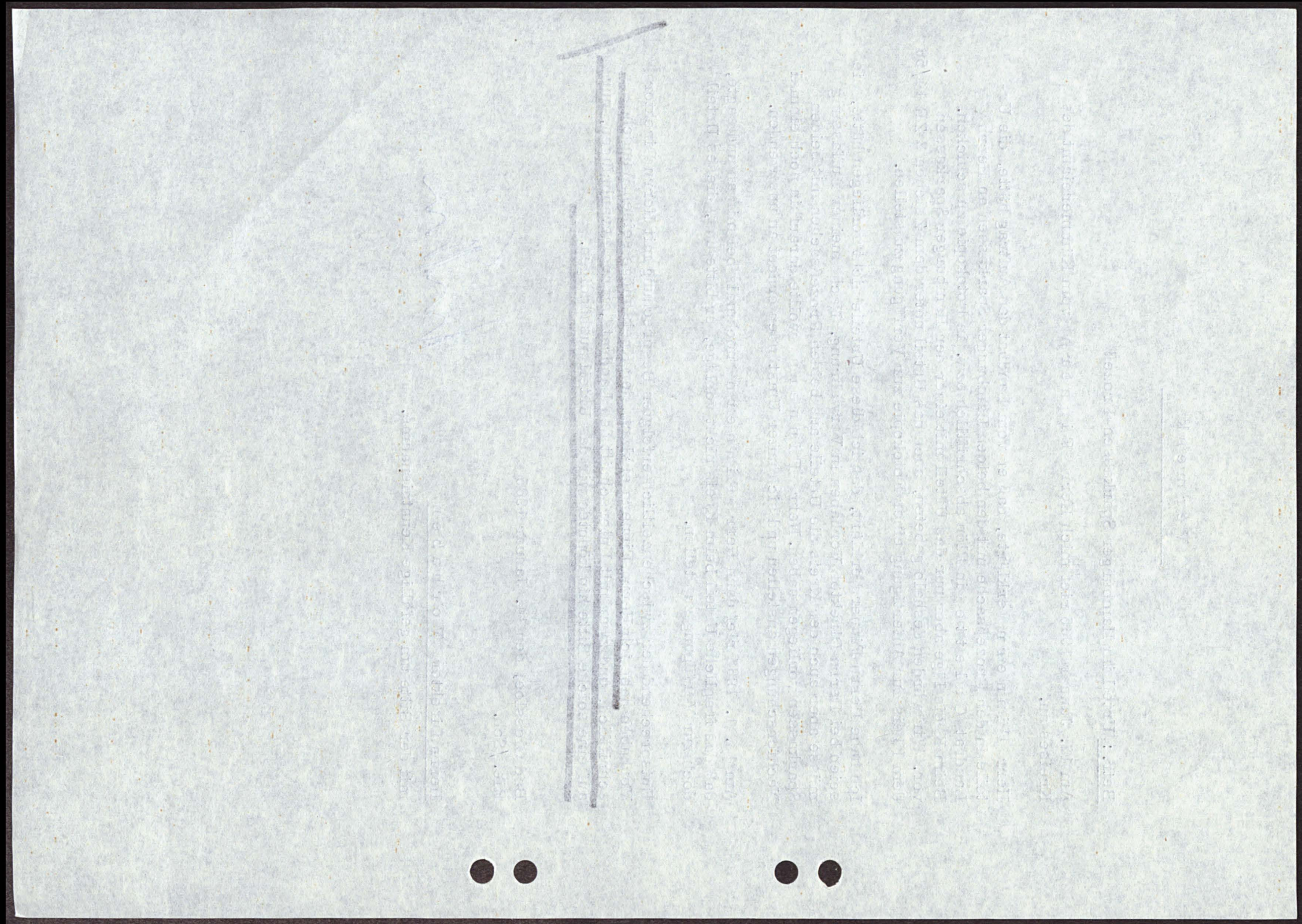
Herrn Direktor V o r h a b e n
mit der Bitte um gefällige Kenntnisnahme.

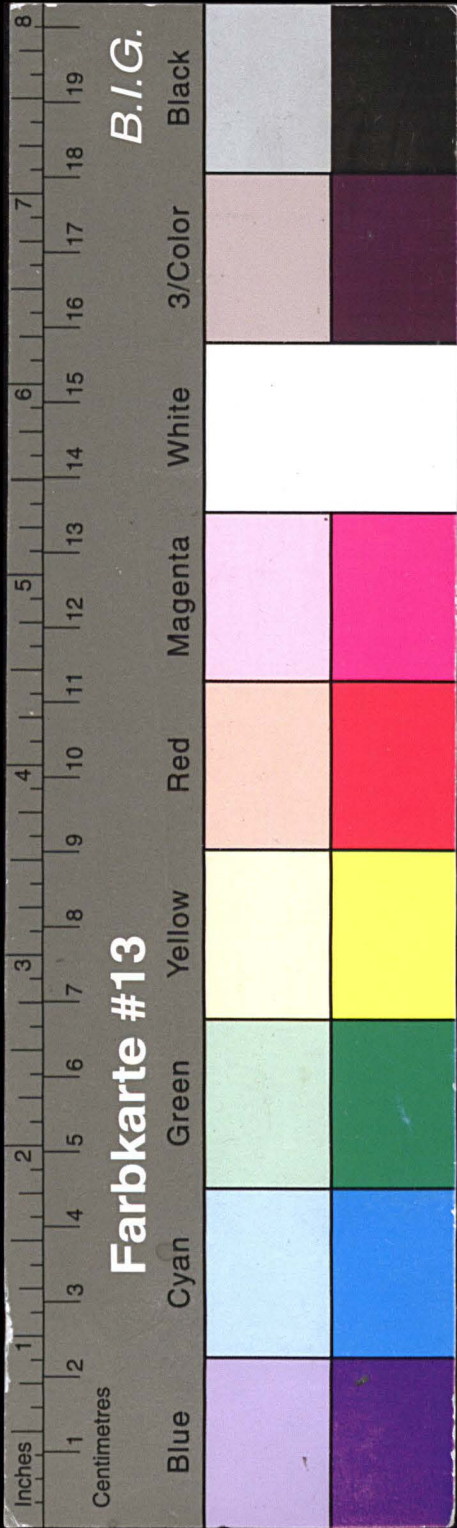




Kreisarchiv Stormarn E103

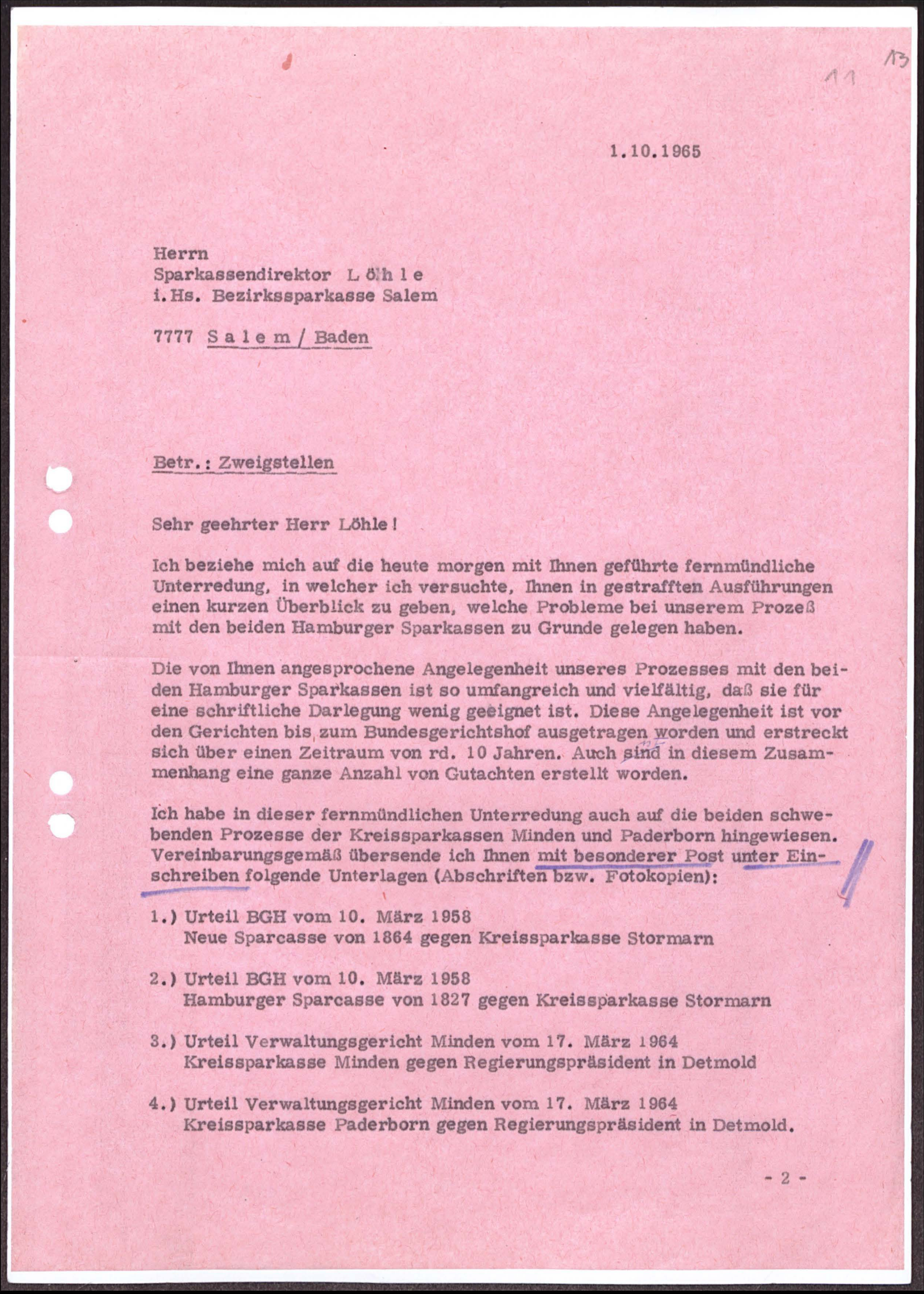
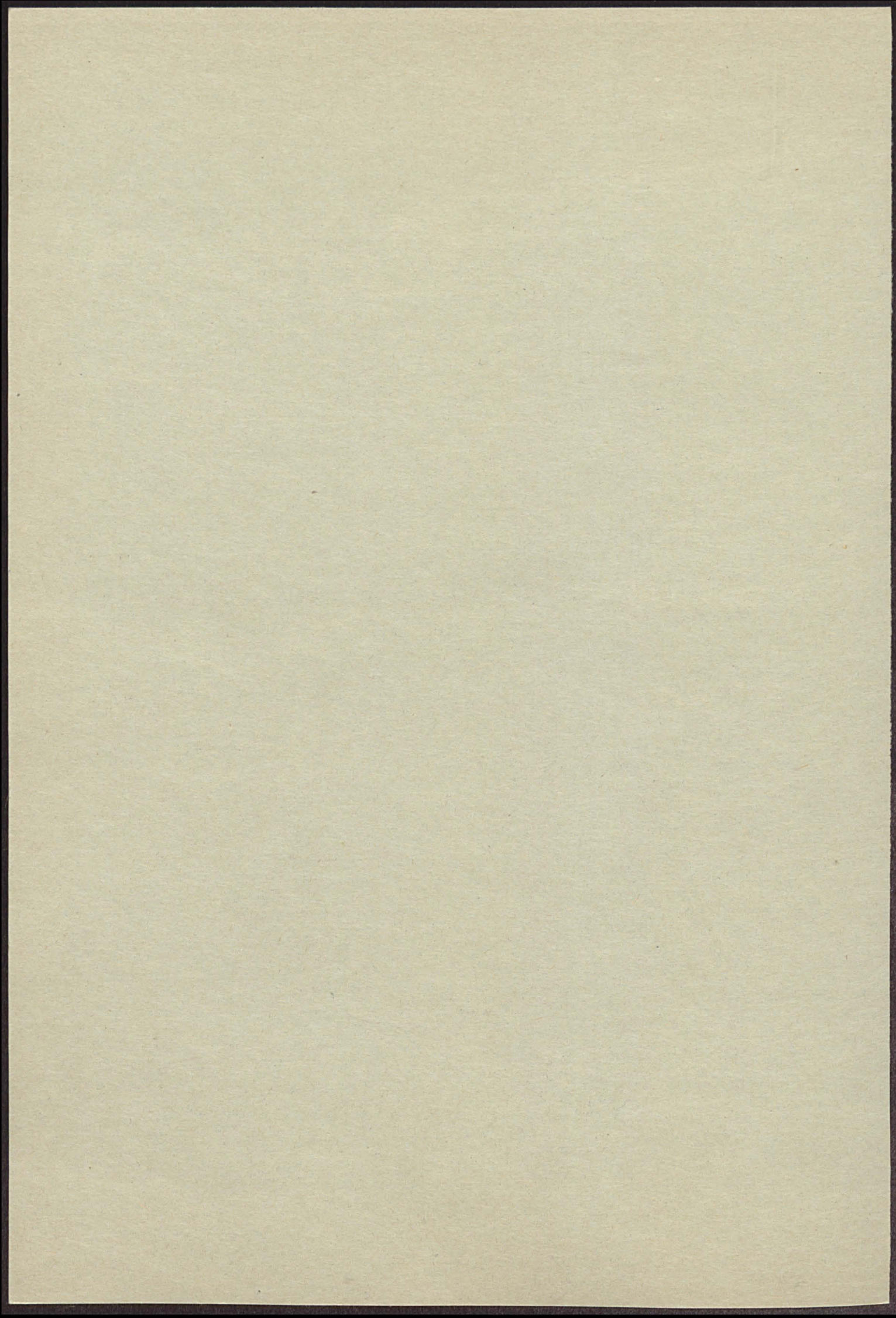
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



1.10.1965

Herrn
Sparkassendirektor L ö h l e
i. Hs. Bezirkssparkasse Salem

7777 S a l e m / B a d e n

Betr. : Zweigstellen

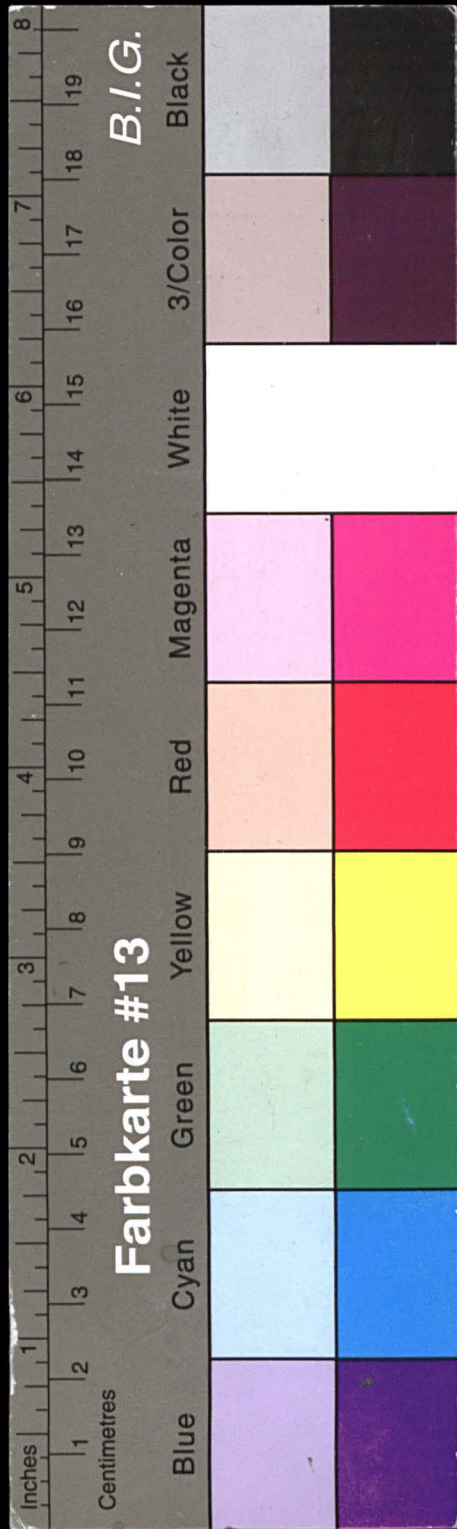
Sehr geehrter Herr Löhle !

Ich beziehe mich auf die heute morgen mit Ihnen geführte fernmündliche Unterredung, in welcher ich versuchte, Ihnen in gestrafften Ausführungen einen kurzen Überblick zu geben, welche Probleme bei unserem Prozeß mit den beiden Hamburger Sparkassen zu Grunde gelegen haben.

Die von Ihnen angesprochene Angelegenheit unseres Prozesses mit den beiden Hamburger Sparkassen ist so umfangreich und vielfältig, daß sie für eine schriftliche Darlegung wenig geeignet ist. Diese Angelegenheit ist vor den Gerichten bis zum Bundesgerichtshof ausgetragen worden und erstreckt sich über einen Zeitraum von rd. 10 Jahren. Auch sind in diesem Zusammenhang eine ganze Anzahl von Gutachten erstellt worden.

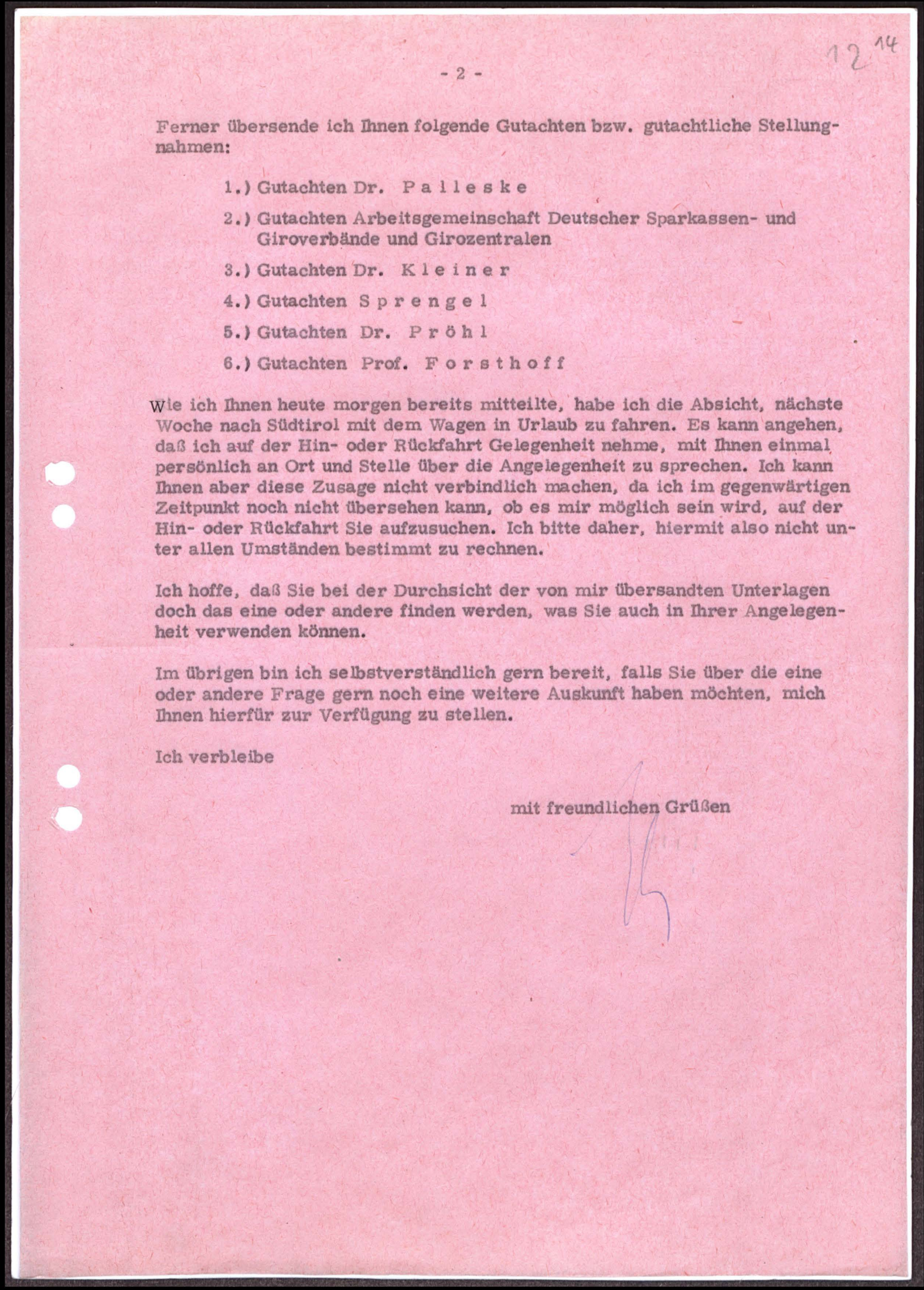
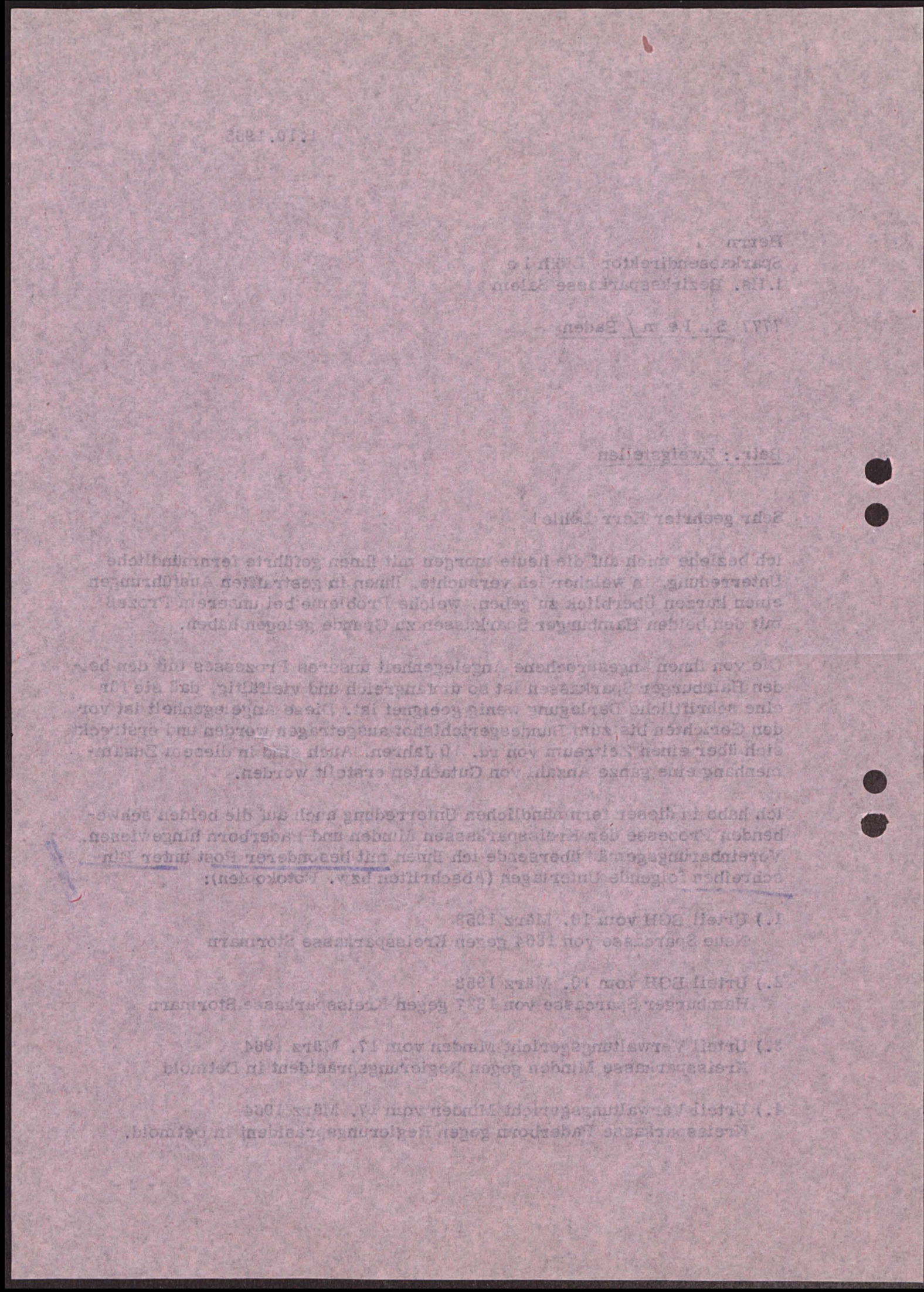
Ich habe in dieser fernmündlichen Unterredung auch auf die beiden schwebenden Prozesse der Kreissparkassen Minden und Paderborn hingewiesen. Vereinbarungsgemäß übersende ich Ihnen mit besonderer Post unter Ein-
schreiben folgende Unterlagen (Abschriften bzw. Fotokopien):

- 1.) Urteil BGH vom 10. März 1958
Neue Sparcasse von 1864 gegen Kreissparkasse Stormarn
- 2.) Urteil BGH vom 10. März 1958
Hamburger Sparcasse von 1827 gegen Kreissparkasse Stormarn
- 3.) Urteil Verwaltungsgericht Minden vom 17. März 1964
Kreissparkasse Minden gegen Regierungspräsident in Detmold
- 4.) Urteil Verwaltungsgericht Minden vom 17. März 1964
Kreissparkasse Paderborn gegen Regierungspräsident in Detmold.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



- 2 -

12¹⁴

Ferner übersende ich Ihnen folgende Gutachten bzw. gutachtliche Stellungnahmen:

- 1.) Gutachten Dr. P a l l e s k e
- 2.) Gutachten Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen
- 3.) Gutachten Dr. K l e i n e r
- 4.) Gutachten S p r e n g e l
- 5.) Gutachten Dr. P r ö h l
- 6.) Gutachten Prof. F o r s t h o f f

Wie ich Ihnen heute morgen bereits mitteilte, habe ich die Absicht, nächste Woche nach Südtirol mit dem Wagen in Urlaub zu fahren. Es kann angehen, daß ich auf der Hin- oder Rückfahrt Gelegenheit nehme, mit Ihnen einmal persönlich an Ort und Stelle über die Angelegenheit zu sprechen. Ich kann Ihnen aber diese Zusage nicht verbindlich machen, da ich im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht übersehen kann, ob es mir möglich sein wird, auf der Hin- oder Rückfahrt Sie aufzusuchen. Ich bitte daher, hiermit also nicht unter allen Umständen bestimmt zu rechnen.

Ich hoffe, daß Sie bei der Durchsicht der von mir übersandten Unterlagen doch das eine oder andere finden werden, was Sie auch in Ihrer Angelegenheit verwenden können.

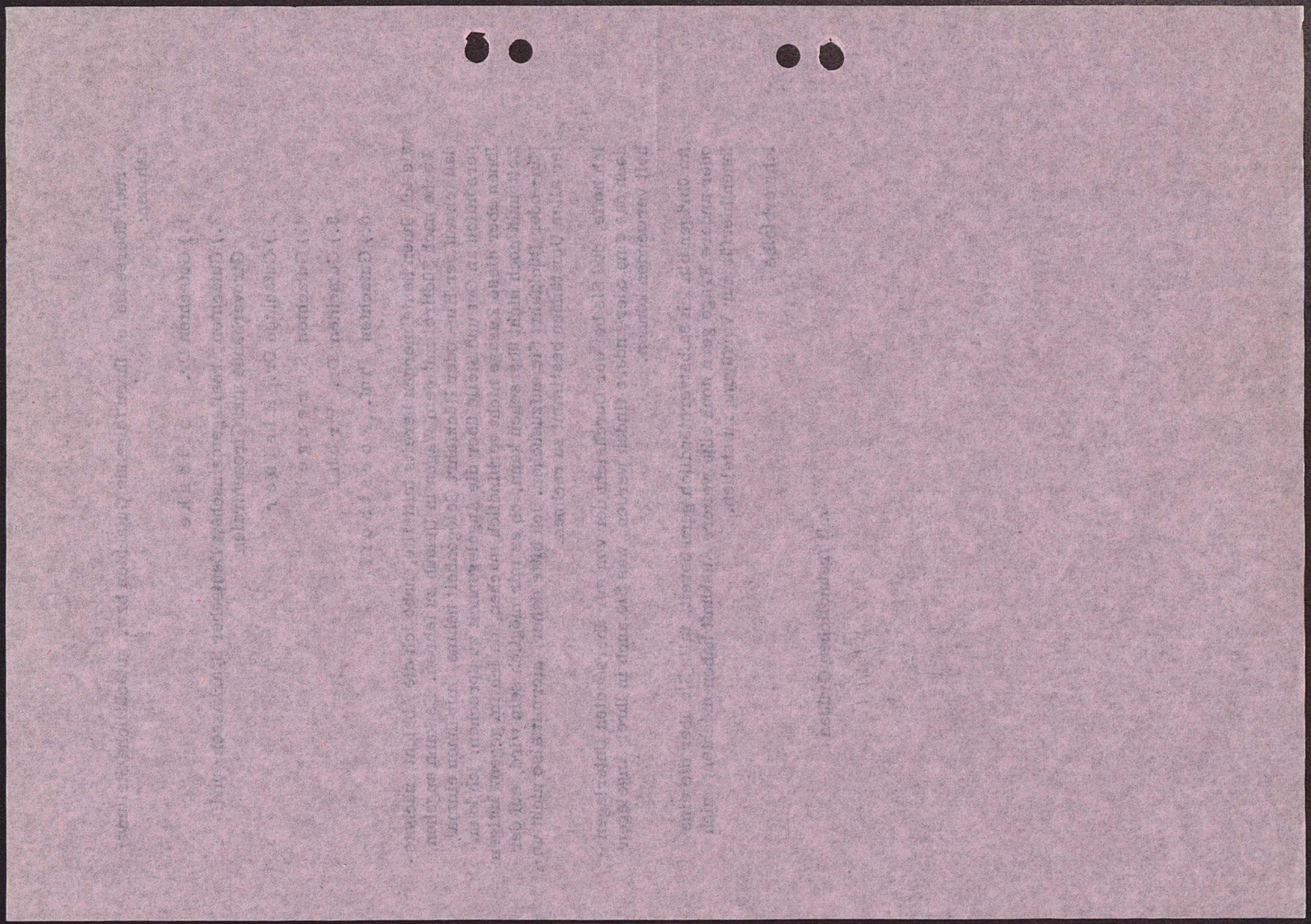
Im übrigen bin ich selbstverständlich gern bereit, falls Sie über die eine oder andere Frage gern noch eine weitere Auskunft haben möchten, mich Ihnen hierfür zur Verfügung zu stellen.

Ich verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



15

13.10.9.1965

BEZIRKSSPARKASSE SALEM
ÖFFENTLICHE VERBANDSSPARKASSE

BANKEN: BADISCHE KOMMUNALE LANDESBANK
MANNHEIM UND FREIBURG i. Br.
LANDESZENTRALBANK KONSTANZ 58567
POSTSCHECK KONTO: KARLSRUHE Nr. 1450
TELEFON 220 und 230 · FERNSCHREIBER 0733910

GEGRÜNDET 1749

An die
Direktion der
Kreissparkasse
Stormarn

2060 Bad Oldesloe/Holst.
Am Markt

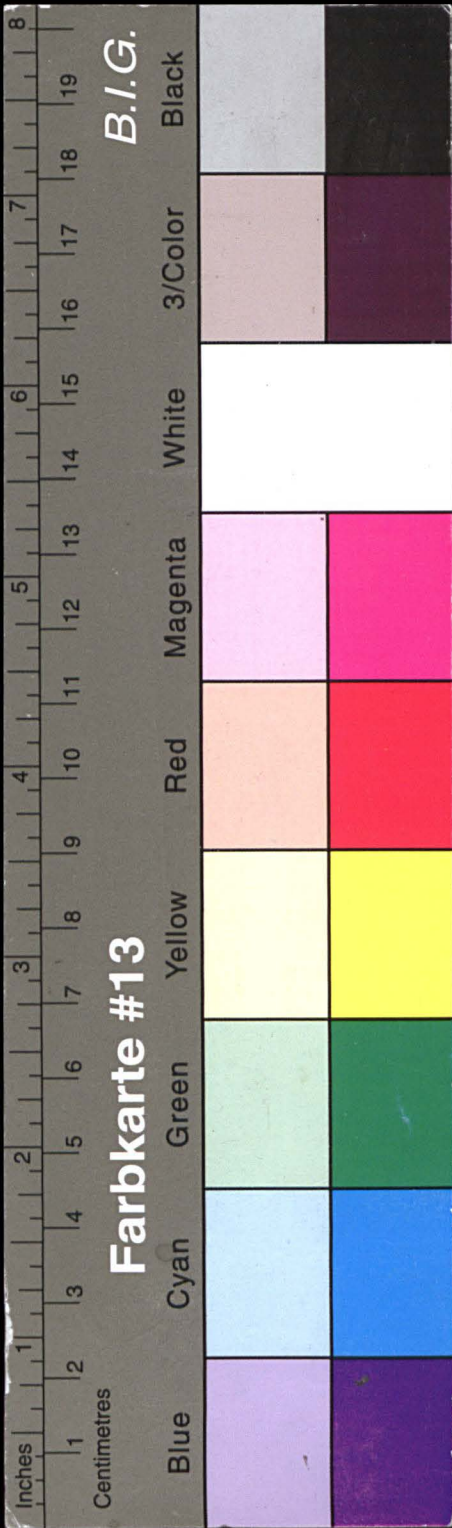
Ihre Zeichen Ihre Nachricht vom Unsere Zeichen L/V 7777 SALEM/Baden, den 8.9.65

Sehr geehrte Herren!

Wir dürfen auf unser Schreiben vom 8. Juli 1965 in unserer Zweig-
stellensache zurückkommen und Ihnen nochmals unser dankbares Interesse
mitteilen, wenn Sie uns dazu Ihre geschätzte Antwort geben könnten.

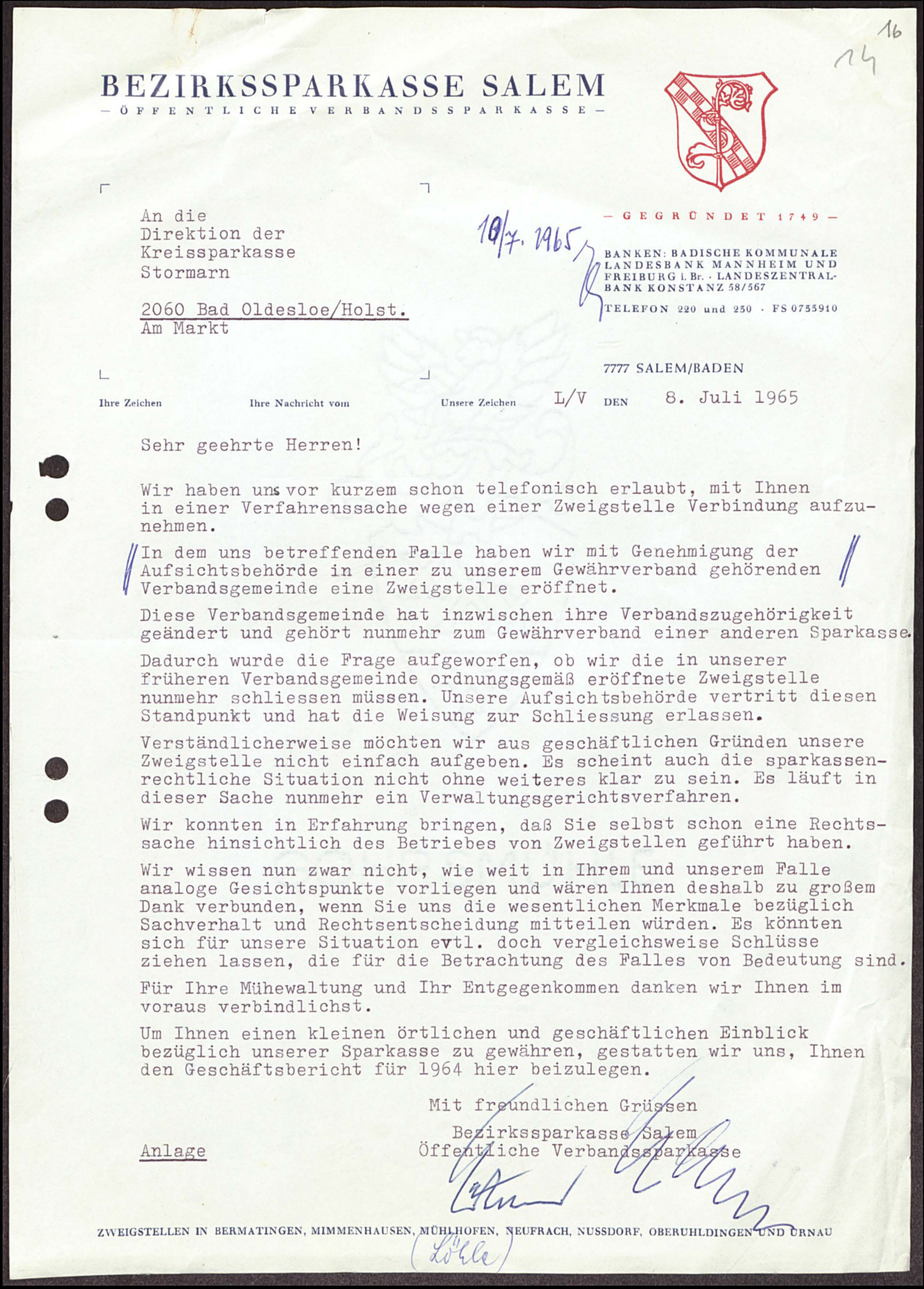
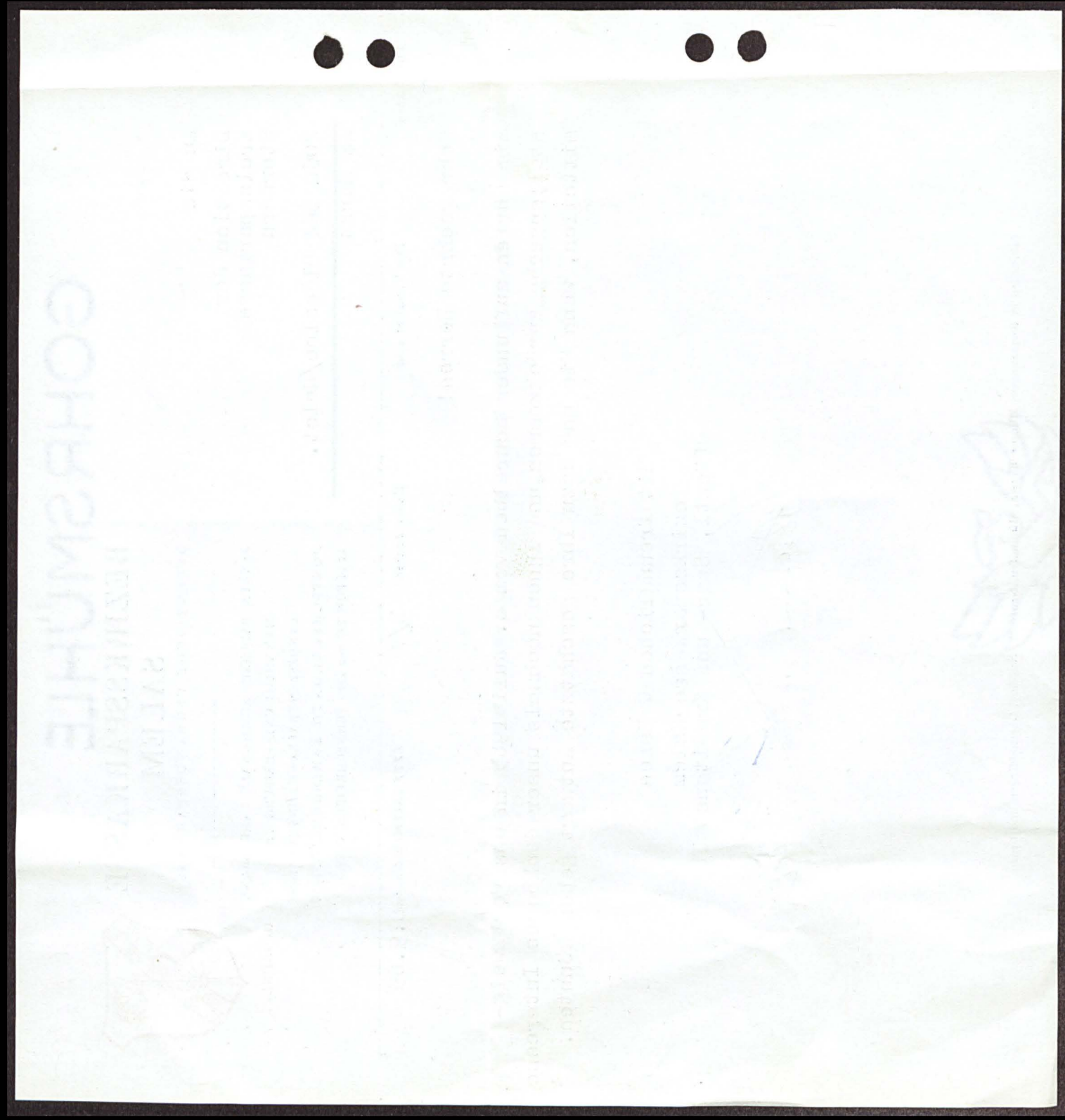
Mit freundlichen Grüßen
Bezirkssparkasse Salem
Öffentl. Spar- und Kreditanstalt

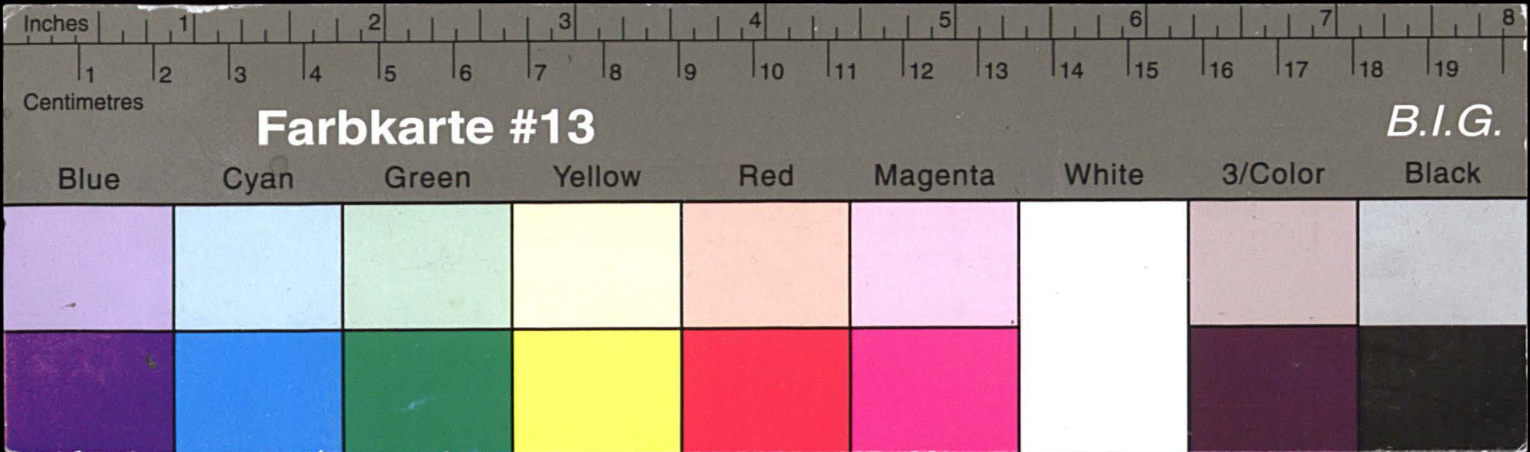
Zahlstellen in Bermatingen, Mimmenhausen, Mühlhofen, Neufrach, Nußdorf, Oberuhldingen und Urnau



Kreisarchiv Stormarn E103

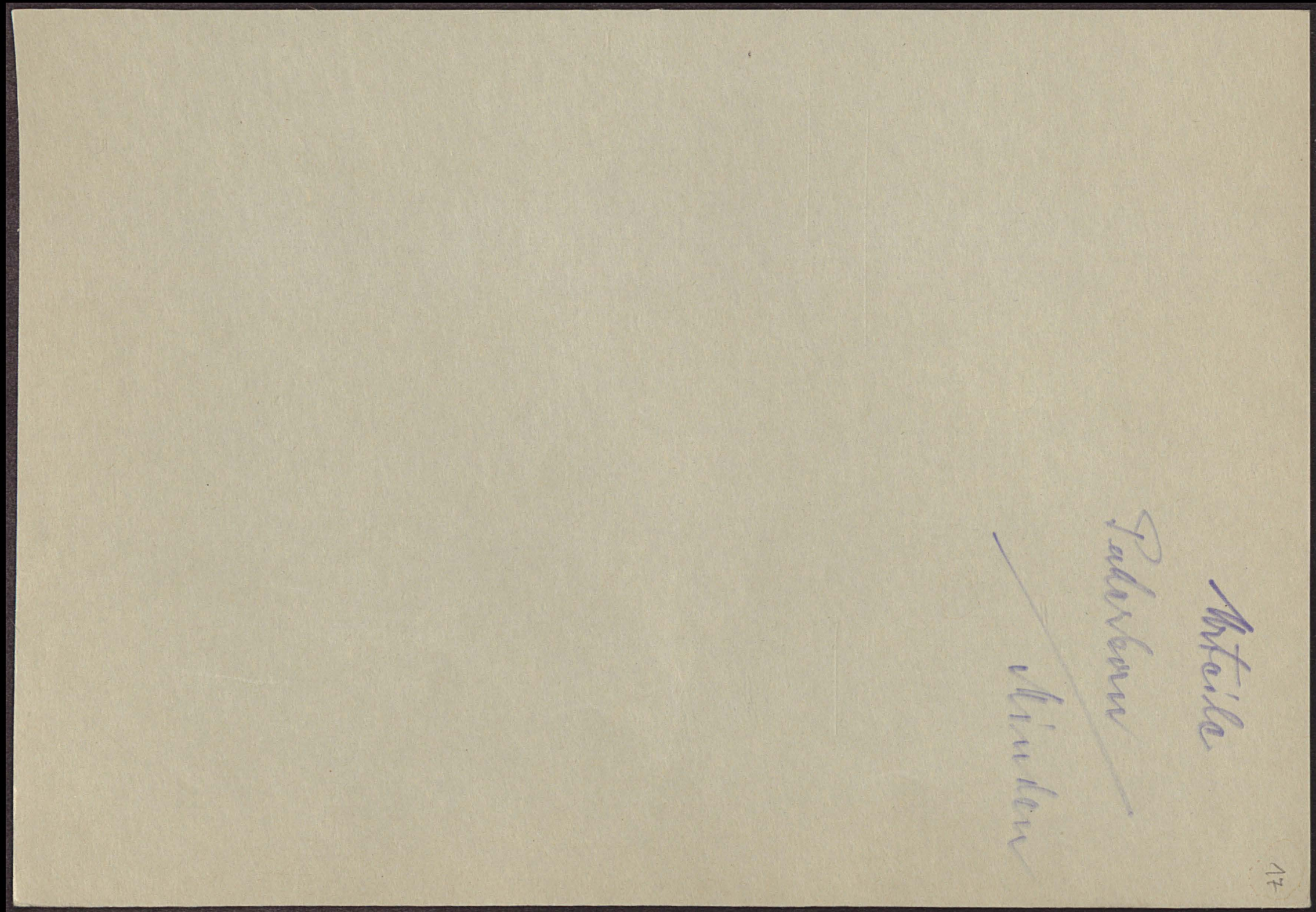
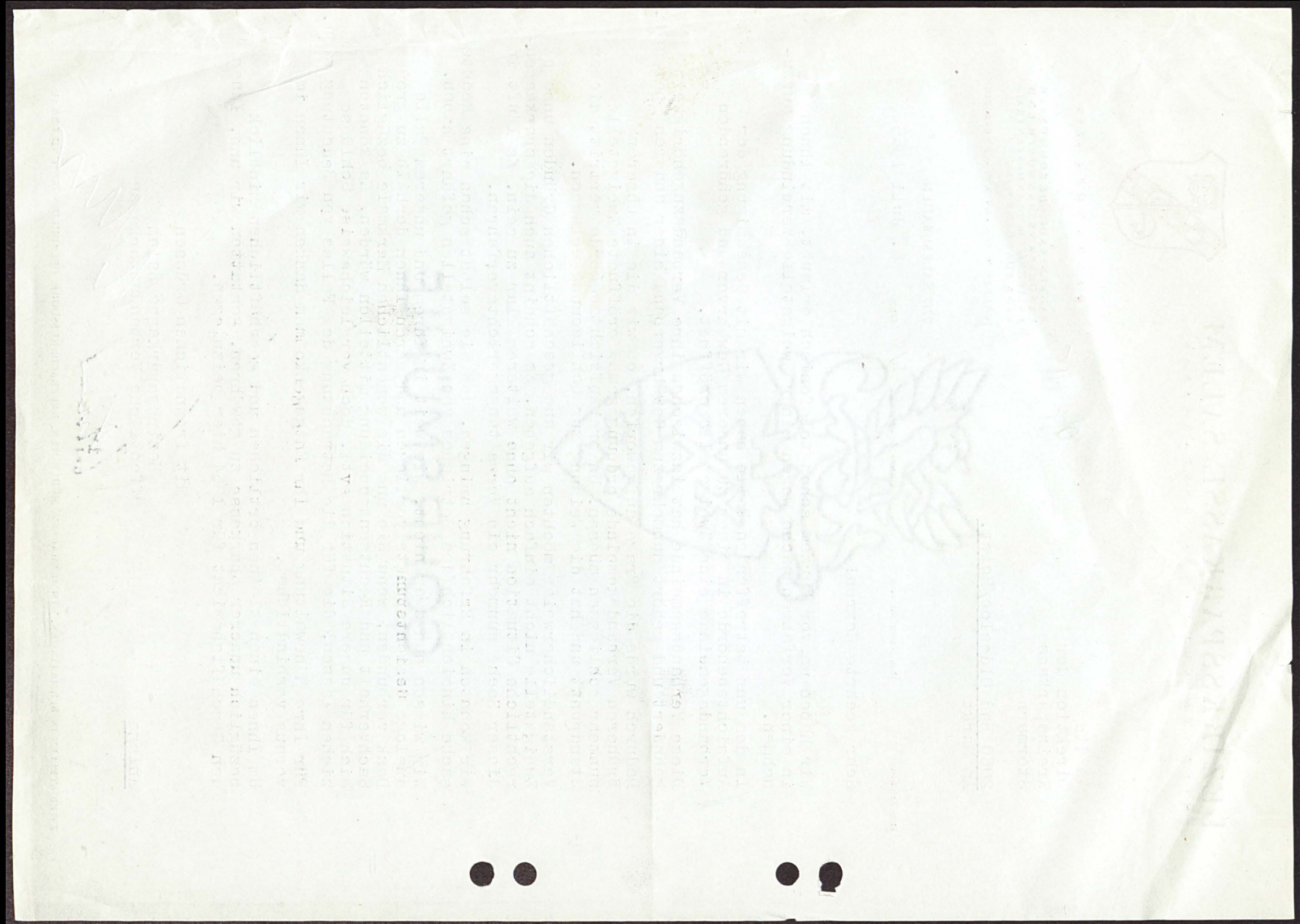
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

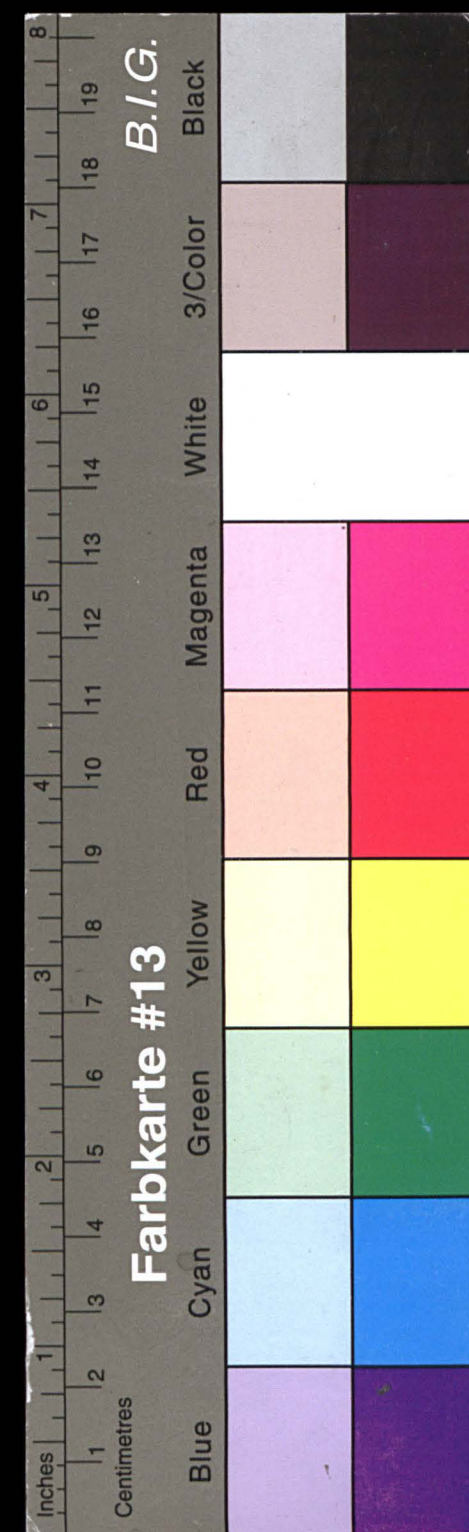




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Schleswig-Holsteinischer
Landkreistag

23 Kiel, den 3. April 1964
Reventlouallee 6
Ruf 47245

An
die Kreise
in Schleswig-Holstein

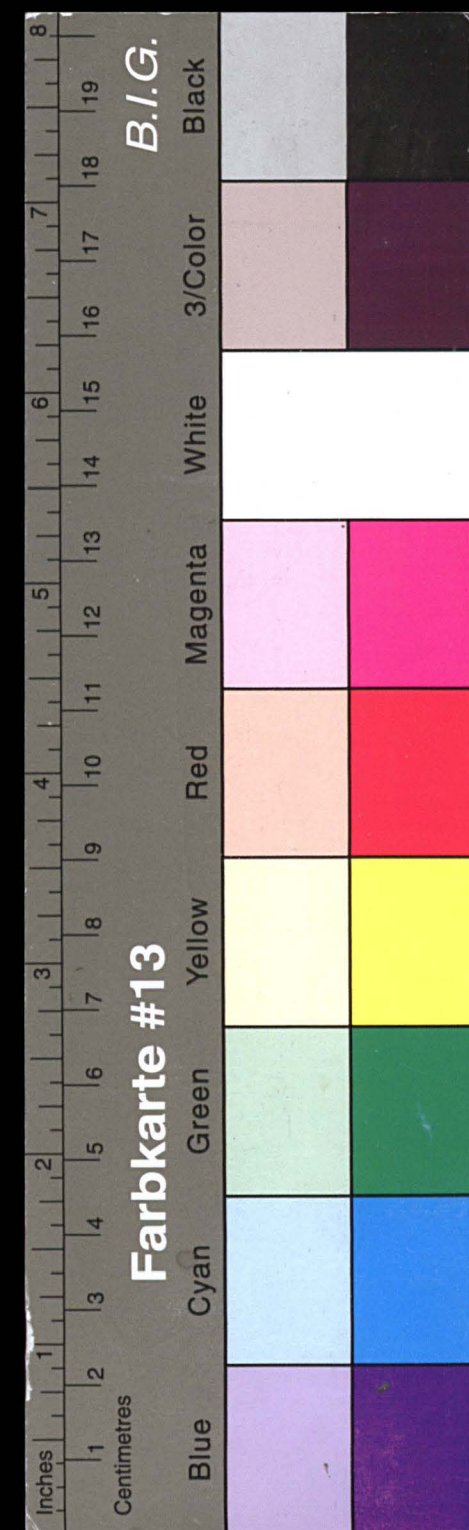
Betr.: Nebenstellen von Kreissparkassen

Vom Landkreistag Nordrhein-Westfalen erfahren wir:

"Die Kreissparkasse Minden hat vor einiger Zeit eine Neben-
stelle in der Stadt Bad Oeynhausen eröffnet; die Kreisspar-
kasse Paderborn errichtete eine Nebenstelle im Stadtgebiet
von Paderborn. Der Regierungspräsident in Detmold verfügte
die Schließung dieser Nebenstellen mit der Begründung, Kreis-
sparkassen dürften dort, wo eine Sparkasse einer kreisange-
hörigen Gemeinde oder eines Amtes vorhanden ist, eigene Spar-
kassennebenstellen nicht eröffnen. Er ordnete die sofortige
Vollziehung seiner Verfügung an. Auf die hiergegen von den
Kreissparkassen eingelegte Beschwerde wurde die aufschiebende
Wirkung des Widerspruchs der Kreissparkassen wiederhergestellt.
Auf die Klage der Kreissparkassen hob das Verwaltungsgericht
Minden am 17.3.1964 in den beiden Verwaltungsstreitverfahren
2 K 777/62 und 2 K 819/62 die Verfügungen des Regierungspräsi-
denten und die Widerspruchsbescheide auf. Die Kosten wurden
dem Beklagten und den Beigeladenen anteilig auferlegt."

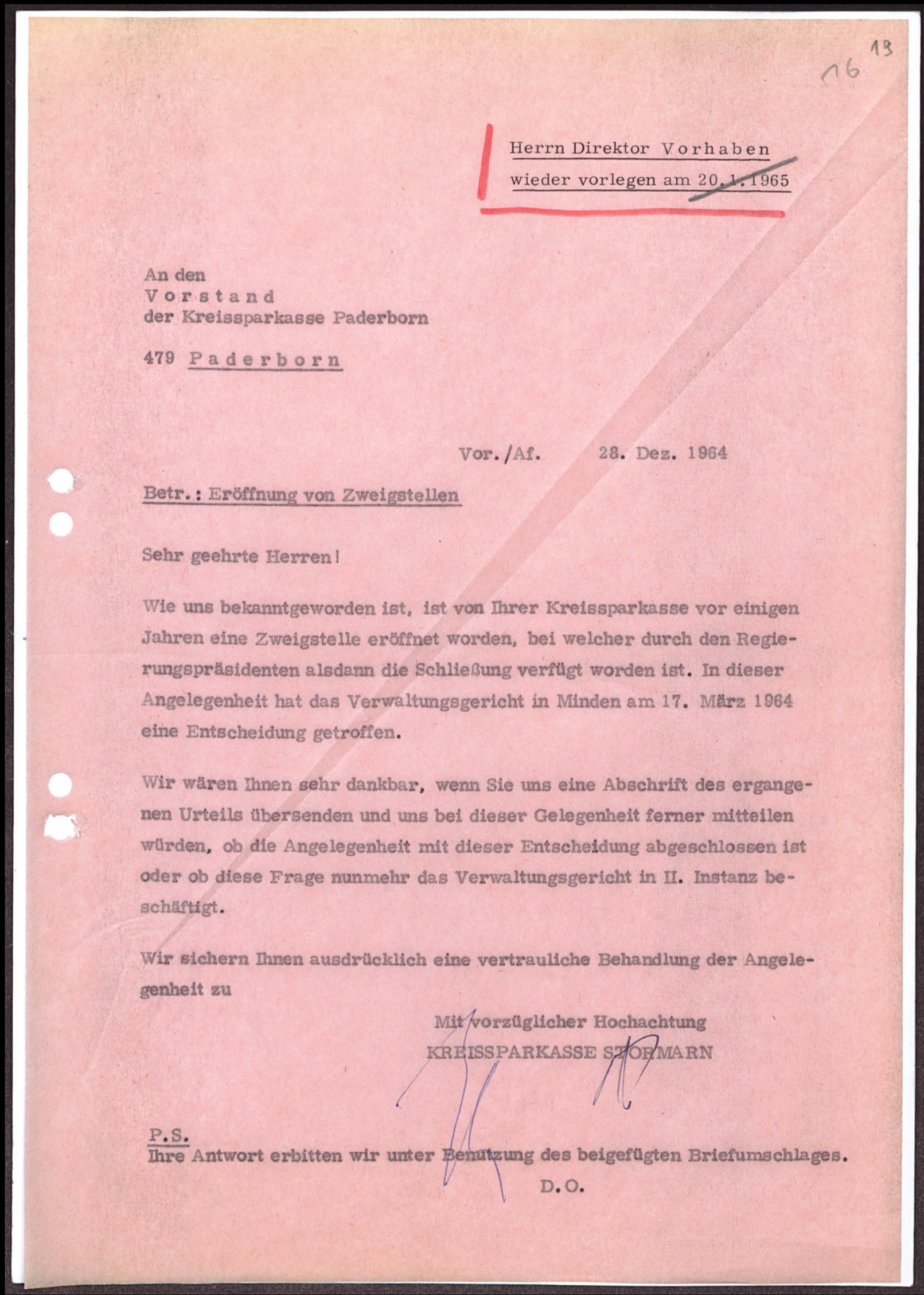
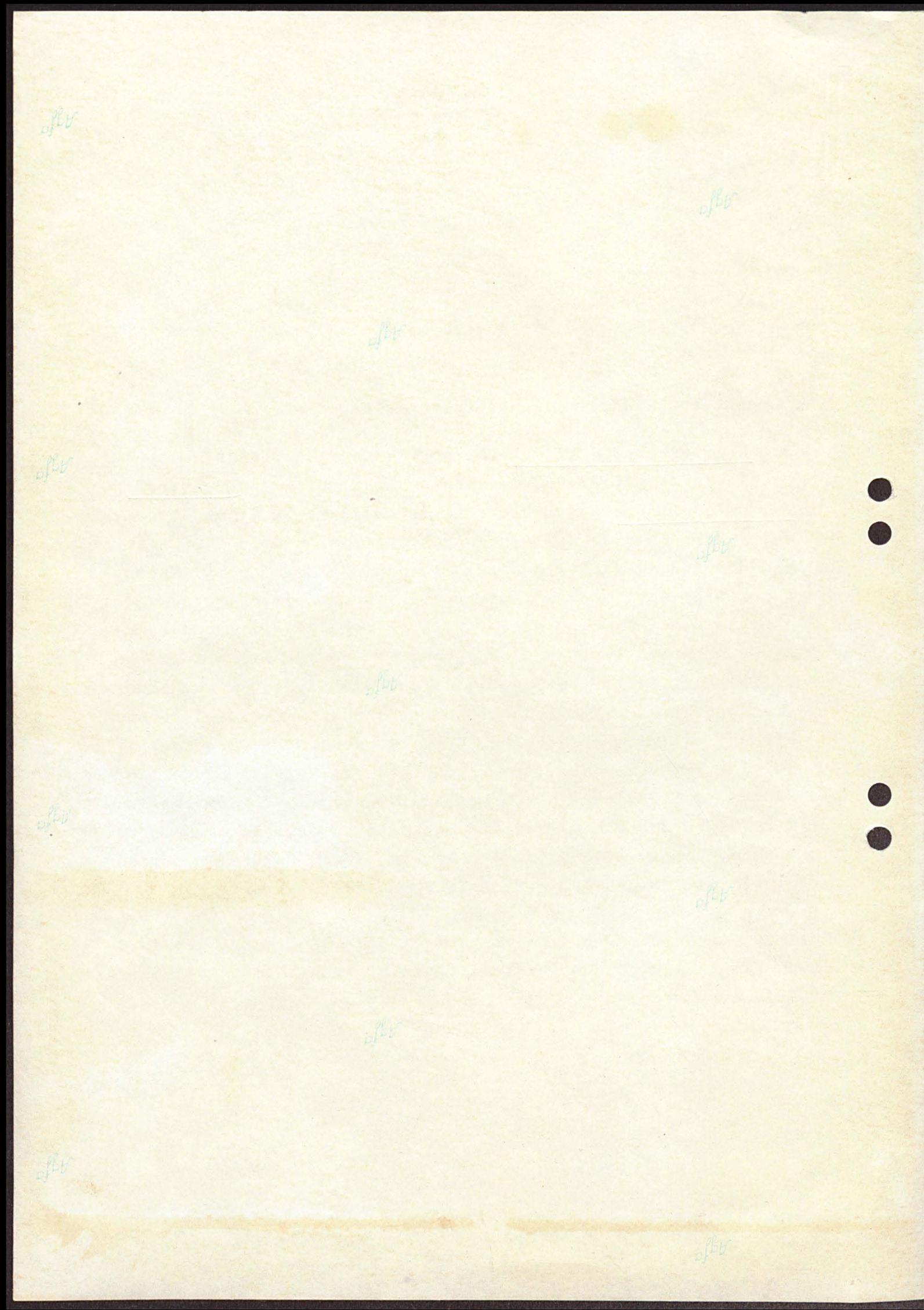
Kreise, die an der schriftlichen Urteilsbegründung interessiert
sind, bitten wir um Bescheid. Wir hoffen, ihnen demnächst Näheres
mitteilen zu können.

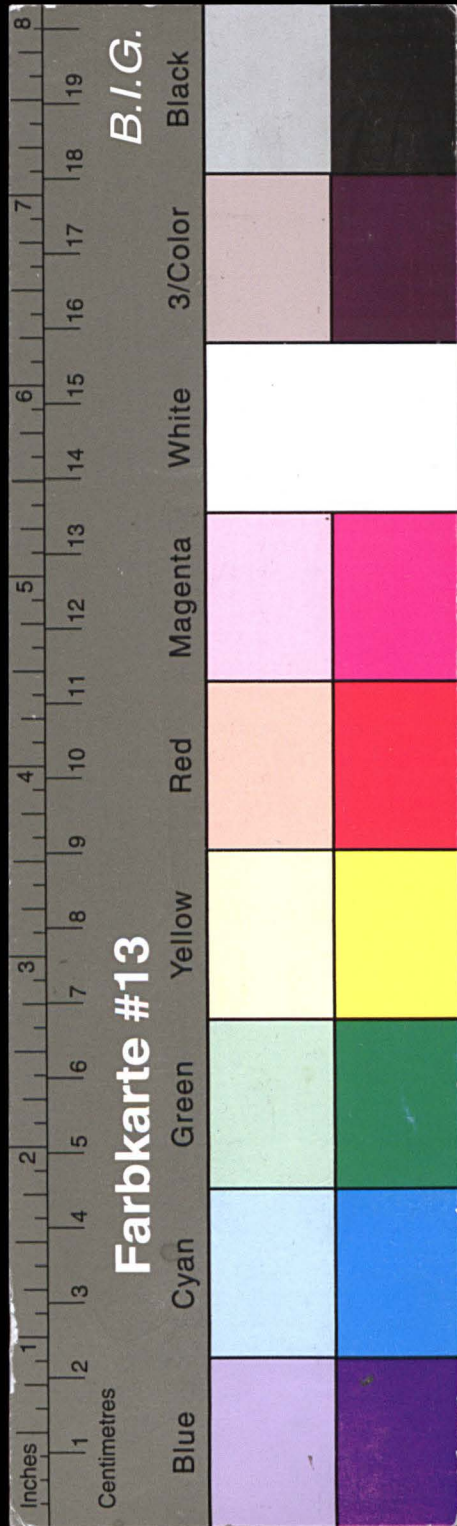
Beutling



Kreisarchiv Stormarn E103

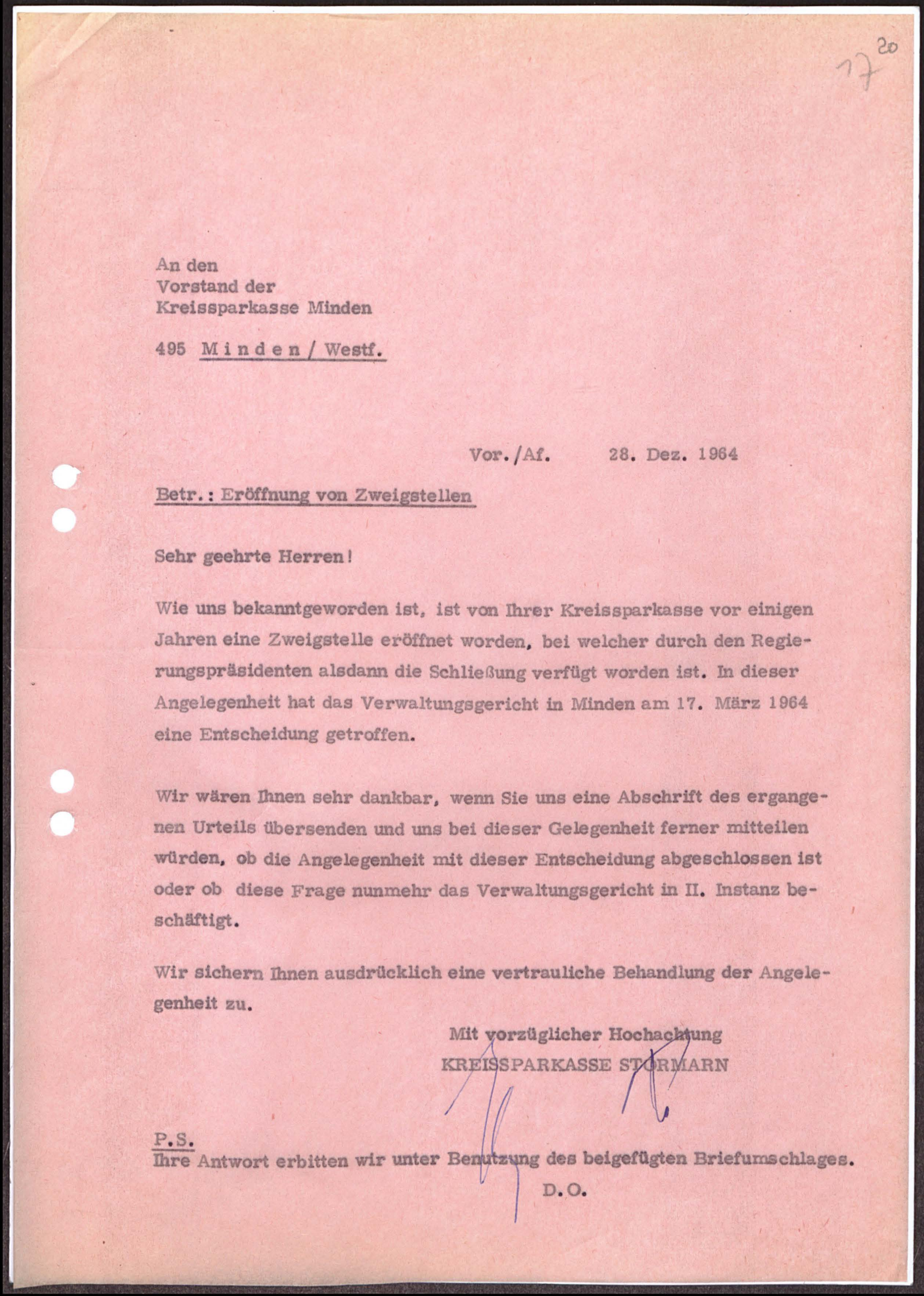
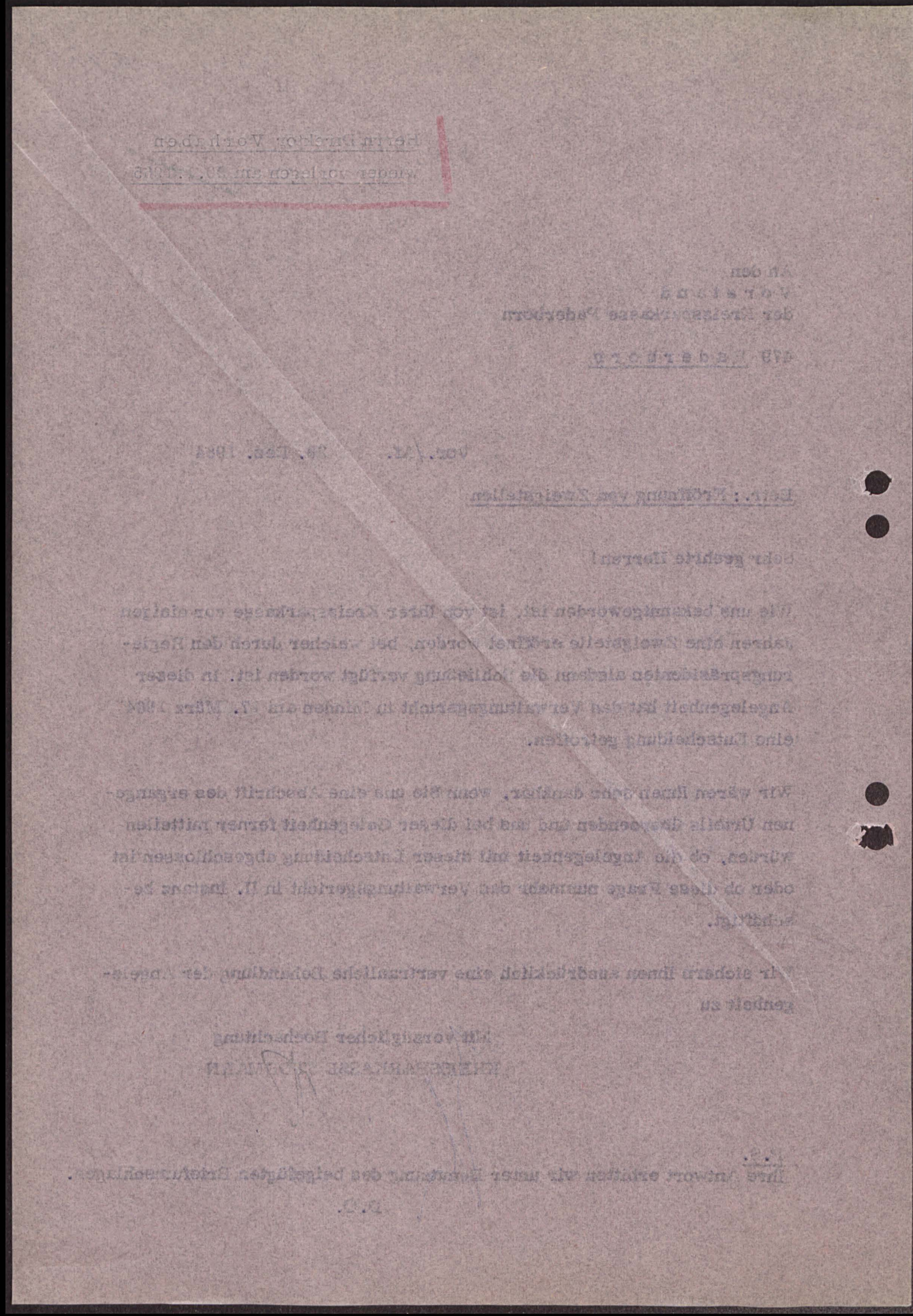
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

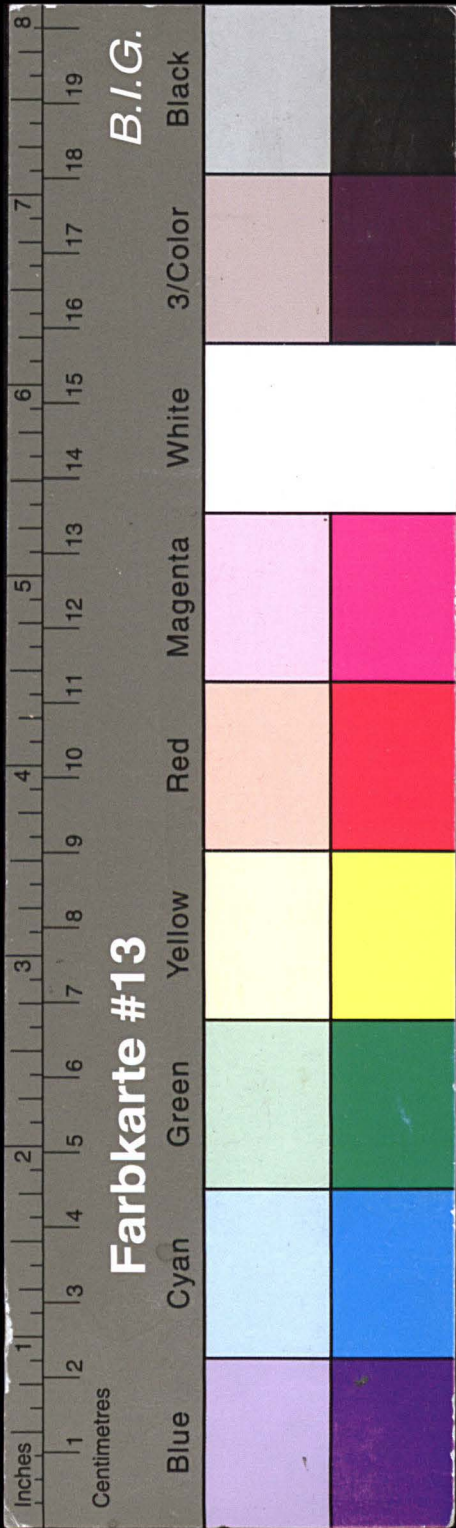




Kreisarchiv Stormarn E103

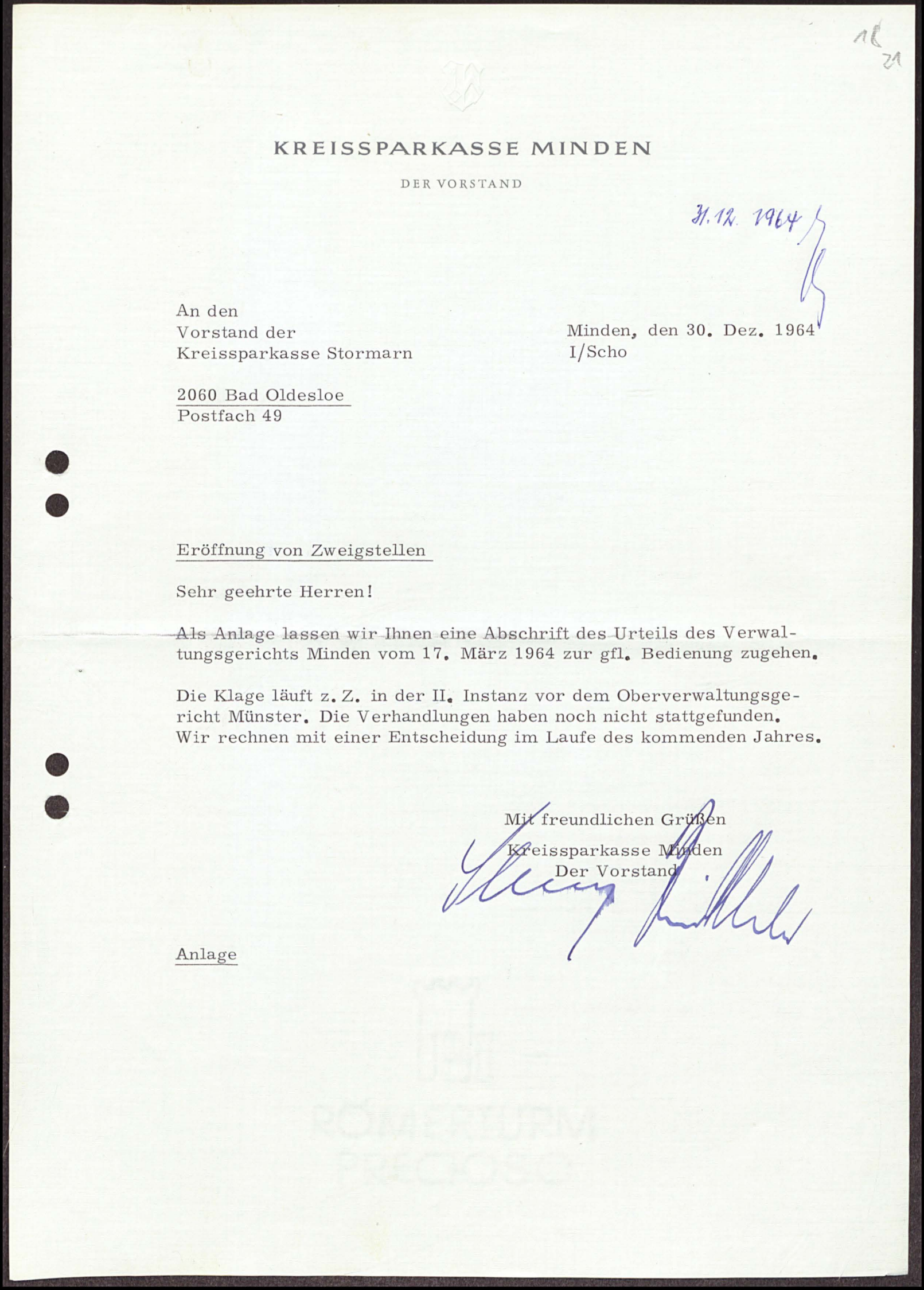
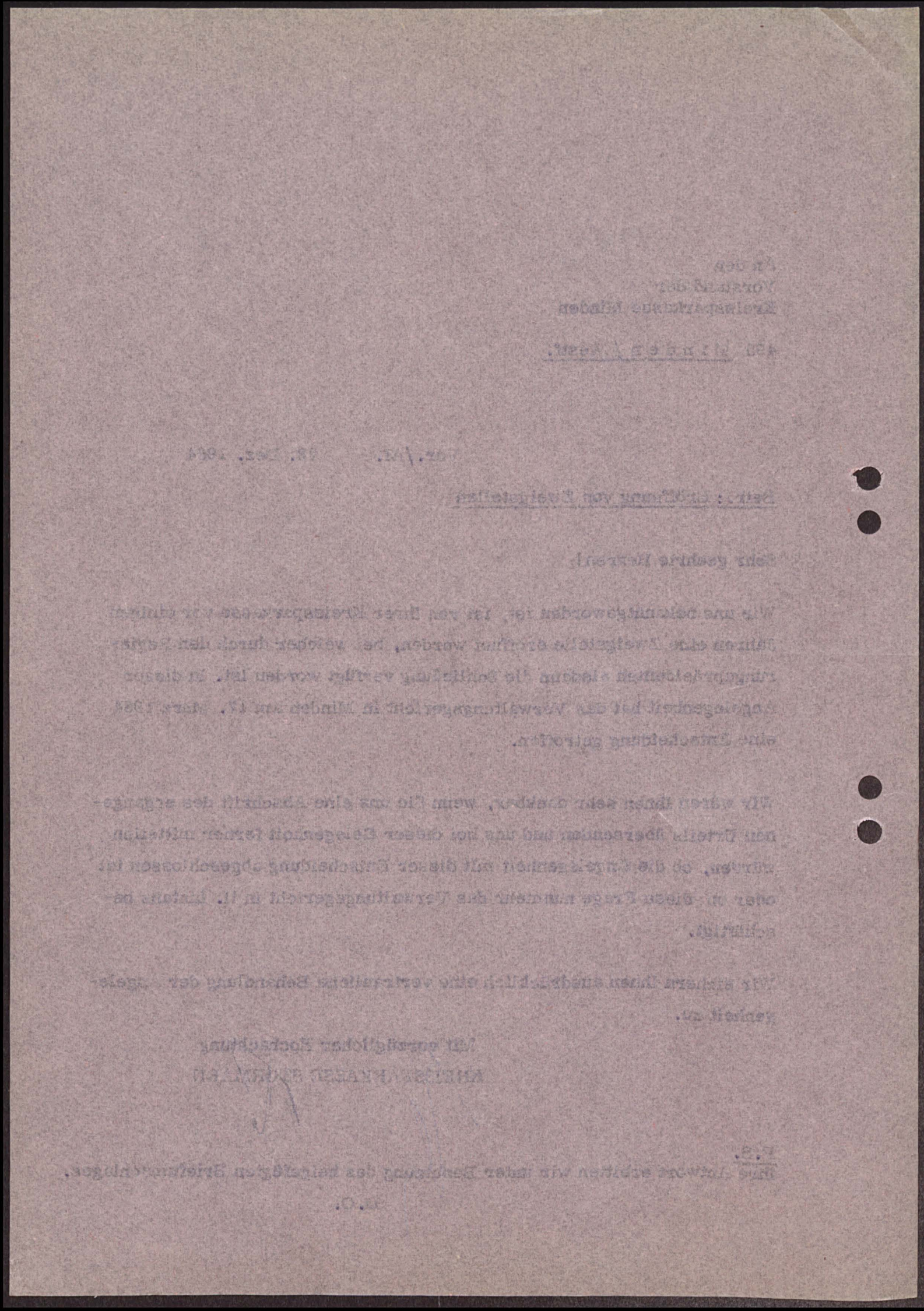
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

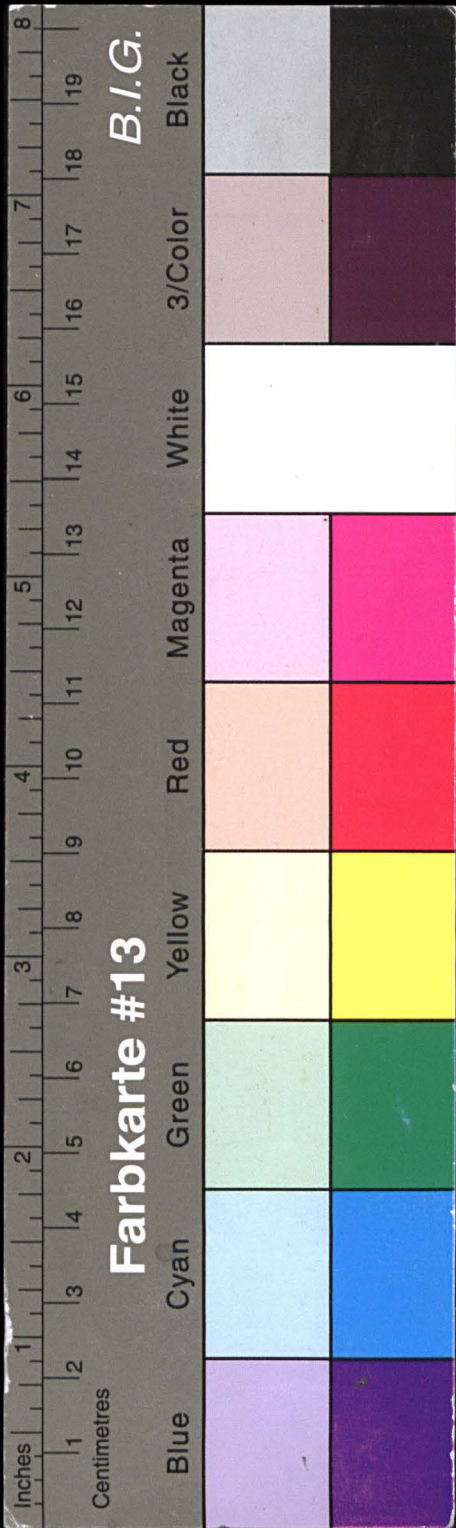




Kreisarchiv Stormarn E103

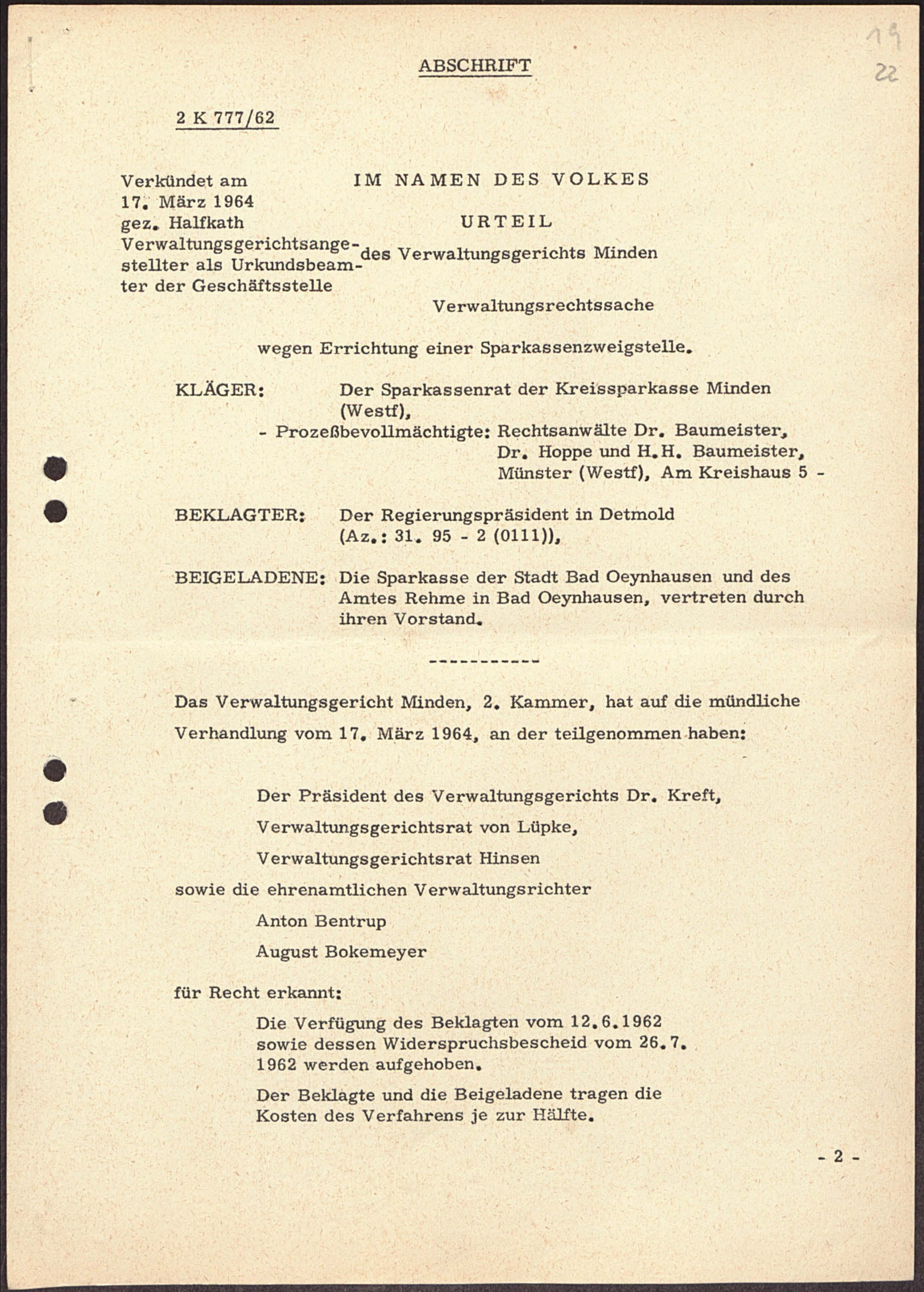
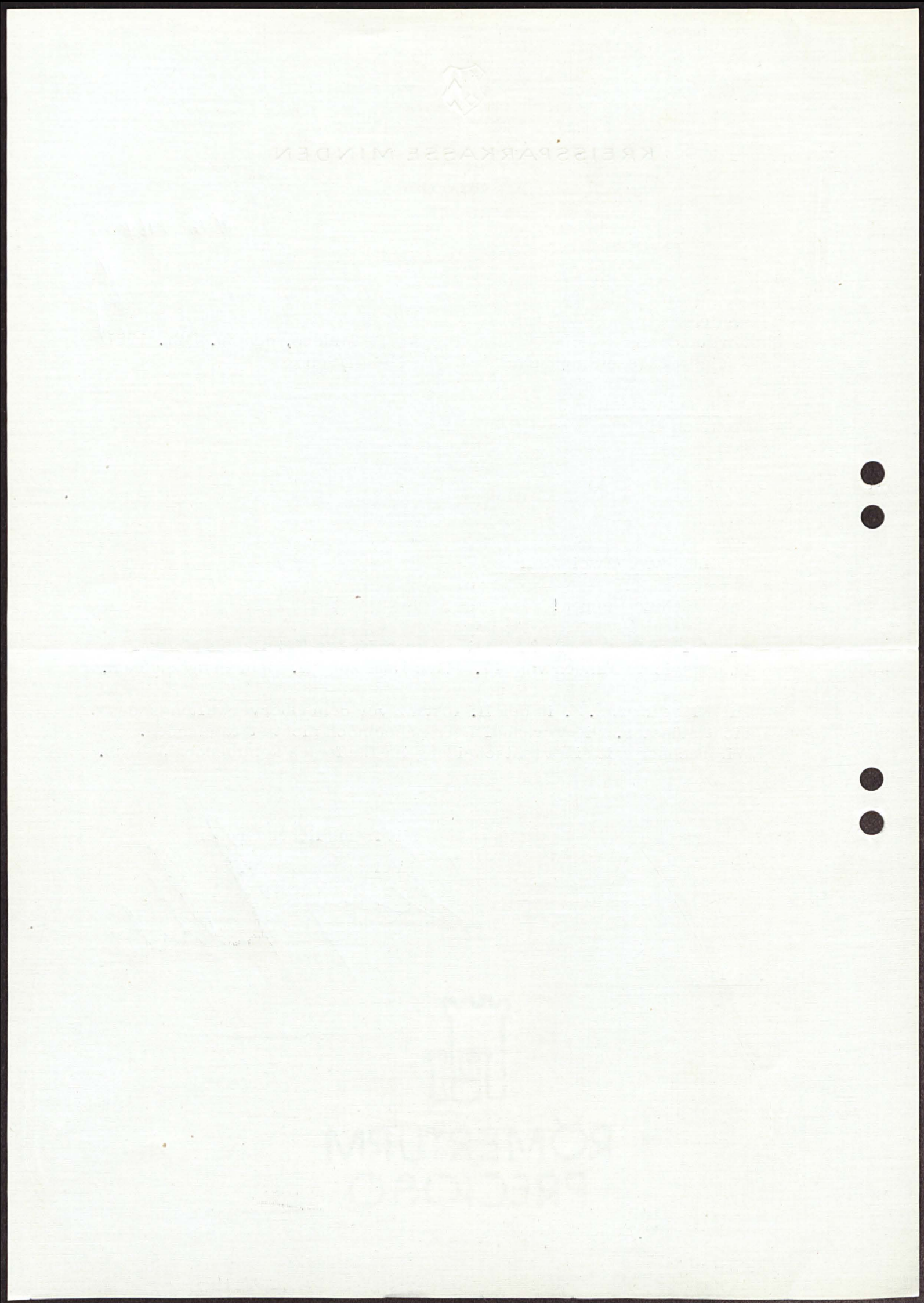
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



ABSCHRIFT

2 K 777/62

Verkündet am
17. März 1964
gez. Halfkath
Verwaltungsgerichtsange-
stellter als Urkundsbeam-
ter der Geschäftsstelle

IM NAMEN DES VOLKES

URTEIL

des Verwaltungsgerichts Minden

Verwaltungsrechtssache

wegen Errichtung einer Sparkassenzweigstelle.

KLÄGER: Der Sparkassenrat der Kreissparkasse Minden
(Westf),
- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Baumeister,
Dr. Hoppe und H.H. Baumeister,
Münster (Westf), Am Kreishaus 5 -

BEKLAGTER: Der Regierungspräsident in Detmold
(Az.: 31. 95 - 2 (0111)),

BEIGELADENE: Die Sparkasse der Stadt Bad Oeynhausen und des
Amtes Rehme in Bad Oeynhausen, vertreten durch
ihren Vorstand.

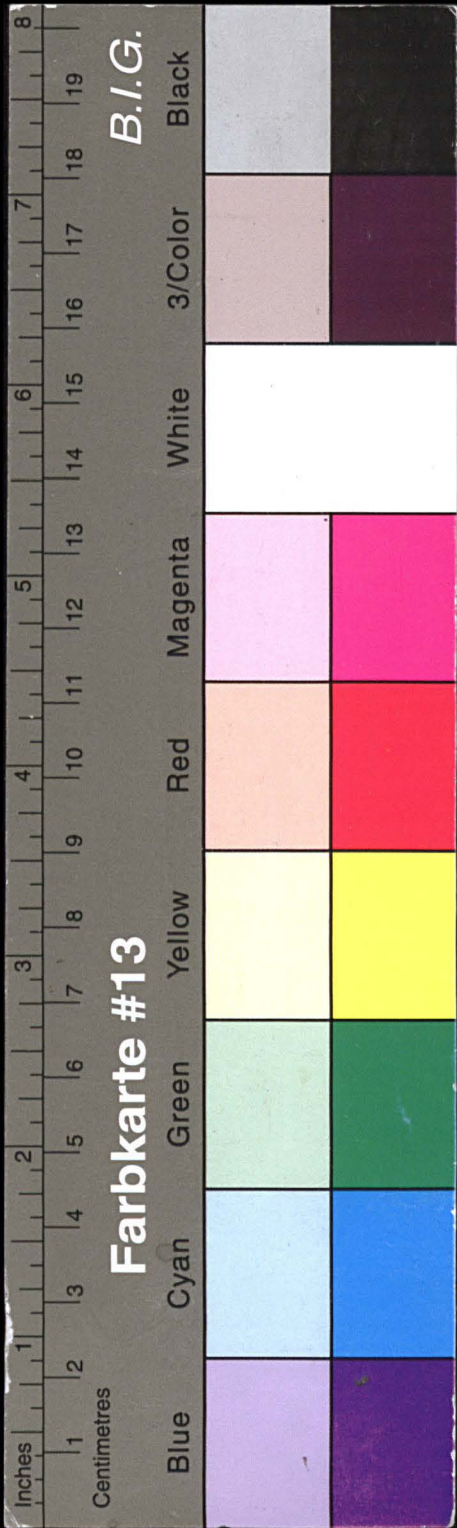
Das Verwaltungsgericht Minden, 2. Kammer, hat auf die mündliche
Verhandlung vom 17. März 1964, an der teilgenommen haben:

Der Präsident des Verwaltungsgerichts Dr. Kreft,
Verwaltungsgerichtsrat von Lüpke,
Verwaltungsgerichtsrat Hinsin
sowie die ehrenamtlichen Verwaltungsrichter
Anton Bentrup
August Bokemeyer

für Recht erkannt:

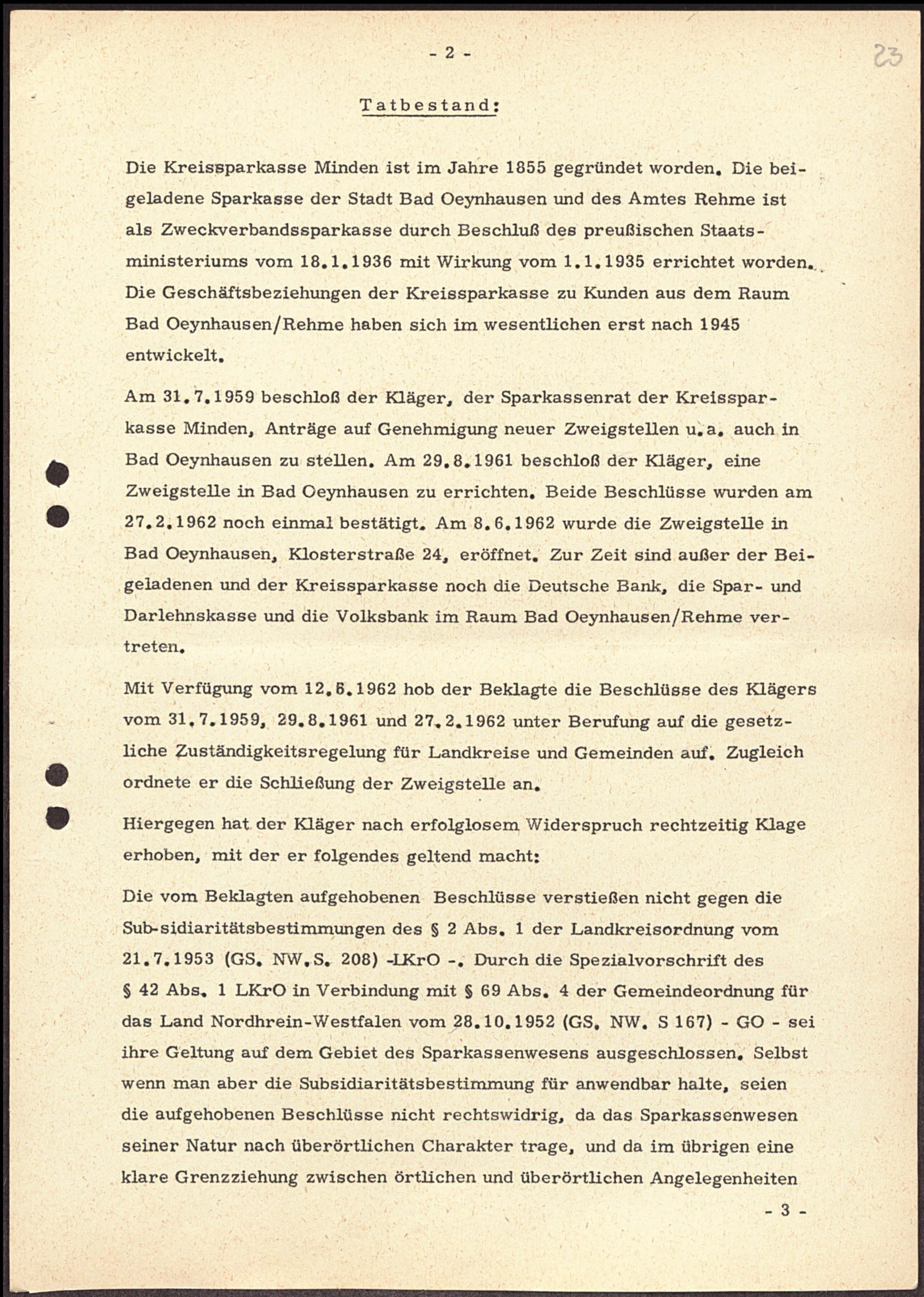
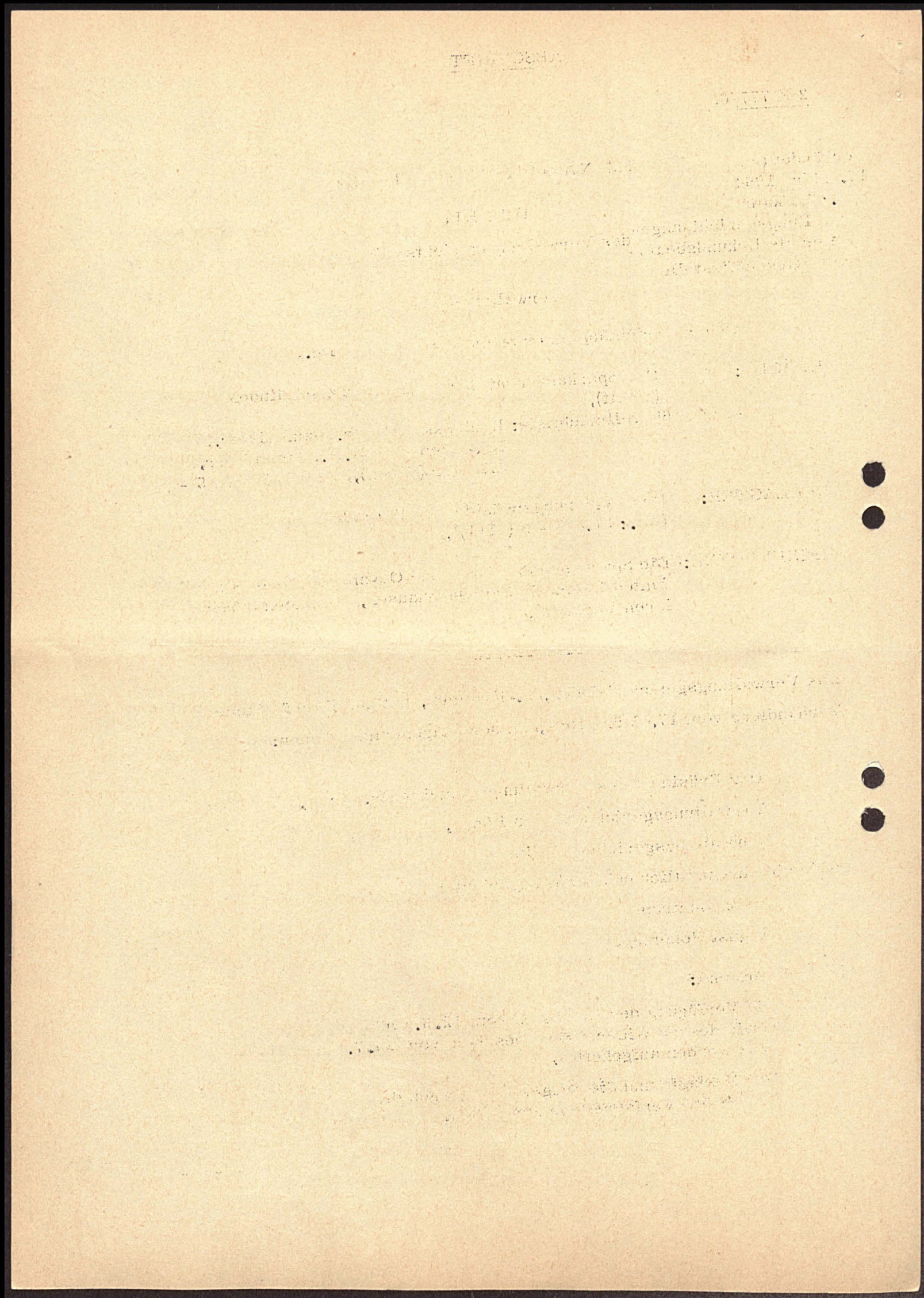
Die Verfügung des Beklagten vom 12.6.1962
sowie dessen Widerspruchsbescheid vom 26.7.
1962 werden aufgehoben.

Der Beklagte und die Beigeladene tragen die
Kosten des Verfahrens je zur Hälfte.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Tatbestand:

Die Kreissparkasse Minden ist im Jahre 1855 gegründet worden. Die beigeladene Sparkasse der Stadt Bad Oeynhausen und des Amtes Rehme ist als Zweckverbandssparkasse durch Beschluß des preußischen Staatsministeriums vom 18.1.1936 mit Wirkung vom 1.1.1935 errichtet worden. Die Geschäftsbeziehungen der Kreissparkasse zu Kunden aus dem Raum Bad Oeynhausen/Rehme haben sich im wesentlichen erst nach 1945 entwickelt.

Am 31.7.1959 beschloß der Kläger, der Sparkassenrat der Kreissparkasse Minden, Anträge auf Genehmigung neuer Zweigstellen u.a. auch in Bad Oeynhausen zu stellen. Am 29.8.1961 beschloß der Kläger, eine Zweigstelle in Bad Oeynhausen zu errichten. Beide Beschlüsse wurden am 27.2.1962 noch einmal bestätigt. Am 8.6.1962 wurde die Zweigstelle in Bad Oeynhausen, Klosterstraße 24, eröffnet. Zur Zeit sind außer der Beigeladenen und der Kreissparkasse noch die Deutsche Bank, die Spar- und Darlehnskasse und die Volksbank im Raum Bad Oeynhausen/Rehme vertreten.

Mit Verfügung vom 12.6.1962 hob der Beklagte die Beschlüsse des Klägers vom 31.7.1959, 29.8.1961 und 27.2.1962 unter Berufung auf die gesetzliche Zuständigkeitsregelung für Landkreise und Gemeinden auf. Zugleich ordnete er die Schließung der Zweigstelle an.

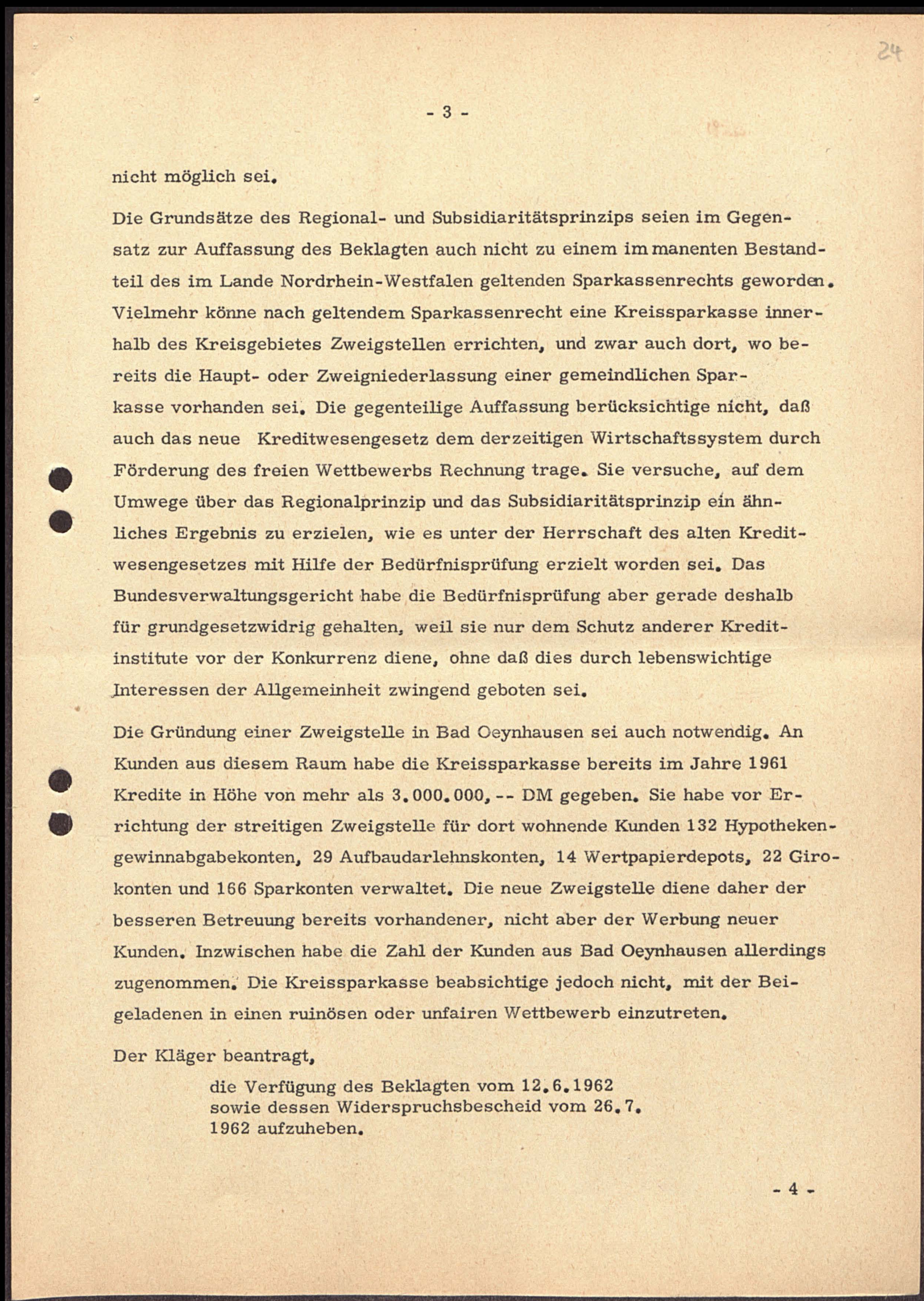
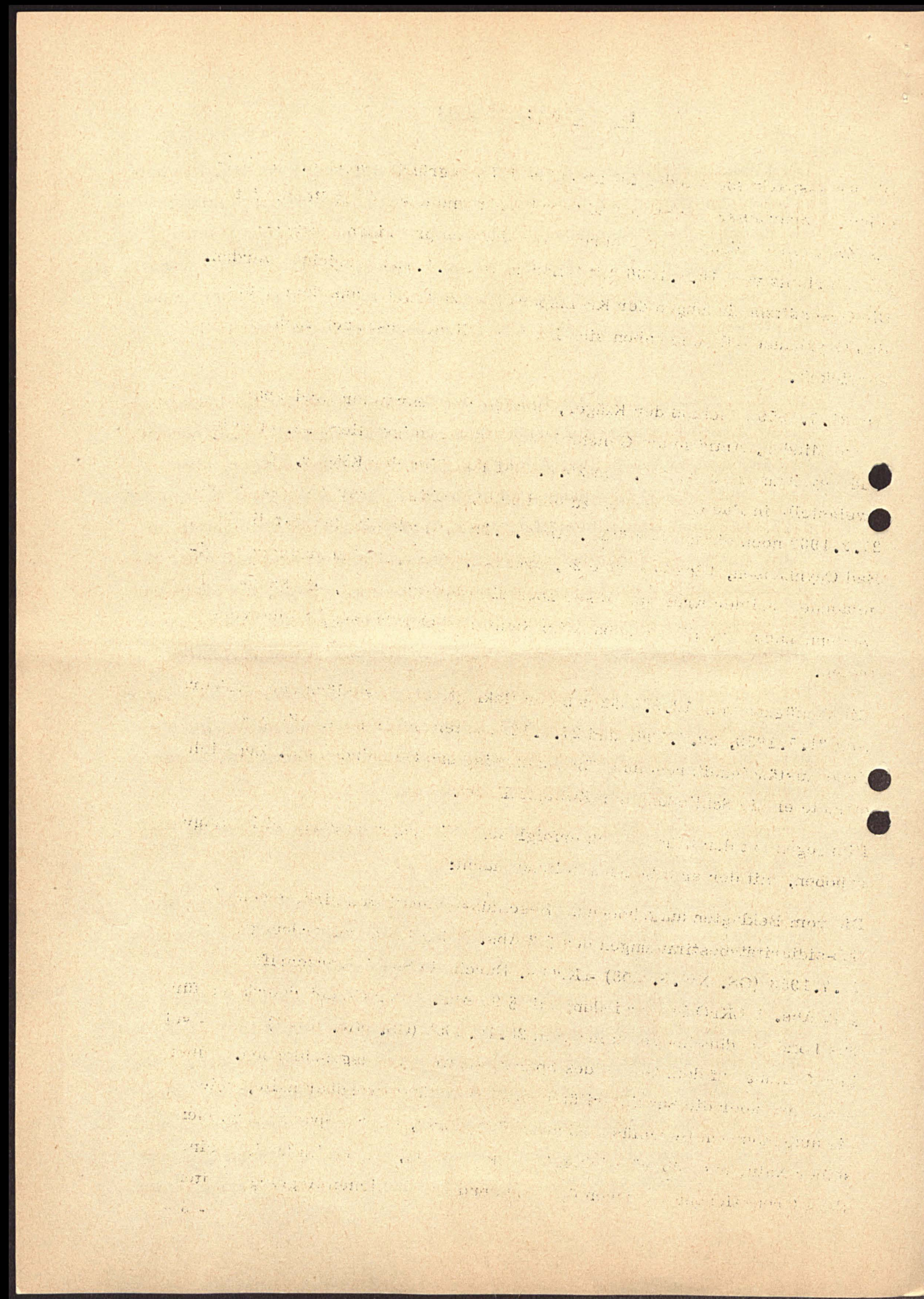
Hiergegen hat der Kläger nach erfolglosem Widerspruch rechtzeitig Klage erhoben, mit der er folgendes geltend macht:

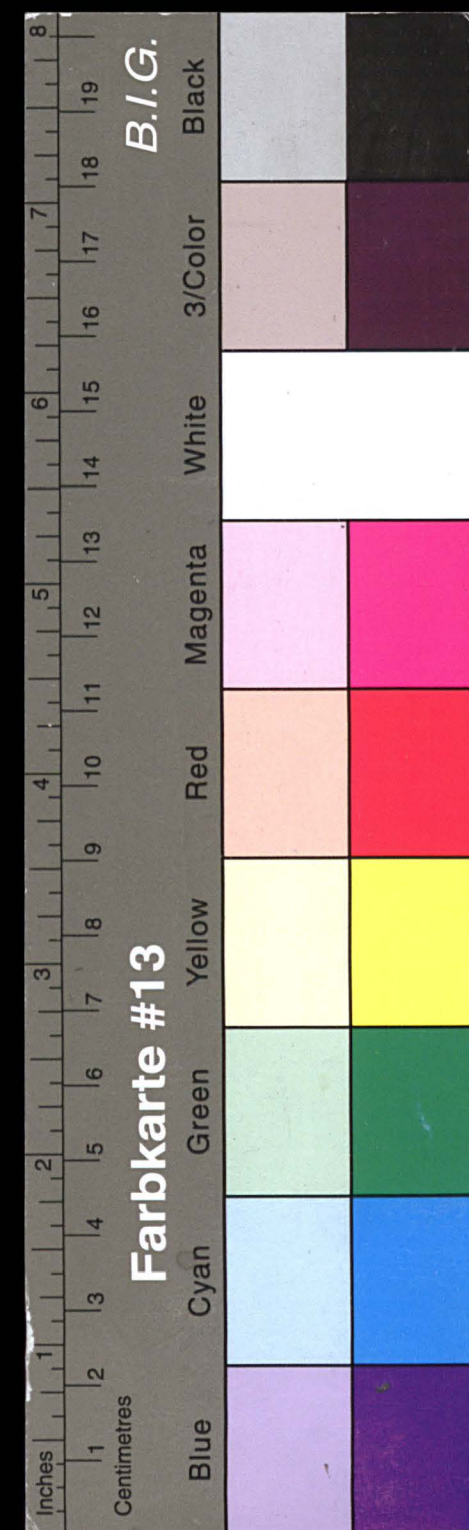
Die vom Beklagten aufgehobenen Beschlüsse verstießen nicht gegen die Subsidiaritätsbestimmungen des § 2 Abs. 1 der Landkreisordnung vom 21.7.1953 (GS. NW.S. 208) -LKrO -. Durch die Spezialvorschrift des § 42 Abs. 1 LKro in Verbindung mit § 69 Abs. 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28.10.1952 (GS. NW. S 167) - GO - sei ihre Geltung auf dem Gebiet des Sparkassenwesens ausgeschlossen. Selbst wenn man aber die Subsidiaritätsbestimmung für anwendbar halte, seien die aufgehobenen Beschlüsse nicht rechtswidrig, da das Sparkassenwesen seiner Natur nach überörtlichen Charakter trage, und da im übrigen eine klare Grenzziehung zwischen örtlichen und überörtlichen Angelegenheiten



Kreisarchiv Stormarn E103

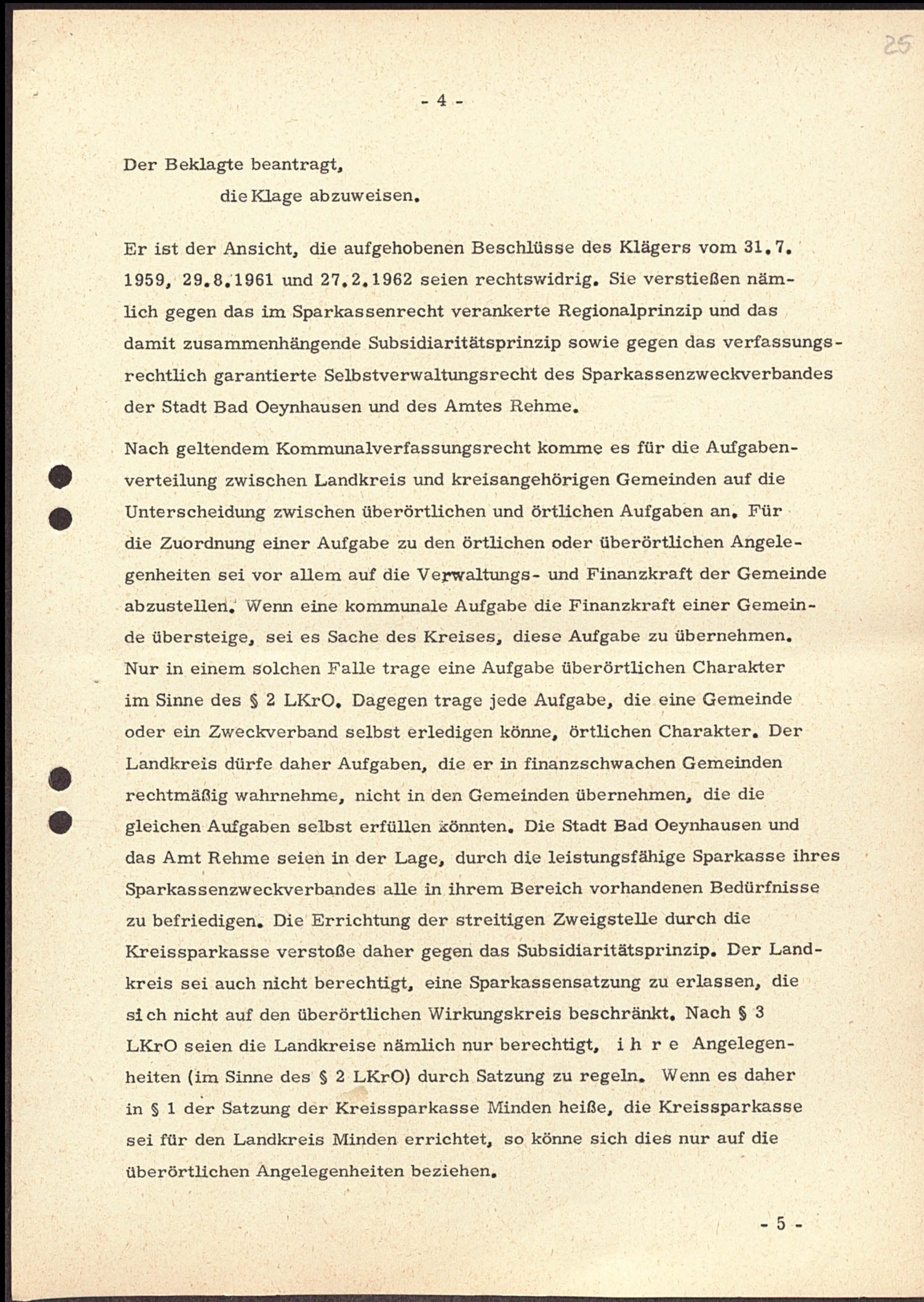
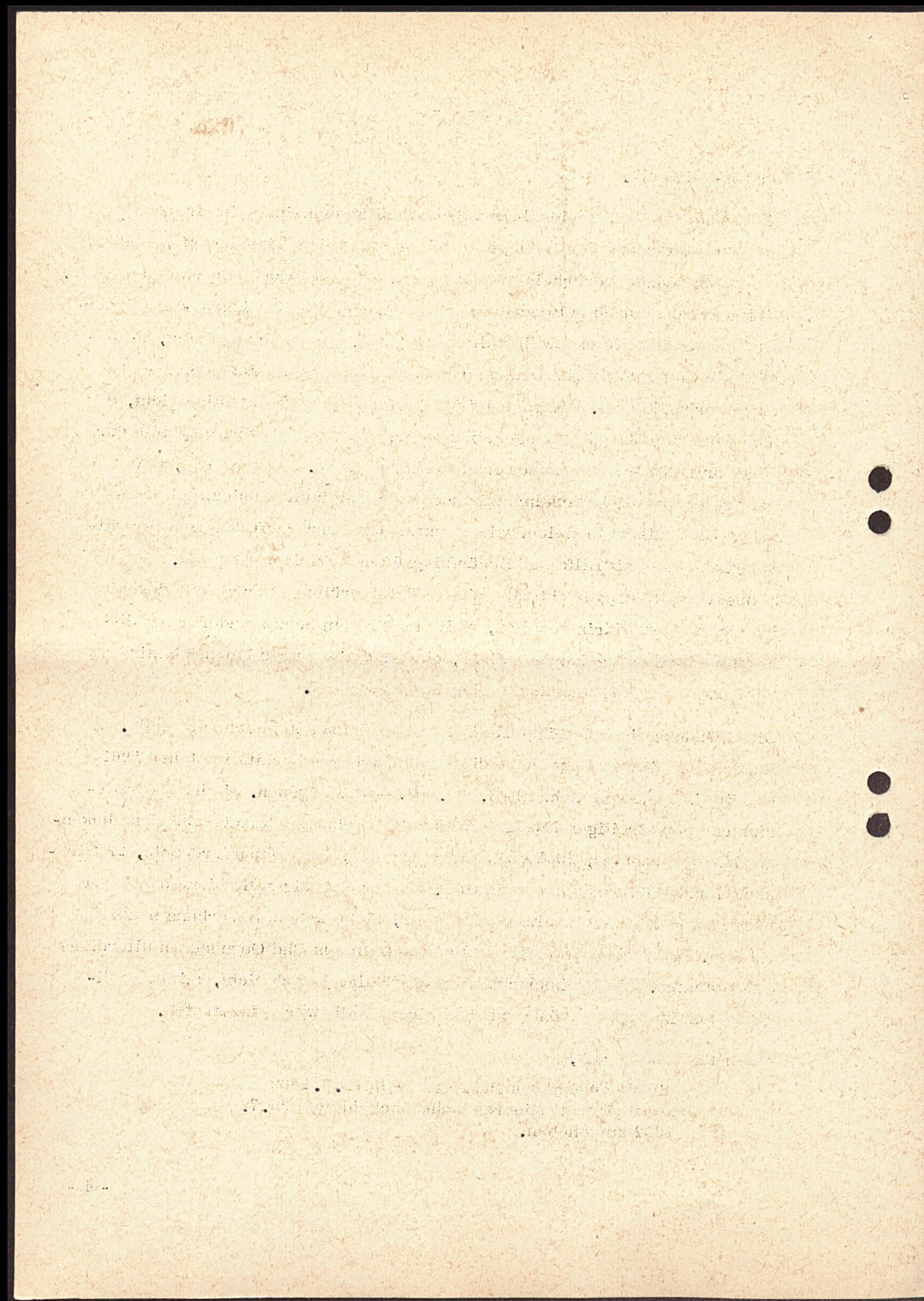
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

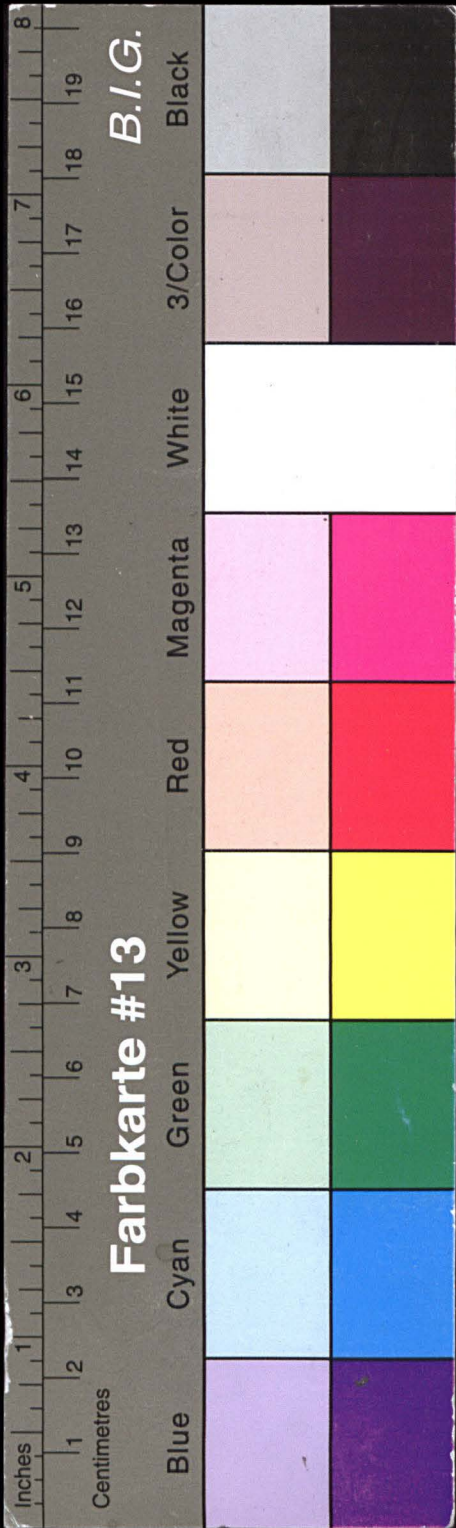
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Der Beklagte beantragt,
die Klage abzuweisen.

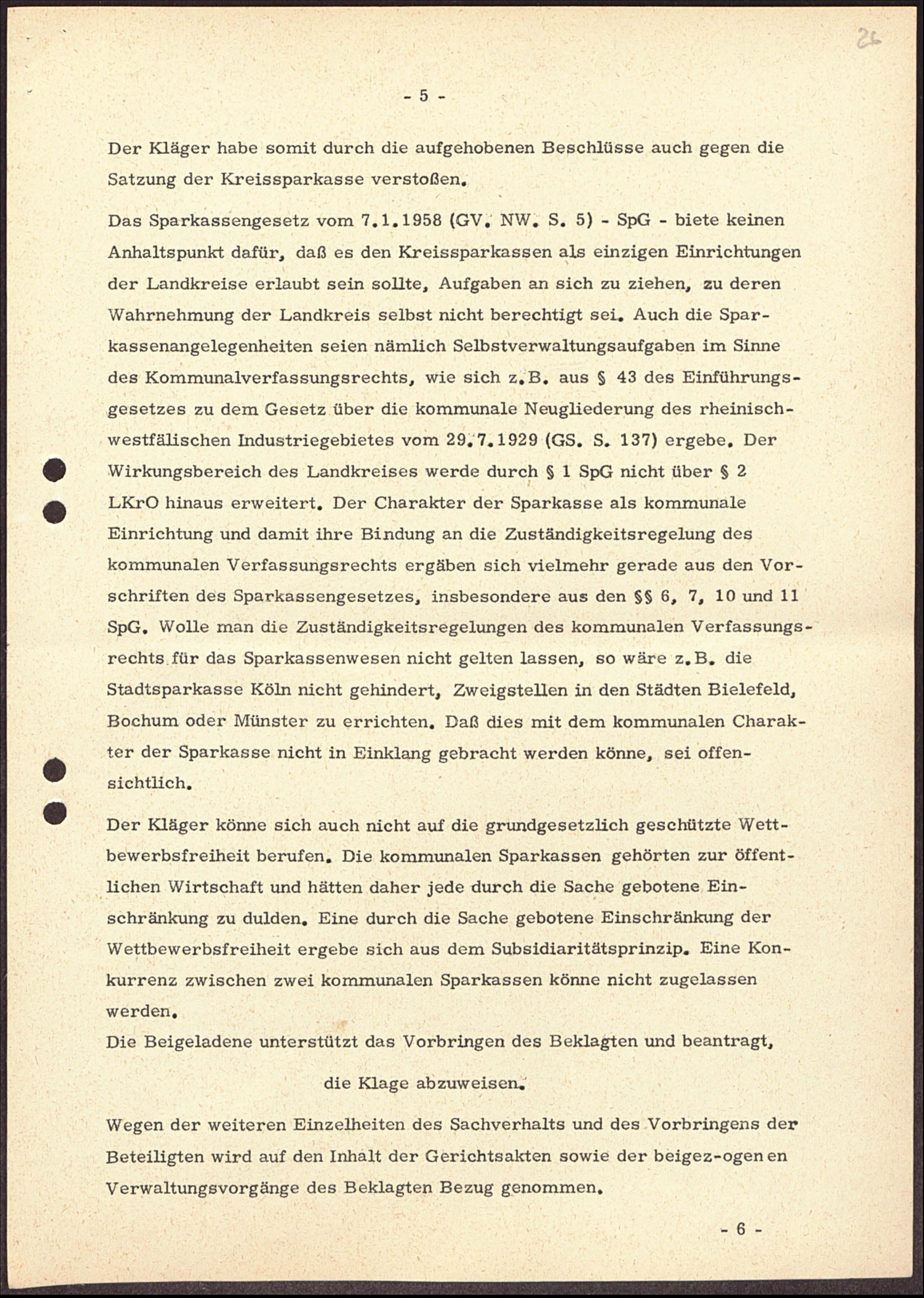
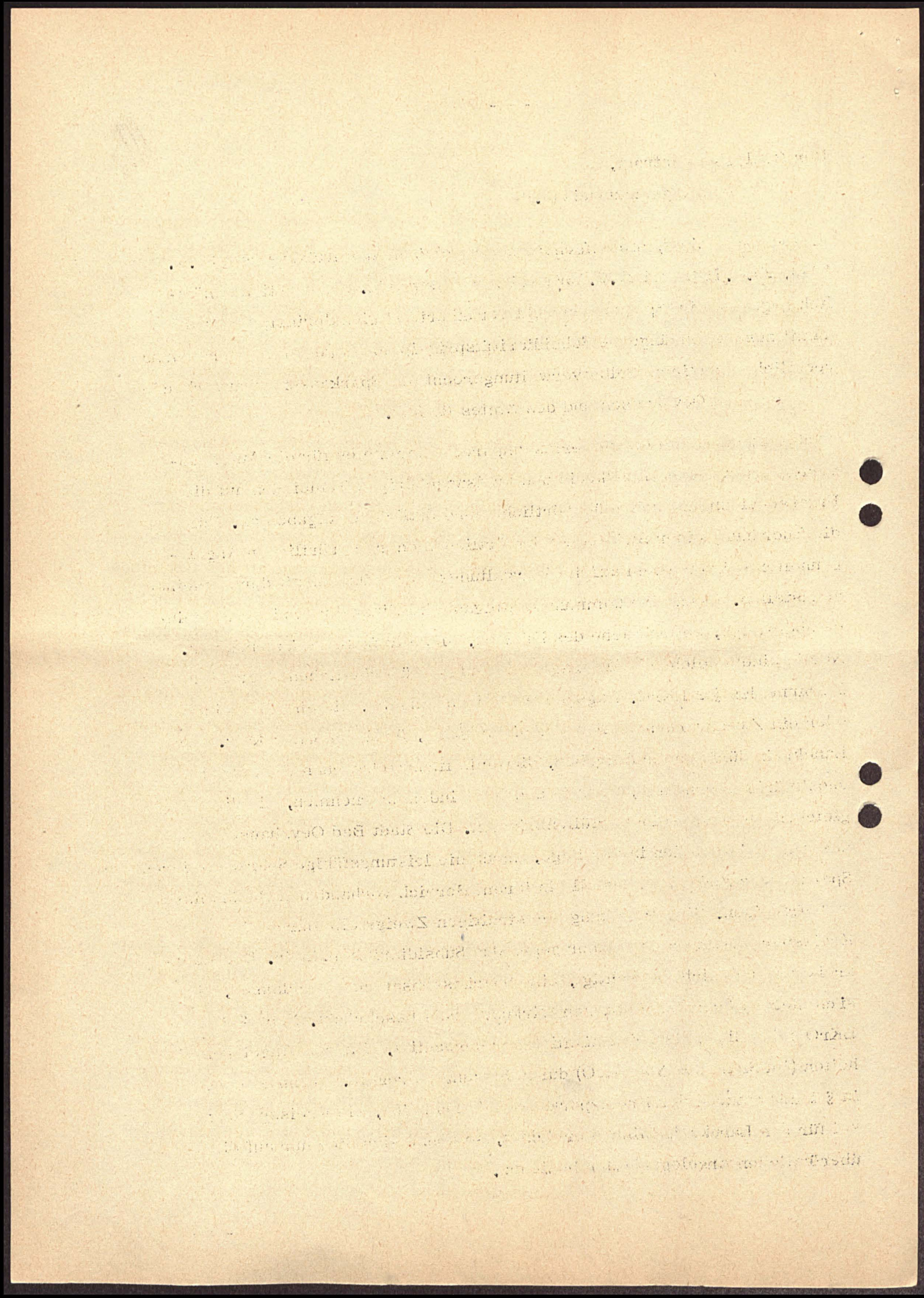
Er ist der Ansicht, die aufgehobenen Beschlüsse des Klägers vom 31.7. 1959, 29.8.1961 und 27.2.1962 seien rechtswidrig. Sie verstießen nämlich gegen das im Sparkassenrecht verankerte Regionalprinzip und das damit zusammenhängende Subsidiaritätsprinzip sowie gegen das verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltungsrecht des Sparkassenzweckverbandes der Stadt Bad Oeynhausen und des Amtes Rehme.

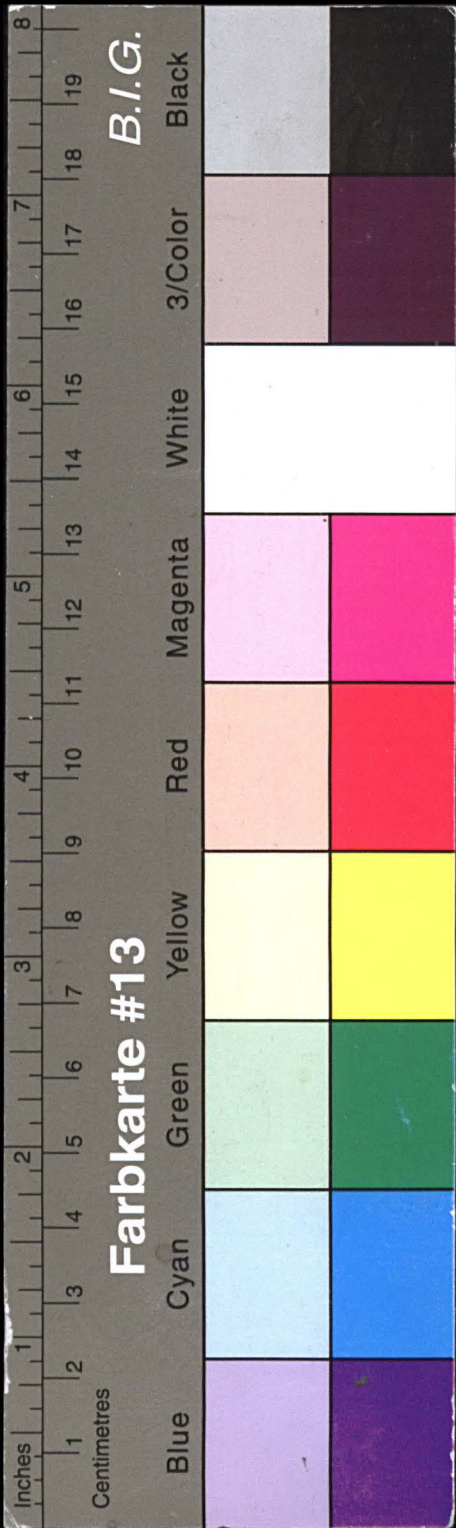
Nach geltendem Kommunalverfassungsrecht komme es für die Aufgabenverteilung zwischen Landkreis und kreisangehörigen Gemeinden auf die Unterscheidung zwischen überörtlichen und örtlichen Aufgaben an. Für die Zuordnung einer Aufgabe zu den örtlichen oder überörtlichen Angelegenheiten sei vor allem auf die Verwaltungs- und Finanzkraft der Gemeinde abzustellen. Wenn eine kommunale Aufgabe die Finanzkraft einer Gemeinde übersteige, sei es Sache des Kreises, diese Aufgabe zu übernehmen. Nur in einem solchen Falle trage eine Aufgabe überörtlichen Charakter im Sinne des § 2 LKrO. Dagegen trage jede Aufgabe, die eine Gemeinde oder ein Zweckverband selbst erledigen könne, örtlichen Charakter. Der Landkreis dürfe daher Aufgaben, die er in finanzschwachen Gemeinden rechtmäßig wahrnehme, nicht in den Gemeinden übernehmen, die die gleichen Aufgaben selbst erfüllen könnten. Die Stadt Bad Oeynhausen und das Amt Rehme seien in der Lage, durch die leistungsfähige Sparkasse ihres Sparkassenzweckverbandes alle in ihrem Bereich vorhandenen Bedürfnisse zu befriedigen. Die Errichtung der streitigen Zweigstelle durch die Kreissparkasse verstoße daher gegen das Subsidiaritätsprinzip. Der Landkreis sei auch nicht berechtigt, eine Sparkassensatzung zu erlassen, die sich nicht auf den überörtlichen Wirkungskreis beschränkt. Nach § 3 LKrO seien die Landkreise nämlich nur berechtigt, ihre Angelegenheiten (im Sinne des § 2 LKrO) durch Satzung zu regeln. Wenn es daher in § 1 der Satzung der Kreissparkasse Minden heiße, die Kreissparkasse sei für den Landkreis Minden errichtet, so könne sich dies nur auf die überörtlichen Angelegenheiten beziehen.



Kreisarchiv Stormarn E103

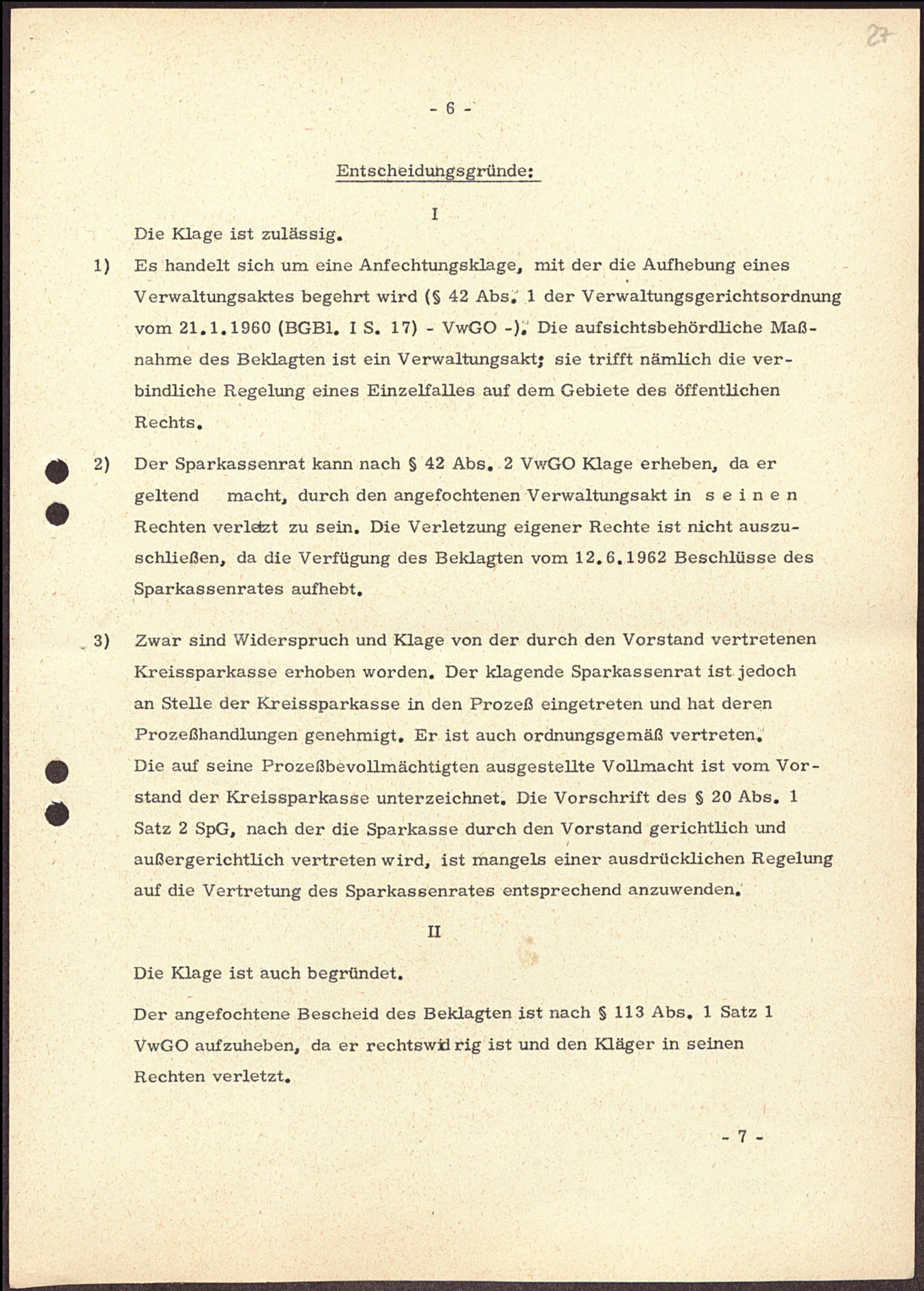
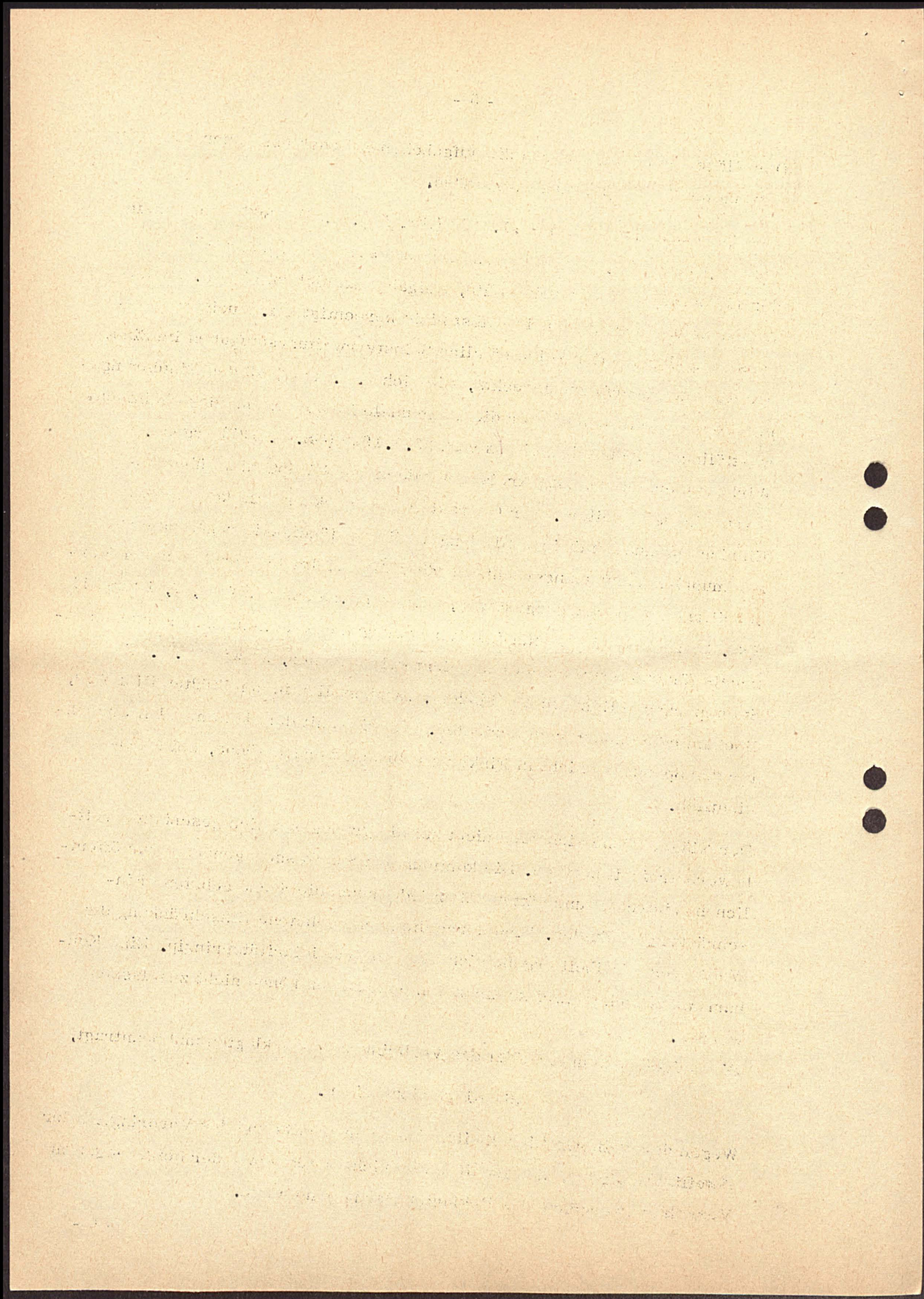
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



- 6 -

Entscheidungsgründe:

I

Die Klage ist zulässig.

- 1) Es handelt sich um eine Anfechtungsklage, mit der die Aufhebung eines Verwaltungsaktes begehrt wird (§ 42 Abs. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21.1.1960 (BGBl. I S. 17) - VwGO -). Die aufsichtsbehördliche Maßnahme des Beklagten ist ein Verwaltungsakt; sie trifft nämlich die verbindliche Regelung eines Einzelfalles auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts.
- 2) Der Sparkassenrat kann nach § 42 Abs. 2 VwGO Klage erheben, da er geltend macht, durch den angefochtenen Verwaltungsakt in seinen Rechten verletzt zu sein. Die Verletzung eigener Rechte ist nicht auszuschließen, da die Verfügung des Beklagten vom 12.6.1962 Beschlüsse des Sparkassenrates aufhebt.
- 3) Zwar sind Widerspruch und Klage von der durch den Vorstand vertretenen Kreissparkasse erhoben worden. Der klagende Sparkassenrat ist jedoch an Stelle der Kreissparkasse in den Prozeß eingetreten und hat deren Prozeßhandlungen genehmigt. Er ist auch ordnungsgemäß vertreten. Die auf seine Prozeßbevollmächtigten ausgestellte Vollmacht ist vom Vorstand der Kreissparkasse unterzeichnet. Die Vorschrift des § 20 Abs. 1 Satz 2 SpG, nach der die Sparkasse durch den Vorstand gerichtlich und außergerichtlich vertreten wird, ist mangels einer ausdrücklichen Regelung auf die Vertretung des Sparkassenrates entsprechend anzuwenden.

II

Die Klage ist auch begründet.

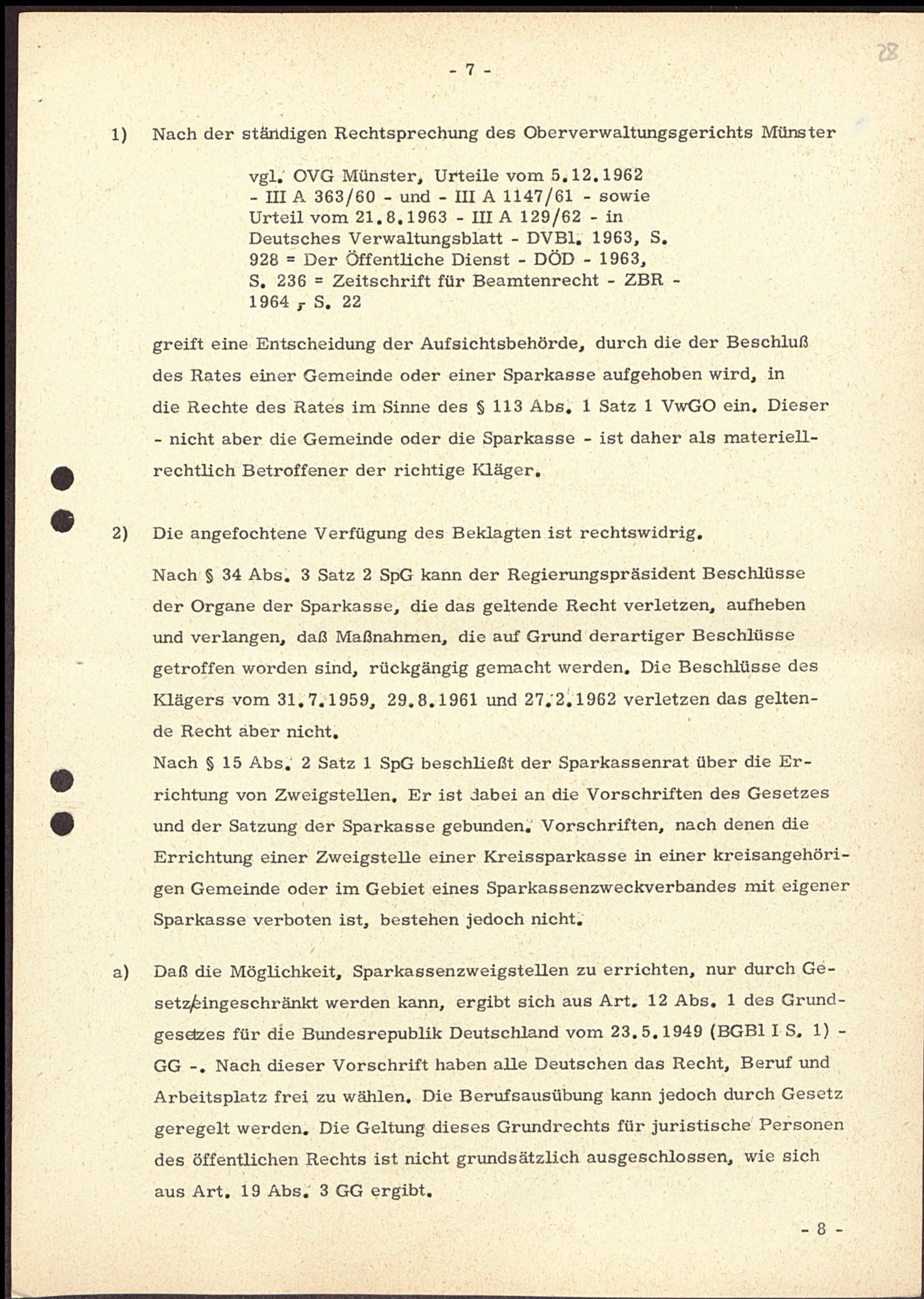
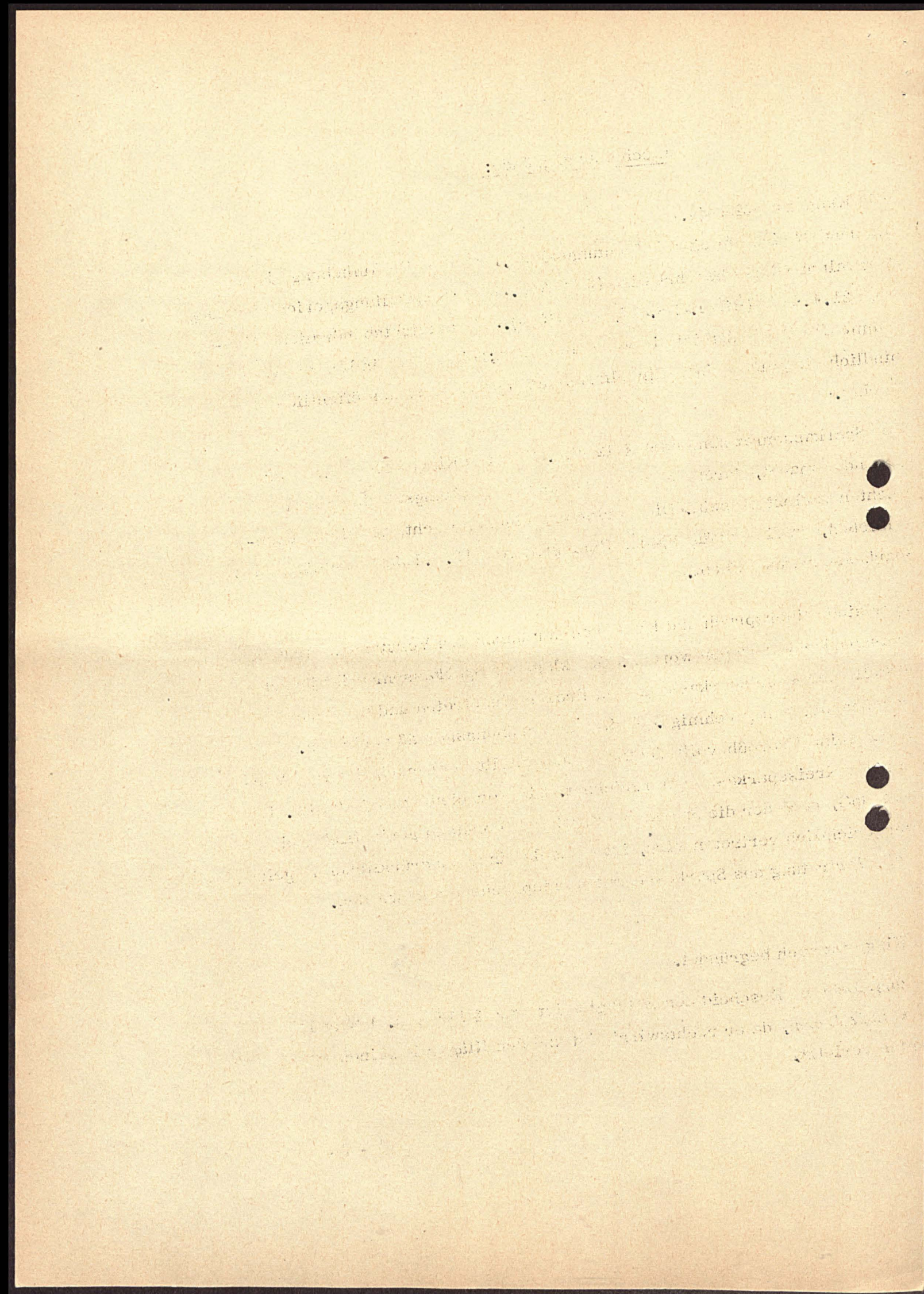
Der angefochtene Bescheid des Beklagten ist nach § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO aufzuheben, da er rechtswidrig ist und den Kläger in seinen Rechten verletzt.

- 7 -



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



- 1) Nach der ständigen Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Münster

vgl. OVG Münster, Urteile vom 5.12.1962
- III A 363/60 - und - III A 1147/61 - sowie
Urteil vom 21.8.1963 - III A 129/62 - in
Deutsches Verwaltungsblatt - DVBl. 1963, S.
928 = Der Öffentliche Dienst - DÖD - 1963,
S. 236 = Zeitschrift für Beamtenrecht - ZBR -
1964, S. 22

greift eine Entscheidung der Aufsichtsbehörde, durch die der Beschluß
des Rates einer Gemeinde oder einer Sparkasse aufgehoben wird, in
die Rechte des Rates im Sinne des § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO ein. Dieser
- nicht aber die Gemeinde oder die Sparkasse - ist daher als materiell-
rechtlich Betroffener der richtige Kläger.

- 2) Die angefochtene Verfügung des Beklagten ist rechtswidrig.

Nach § 34 Abs. 3 Satz 2 SpG kann der Regierungspräsident Beschlüsse
der Organe der Sparkasse, die das geltende Recht verletzen, aufheben
und verlangen, daß Maßnahmen, die auf Grund derartiger Beschlüsse
getroffen worden sind, rückgängig gemacht werden. Die Beschlüsse des
Klägers vom 31.7.1959, 29.8.1961 und 27.2.1962 verletzen das gelten-
de Recht aber nicht.

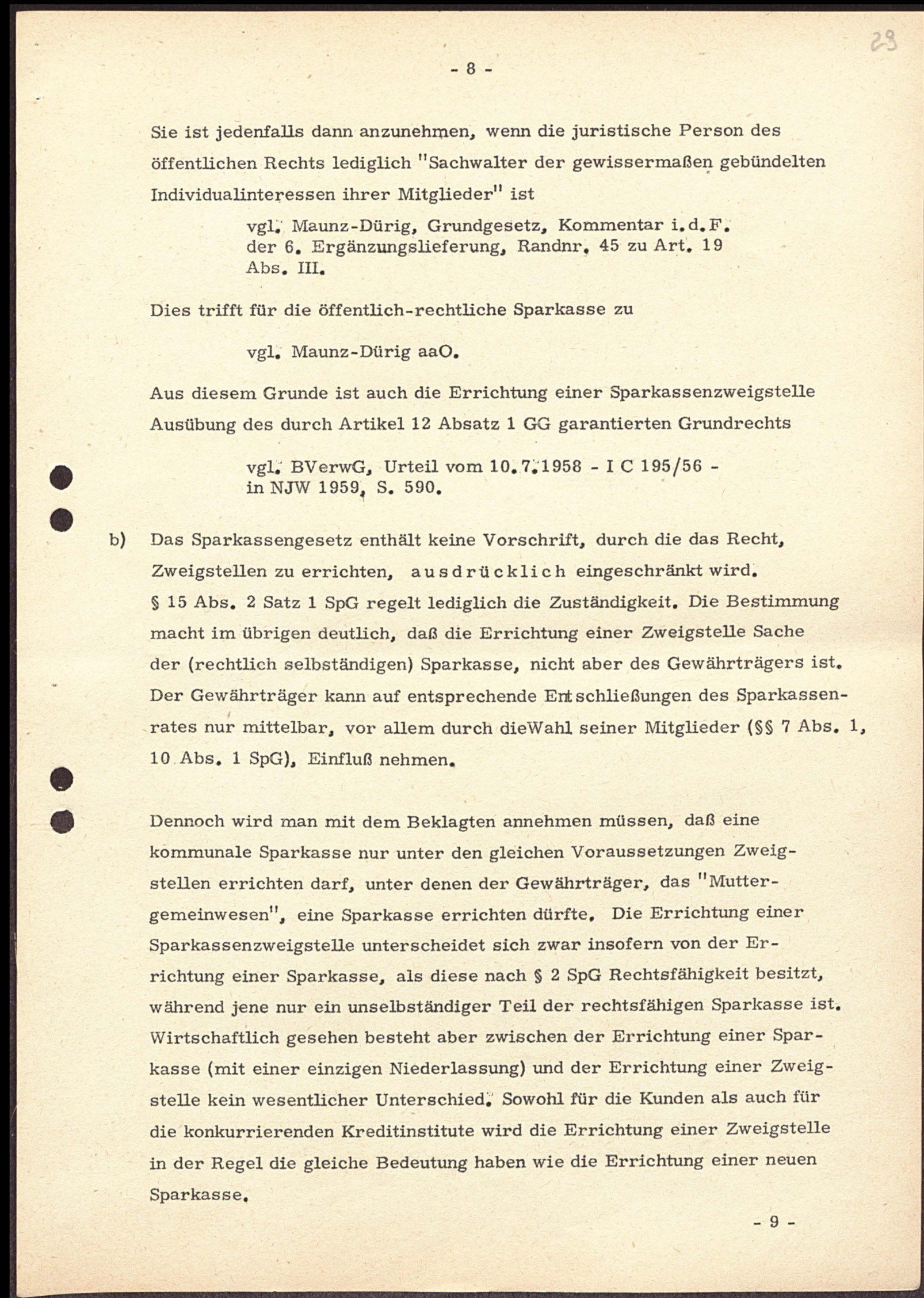
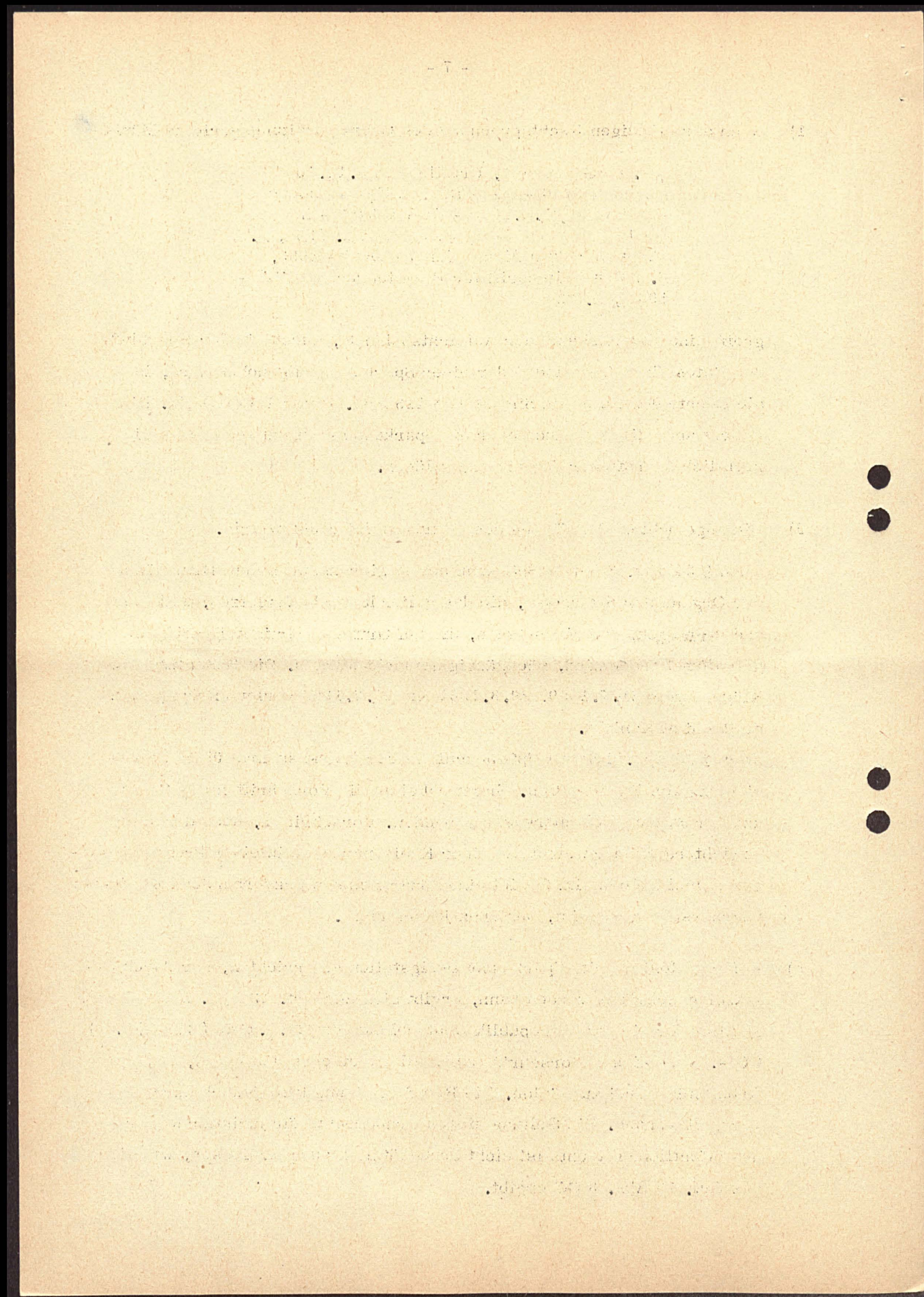
Nach § 15 Abs. 2 Satz 1 SpG beschließt der Sparkassenrat über die Er-
richtung von Zweigstellen. Er ist dabei an die Vorschriften des Gesetzes
und der Satzung der Sparkasse gebunden. Vorschriften, nach denen die
Errichtung einer Zweigstelle einer Kreissparkasse in einer kreisangehöri-
gen Gemeinde oder im Gebiet eines Sparkassenzweckverbandes mit eigener
Sparkasse verboten ist, bestehen jedoch nicht.

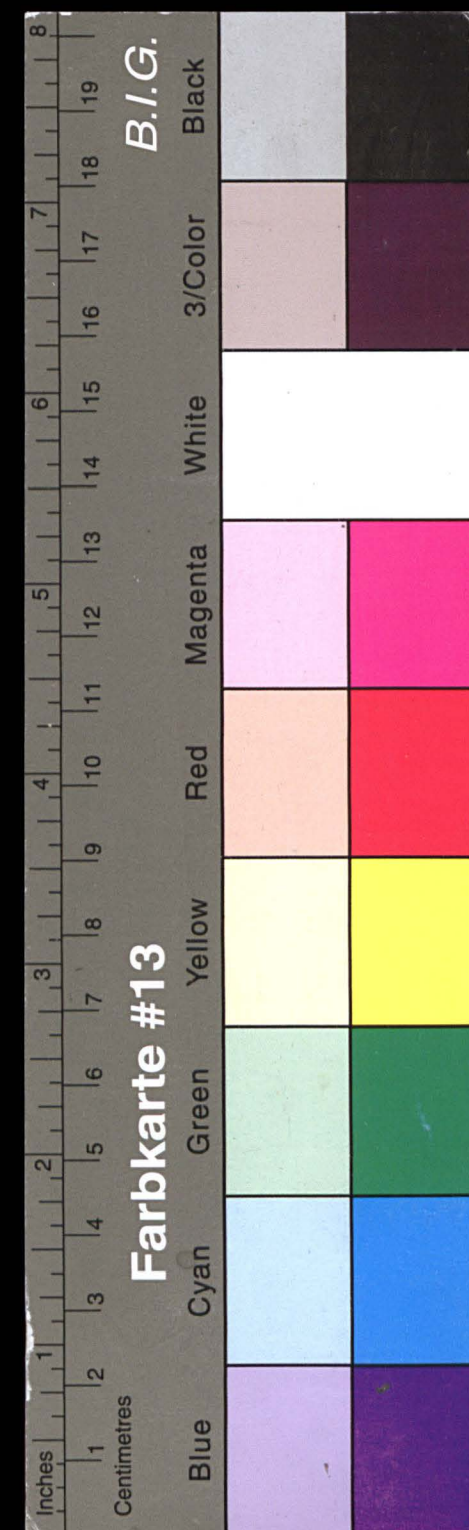
- a) Daß die Möglichkeit, Sparkassenzweigstellen zu errichten, nur durch Ge-
setz eingeschränkt werden kann, ergibt sich aus Art. 12 Abs. 1 des Grund-
gesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 (BGBI I S. 1) -
GG -. Nach dieser Vorschrift haben alle Deutschen das Recht, Beruf und
Arbeitsplatz frei zu wählen. Die Berufsausübung kann jedoch durch Gesetz
geregelt werden. Die Geltung dieses Grundrechts für juristische Personen
des öffentlichen Rechts ist nicht grundsätzlich ausgeschlossen, wie sich
aus Art. 19 Abs. 3 GG ergibt.



Kreisarchiv Stormarn E103

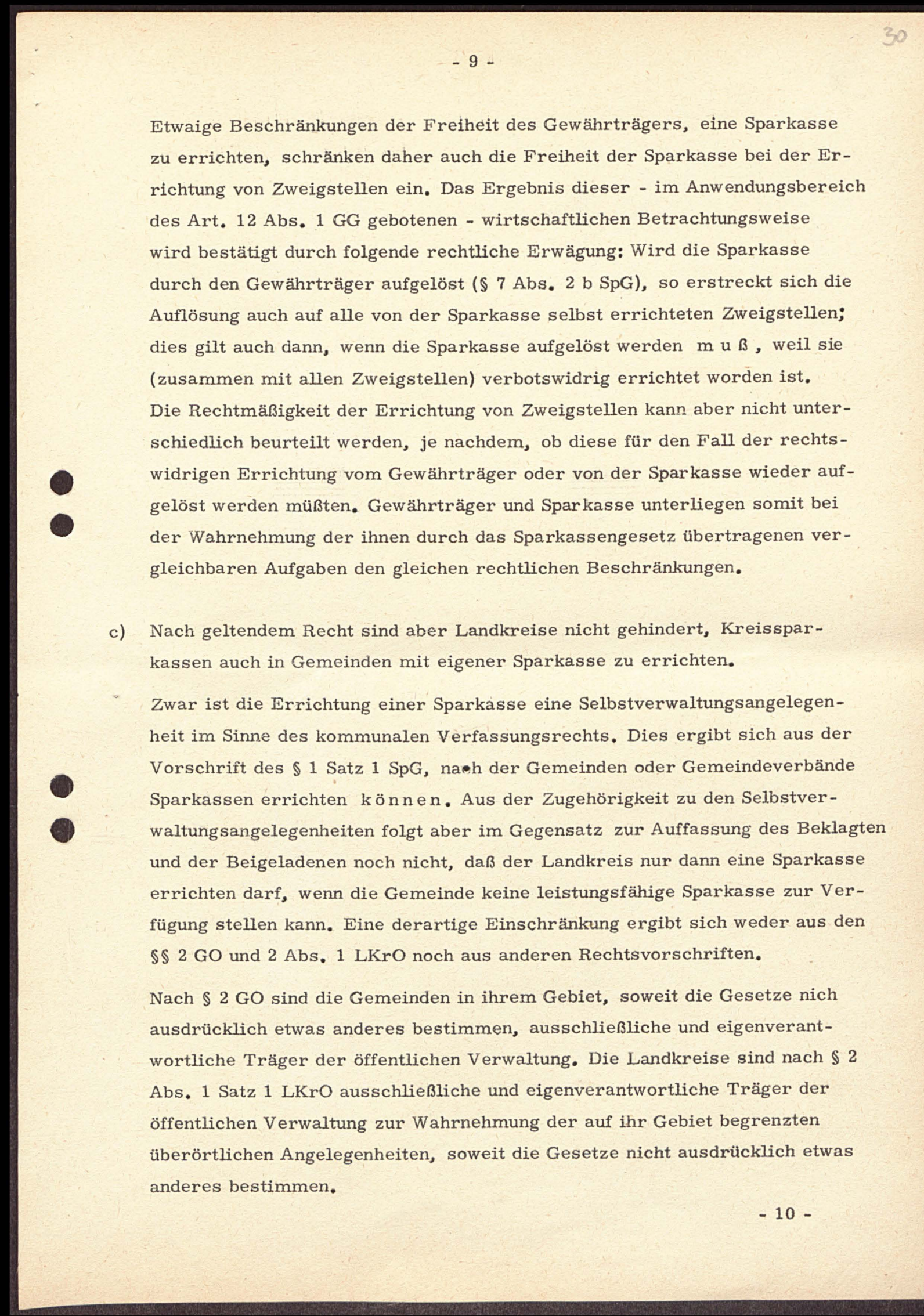
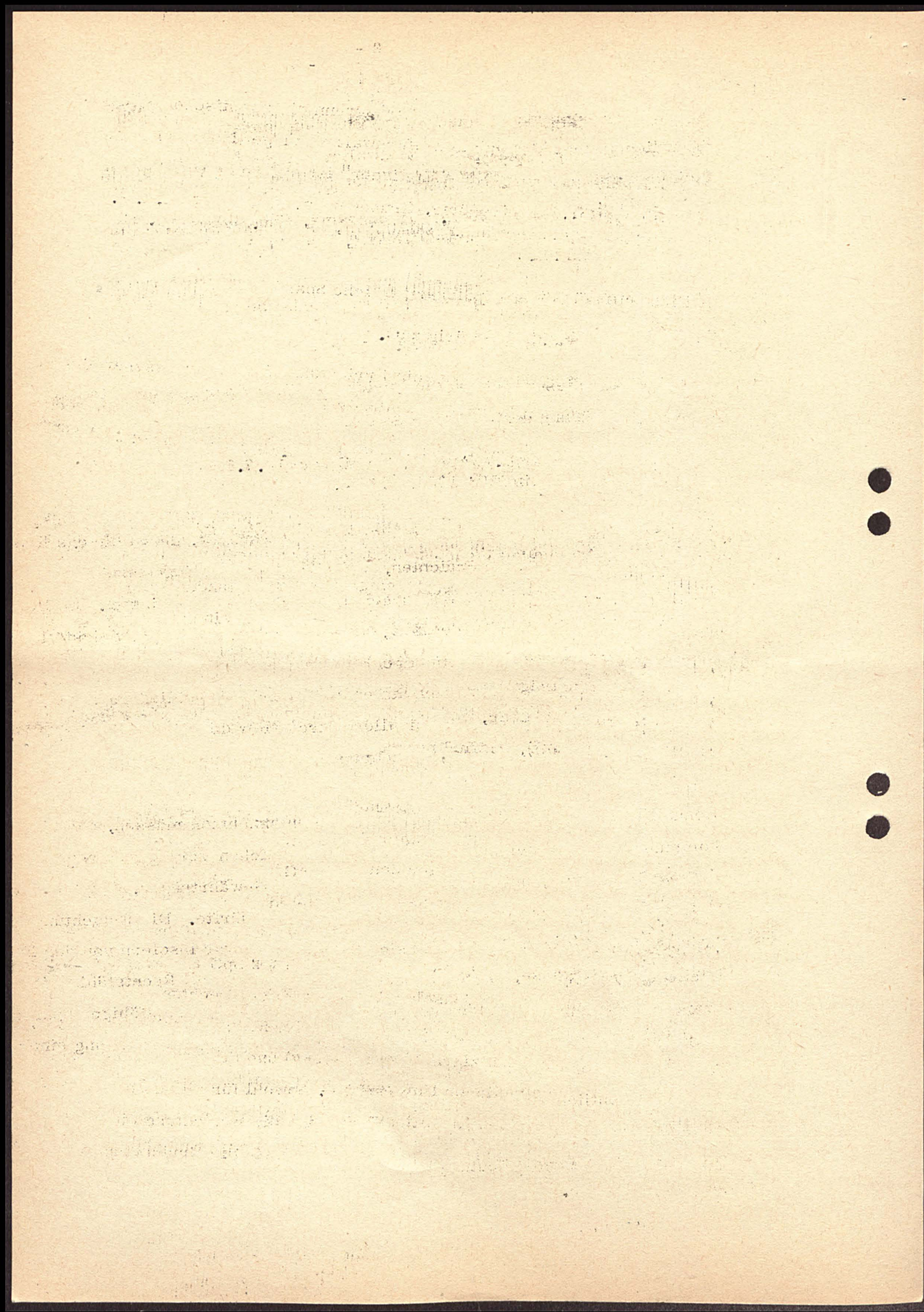
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



- 9 -

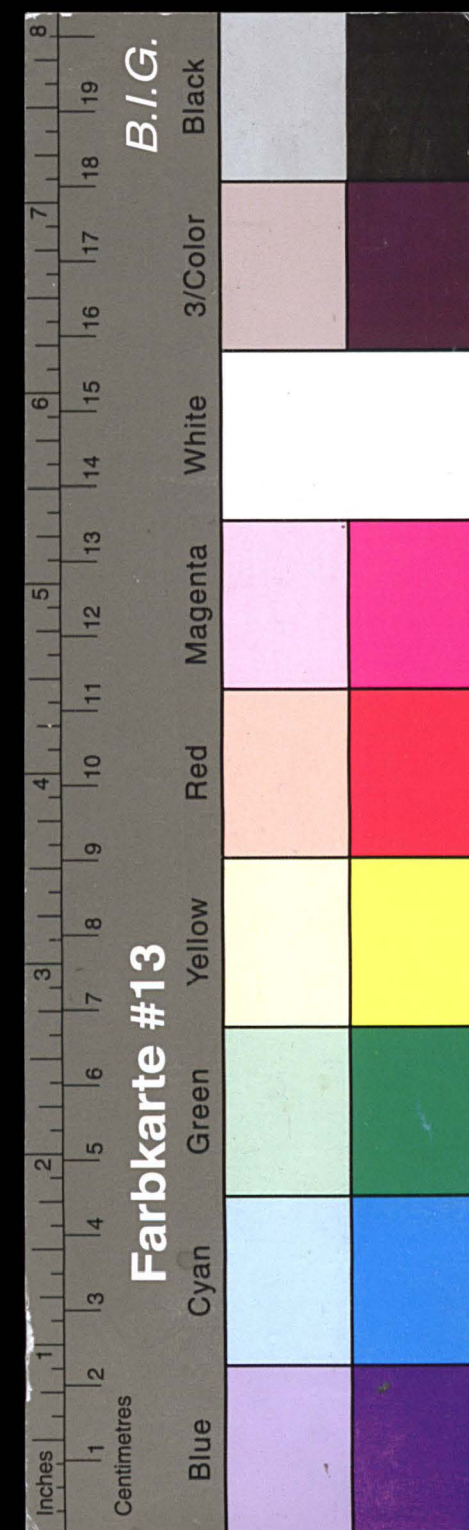
30

Etwaige Beschränkungen der Freiheit des Gewährträgers, eine Sparkasse zu errichten, schränken daher auch die Freiheit der Sparkasse bei der Errichtung von Zweigstellen ein. Das Ergebnis dieser - im Anwendungsbereich des Art. 12 Abs. 1 GG gebotenen - wirtschaftlichen Betrachtungsweise wird bestätigt durch folgende rechtliche Erwägung: Wird die Sparkasse durch den Gewährträger aufgelöst (§ 7 Abs. 2 b SpG), so erstreckt sich die Auflösung auch auf alle von der Sparkasse selbst errichteten Zweigstellen; dies gilt auch dann, wenn die Sparkasse aufgelöst werden muß, weil sie (zusammen mit allen Zweigstellen) verbotswidrig errichtet worden ist. Die Rechtmäßigkeit der Errichtung von Zweigstellen kann aber nicht unterschiedlich beurteilt werden, je nachdem, ob diese für den Fall der rechtswidrigen Errichtung vom Gewährträger oder von der Sparkasse wieder aufgelöst werden müßten. Gewährträger und Sparkasse unterliegen somit bei der Wahrnehmung der ihnen durch das Sparkassengesetz übertragenen vergleichbaren Aufgaben den gleichen rechtlichen Beschränkungen.

- c) Nach geltendem Recht sind aber Landkreise nicht gehindert, Kreissparkassen auch in Gemeinden mit eigener Sparkasse zu errichten.

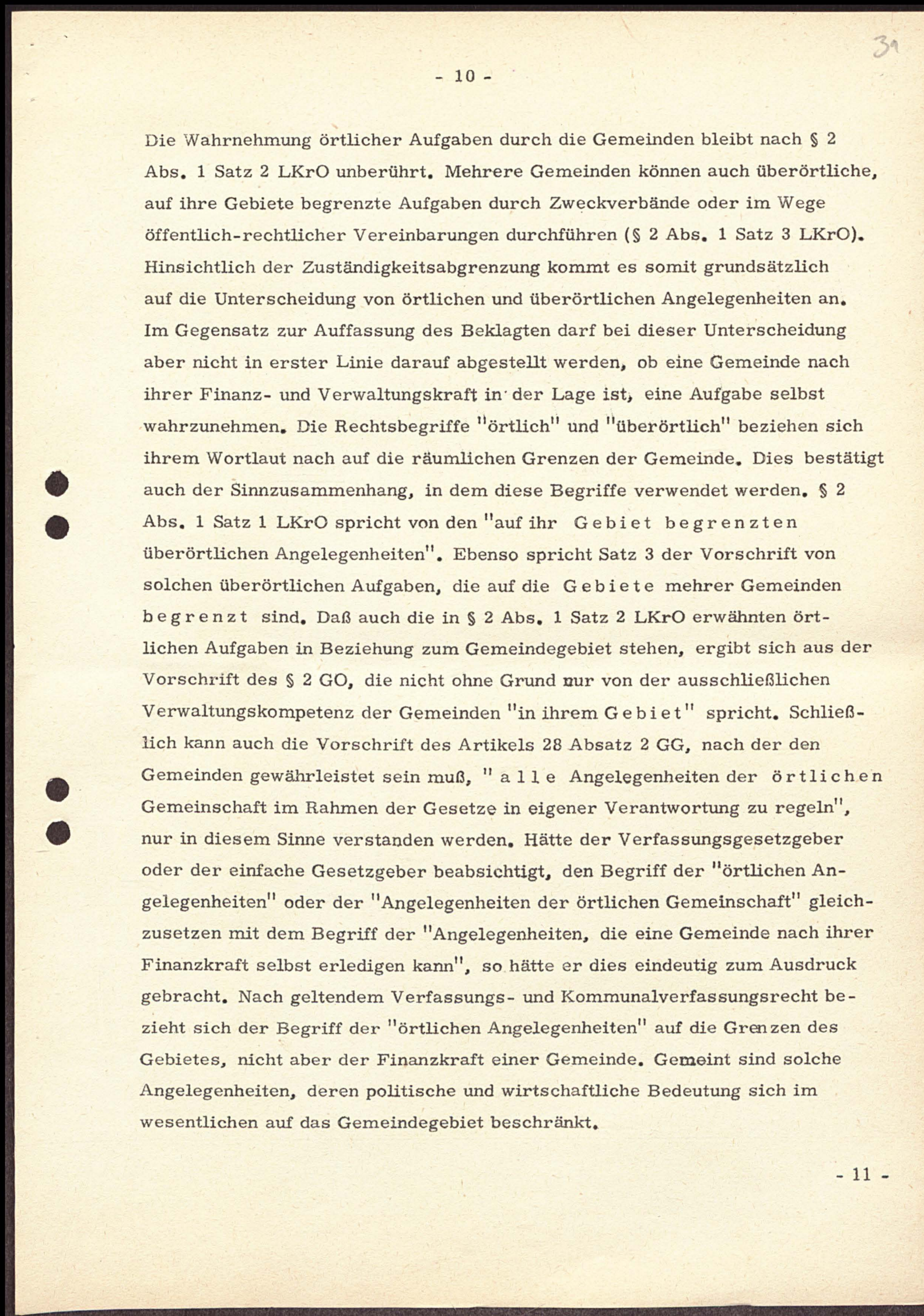
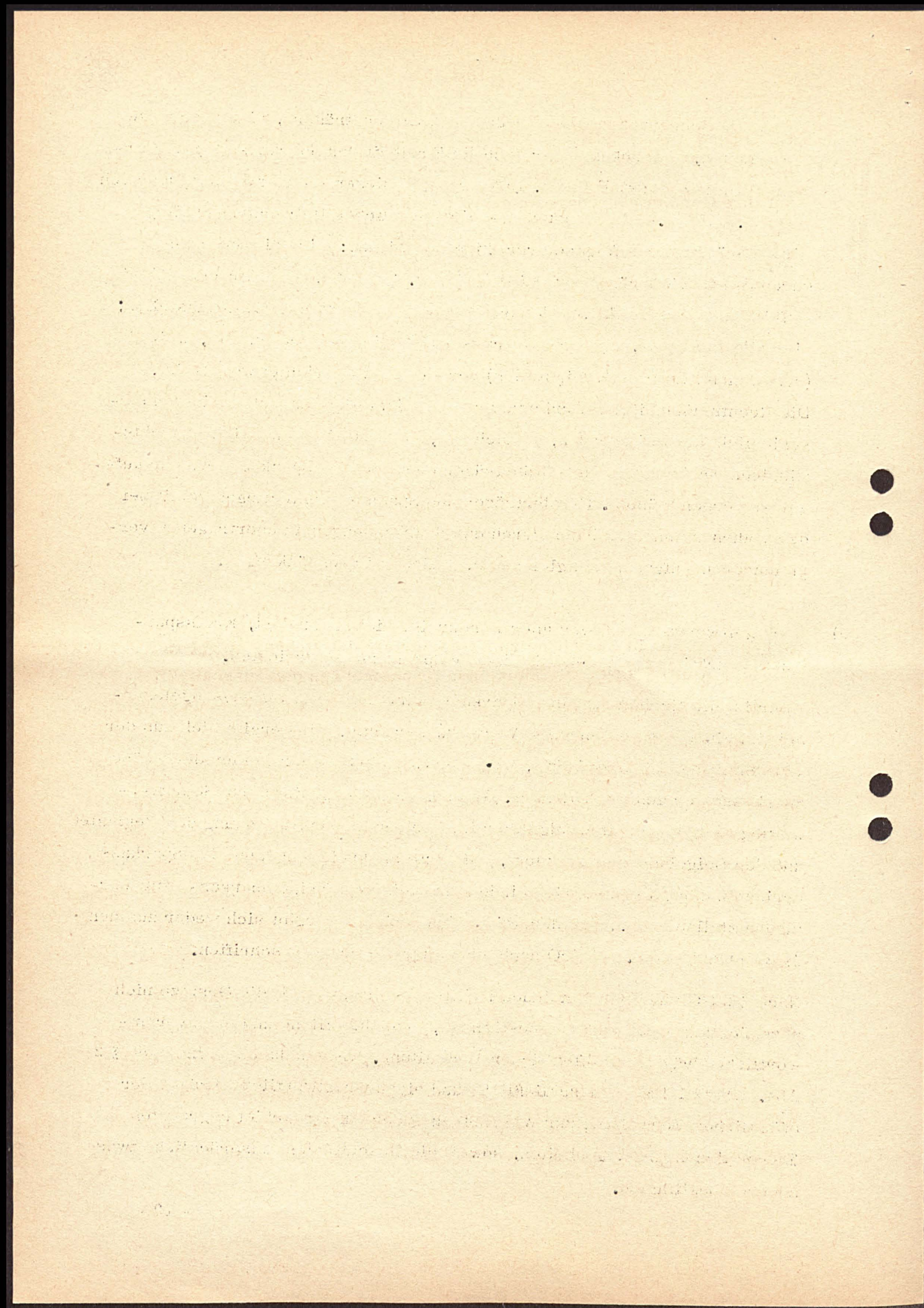
Zwar ist die Errichtung einer Sparkasse eine Selbstverwaltungsangelegenheit im Sinne des kommunalen Verfassungsrechts. Dies ergibt sich aus der Vorschrift des § 1 Satz 1 SpG, nach der Gemeinden oder Gemeindeverbände Sparkassen errichten können. Aus der Zugehörigkeit zu den Selbstverwaltungsangelegenheiten folgt aber im Gegensatz zur Auffassung des Beklagten und der Beigeladenen noch nicht, daß der Landkreis nur dann eine Sparkasse errichten darf, wenn die Gemeinde keine leistungsfähige Sparkasse zur Verfügung stellen kann. Eine derartige Einschränkung ergibt sich weder aus den §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO noch aus anderen Rechtsvorschriften.

Nach § 2 GO sind die Gemeinden in ihrem Gebiet, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen, ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung. Die Landkreise sind nach § 2 Abs. 1 Satz 1 LKrO ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung zur Wahrnehmung der auf ihr Gebiet begrenzten überörtlichen Angelegenheiten, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen.



Kreisarchiv Stormarn E103

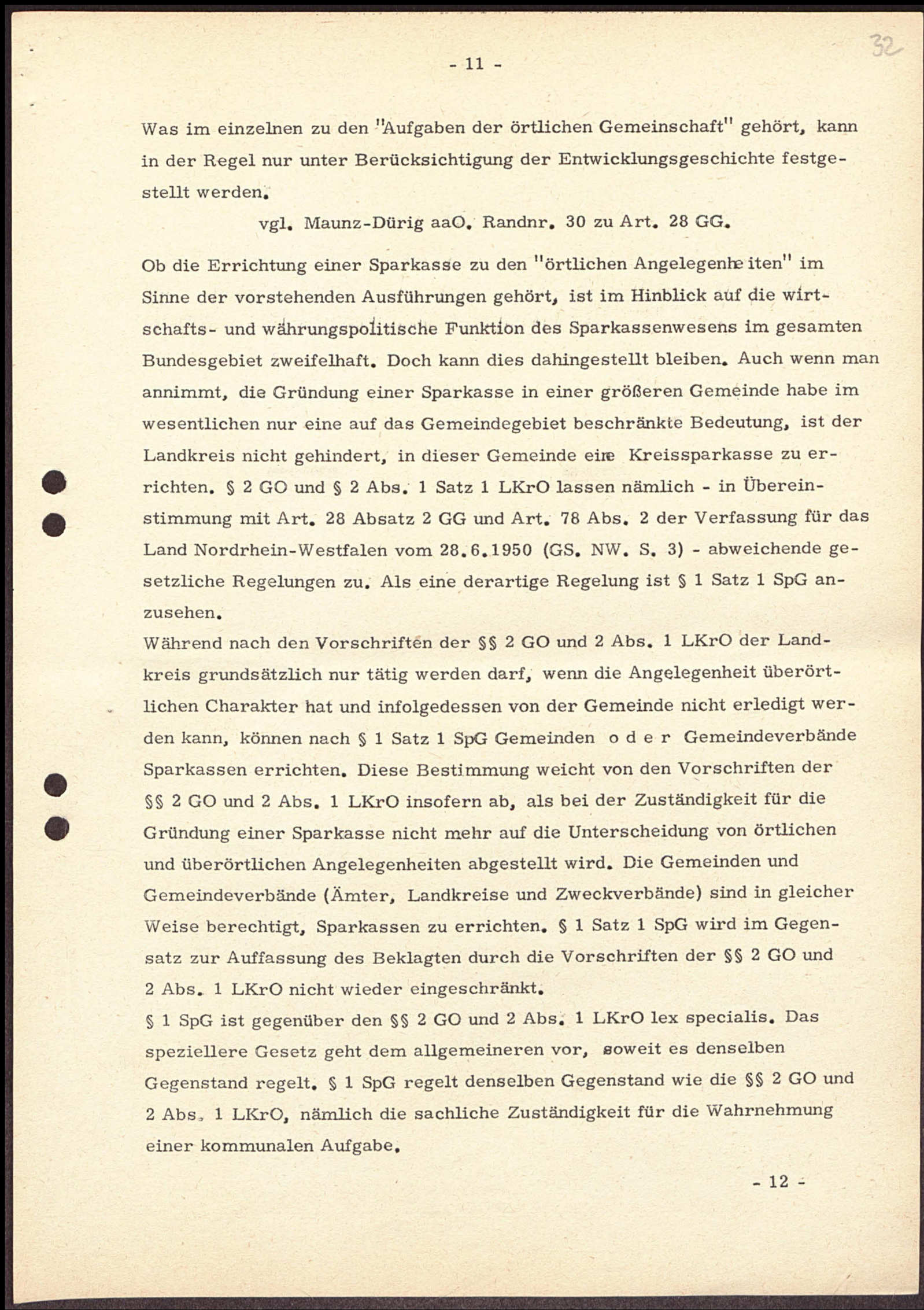
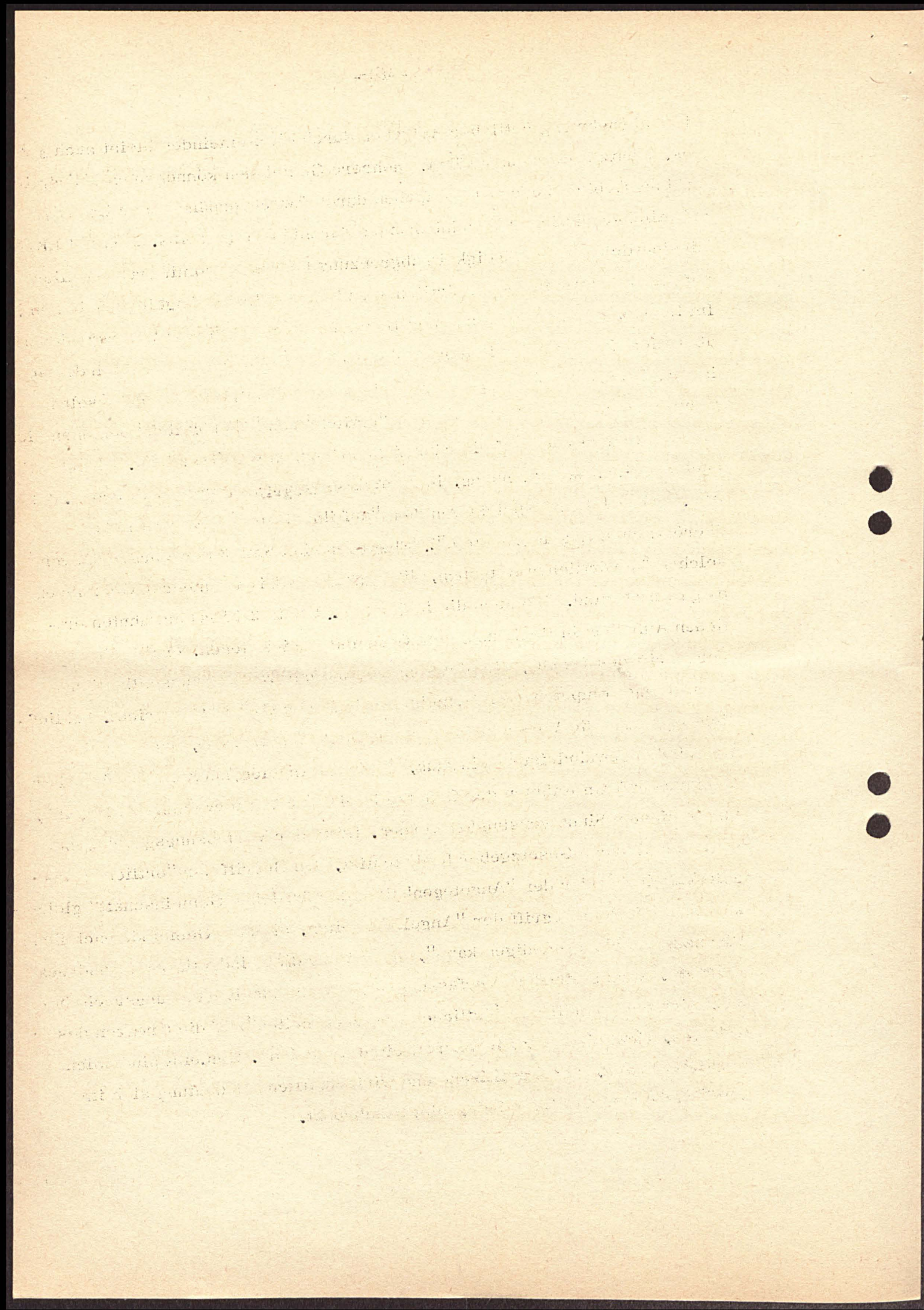
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Was im einzelnen zu den "Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft" gehört, kann in der Regel nur unter Berücksichtigung der Entwicklungsgeschichte festgestellt werden.

vgl. Maunz-Dürig aaO. Randnr. 30 zu Art. 28 GG.

Ob die Errichtung einer Sparkasse zu den "örtlichen Angelegenheiten" im Sinne der vorstehenden Ausführungen gehört, ist im Hinblick auf die wirtschafts- und währungspolitische Funktion des Sparkassenwesens im gesamten Bundesgebiet zweifelhaft. Doch kann dies dahingestellt bleiben. Auch wenn man annimmt, die Gründung einer Sparkasse in einer größeren Gemeinde habe im wesentlichen nur eine auf das Gemeindegebiet beschränkte Bedeutung, ist der Landkreis nicht gehindert, in dieser Gemeinde eine Kreissparkasse zu errichten. § 2 GO und § 2 Abs. 1 Satz 1 LKrO lassen nämlich - in Übereinstimmung mit Art. 28 Absatz 2 GG und Art. 78 Abs. 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28.6.1950 (GS. NW. S. 3) - abweichende gesetzliche Regelungen zu. Als eine derartige Regelung ist § 1 Satz 1 SpG anzusehen.

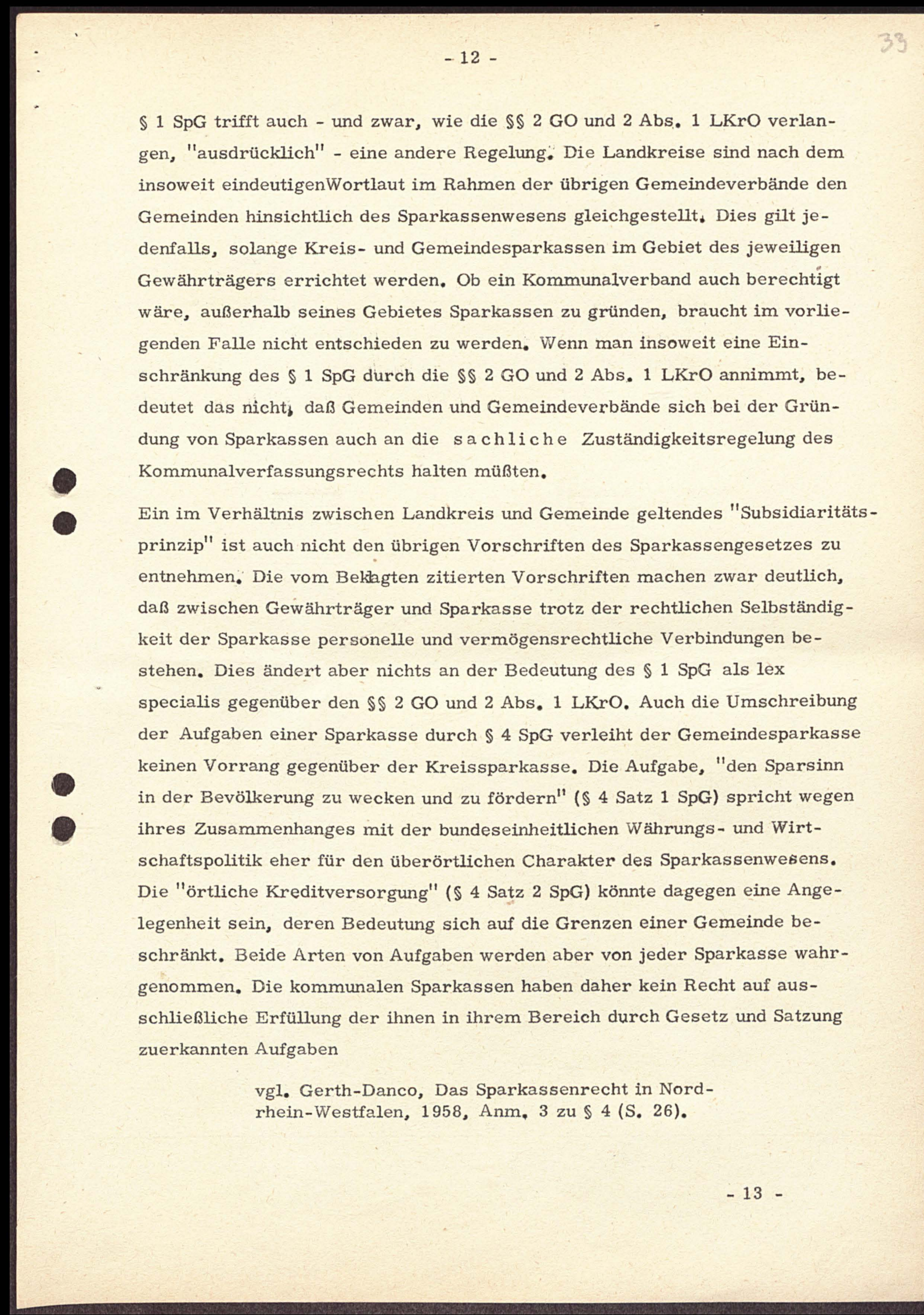
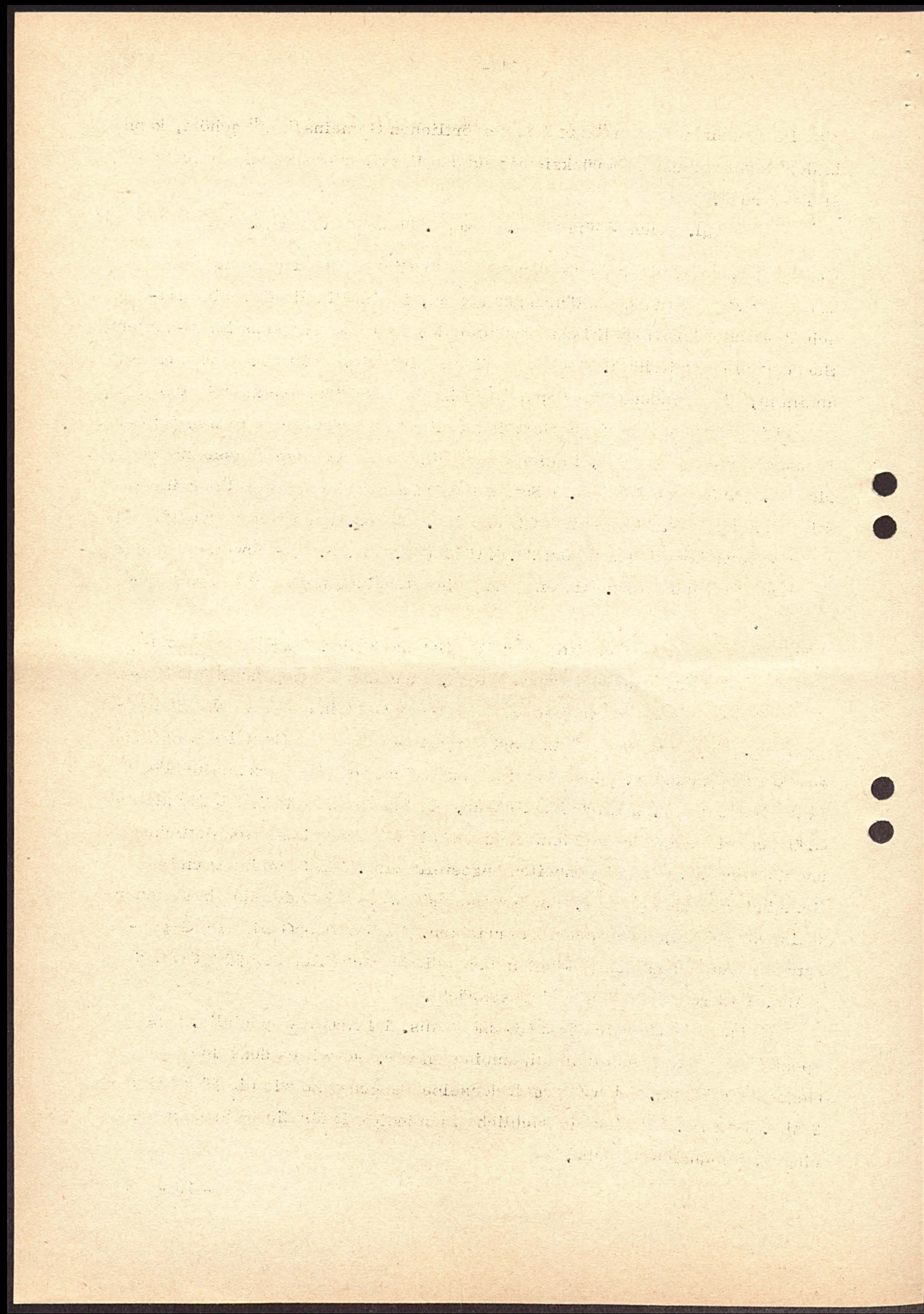
Während nach den Vorschriften der §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO der Landkreis grundsätzlich nur tätig werden darf, wenn die Angelegenheit überörtlichen Charakter hat und infolgedessen von der Gemeinde nicht erledigt werden kann, können nach § 1 Satz 1 SpG Gemeinden oder Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Diese Bestimmung weicht von den Vorschriften der §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO insofern ab, als bei der Zuständigkeit für die Gründung einer Sparkasse nicht mehr auf die Unterscheidung von örtlichen und überörtlichen Angelegenheiten abgestellt wird. Die Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Landkreise und Zweckverbände) sind in gleicher Weise berechtigt, Sparkassen zu errichten. § 1 Satz 1 SpG wird im Gegensatz zur Auffassung des Beklagten durch die Vorschriften der §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO nicht wieder eingeschränkt.

§ 1 SpG ist gegenüber den §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO lex specialis. Das speziellere Gesetz geht dem allgemeineren vor, soweit es denselben Gegenstand regelt. § 1 SpG regelt denselben Gegenstand wie die §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO, nämlich die sachliche Zuständigkeit für die Wahrnehmung einer kommunalen Aufgabe.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



§ 1 SpG trifft auch - und zwar, wie die §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO verlangen, "ausdrücklich" - eine andere Regelung. Die Landkreise sind nach dem insoweit eindeutigen Wortlaut im Rahmen der übrigen Gemeindeverbände den Gemeinden hinsichtlich des Sparkassenwesens gleichgestellt. Dies gilt jedenfalls, solange Kreis- und Gemeindesparkassen im Gebiet des jeweiligen Gewährträgers errichtet werden. Ob ein Kommunalverband auch berechtigt wäre, außerhalb seines Gebietes Sparkassen zu gründen, braucht im vorliegenden Falle nicht entschieden zu werden. Wenn man insoweit eine Einschränkung des § 1 SpG durch die §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO annimmt, bedeutet das nicht, daß Gemeinden und Gemeindeverbände sich bei der Gründung von Sparkassen auch an die sachliche Zuständigkeitsregelung des Kommunalverfassungsrechts halten müßten.

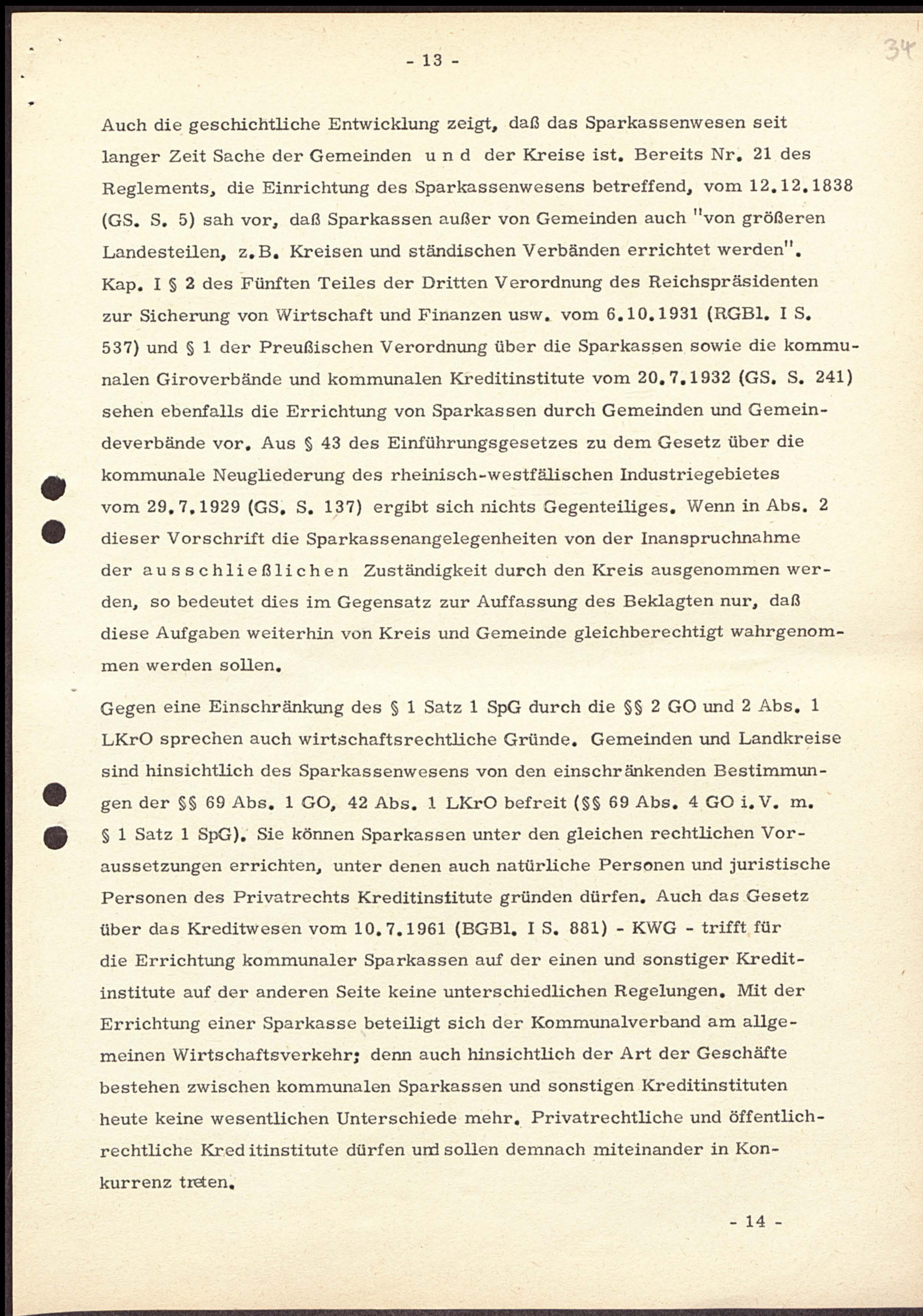
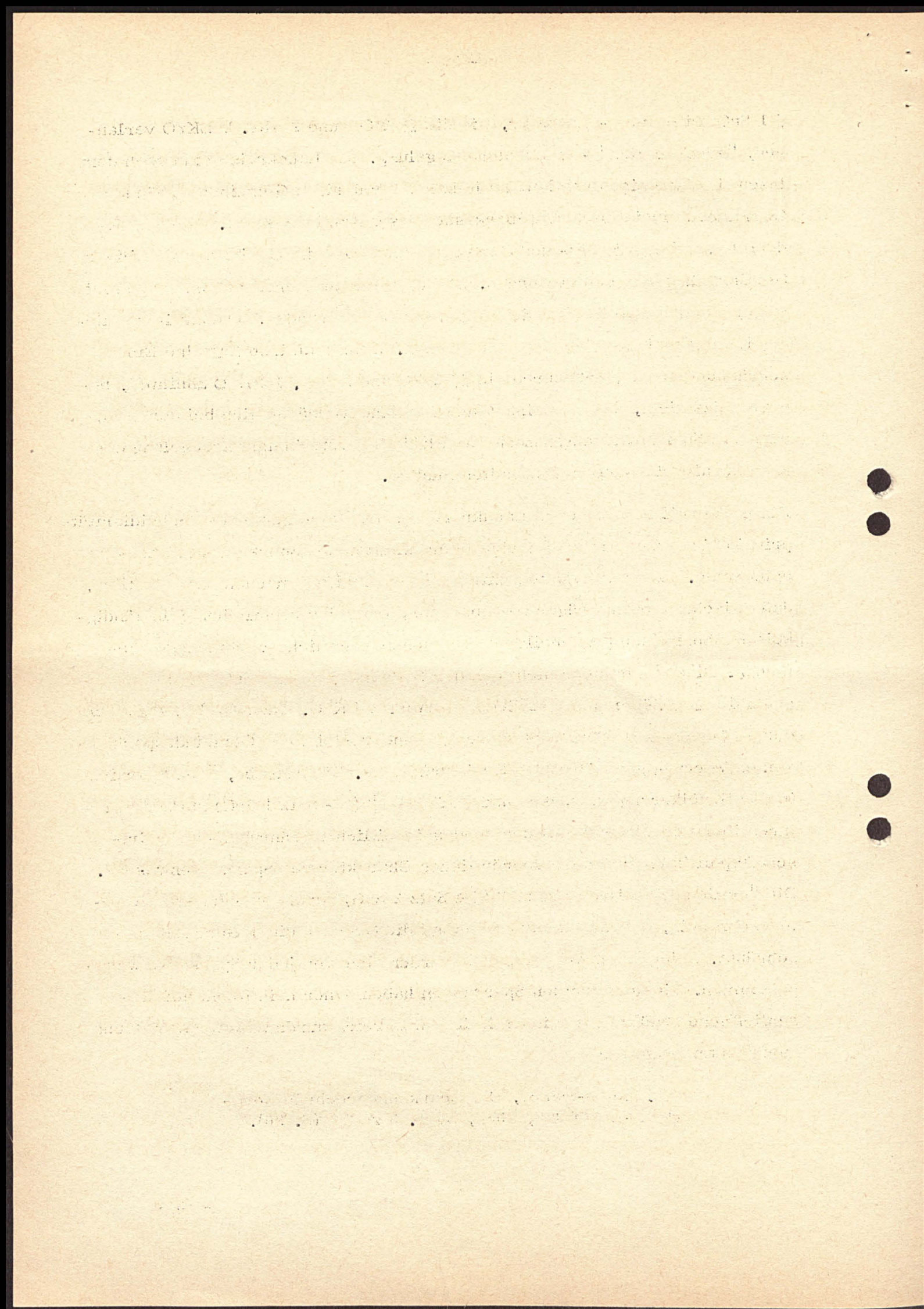
Ein im Verhältnis zwischen Landkreis und Gemeinde geltendes "Subsidiaritätsprinzip" ist auch nicht den übrigen Vorschriften des Sparkassengesetzes zu entnehmen. Die vom Beklagten zitierten Vorschriften machen zwar deutlich, daß zwischen Gewährträger und Sparkasse trotz der rechtlichen Selbständigkeit der Sparkasse personelle und vermögensrechtliche Verbindungen bestehen. Dies ändert aber nichts an der Bedeutung des § 1 SpG als lex specialis gegenüber den §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO. Auch die Umschreibung der Aufgaben einer Sparkasse durch § 4 SpG verleiht der Gemeindesparkasse keinen Vorrang gegenüber der Kreissparkasse. Die Aufgabe, "den Sparsinn in der Bevölkerung zu wecken und zu fördern" (§ 4 Satz 1 SpG) spricht wegen ihres Zusammenhanges mit der bundeseinheitlichen Währungs- und Wirtschaftspolitik eher für den überörtlichen Charakter des Sparkassenwesens. Die "örtliche Kreditversorgung" (§ 4 Satz 2 SpG) könnte dagegen eine Angelegenheit sein, deren Bedeutung sich auf die Grenzen einer Gemeinde beschränkt. Beide Arten von Aufgaben werden aber von jeder Sparkasse wahrgenommen. Die kommunalen Sparkassen haben daher kein Recht auf ausschließliche Erfüllung der ihnen in ihrem Bereich durch Gesetz und Satzung zuerkannten Aufgaben

vgl. Gerth-Danco, Das Sparkassenrecht in Nordrhein-Westfalen, 1958, Anm. 3 zu § 4 (S. 26).



Kreisarchiv Stormarn E103

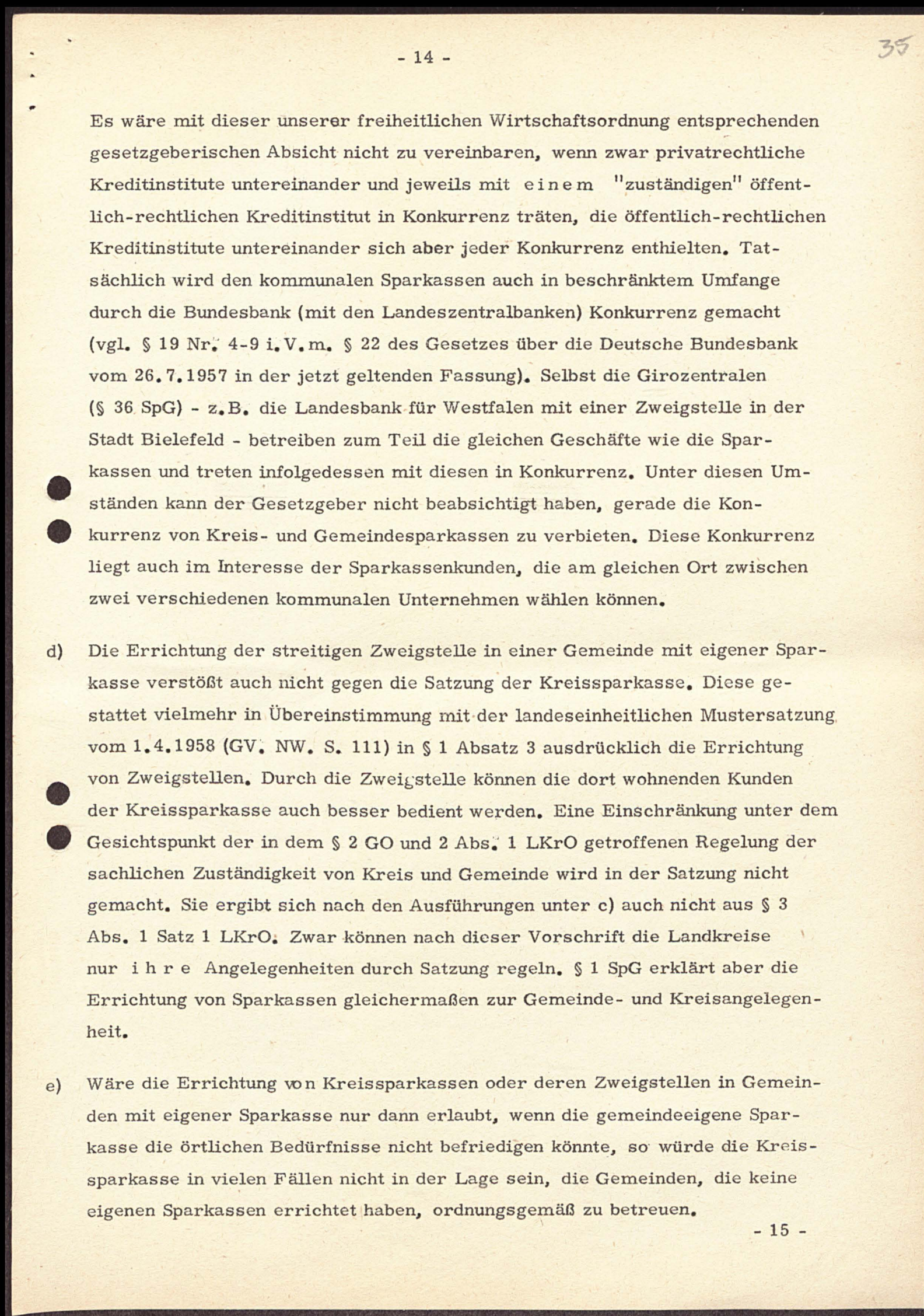
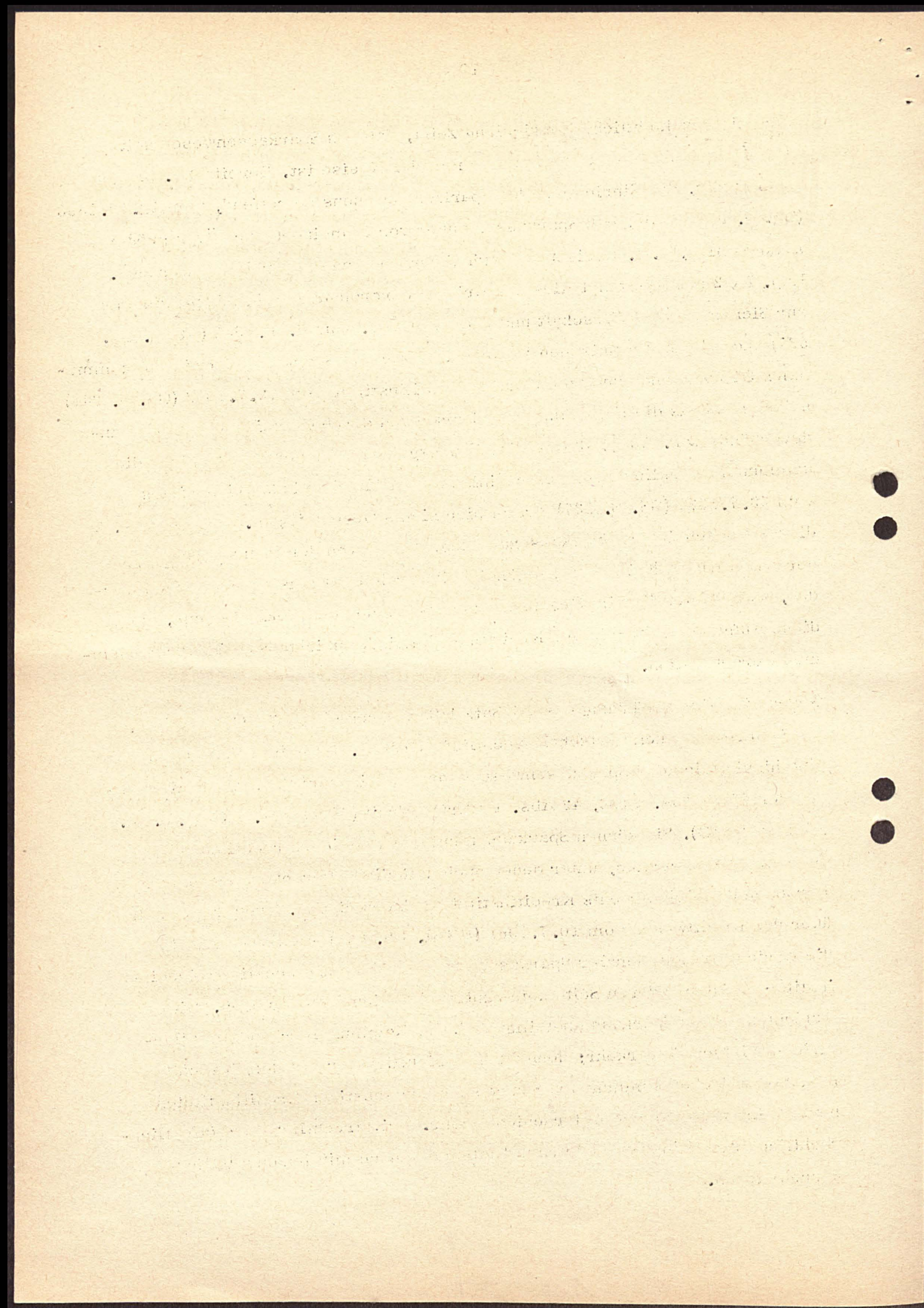
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



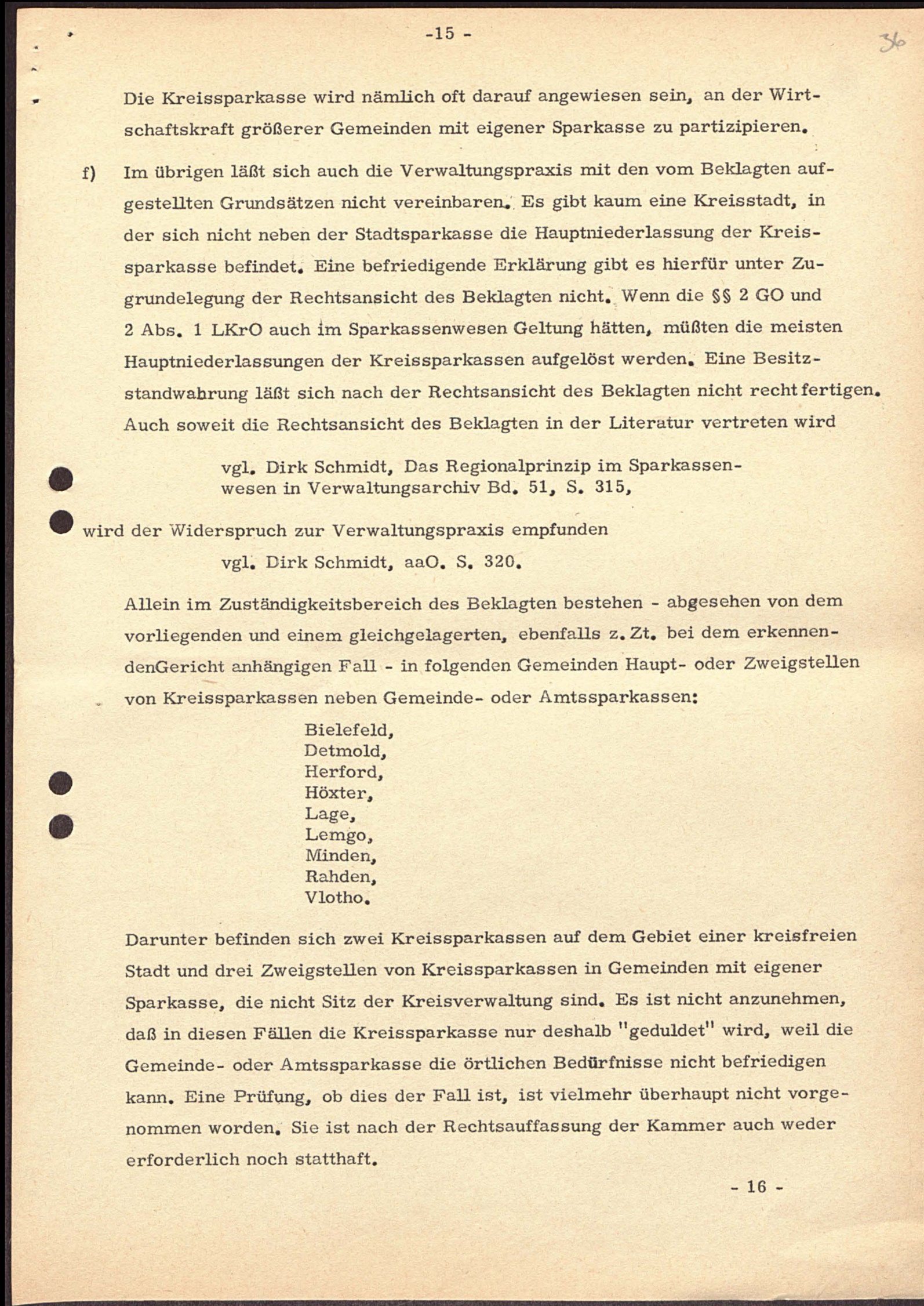
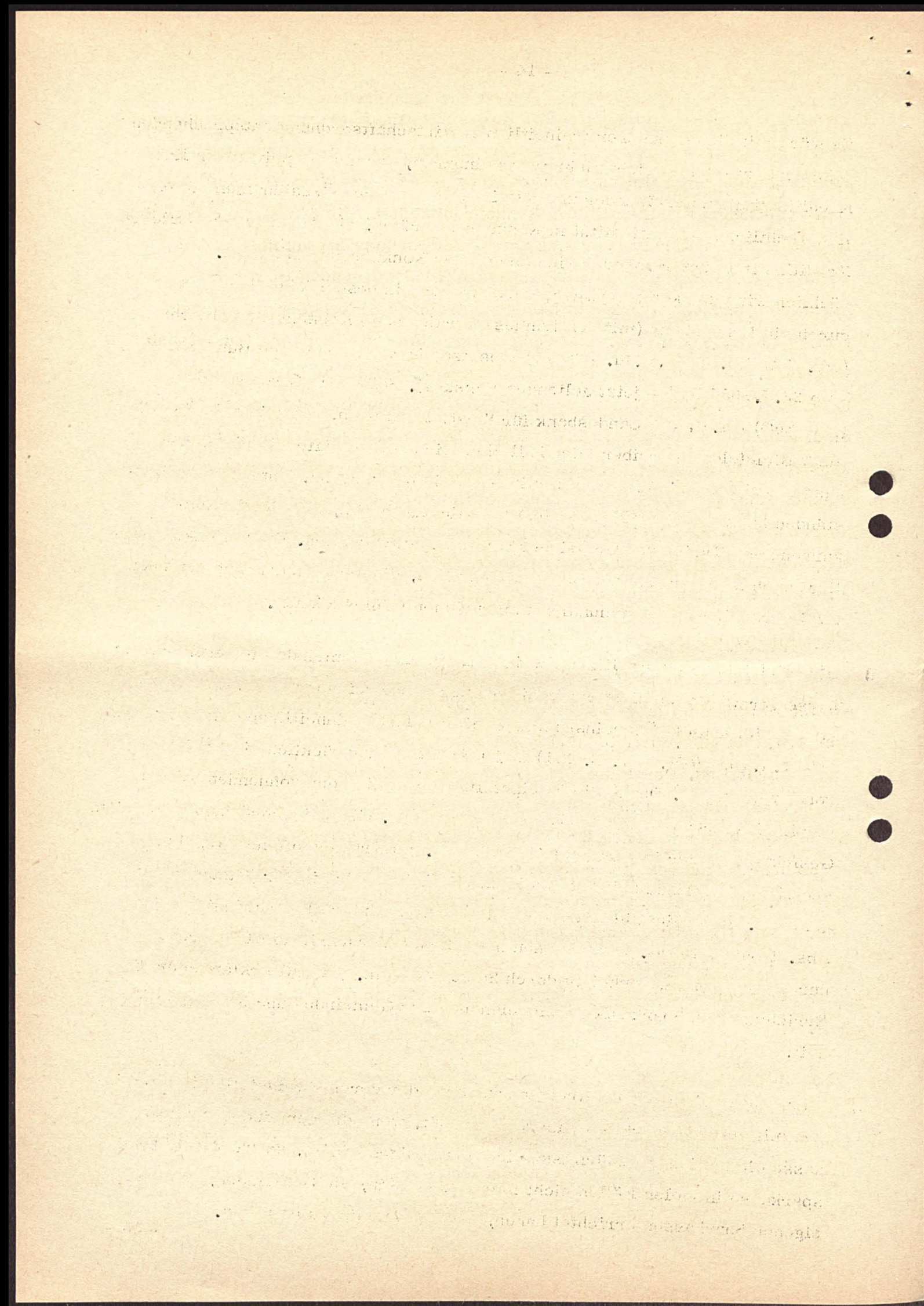
Es wäre mit dieser unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung entsprechenden gesetzgeberischen Absicht nicht zu vereinbaren, wenn zwar privatrechtliche Kreditinstitute untereinander und jeweils mit einem "zuständigen" öffentlich-rechtlichen Kreditinstitut in Konkurrenz träten, die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute untereinander sich aber jeder Konkurrenz enthielten. Tatsächlich wird den kommunalen Sparkassen auch in beschränktem Umfange durch die Bundesbank (mit den Landeszentralbanken) Konkurrenz gemacht (vgl. § 19 Nr. 4-9 i.V.m. § 22 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26.7.1957 in der jetzt geltenden Fassung). Selbst die Girozentralen (§ 36 SpG) - z.B. die Landesbank für Westfalen mit einer Zweigstelle in der Stadt Bielefeld - betreiben zum Teil die gleichen Geschäfte wie die Sparkassen und treten infolgedessen mit diesen in Konkurrenz. Unter diesen Umständen kann der Gesetzgeber nicht beabsichtigt haben, gerade die Konkurrenz von Kreis- und Gemeindesparkassen zu verbieten. Diese Konkurrenz liegt auch im Interesse der Sparkassenkunden, die am gleichen Ort zwischen zwei verschiedenen kommunalen Unternehmen wählen können.

- d) Die Errichtung der streitigen Zweigstelle in einer Gemeinde mit eigener Sparkasse verstößt auch nicht gegen die Satzung der Kreissparkasse. Diese gestattet vielmehr in Übereinstimmung mit der landeseinheitlichen Mustersatzung vom 1.4.1958 (GV. NW. S. 111) in § 1 Absatz 3 ausdrücklich die Errichtung von Zweigstellen. Durch die Zweigstelle können die dort wohnenden Kunden der Kreissparkasse auch besser bedient werden. Eine Einschränkung unter dem Gesichtspunkt der in dem § 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO getroffenen Regelung der sachlichen Zuständigkeit von Kreis und Gemeinde wird in der Satzung nicht gemacht. Sie ergibt sich nach den Ausführungen unter c) auch nicht aus § 3 Abs. 1 Satz 1 LKrO. Zwar können nach dieser Vorschrift die Landkreise nur ihre Angelegenheiten durch Satzung regeln. § 1 SpG erklärt aber die Errichtung von Sparkassen gleichermaßen zur Gemeinde- und Kreisangelegenheit.
- e) Wäre die Errichtung von Kreissparkassen oder deren Zweigstellen in Gemeinden mit eigener Sparkasse nur dann erlaubt, wenn die gemeindeeigene Sparkasse die örtlichen Bedürfnisse nicht befriedigen könnte, so würde die Kreissparkasse in vielen Fällen nicht in der Lage sein, die Gemeinden, die keine eigenen Sparkassen errichtet haben, ordnungsgemäß zu betreuen.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Die Kreissparkasse wird nämlich oft darauf angewiesen sein, an der Wirtschaftskraft größerer Gemeinden mit eigener Sparkasse zu partizipieren.

- f) Im übrigen läßt sich auch die Verwaltungspraxis mit den vom Beklagten aufgestellten Grundsätzen nicht vereinbaren. Es gibt kaum eine Kreisstadt, in der sich nicht neben der Stadtparkasse die Hauptniederlassung der Kreissparkasse befindet. Eine befriedigende Erklärung gibt es hierfür unter Zugrundelegung der Rechtsansicht des Beklagten nicht. Wenn die §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO auch im Sparkassenwesen Geltung hätten, müßten die meisten Hauptniederlassungen der Kreissparkassen aufgelöst werden. Eine Bestandwahrung läßt sich nach der Rechtsansicht des Beklagten nicht recht fertigen. Auch soweit die Rechtsansicht des Beklagten in der Literatur vertreten wird

vgl. Dirk Schmidt, Das Regionalprinzip im Sparkassenwesen in Verwaltungsarchiv Bd. 51, S. 315,

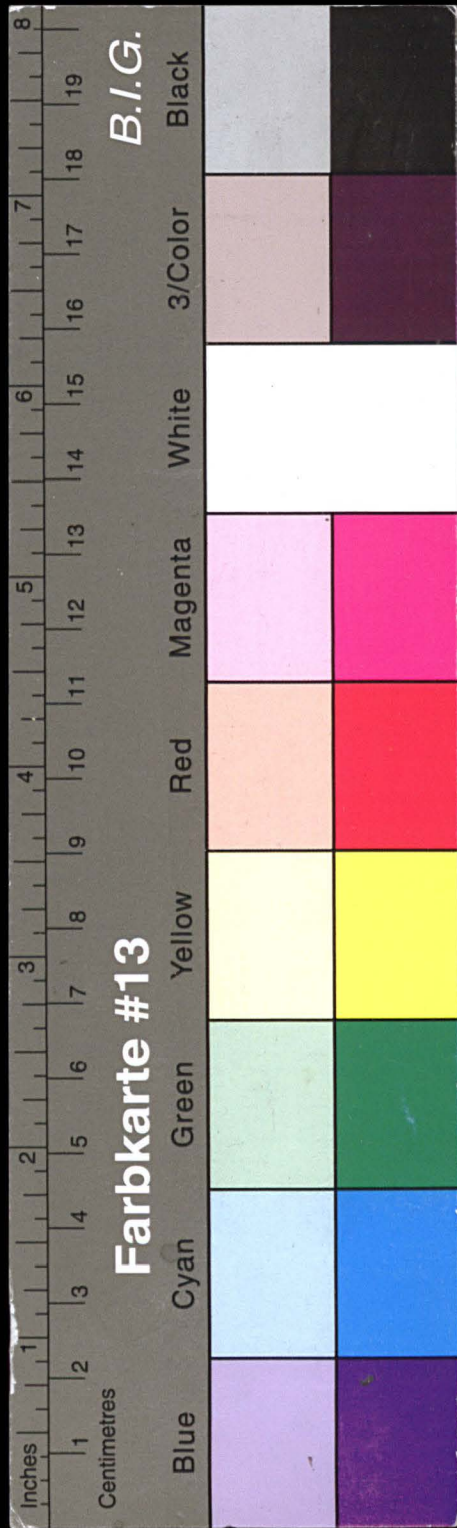
wird der Widerspruch zur Verwaltungspraxis empfunden

vgl. Dirk Schmidt, aaO. S. 320.

Allein im Zuständigkeitsbereich des Beklagten bestehen - abgesehen von dem vorliegenden und einem gleichgelagerten, ebenfalls z. Zt. bei dem erkennenden Gericht anhängigen Fall - in folgenden Gemeinden Haupt- oder Zweigstellen von Kreissparkassen neben Gemeinde- oder Amtssparkassen:

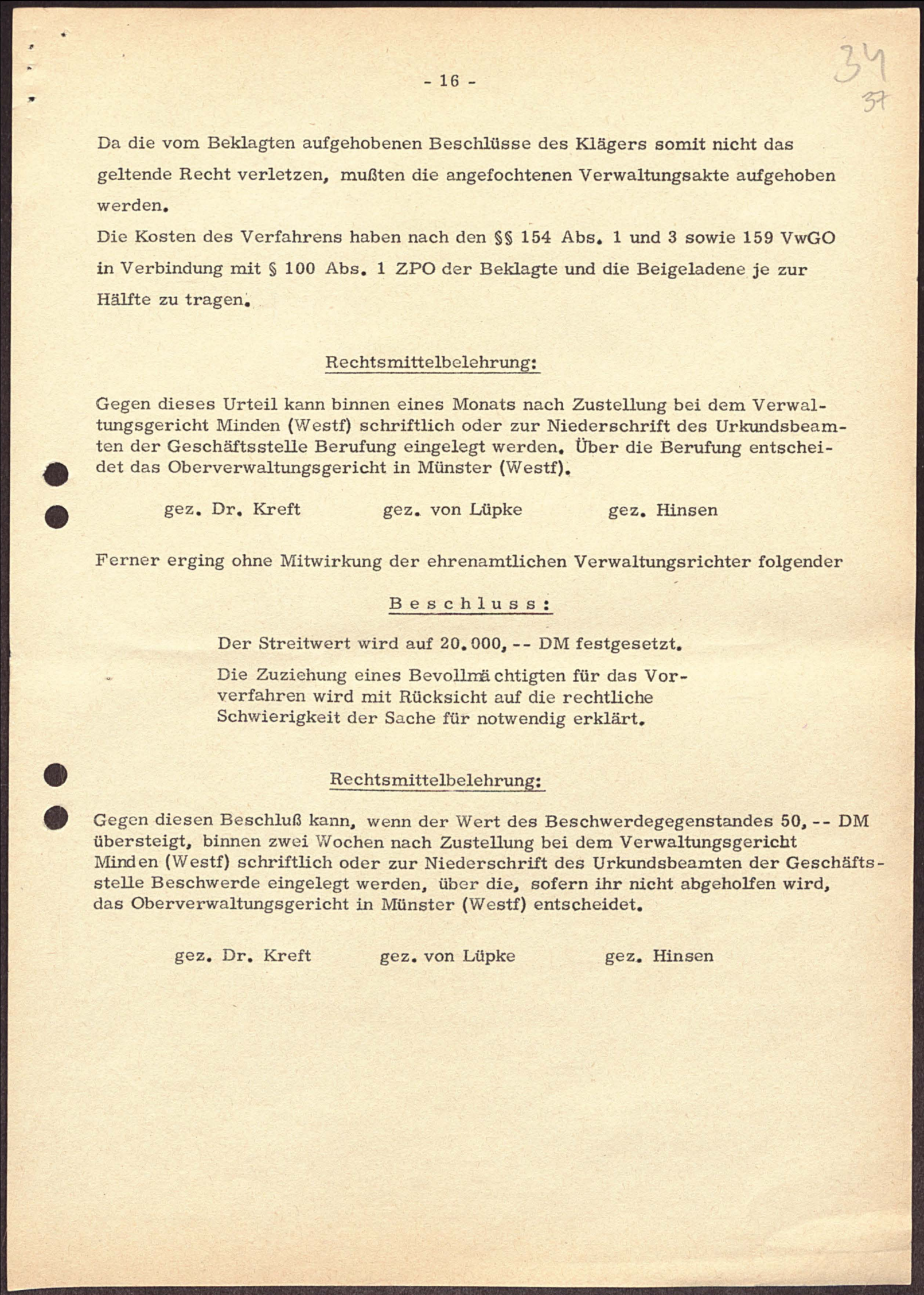
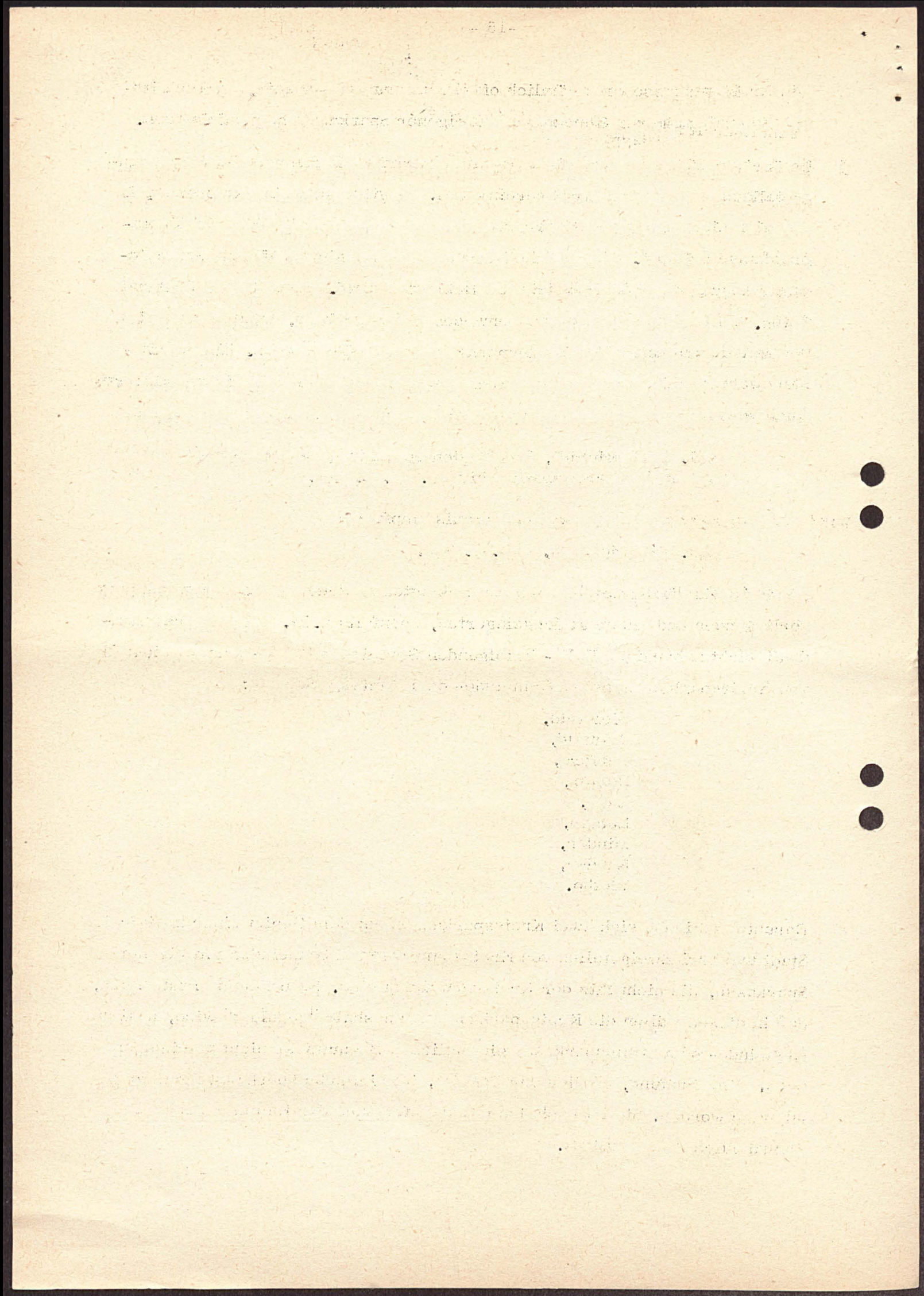
Bielefeld,
Detmold,
Herford,
Höxter,
Lage,
Lemgo,
Minden,
Rahden,
Vlotho.

Darunter befinden sich zwei Kreissparkassen auf dem Gebiet einer kreisfreien Stadt und drei Zweigstellen von Kreissparkassen in Gemeinden mit eigener Sparkasse, die nicht Sitz der Kreisverwaltung sind. Es ist nicht anzunehmen, daß in diesen Fällen die Kreissparkasse nur deshalb "geduldet" wird, weil die Gemeinde- oder Amtssparkasse die örtlichen Bedürfnisse nicht befriedigen kann. Eine Prüfung, ob dies der Fall ist, ist vielmehr überhaupt nicht vorgenommen worden. Sie ist nach der Rechtsauffassung der Kammer auch weder erforderlich noch statthaft.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



34
37

Da die vom Beklagten aufgehobenen Beschlüsse des Klägers somit nicht das geltende Recht verletzen, mußten die angefochtenen Verwaltungsakte aufgehoben werden.

Die Kosten des Verfahrens haben nach den §§ 154 Abs. 1 und 3 sowie 159 VwGO in Verbindung mit § 100 Abs. 1 ZPO der Beklagte und die Beigeladene je zur Hälfte zu tragen.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen dieses Urteil kann binnen eines Monats nach Zustellung bei dem Verwaltungsgericht Minden (Westf) schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Berufung eingelegt werden. Über die Berufung entscheidet das Oberverwaltungsgericht in Münster (Westf).

gez. Dr. Kreft gez. von Lüpke gez. Hinsen

Ferner erging ohne Mitwirkung der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter folgender

B e s c h l u s s :

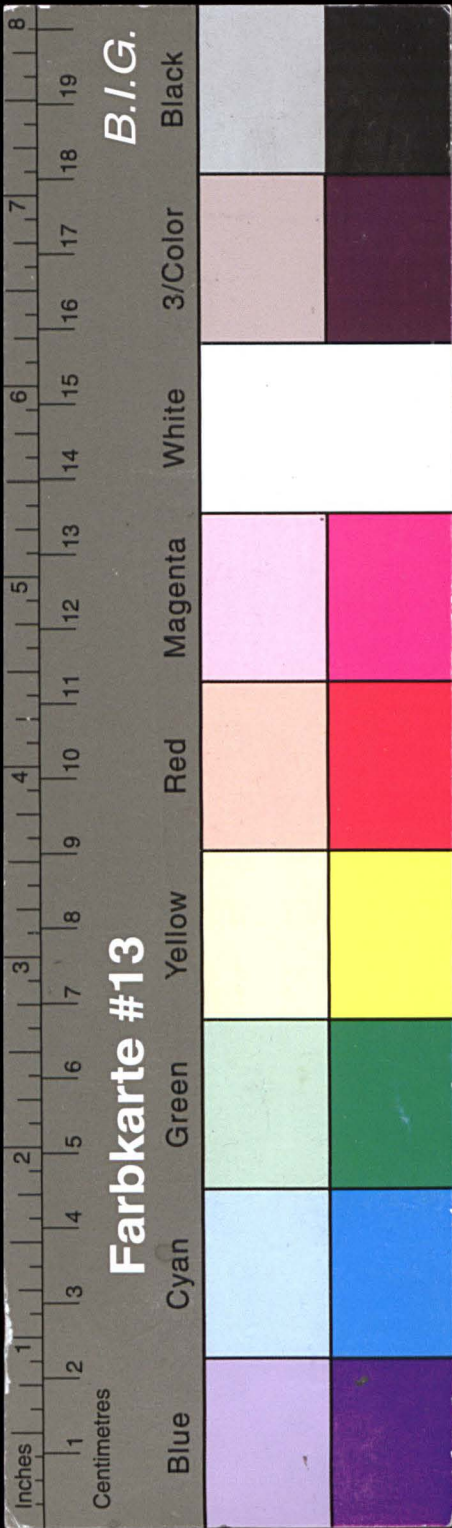
Der Streitwert wird auf 20.000, -- DM festgesetzt.

Die Zuziehung eines Bevollmächtigten für das Verfahren wird mit Rücksicht auf die rechtliche Schwierigkeit der Sache für notwendig erklärt.

Rechtsmittelbelehrung:

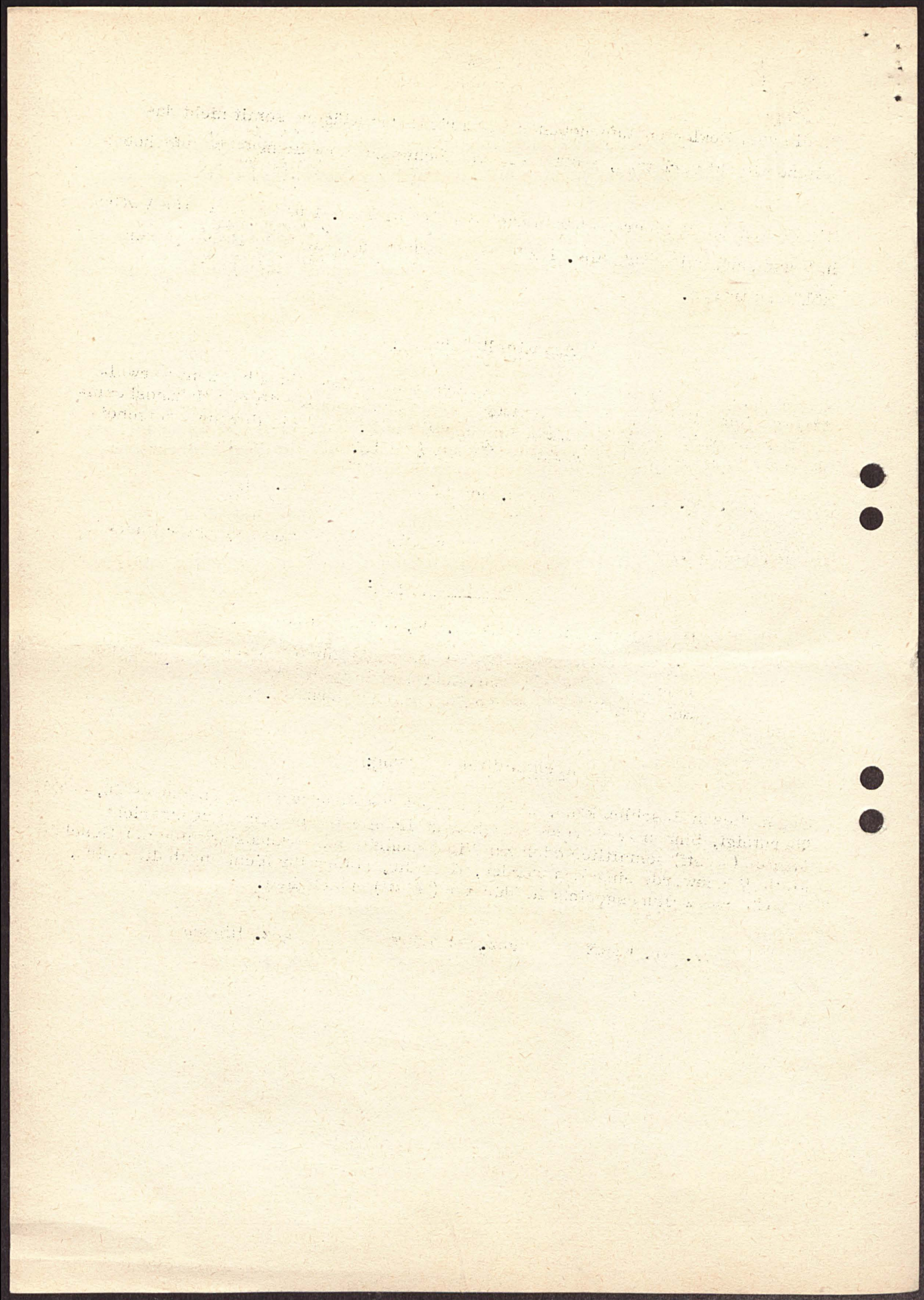
Gegen diesen Beschluß kann, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 50, -- DM übersteigt, binnen zwei Wochen nach Zustellung bei dem Verwaltungsgericht Minden (Westf) schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Beschwerde eingelegt werden, über die, sofern ihr nicht abgeholfen wird, das Oberverwaltungsgericht in Münster (Westf) entscheidet.

gez. Dr. Kreft gez. von Lüpke gez. Hinsen



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



35
38

Kreissparkasse

Paderborn

Dipl.Volkswirt J.Klein
Sparkassendirektor

DER VORSTAND

479 PADERBORN, DEN 30.12.1964
SCHILDERN NR. 5
Fernsprech-
Sammelnummer 5731

31.12.1964
K

Herrn
Sparkassendirektor G.Vorhaben

206) Bad Oldesloe

Am Markt 3

Sehr geehrter Herr Vorhaben!

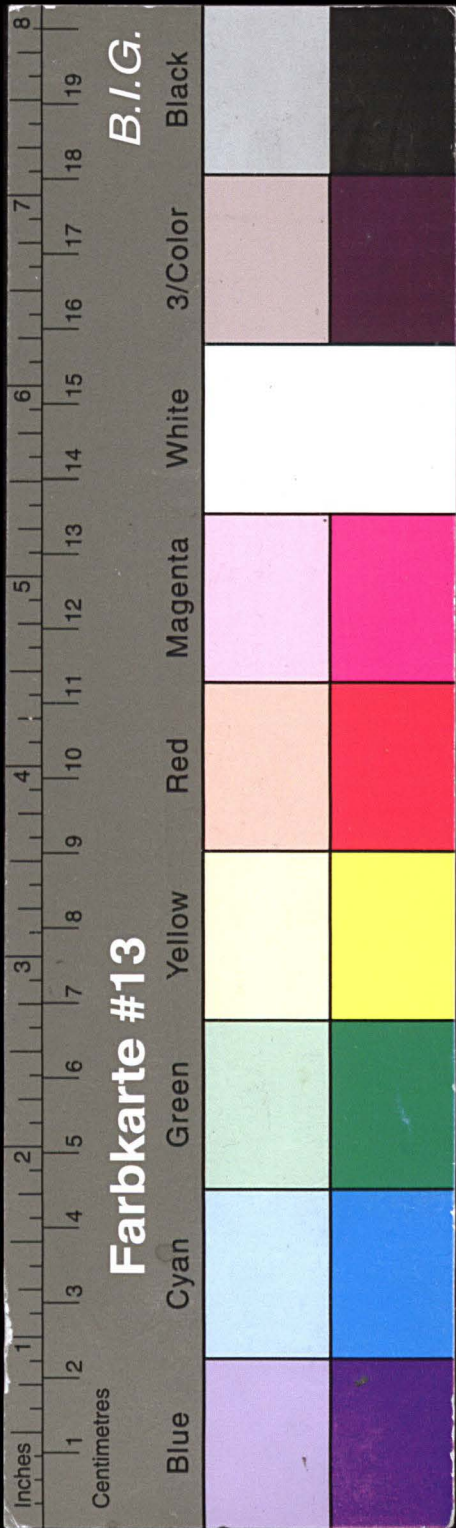
Unter höflicher Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 28.12.1964 überreiche ich Ihnen in der Anlage die Abschrift des Urteils des Verwaltungsgerichtes in Minden in unserer Verwaltungsrechtssache wegen Errichtung einer Sparkassen-zweigstelle in der Stadt Paderborn zur gefl. Bedienung.

Die Gegenpartei hat gegen das ergangene Urteil Berufung beim Oberverwaltungsgericht in Münster eingelegt. Dieses Gericht hat bis heute keine Entscheidung getroffen.

Ich hoffe, daß im Frühjahr kommenden Jahres ein weiteres Urteil von diesem Gericht ergehen wird.

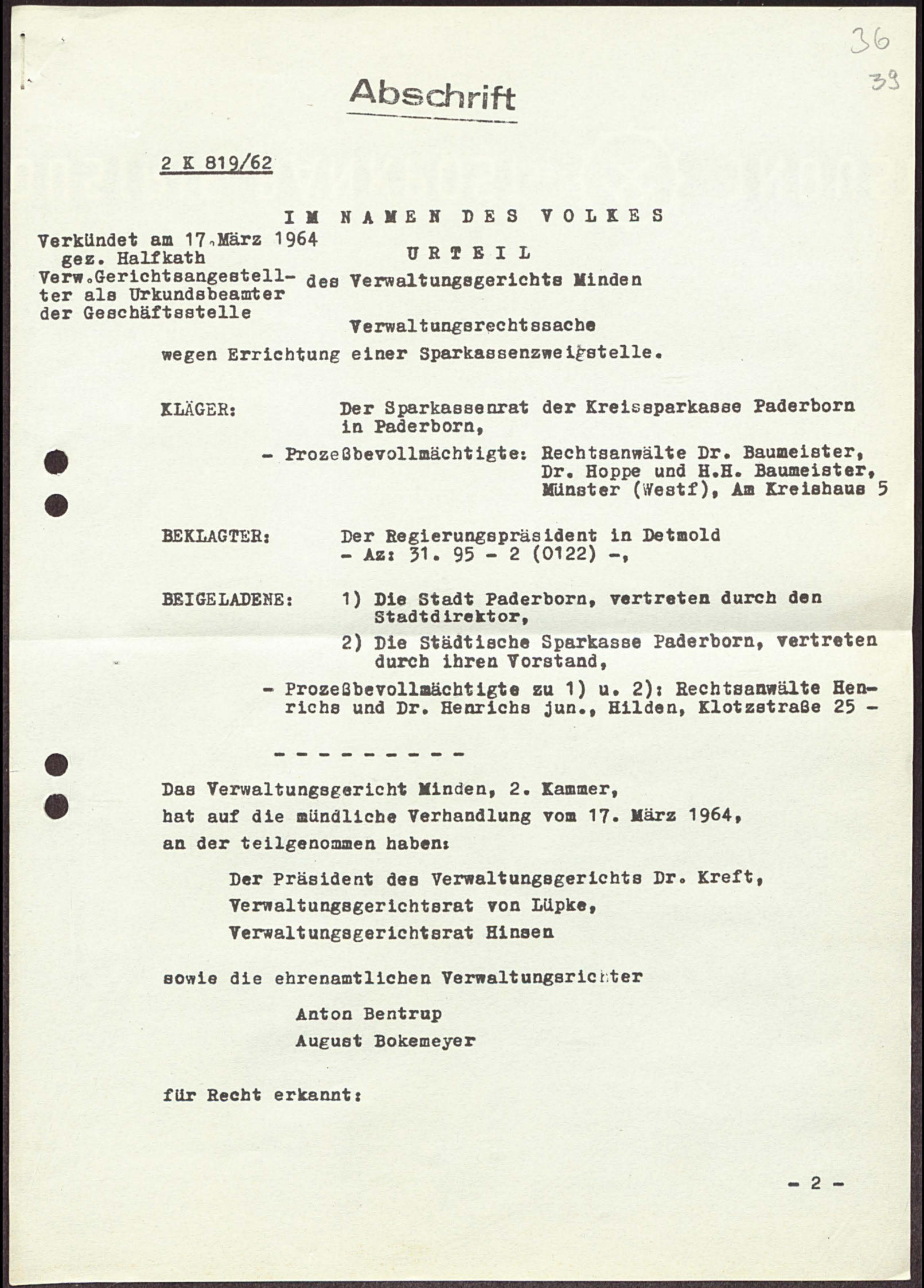
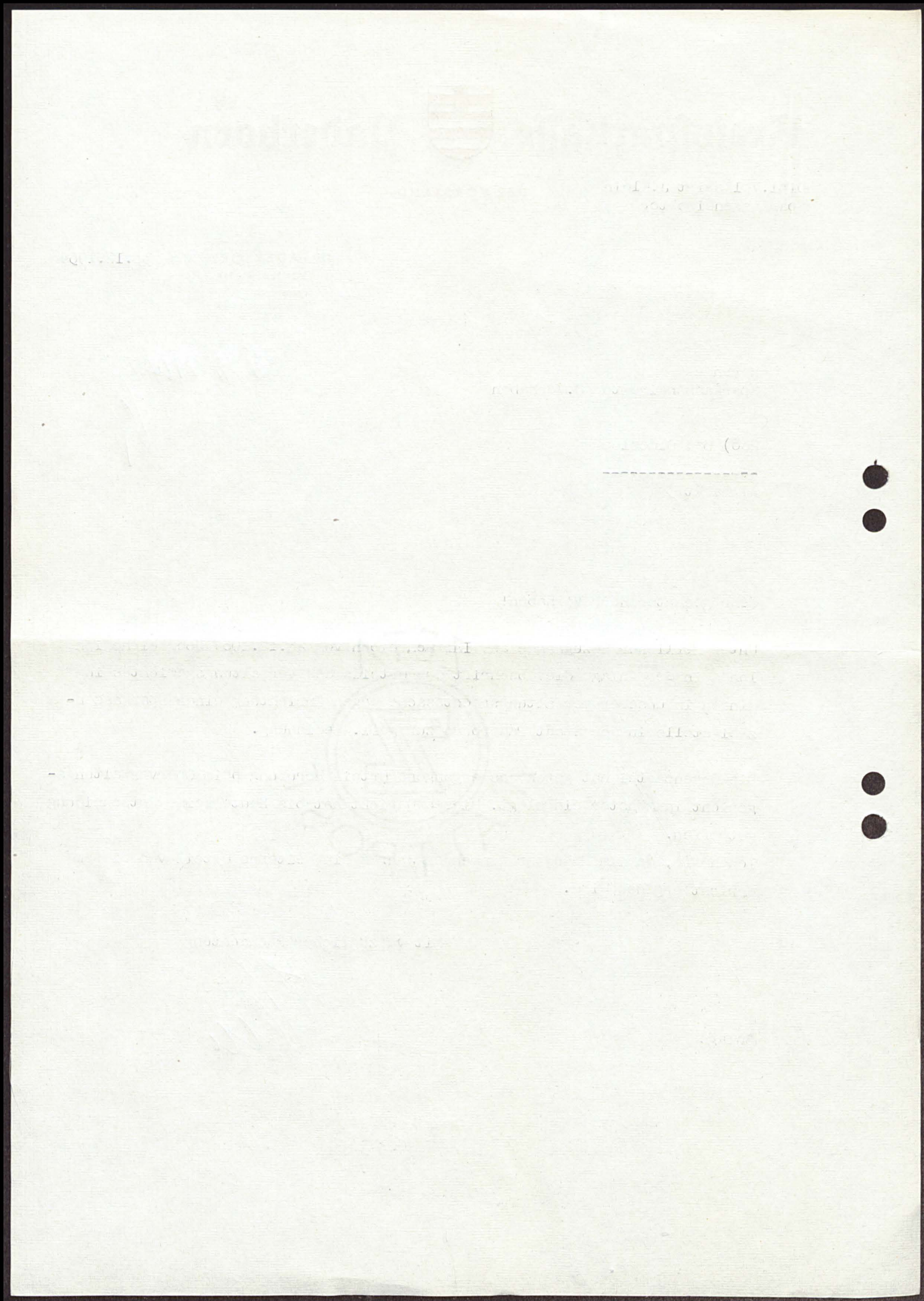
Mit vorzüglicher Hochachtung

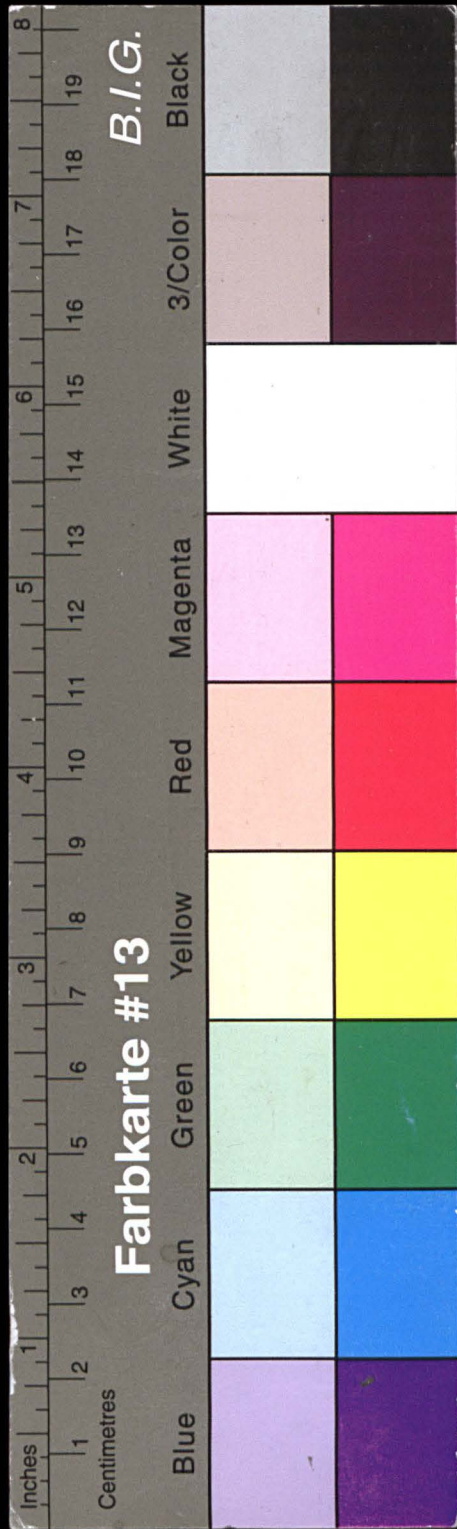
Anlage



Kreisarchiv Stormarn E103

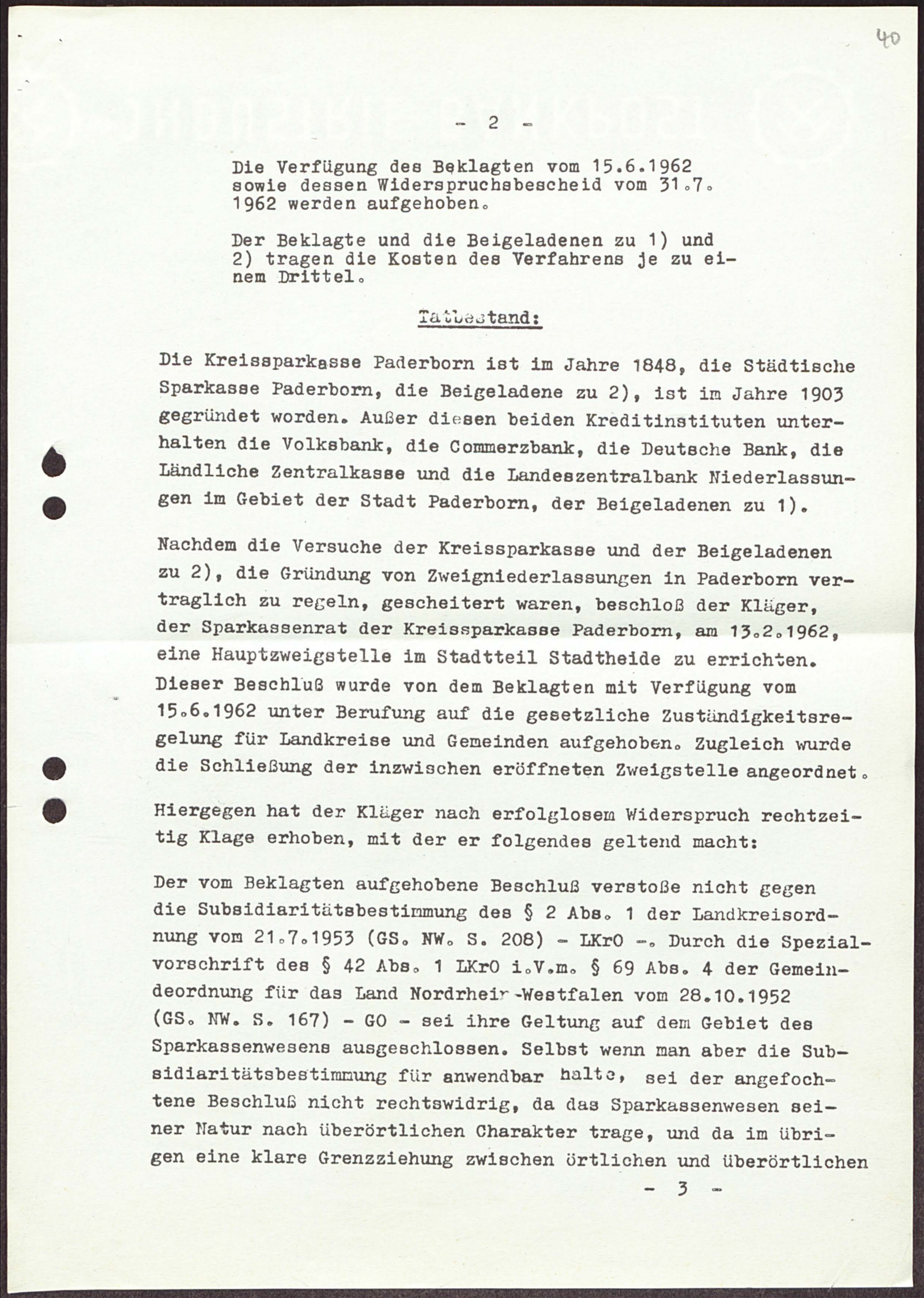
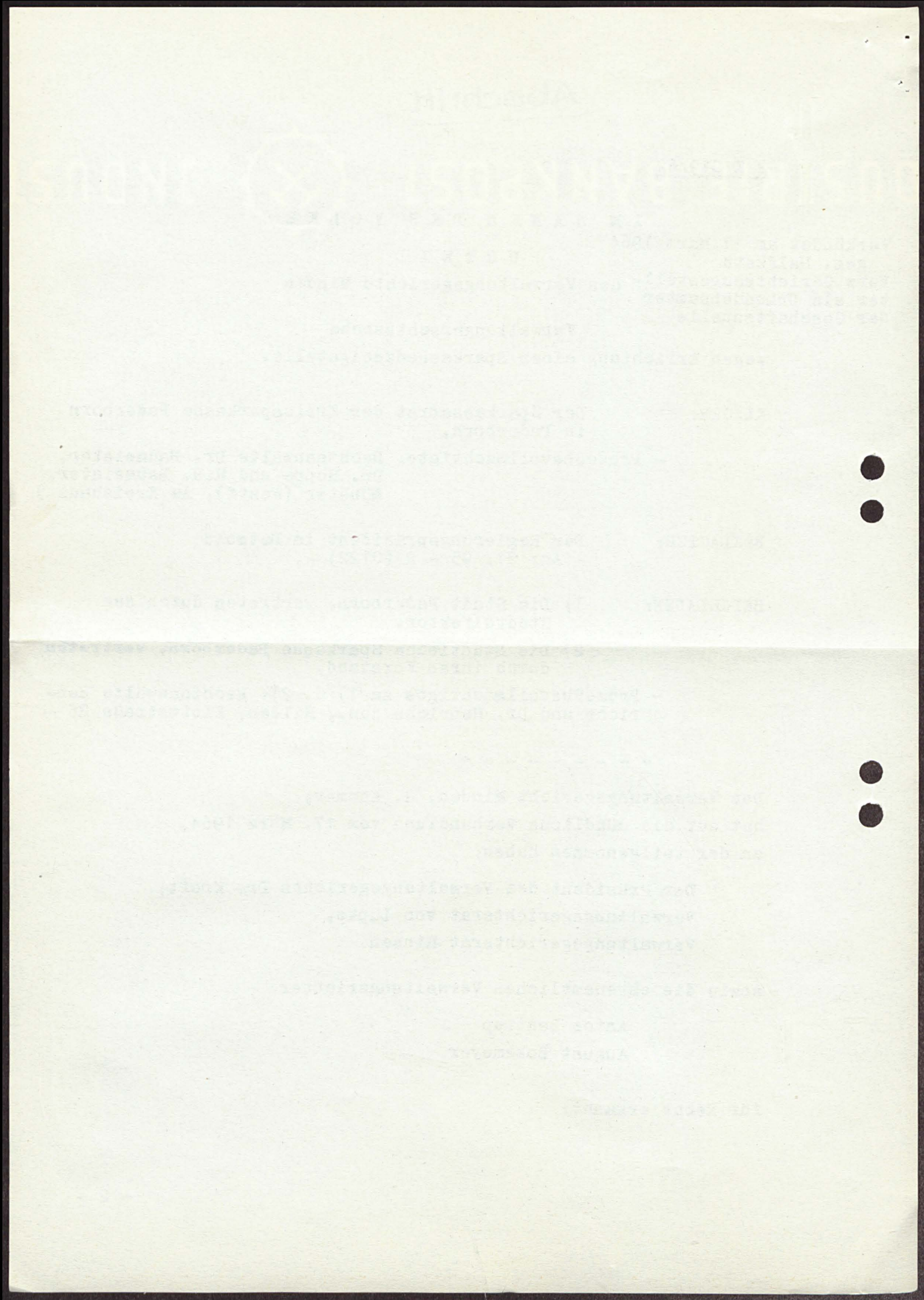
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



- 2 -

Die Verfügung des Beklagten vom 15.6.1962
sowie dessen Widerspruchsbescheid vom 31.7.
1962 werden aufgehoben.

Der Beklagte und die Beigeladenen zu 1) und
2) tragen die Kosten des Verfahrens je zu ei-
nem Drittel.

Tatbestand:

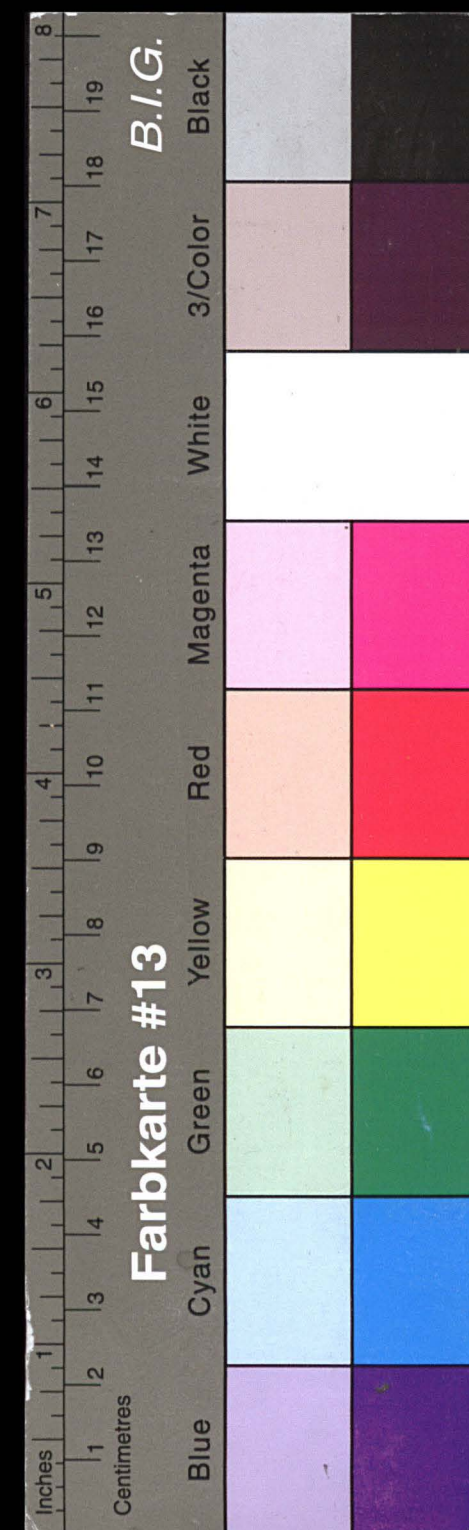
Die Kreissparkasse Paderborn ist im Jahre 1848, die Städtische Sparkasse Paderborn, die Beigeladene zu 2), ist im Jahre 1903 gegründet worden. Außer diesen beiden Kreditinstituten unterhalten die Volksbank, die Commerzbank, die Deutsche Bank, die Ländliche Zentralkasse und die Landeszentralbank Niederlassungen im Gebiet der Stadt Paderborn, der Beigeladenen zu 1).

Nachdem die Versuche der Kreissparkasse und der Beigeladenen zu 2), die Gründung von Zweigniederlassungen in Paderborn vertraglich zu regeln, gescheitert waren, beschloß der Kläger, der Sparkassenrat der Kreissparkasse Paderborn, am 13.2.1962, eine Hauptzweigstelle im Stadtteil Stadtheide zu errichten. Dieser Beschluß wurde von dem Beklagten mit Verfügung vom 15.6.1962 unter Berufung auf die gesetzliche Zuständigkeitsregelung für Landkreise und Gemeinden aufgehoben. Zugleich wurde die Schließung der inzwischen eröffneten Zweigstelle angeordnet.

Hiergegen hat der Kläger nach erfolglosem Widerspruch rechtzeitig Klage erhoben, mit der er folgendes geltend macht:

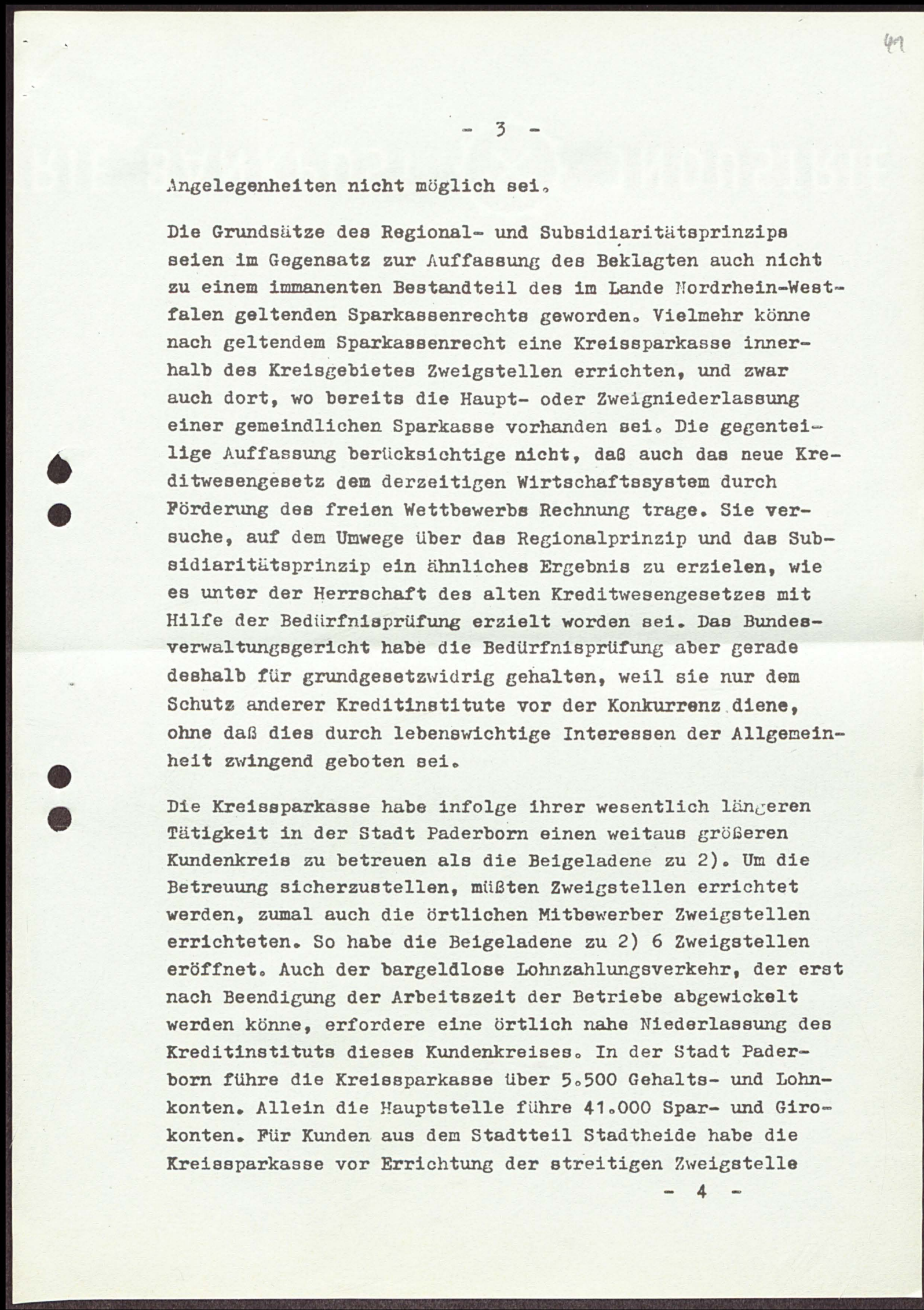
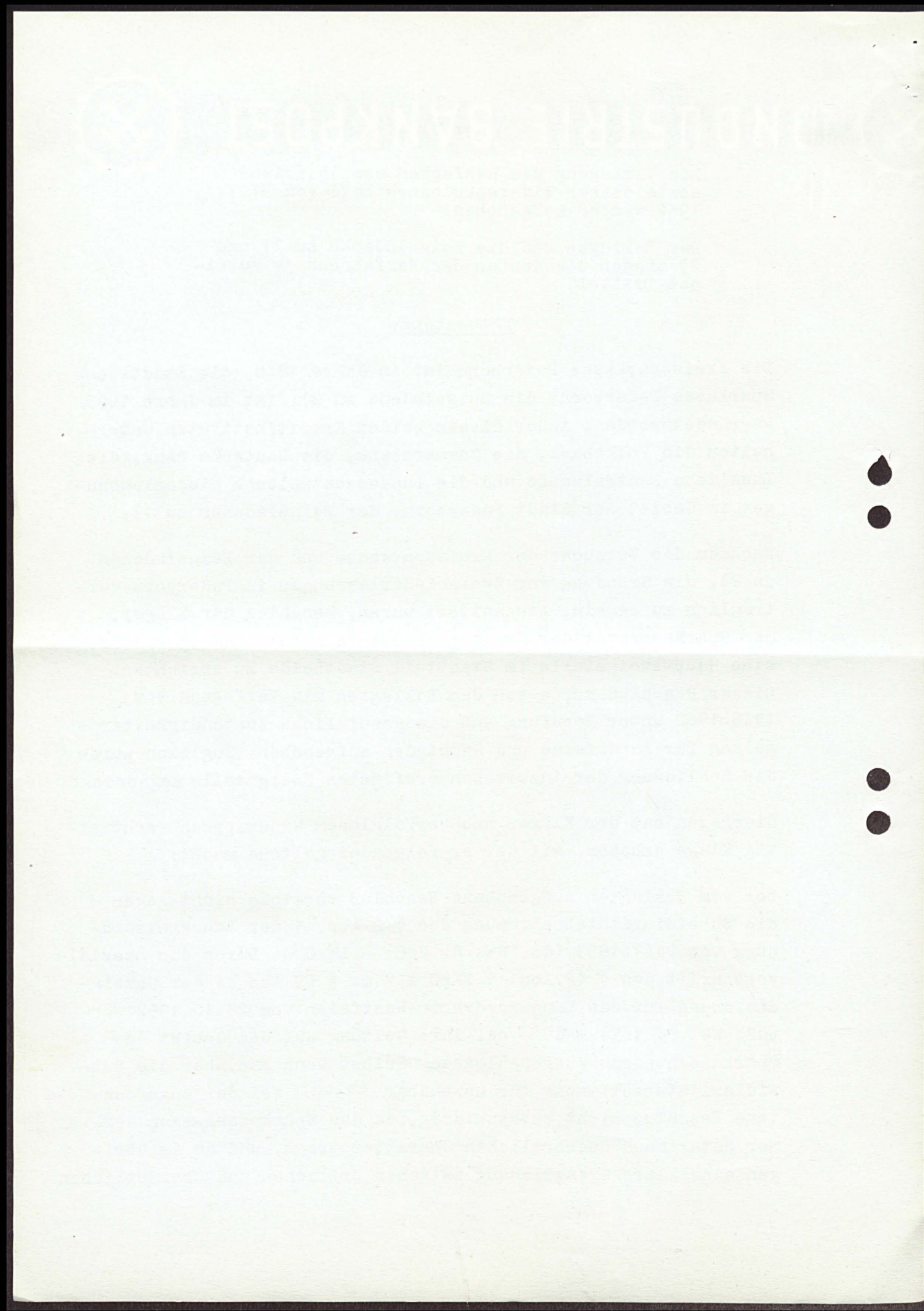
Der vom Beklagten aufgehobene Beschluß verstoße nicht gegen die Subsidiaritätsbestimmung des § 2 Abs. 1 der Landkreisordnung vom 21.7.1953 (GS. NW. S. 208) - LKrO -. Durch die Spezialvorschrift des § 42 Abs. 1 LKrO i.V.m. § 69 Abs. 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28.10.1952 (GS. NW. S. 167) - GO - sei ihre Geltung auf dem Gebiet des Sparkassenwesens ausgeschlossen. Selbst wenn man aber die Subsidiaritätsbestimmung für anwendbar halte, sei der angefochtene Beschluß nicht rechtswidrig, da das Sparkassenwesen seiner Natur nach überörtlichen Charakter trage, und da im übrigen eine klare Grenzziehung zwischen örtlichen und überörtlichen

- 3 -



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



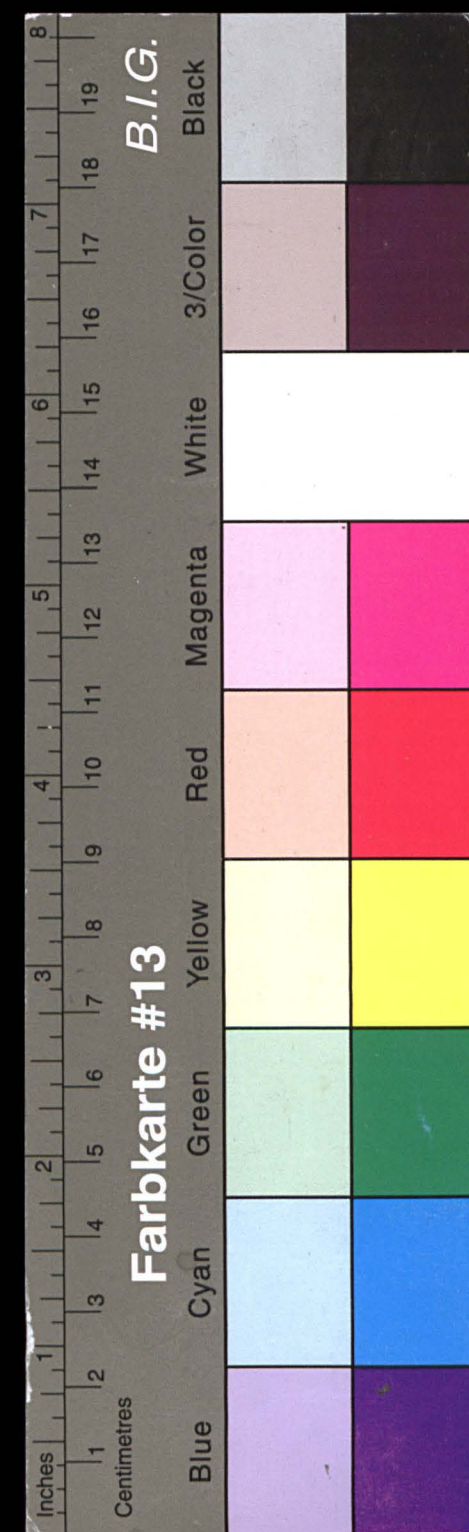
- 3 -

Angelegenheiten nicht möglich sei.

Die Grundsätze des Regional- und Subsidiaritätsprinzips seien im Gegensatz zur Auffassung des Beklagten auch nicht zu einem immanenten Bestandteil des im Lande Nordrhein-Westfalen geltenden Sparkassenrechts geworden. Vielmehr könne nach geltendem Sparkassenrecht eine Kreissparkasse innerhalb des Kreisgebietes Zweigstellen errichten, und zwar auch dort, wo bereits die Haupt- oder Zweigniederlassung einer gemeindlichen Sparkasse vorhanden sei. Die gegenteilige Auffassung berücksichtige nicht, daß auch das neue Kreditwesengesetz dem derzeitigen Wirtschaftssystem durch Förderung des freien Wettbewerbs Rechnung trage. Sie versuche, auf dem Umwege über das Regionalprinzip und das Subsidiaritätsprinzip ein ähnliches Ergebnis zu erzielen, wie es unter der Herrschaft des alten Kreditwesengesetzes mit Hilfe der Bedürfnisprüfung erzielt worden sei. Das Bundesverwaltungsgericht habe die Bedürfnisprüfung aber gerade deshalb für grundgesetzwidrig gehalten, weil sie nur dem Schutz anderer Kreditinstitute vor der Konkurrenz diene, ohne daß dies durch lebenswichtige Interessen der Allgemeinheit zwingend geboten sei.

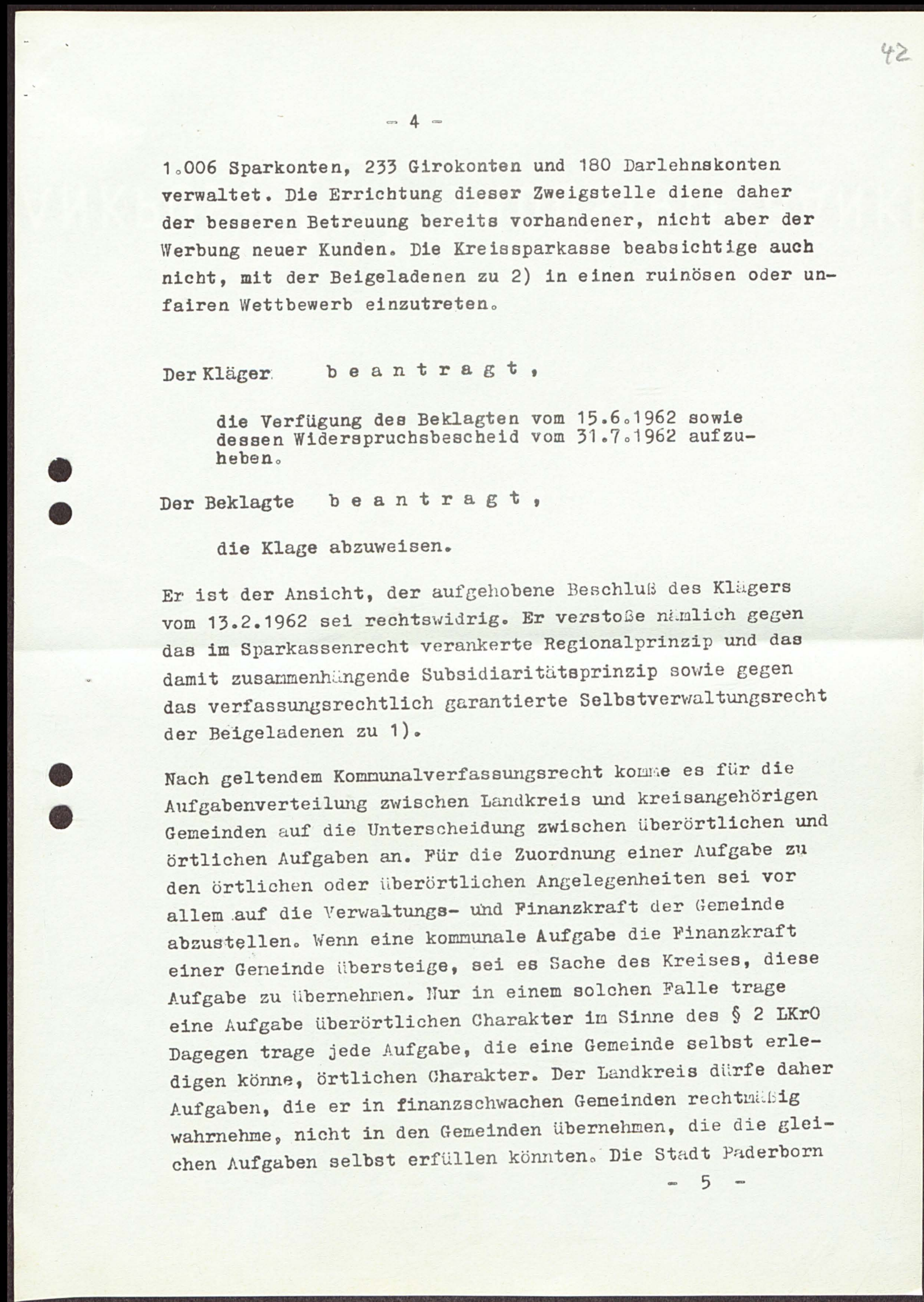
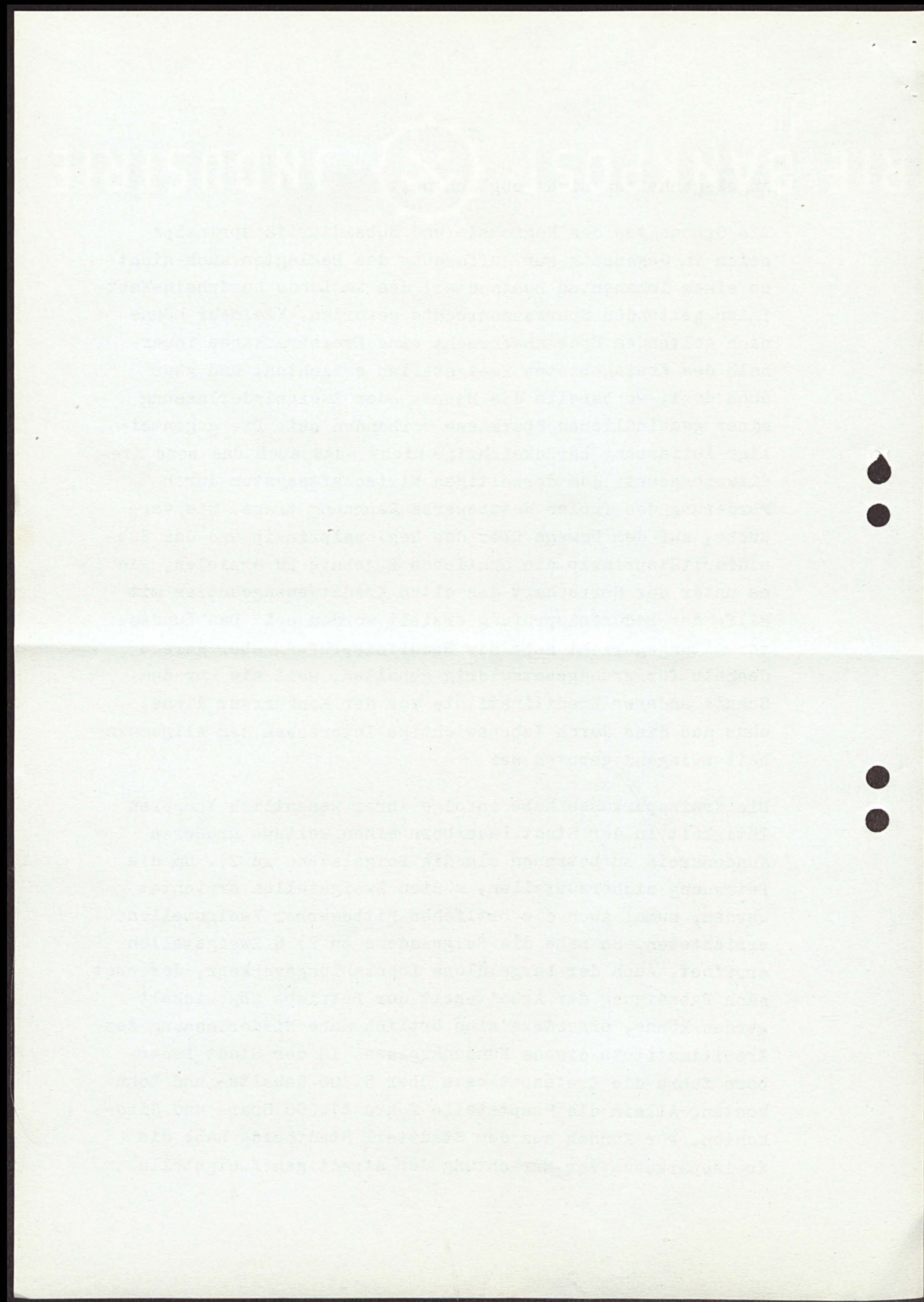
Die Kreissparkasse habe infolge ihrer wesentlich längeren Tätigkeit in der Stadt Paderborn einen weitaus größeren Kundenkreis zu betreuen als die Beigeladene zu 2). Um die Betreuung sicherzustellen, müßten Zweigstellen errichtet werden, zumal auch die örtlichen Mitbewerber Zweigstellen errichteten. So habe die Beigeladene zu 2) 6 Zweigstellen eröffnet. Auch der bargeldlose Lohnzahlungsverkehr, der erst nach Beendigung der Arbeitszeit der Betriebe abgewickelt werden könne, erfordere eine örtlich nahe Niederlassung des Kreditinstituts dieses Kundenkreises. In der Stadt Paderborn führe die Kreissparkasse über 5.500 Gehalts- und Lohnkonten. Allein die Hauptstelle führe 41.000 Spar- und Girokonten. Für Kunden aus dem Stadtteil Stadtheide habe die Kreissparkasse vor Errichtung der streitigen Zweigstelle

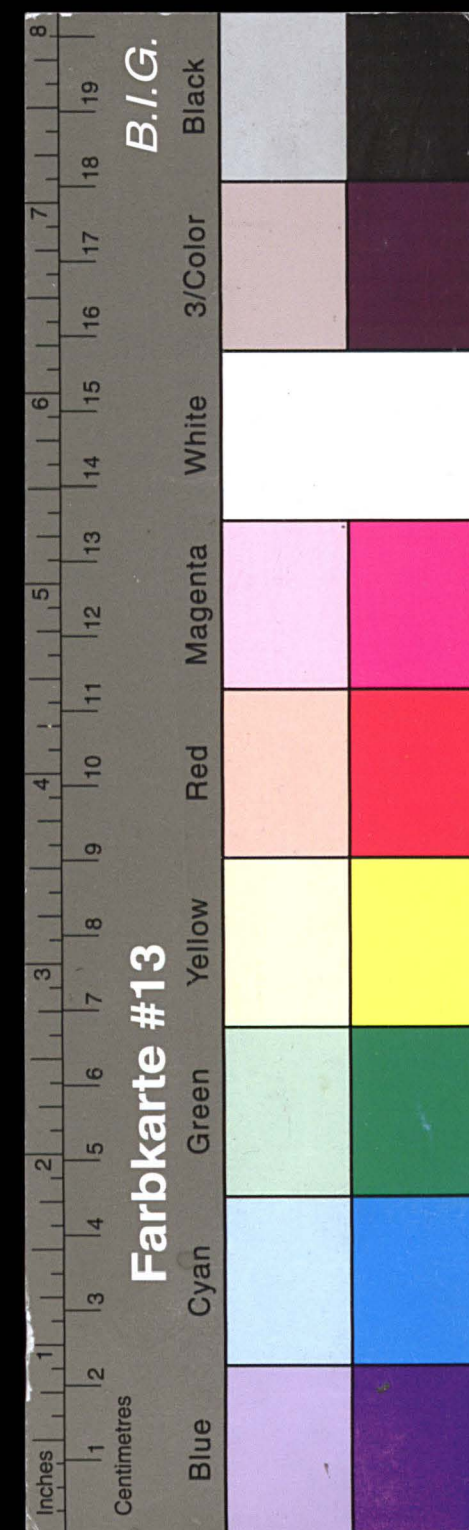
- 4 -



Kreisarchiv Stormarn E103

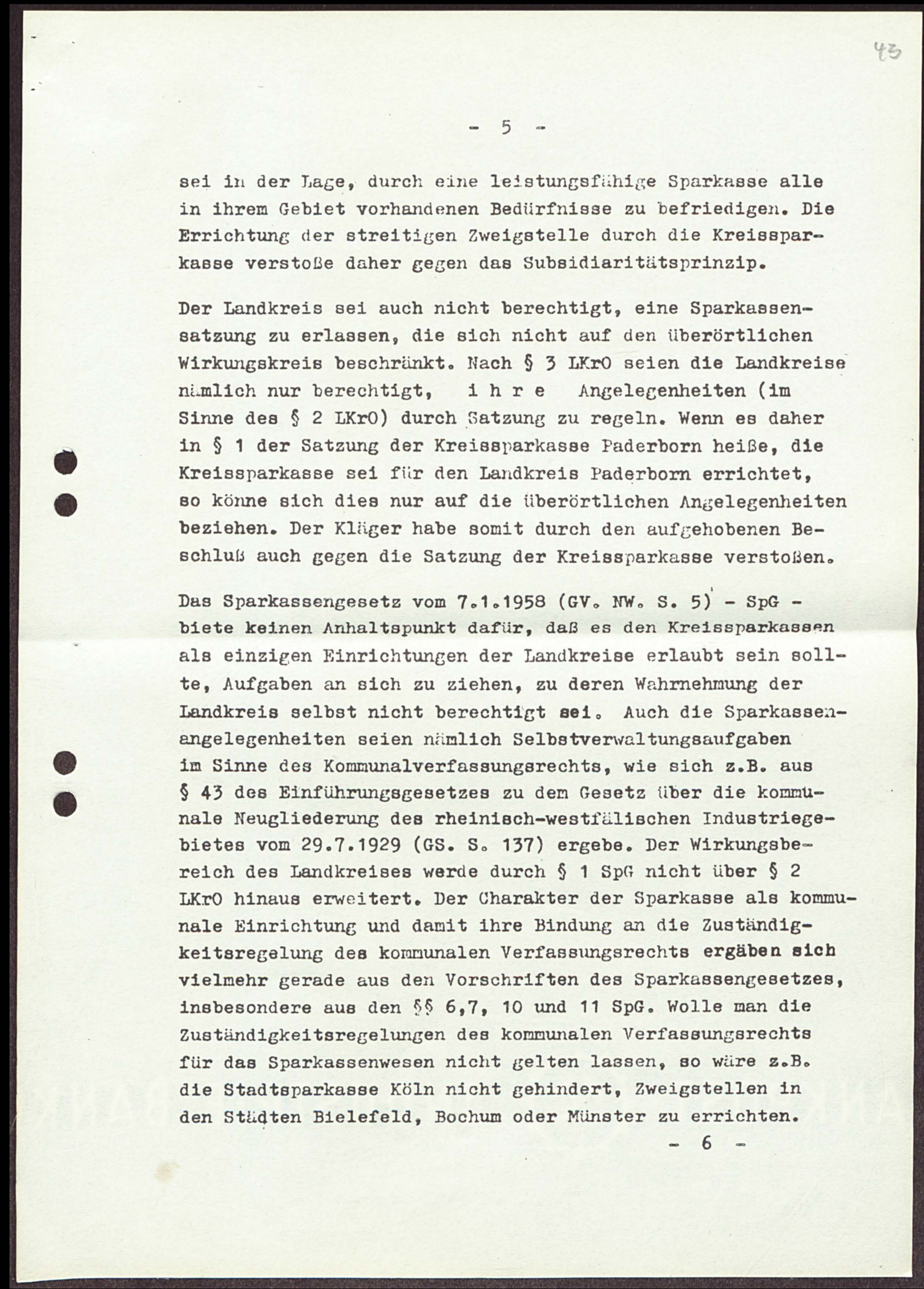
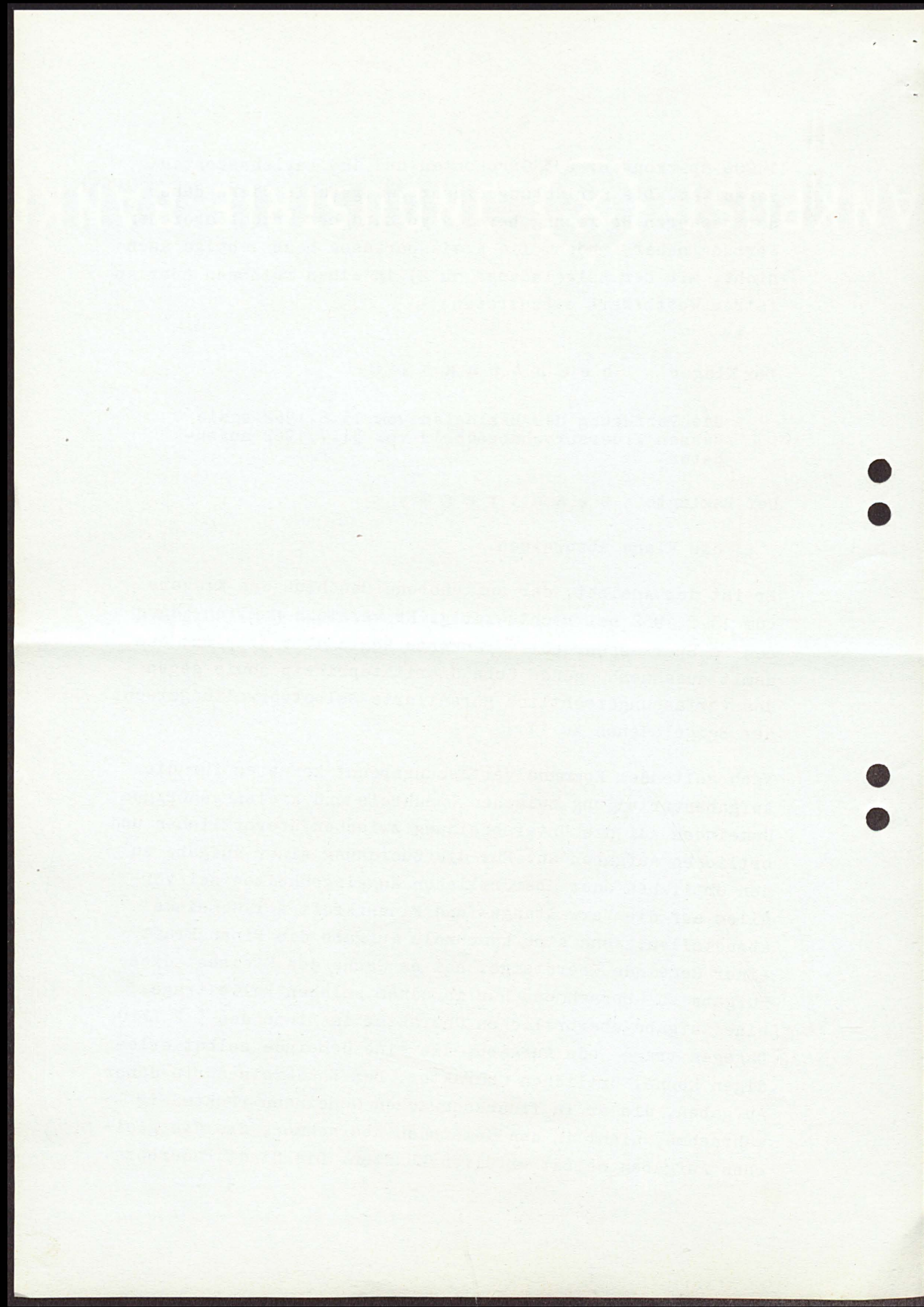
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

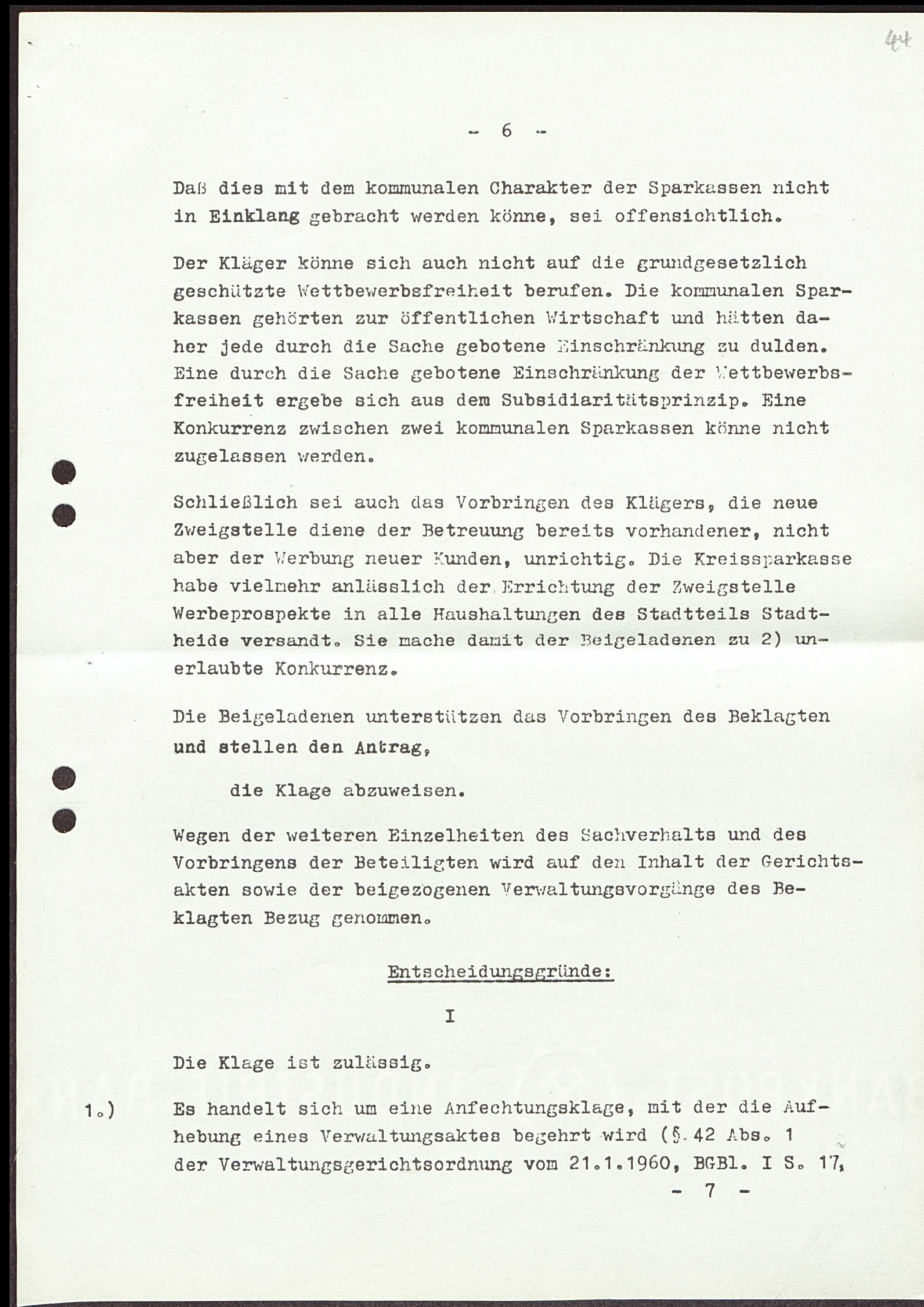
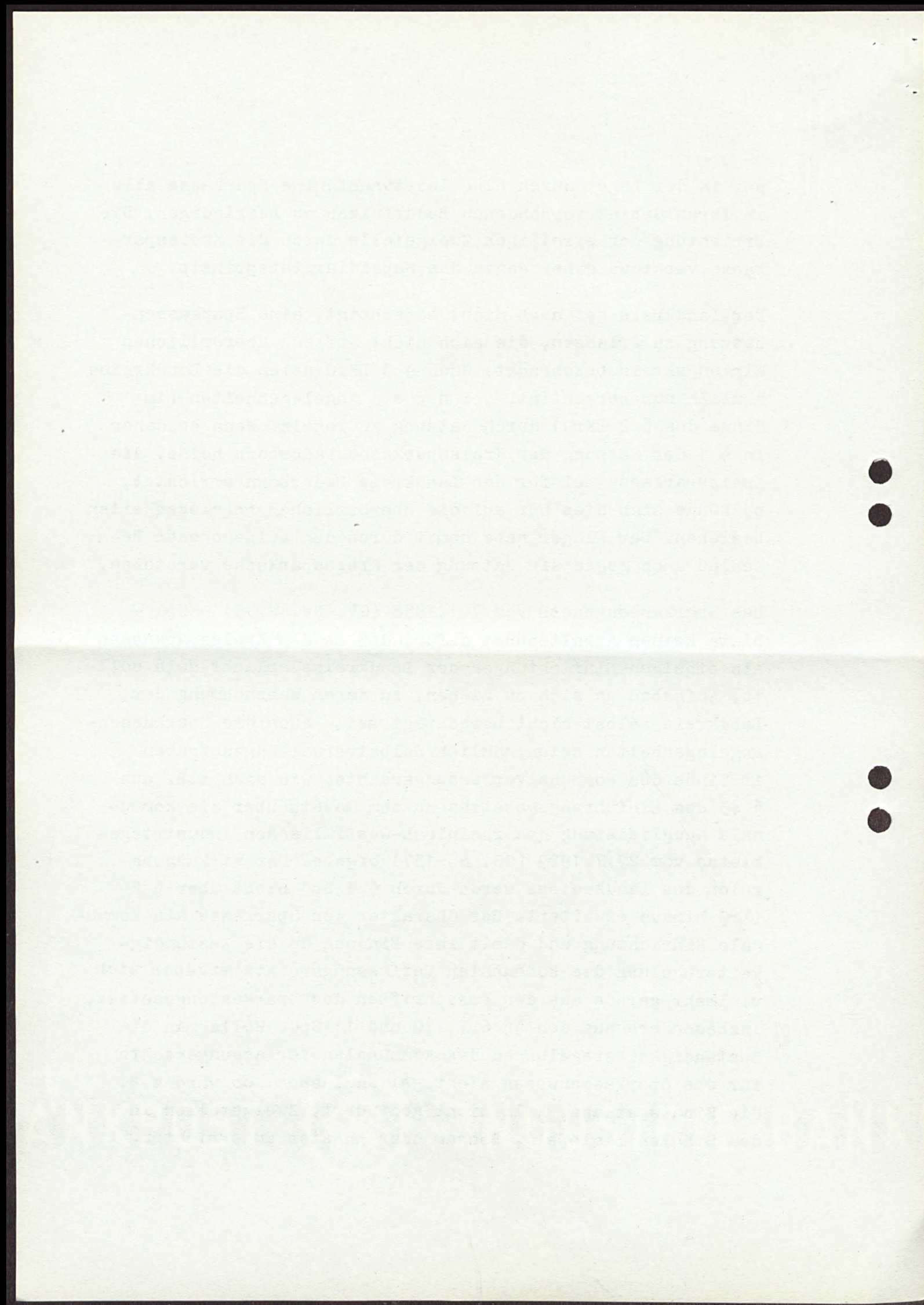
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



- 6 -

Daß dies mit dem kommunalen Charakter der Sparkassen nicht in Einklang gebracht werden könne, sei offensichtlich.

Der Kläger könne sich auch nicht auf die grundgesetzlich geschützte Wettbewerbsfreiheit berufen. Die kommunalen Sparkassen gehörten zur öffentlichen Wirtschaft und hätten daher jede durch die Sache gebotene Einschränkung zu dulden. Eine durch die Sache gebotene Einschränkung der Wettbewerbsfreiheit ergebe sich aus dem Subsidiaritätsprinzip. Eine Konkurrenz zwischen zwei kommunalen Sparkassen könne nicht zugelassen werden.

Schließlich sei auch das Vorbringen des Klägers, die neue Zweigstelle diene der Betreuung bereits vorhandener, nicht aber der Werbung neuer Kunden, unrichtig. Die Kreissparkasse habe vielmehr anlässlich der Errichtung der Zweigstelle Werbeprospekte in alle Haushaltungen des Stadtteils Stadttheide versandt. Sie mache damit der Beigeladenen zu 2) unerlaubte Konkurrenz.

Die Beigeladenen unterstützen das Vorbringen des Beklagten und stellen den Antrag,

die Klage abzuweisen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakten sowie der beigezogenen Verwaltungsvorgänge des Beklagten Bezug genommen.

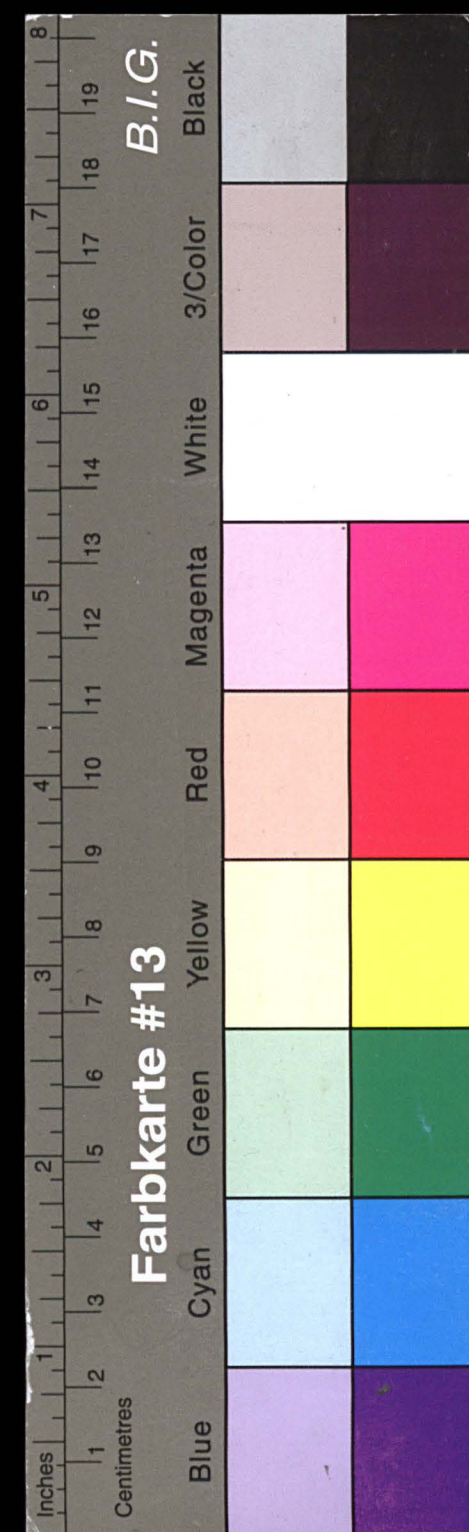
Entscheidungsgründe:

I

Die Klage ist zulässig.

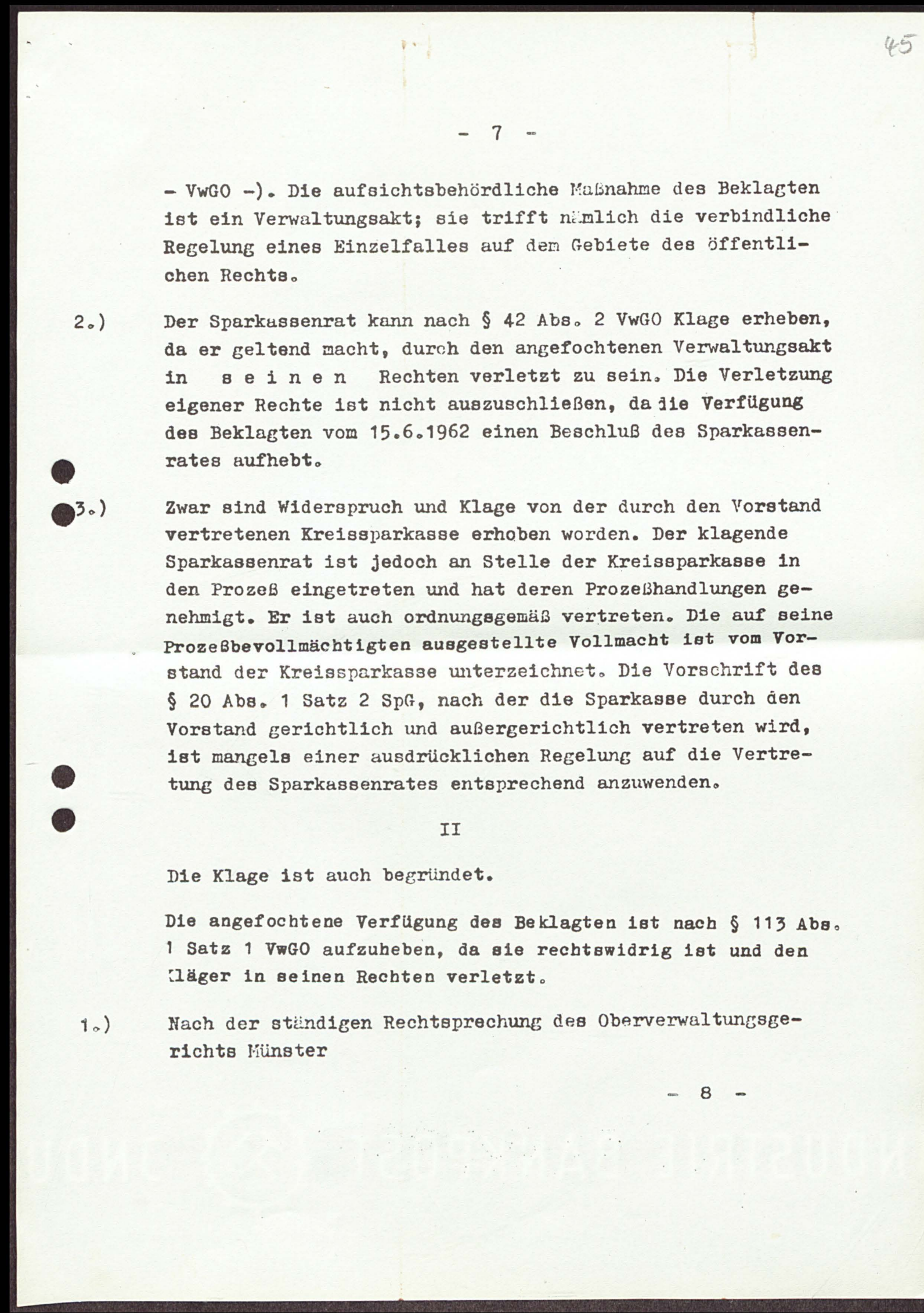
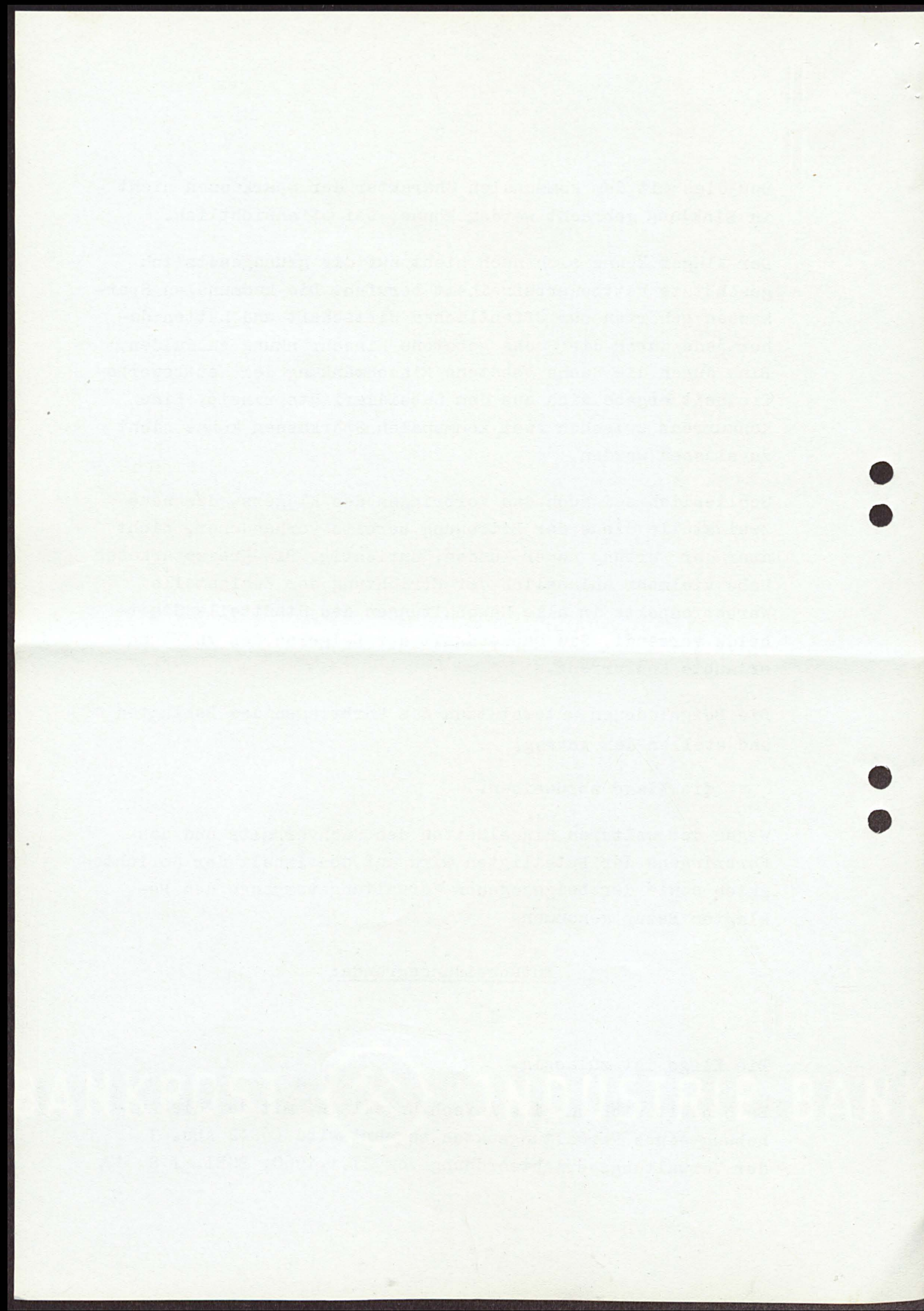
- 1.) Es handelt sich um eine Anfechtungsklage, mit der die Aufhebung eines Verwaltungsaktes begehrt wird (§.42 Abs. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21.1.1960, BGBl. I S. 17,

- 7 -



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



- 7 -

- VwGO -). Die aufsichtsbehördliche Maßnahme des Beklagten ist ein Verwaltungsakt; sie trifft nämlich die verbindliche Regelung eines Einzelfalles auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts.

2.) Der Sparkassenrat kann nach § 42 Abs. 2 VwGO Klage erheben, da er geltend macht, durch den angefochtenen Verwaltungsakt in seinen Rechten verletzt zu sein. Die Verletzung eigener Rechte ist nicht auszuschließen, da die Verfügung des Beklagten vom 15.6.1962 einen Beschluß des Sparkassenrates aufhebt.

3.) Zwar sind Widerspruch und Klage von der durch den Vorstand vertretenen Kreissparkasse erhoben worden. Der klagende Sparkassenrat ist jedoch an Stelle der Kreissparkasse in den Prozeß eingetreten und hat deren Prozeßhandlungen genehmigt. Er ist auch ordnungsgemäß vertreten. Die auf seine Prozeßbevollmächtigten ausgestellte Vollmacht ist vom Vorstand der Kreissparkasse unterzeichnet. Die Vorschrift des § 20 Abs. 1 Satz 2 SpG, nach der die Sparkasse durch den Vorstand gerichtlich und außergerichtlich vertreten wird, ist mangels einer ausdrücklichen Regelung auf die Vertretung des Sparkassenrates entsprechend anzuwenden.

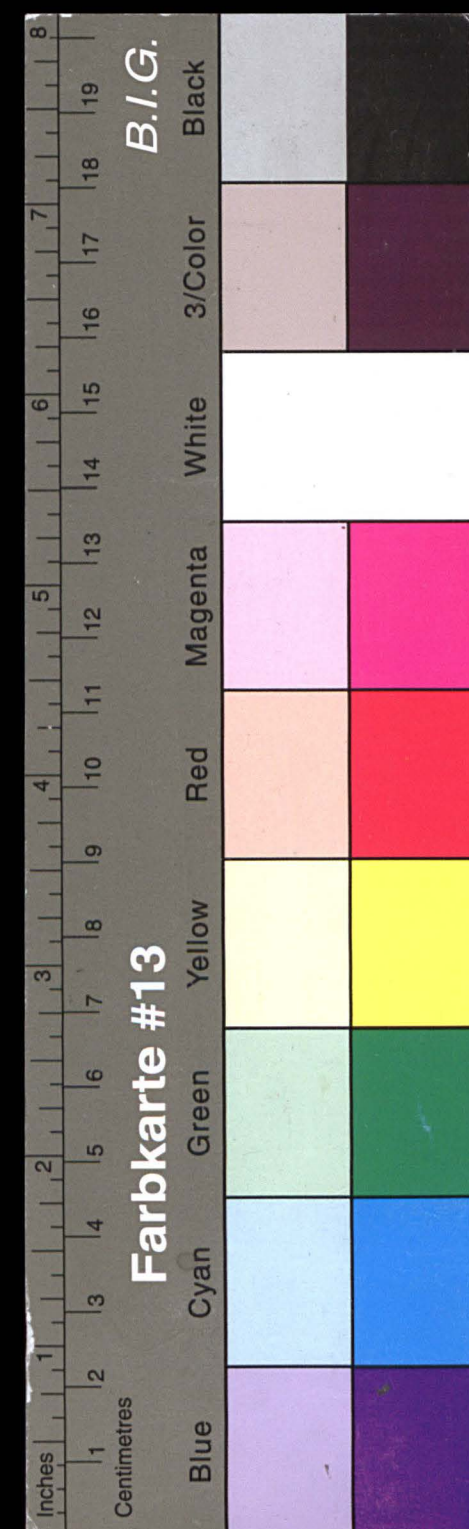
II

Die Klage ist auch begründet.

Die angefochtene Verfügung des Beklagten ist nach § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO aufzuheben, da sie rechtswidrig ist und den Kläger in seinen Rechten verletzt.

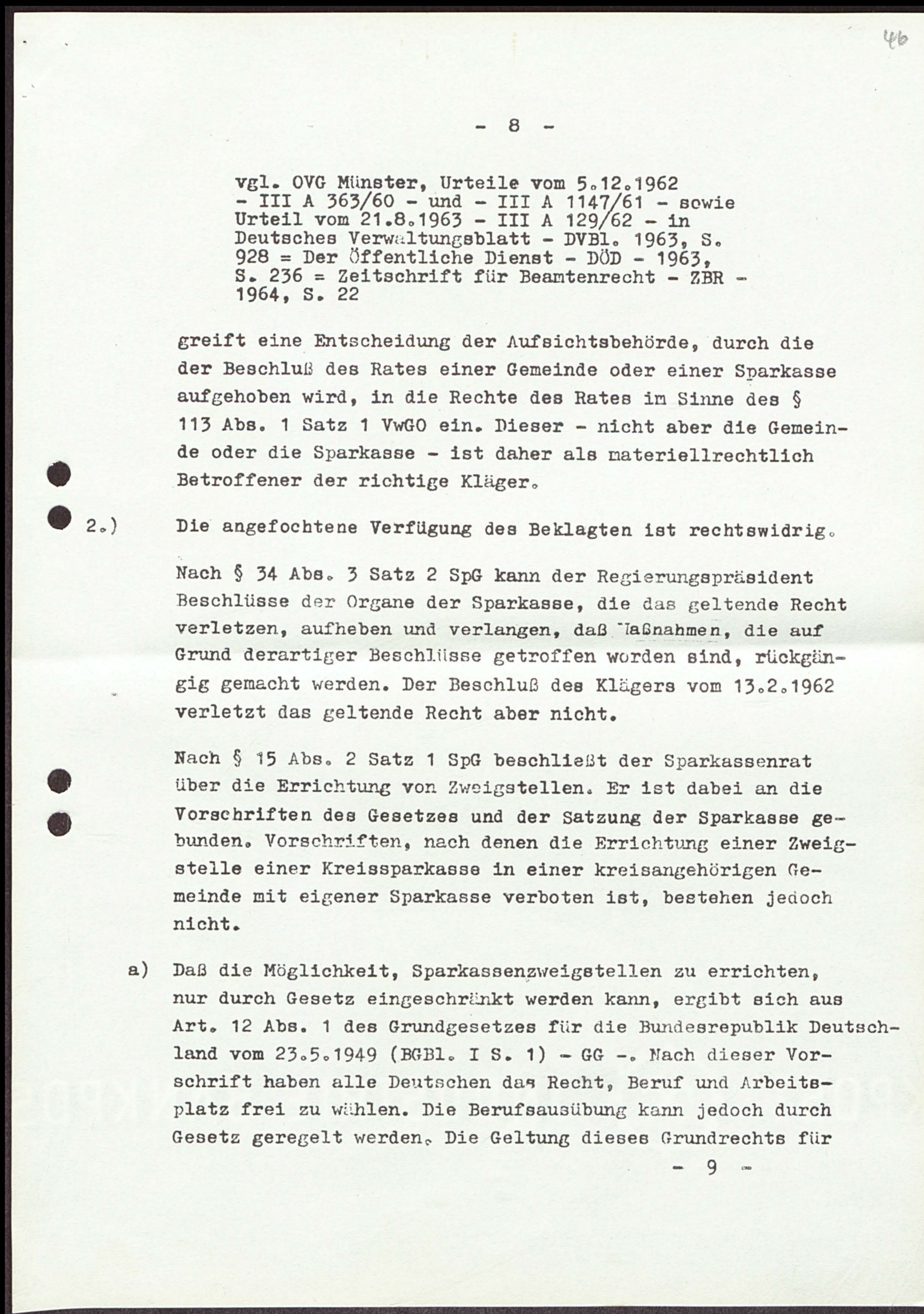
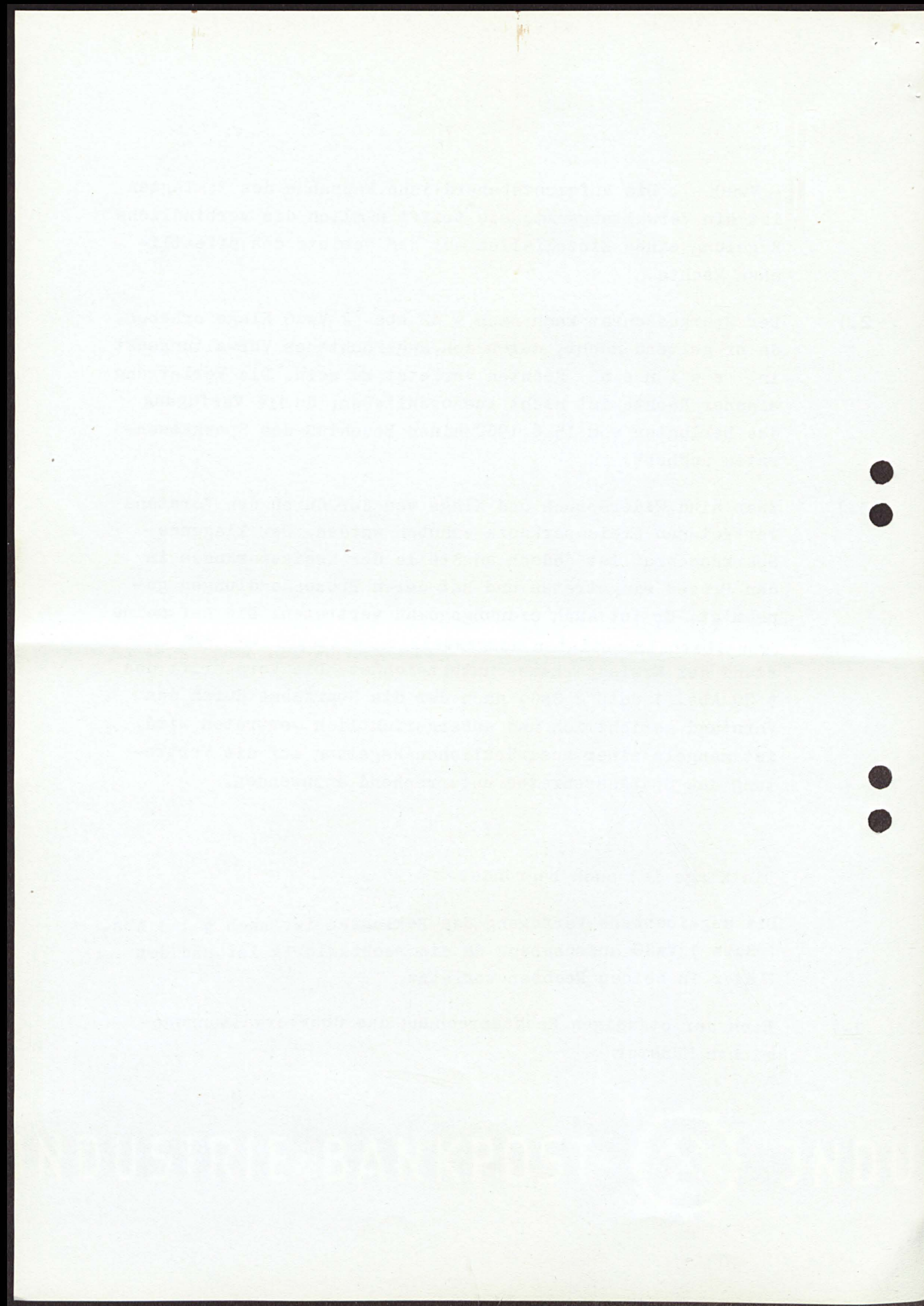
1.) Nach der ständigen Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Münster

- 8 -



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



- 8 -

vgl. OVG Münster, Urteile vom 5.12.1962
- III A 363/60 - und - III A 1147/61 - sowie
Urteil vom 21.8.1963 - III A 129/62 - in
Deutsches Verwaltungsblatt - DVBl. 1963, S.
928 = Der Öffentliche Dienst - DÖD - 1963,
S. 236 = Zeitschrift für Beamtenrecht - ZBR -
1964, S. 22

greift eine Entscheidung der Aufsichtsbehörde, durch die
der Beschluß des Rates einer Gemeinde oder einer Sparkasse
aufgehoben wird, in die Rechte des Rates im Sinne des §
113 Abs. 1 Satz 1 VwGO ein. Dieser - nicht aber die Gemein-
de oder die Sparkasse - ist daher als materiellrechtlich
Betroffener der richtige Kläger.

2.) Die angefochtene Verfügung des Beklagten ist rechtswidrig.

Nach § 34 Abs. 3 Satz 2 SpG kann der Regierungspräsident
Beschlüsse der Organe der Sparkasse, die das geltende Recht
verletzen, aufheben und verlangen, daß Maßnahmen, die auf
Grund derartiger Beschlüsse getroffen worden sind, rückgän-
gig gemacht werden. Der Beschluß des Klägers vom 13.2.1962
verletzt das geltende Recht aber nicht.

Nach § 15 Abs. 2 Satz 1 SpG beschließt der Sparkassenrat
über die Errichtung von Zweigstellen. Er ist dabei an die
Vorschriften des Gesetzes und der Satzung der Sparkasse ge-
bunden. Vorschriften, nach denen die Errichtung einer Zweig-
stelle einer Kreissparkasse in einer kreisangehörigen Ge-
meinde mit eigener Sparkasse verboten ist, bestehen jedoch
nicht.

a) Daß die Möglichkeit, Sparkassenzweigstellen zu errichten,
nur durch Gesetz eingeschränkt werden kann, ergibt sich aus
Art. 12 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutsch-
land vom 23.5.1949 (BGBl. I S. 1) - GG -. Nach dieser Vor-
schrift haben alle Deutschen das Recht, Beruf und Arbeits-
platz frei zu wählen. Die Berufsausübung kann jedoch durch
Gesetz geregelt werden. Die Geltung dieses Grundrechts für

- 9 -



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 9 -

juristische Personen des öffentlichen Rechts ist nicht grundsätzlich ausgeschlossen, wie sich aus Art. 19 Abs. 3 GG ergibt. Sie ist jedenfalls dann anzunehmen, wenn die juristische Person des öffentlichen Rechts lediglich "Sachwalter der gewissermaßen gebündelten Individualinteressen ihrer Mitglieder" ist

vgl. Maunz-Dürig, Grundgesetz, Kommentar i.d.F. der 6. Ergänzungslieferung, Randnr. 45 zu Art. 19 Abs. III.

Dies trifft für die öffentlich-rechtliche Sparkasse zu

vgl. Maunz-Dürig aaO.

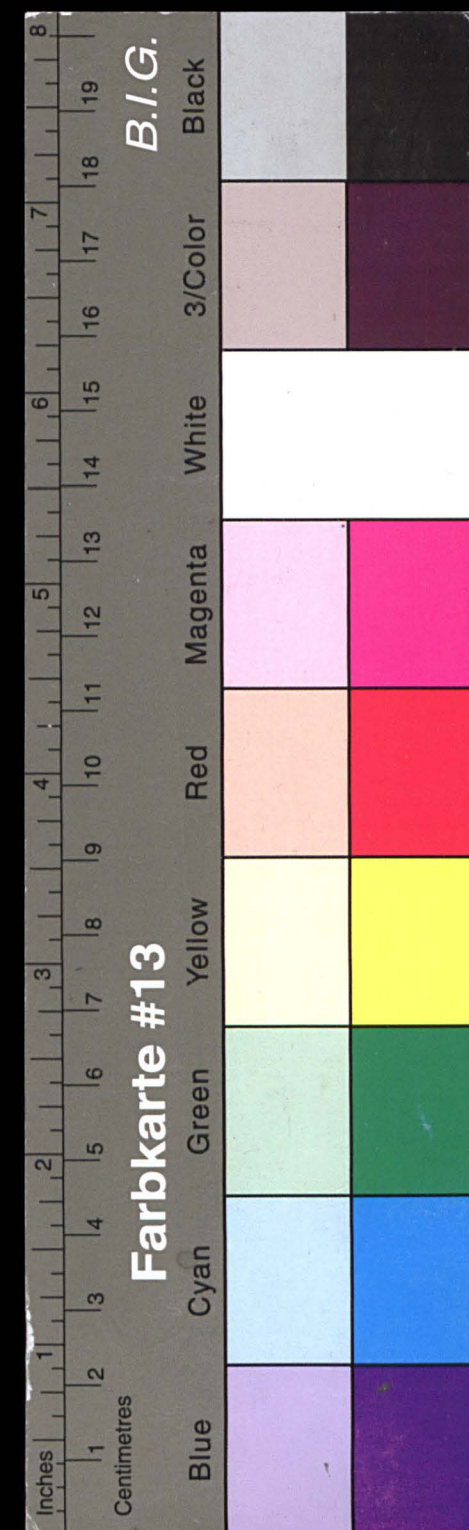
Aus diesem Grunde ist auch die Errichtung einer Sparkassen-zweigstelle Ausübung des durch Art. 12 Abs. 1 GG garantierten Grundrechts

vgl. BVerwG, Urteil vom 10.7.1958 - I G 195/56 - in NJW 1959, S. 590.

- b) Das Sparkassengesetz enthält keine Vorschrift, durch die das Recht, Zweigstellen zu errichten, ausdrücklich eingeschränkt wird. § 15 Abs. 2 Satz 1 SpG regelt lediglich die Zuständigkeit. Die Bestimmung macht im übrigen deutlich, daß die Errichtung einer Zweigstelle Sache der (rechtlich selbständigen) Sparkasse, nicht aber des Gewährträgers ist. Der Gewährträger kann auf entsprechende Entschlüsse des Sparkassenrates nur mittelbar, vor allem durch die Wahl seiner Mitglieder (§§ 7 Abs. 1, 10 Abs. 1 SpG), Einfluß nehmen.

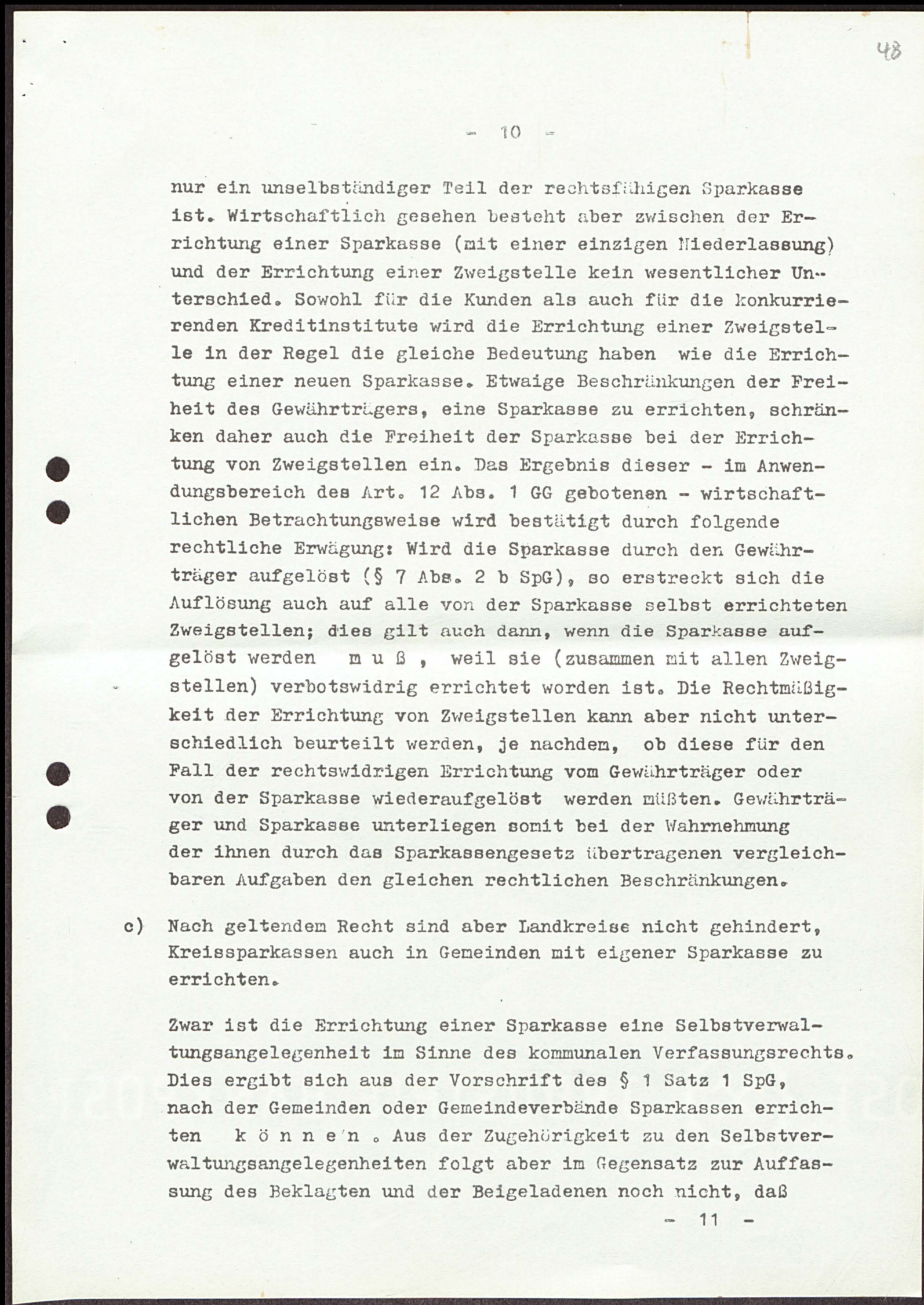
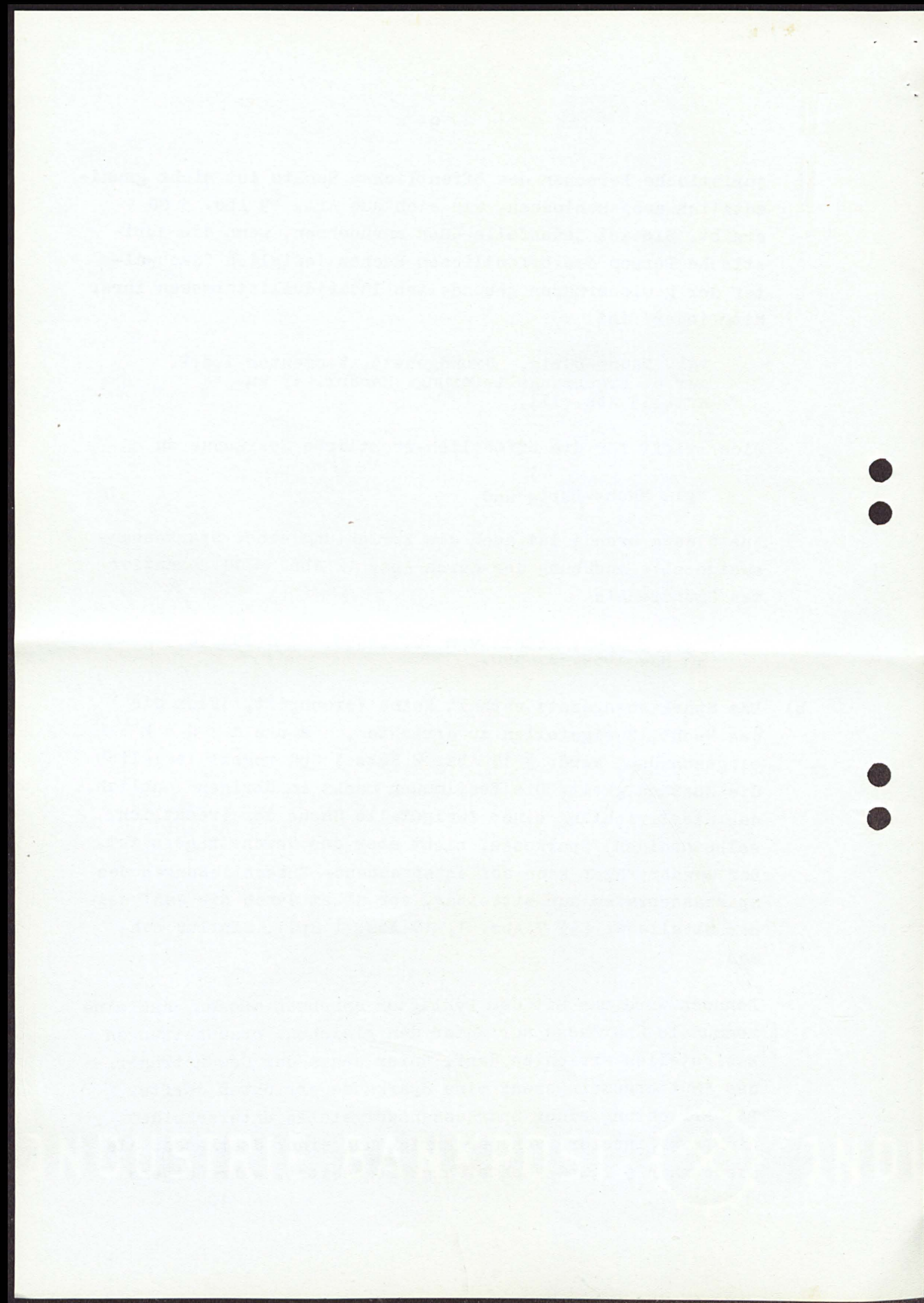
Dennoch wird man mit dem Beklagten annehmen müssen, daß eine kommunale Sparkasse nur unter den gleichen Voraussetzungen Zweigstellen errichten darf, unter denen der Gewährträger, das "Muttergemeinwesen" eine Sparkasse errichten dürfte. Die Errichtung einer Sparkassenzweigstelle unterscheidet sich zwar insofern von der Errichtung einer Sparkasse, als diese nach § 2 SpG Rechtsfähigkeit besitzt, während jene

- 10 -



Kreisarchiv Stormarn E103

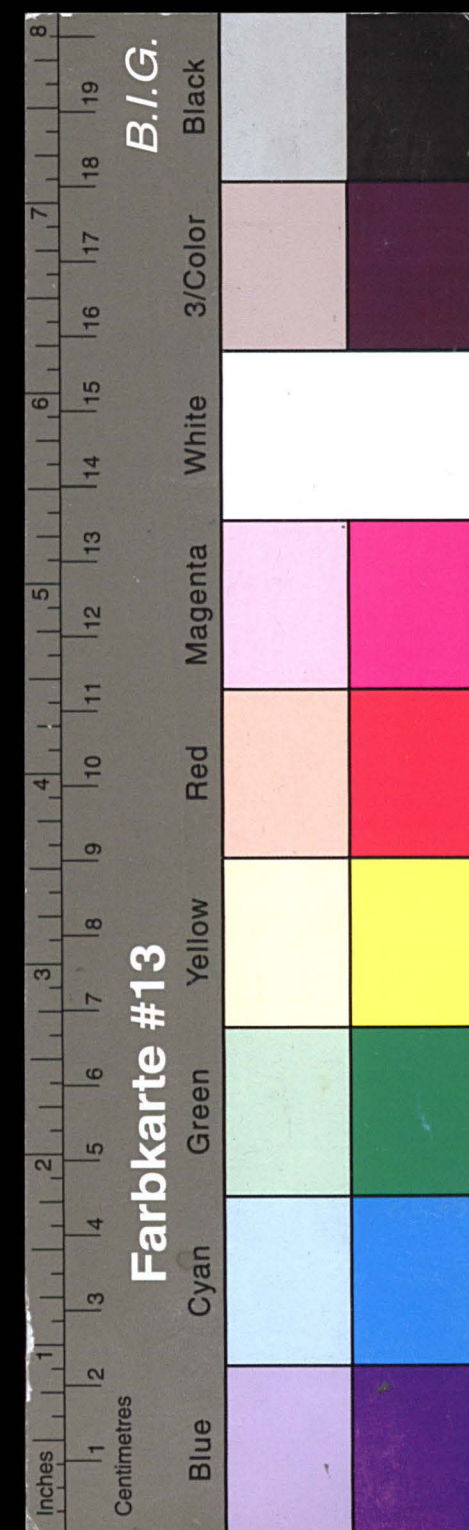
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



nur ein unselbständiger Teil der rechtsfähigen Sparkasse ist. Wirtschaftlich gesehen besteht aber zwischen der Errichtung einer Sparkasse (mit einer einzigen Niederlassung) und der Errichtung einer Zweigstelle kein wesentlicher Unterschied. Sowohl für die Kunden als auch für die konkurrierenden Kreditinstitute wird die Errichtung einer Zweigstelle in der Regel die gleiche Bedeutung haben wie die Errichtung einer neuen Sparkasse. Etwaige Beschränkungen der Freiheit des Gewährträgers, eine Sparkasse zu errichten, schränken daher auch die Freiheit der Sparkasse bei der Errichtung von Zweigstellen ein. Das Ergebnis dieser - im Anwendungsbereich des Art. 12 Abs. 1 GG gebotenen - wirtschaftlichen Betrachtungsweise wird bestätigt durch folgende rechtliche Erwägung: Wird die Sparkasse durch den Gewährträger aufgelöst (§ 7 Abs. 2 b SpG), so erstreckt sich die Auflösung auch auf alle von der Sparkasse selbst errichteten Zweigstellen; dies gilt auch dann, wenn die Sparkasse aufgelöst werden muß, weil sie (zusammen mit allen Zweigstellen) verbotswidrig errichtet worden ist. Die Rechtmäßigkeit der Errichtung von Zweigstellen kann aber nicht unterschiedlich beurteilt werden, je nachdem, ob diese für den Fall der rechtswidrigen Errichtung vom Gewährträger oder von der Sparkasse wiederaufgelöst werden müßten. Gewährträger und Sparkasse unterliegen somit bei der Wahrnehmung der ihnen durch das Sparkassengesetz übertragenen vergleichbaren Aufgaben den gleichen rechtlichen Beschränkungen.

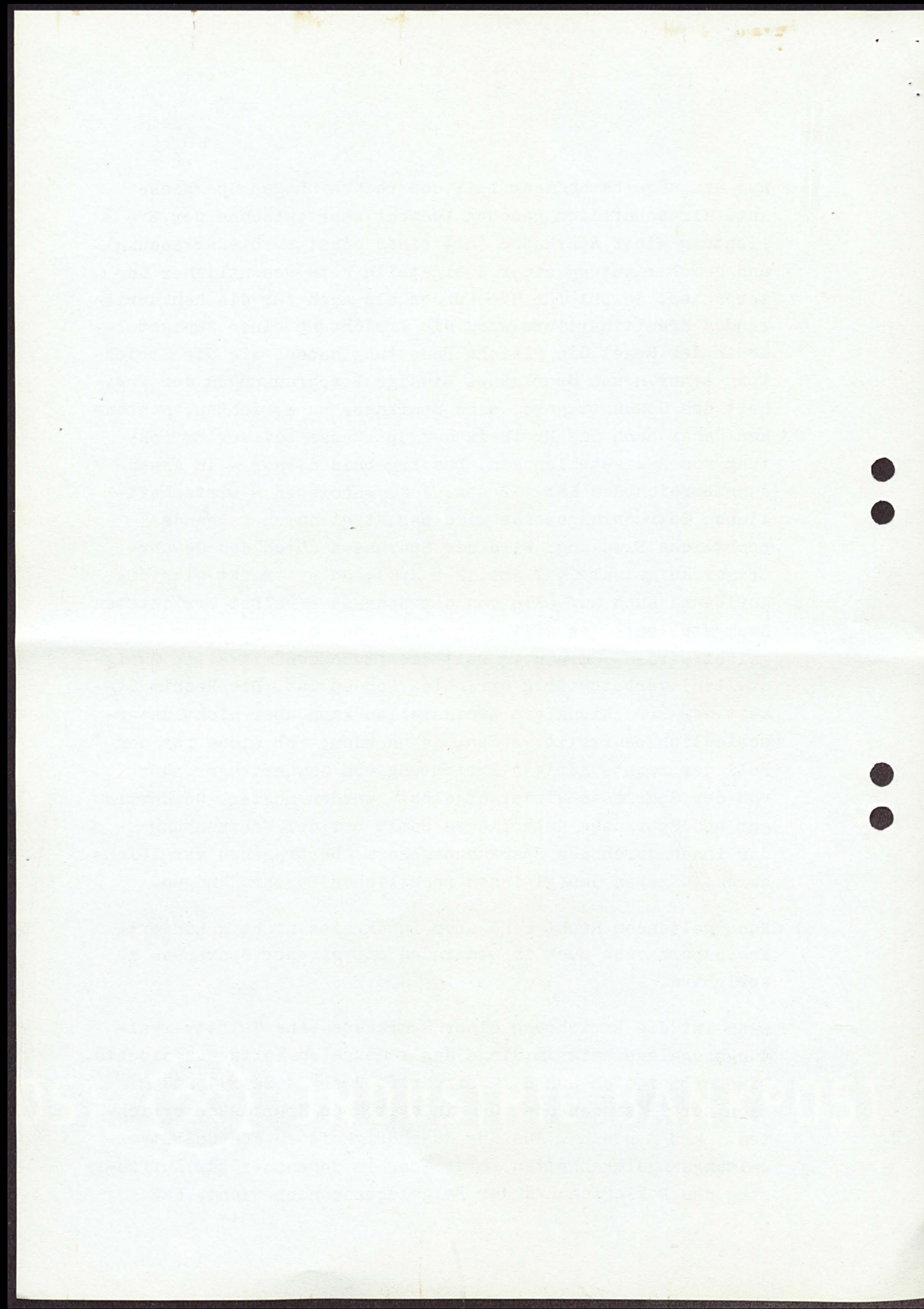
- c) Nach geltendem Recht sind aber Landkreise nicht gehindert, Kreissparkassen auch in Gemeinden mit eigener Sparkasse zu errichten.

Zwar ist die Errichtung einer Sparkasse eine Selbstverwaltungsangelegenheit im Sinne des kommunalen Verfassungsrechts. Dies ergibt sich aus der Vorschrift des § 1 Satz 1 SpG, nach der Gemeinden oder Gemeindeverbände Sparkassen errichten können. Aus der Zugehörigkeit zu den Selbstverwaltungsangelegenheiten folgt aber im Gegensatz zur Auffassung des Beklagten und der Beigeladenen noch nicht, daß



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

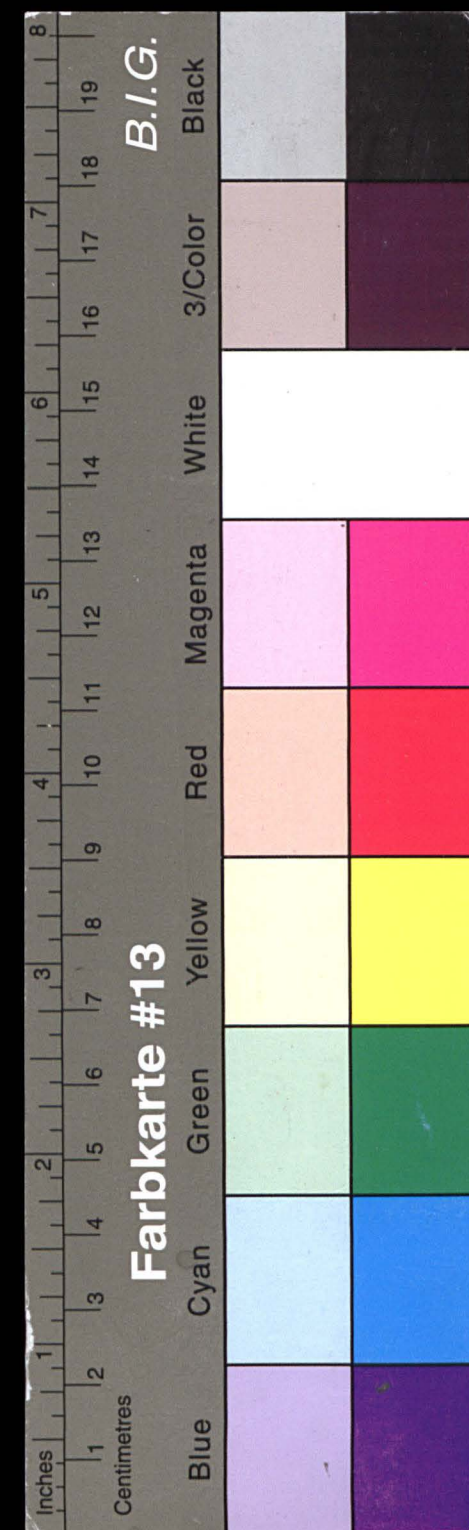


43

der Landkreis nur dann eine Sparkasse errichten darf, wenn die Gemeinde keine leistungsfähige Sparkasse zur Verfügung stellen kann. Eine derartige Einschränkung ergibt sich weder aus den §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO noch aus anderen Rechtsvorschriften.

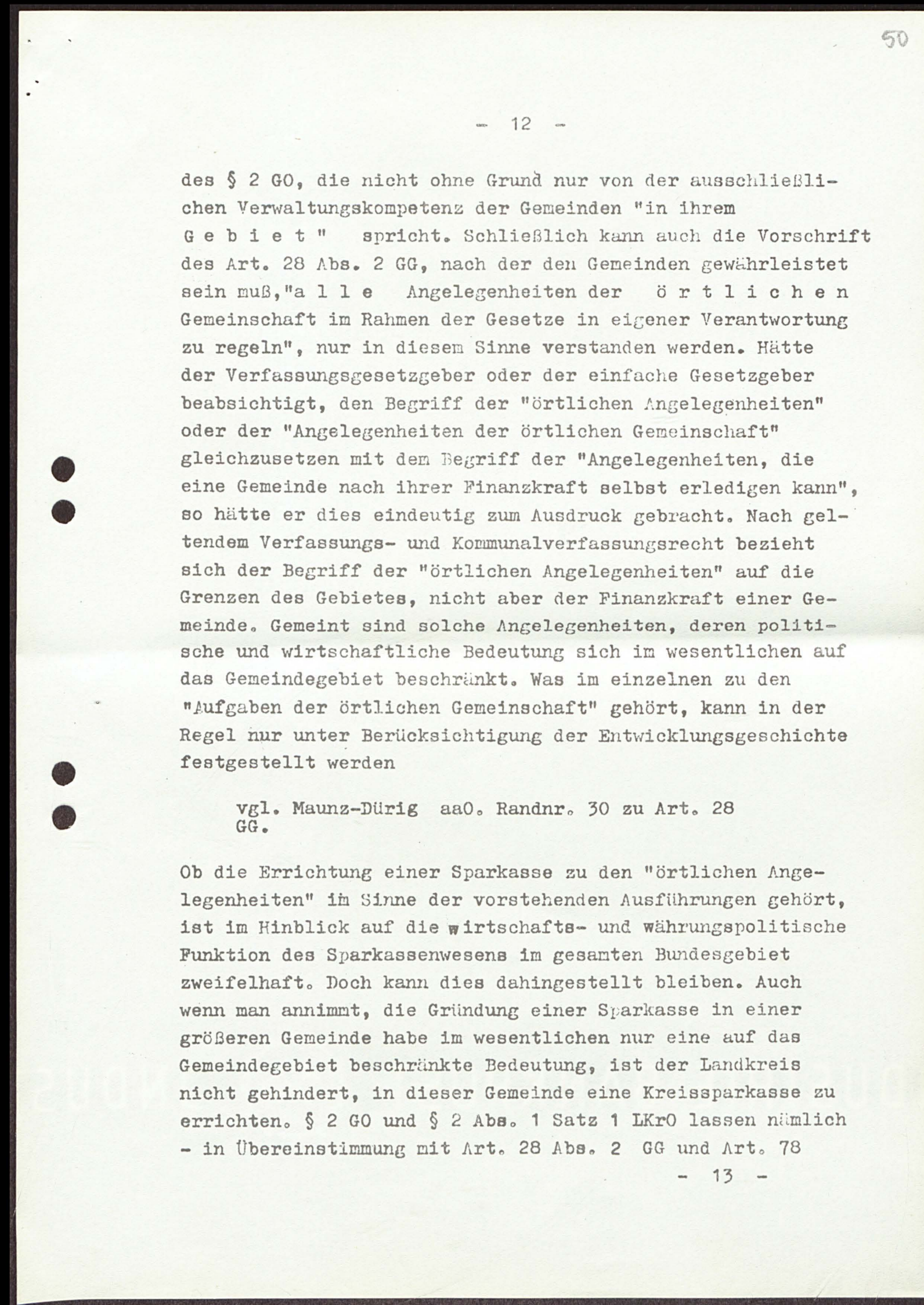
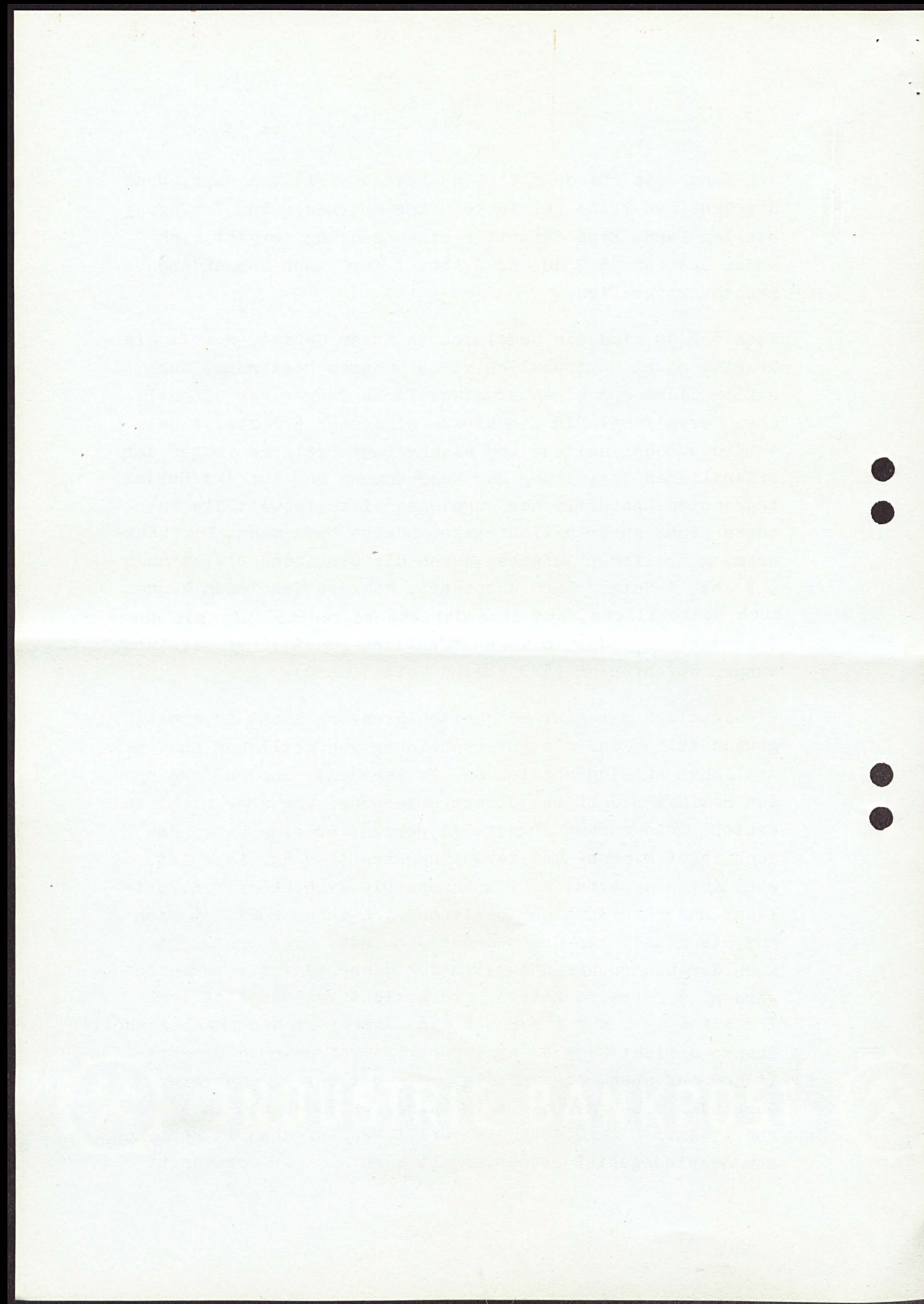
Nach § 2 GO sind die Gemeinden in ihrem Gebiet, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen, ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung. Die Landkreise sind nach § 2 Abs. 1 Satz 1 LKrO ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung zur Wahrnehmung der auf ihr Gebiet begrenzten überörtlichen Angelegenheiten, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen. Die Wahrnehmung örtlicher Aufgaben durch die Gemeinden bleibt nach § 2 Abs. 1 Satz 2 LKrO unberührt. Mehrere Gemeinden können auch überörtliche, auf ihre Gebiete begrenzte Aufgaben durch Zweckverbände oder im Wege öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen durchführen (§ 2 Abs. 1 Satz 3 LKrO).

Hinsichtlich der Zuständigkeitsabgrenzung kommt es somit grundsätzlich auf die Unterscheidung von örtlichen und überörtlichen Angelegenheiten an. Im Gegensatz zur Auffassung des Beklagten darf bei dieser Unterscheidung aber nicht in erster Linie darauf abgestellt werden, ob eine Gemeinde nach ihrer Finanz- und Verwaltungskraft in der Lage ist, eine Aufgabe selbst wahrzunehmen. Die Rechtsbegriffe "örtlich" und "überörtlich" beziehen sich ihrem Wortlaut nach auf die räumlichen Grenzen der Gemeinde. Dies bestätigt auch der Sinnzusammenhang, in dem diese Begriffe verwendet werden. § 2 Abs. 1 Satz 1 LKrO spricht von den "auf ihr Gebiet begrenzten überörtlichen Angelegenheiten". Ebenso spricht Satz 3 der Vorschrift von solchen überörtlichen Aufgaben, die auf die Gebiete mehrerer Gemeinden begrenzt sind. Daß auch die in § 2 Abs. 1 Satz 2 LKrO erwähnten örtlichen Aufgaben in Beziehung zum Gemeindegebiet stehen, ergibt sich aus der Vorschrift



Kreisarchiv Stormarn E103

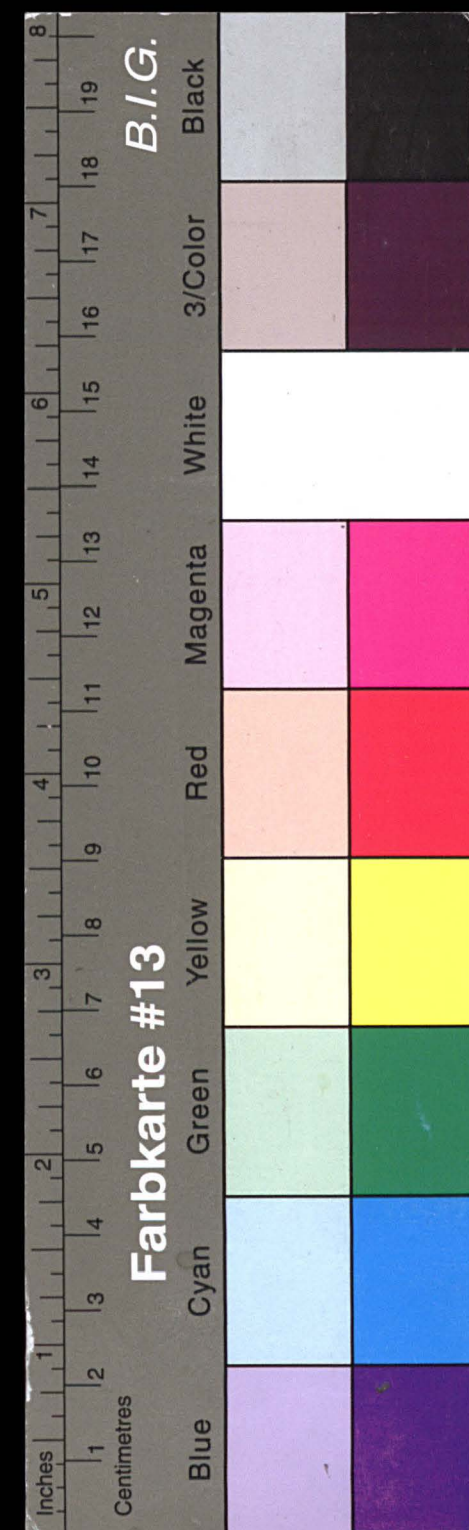
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



des § 2 GO, die nicht ohne Grund nur von der ausschließlichen Verwaltungskompetenz der Gemeinden "in ihrem Gebiet" spricht. Schließlich kann auch die Vorschrift des Art. 28 Abs. 2 GG, nach der den Gemeinden gewährleistet sein muß, "alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln", nur in diesem Sinne verstanden werden. Hätte der Verfassungsgesetzgeber oder der einfache Gesetzgeber beabsichtigt, den Begriff der "örtlichen Angelegenheiten" oder der "Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft" gleichzusetzen mit dem Begriff der "Angelegenheiten, die eine Gemeinde nach ihrer Finanzkraft selbst erledigen kann", so hätte er dies eindeutig zum Ausdruck gebracht. Nach geltendem Verfassungs- und Kommunalverfassungsrecht bezieht sich der Begriff der "örtlichen Angelegenheiten" auf die Grenzen des Gebietes, nicht aber der Finanzkraft einer Gemeinde. Gemeint sind solche Angelegenheiten, deren politische und wirtschaftliche Bedeutung sich im wesentlichen auf das Gemeindegebiet beschränkt. Was im einzelnen zu den "Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft" gehört, kann in der Regel nur unter Berücksichtigung der Entwicklungsgeschichte festgestellt werden

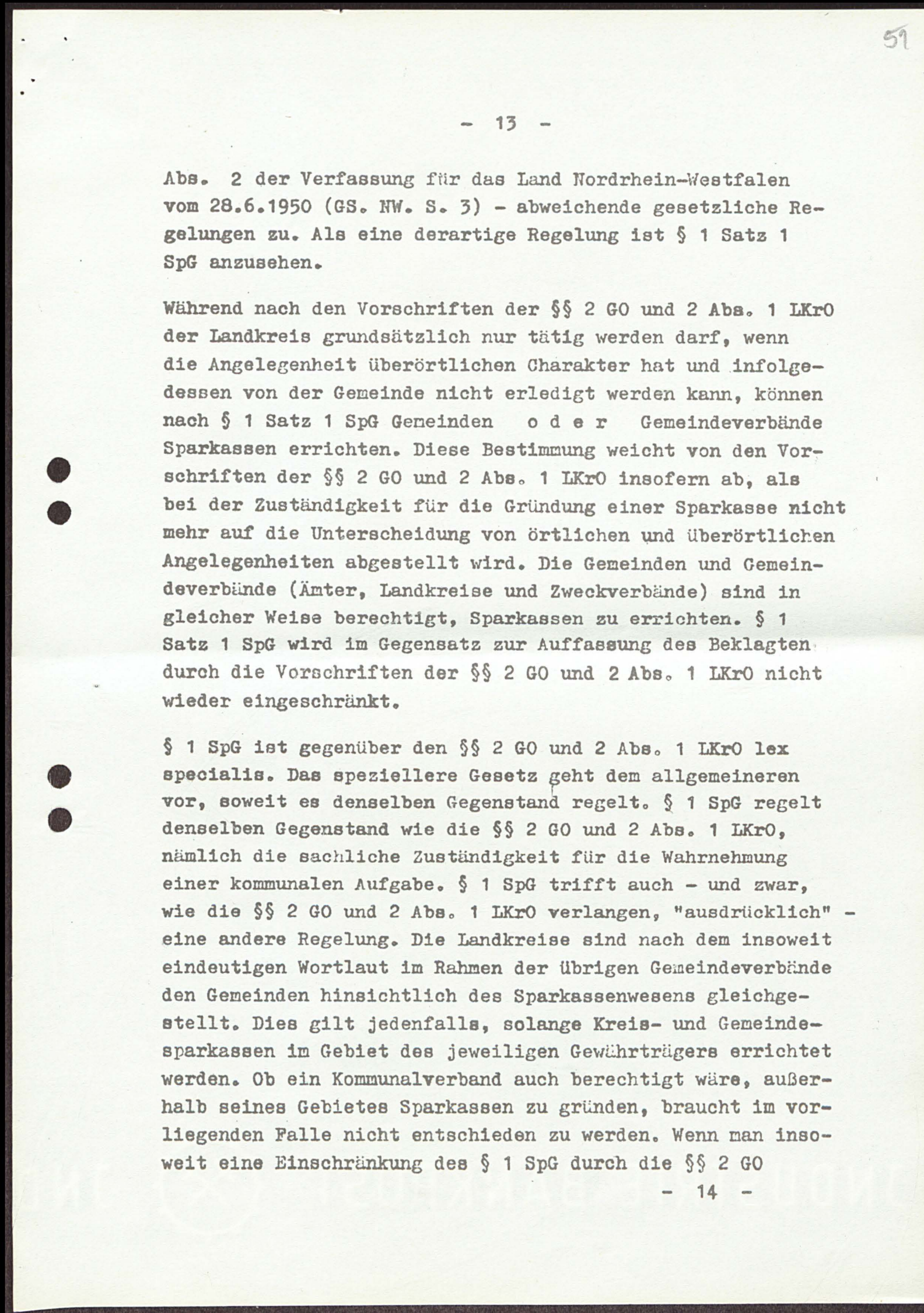
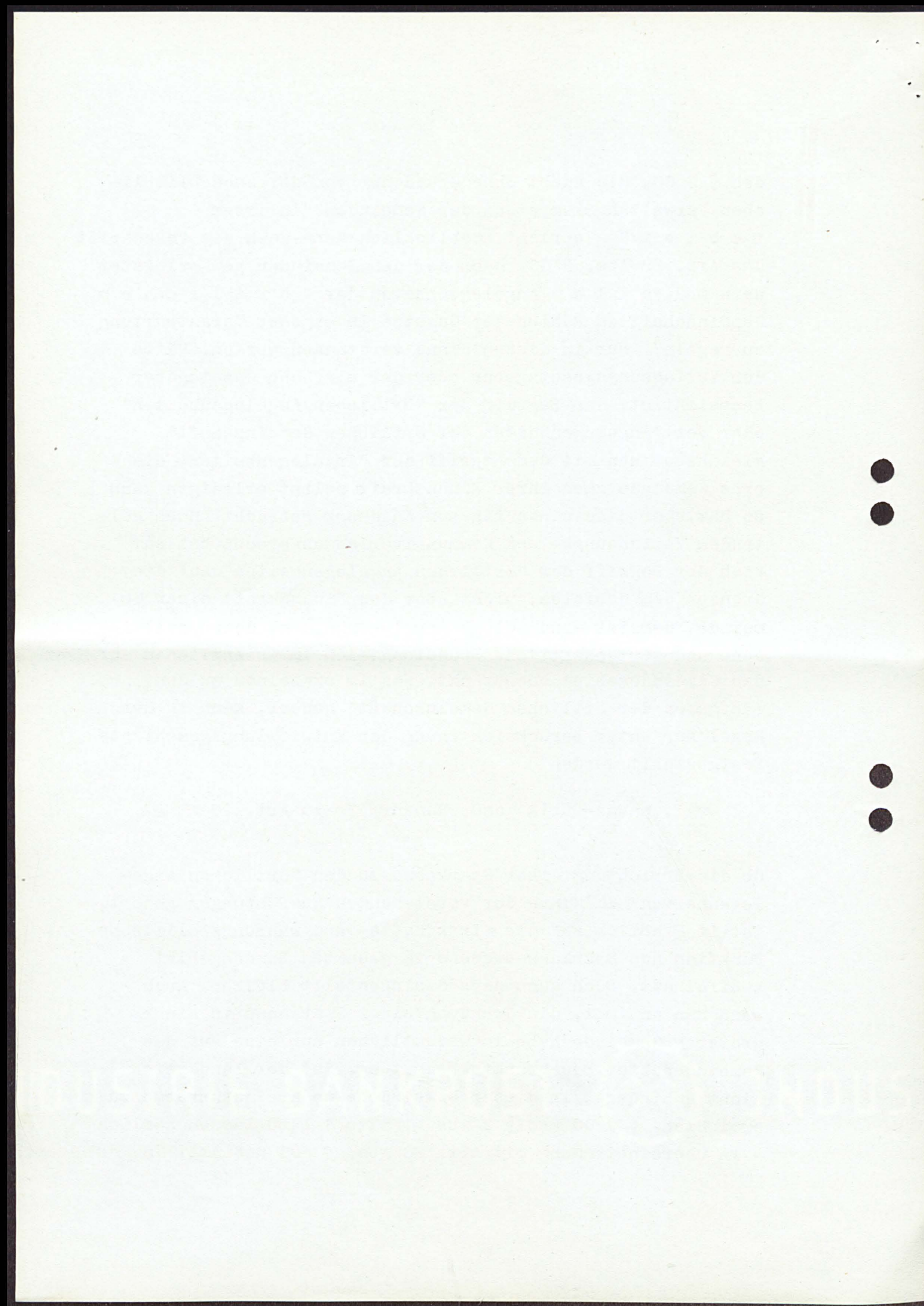
vgl. Maunz-Dürig aaO. Randnr. 30 zu Art. 28 GG.

Ob die Errichtung einer Sparkasse zu den "örtlichen Angelegenheiten" im Sinne der vorstehenden Ausführungen gehört, ist im Hinblick auf die wirtschafts- und währungspolitische Funktion des Sparkassenwesens im gesamten Bundesgebiet zweifelhaft. Doch kann dies dahingestellt bleiben. Auch wenn man annimmt, die Gründung einer Sparkasse in einer größeren Gemeinde habe im wesentlichen nur eine auf das Gemeindegebiet beschränkte Bedeutung, ist der Landkreis nicht gehindert, in dieser Gemeinde eine Kreissparkasse zu errichten. § 2 GO und § 2 Abs. 1 Satz 1 LKrO lassen nämlich - in Übereinstimmung mit Art. 28 Abs. 2 GG und Art. 78



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



51

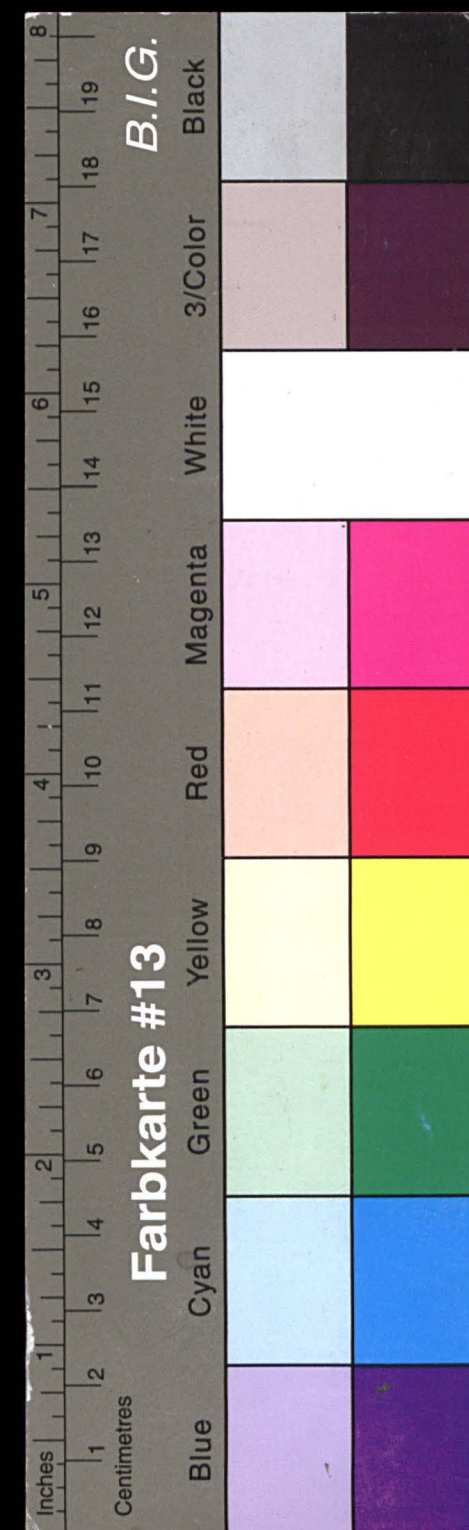
- 13 -

Abs. 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28.6.1950 (GS. NW. S. 3) - abweichende gesetzliche Regelungen zu. Als eine derartige Regelung ist § 1 Satz 1 SpG anzusehen.

Während nach den Vorschriften der §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO der Landkreis grundsätzlich nur tätig werden darf, wenn die Angelegenheit überörtlichen Charakter hat und infolgedessen von der Gemeinde nicht erledigt werden kann, können nach § 1 Satz 1 SpG Gemeinden o d e r Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Diese Bestimmung weicht von den Vorschriften der §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO insofern ab, als bei der Zuständigkeit für die Gründung einer Sparkasse nicht mehr auf die Unterscheidung von örtlichen und überörtlichen Angelegenheiten abgestellt wird. Die Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Landkreise und Zweckverbände) sind in gleicher Weise berechtigt, Sparkassen zu errichten. § 1 Satz 1 SpG wird im Gegensatz zur Auffassung des Beklagten durch die Vorschriften der §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO nicht wieder eingeschränkt.

§ 1 SpG ist gegenüber den §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO lex specialis. Das speziellere Gesetz geht dem allgemeineren vor, soweit es denselben Gegenstand regelt. § 1 SpG regelt denselben Gegenstand wie die §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO, nämlich die sachliche Zuständigkeit für die Wahrnehmung einer kommunalen Aufgabe. § 1 SpG trifft auch - und zwar, wie die §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO verlangen, "ausdrücklich" - eine andere Regelung. Die Landkreise sind nach dem insoweit eindeutigen Wortlaut im Rahmen der übrigen Gemeindeverbände den Gemeinden hinsichtlich des Sparkassenwesens gleichgestellt. Dies gilt jedenfalls, solange Kreis- und Gemeindesparkassen im Gebiet des jeweiligen Gewährträgers errichtet werden. Ob ein Kommunalverband auch berechtigt wäre, außerhalb seines Gebietes Sparkassen zu gründen, braucht im vorliegenden Falle nicht entschieden zu werden. Wenn man insoweit eine Einschränkung des § 1 SpG durch die §§ 2 GO

- 14 -



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

- 14 -

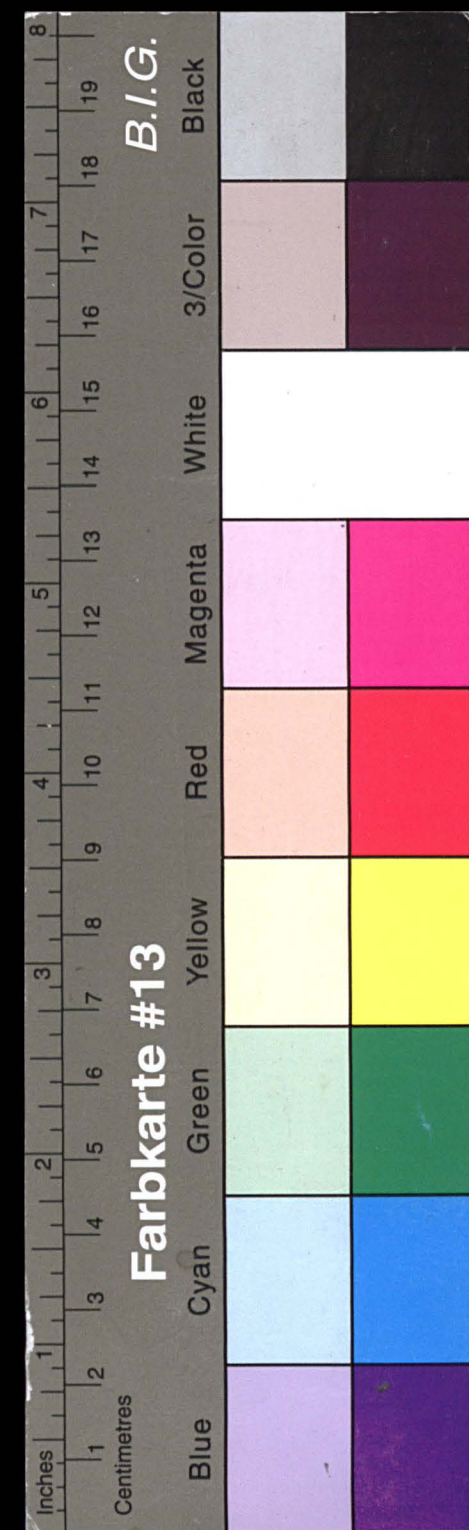
und 2 Abs. 1 LKrO annimmt, bedeutet das nicht, daß Gemein-
den und Gemeindeverbände sich bei der Gründung von Spar-
kassen auch an die s a c h l i c h e Zuständigkeitsre-
gelung des Kommunalverfassungsrechts halten müßten.

Ein im Verhältnis zwischen Landkreis und Gemeinde geltendes
"Subsidiaritätsprinzip" ist auch nicht den übrigen Vor-
schriften des Sparkassengesetzes zu entnehmen. Die vom
Beklagten zitierten Vorschriften machen zwar deutlich, daß
zwischen Gewährträger und Sparkasse trotz der rechtlichen
Selbständigkeit der Sparkasse personelle und vermögensrecht-
liche Verbindungen bestehen. Dies ändert aber nichts an
der Bedeutung des § 1 SpG als lex specialis gegenüber den
§§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO. Auch die Umschreibung der Auf-
gaben einer Sparkasse durch § 4 SpG verleiht der Gemeinde-
sparkasse keinen Vorrang gegenüber der Kreissparkasse.
Die Aufgabe, "den Sparsinn in der Bevölkerung zu wecken und
zu fördern" (§ 4 Satz 1 SpG) spricht wegen ihres Zusammen-
hangs mit der bundeseinheitlichen Währungs- und Wirtschafts-
politik eher für den überörtlichen Charakter des Sparkas-
senwesens. Die "örtliche Kreditversorgung" (§ 4 Satz 2 SpG)
könnte dagegen eine Angelegenheit sein, deren Bedeutung
sich auf die Grenzen einer Gemeinde beschränkt. Beide Ar-
ten von Aufgaben werden aber von jeder Sparkasse wahrgenom-
men. Die kommunalen Sparkassen haben daher kein Recht auf
ausschließliche Erfüllung der ihnen in ihrem Bereich durch
Gesetz und Satzung zuerkannten Aufgaben

vgl. Gerth-Danco, Das Sparkassenrecht in Nord-
rhein-Westfalen, 1958, Anm. 3 zu § 4 (S. 26).

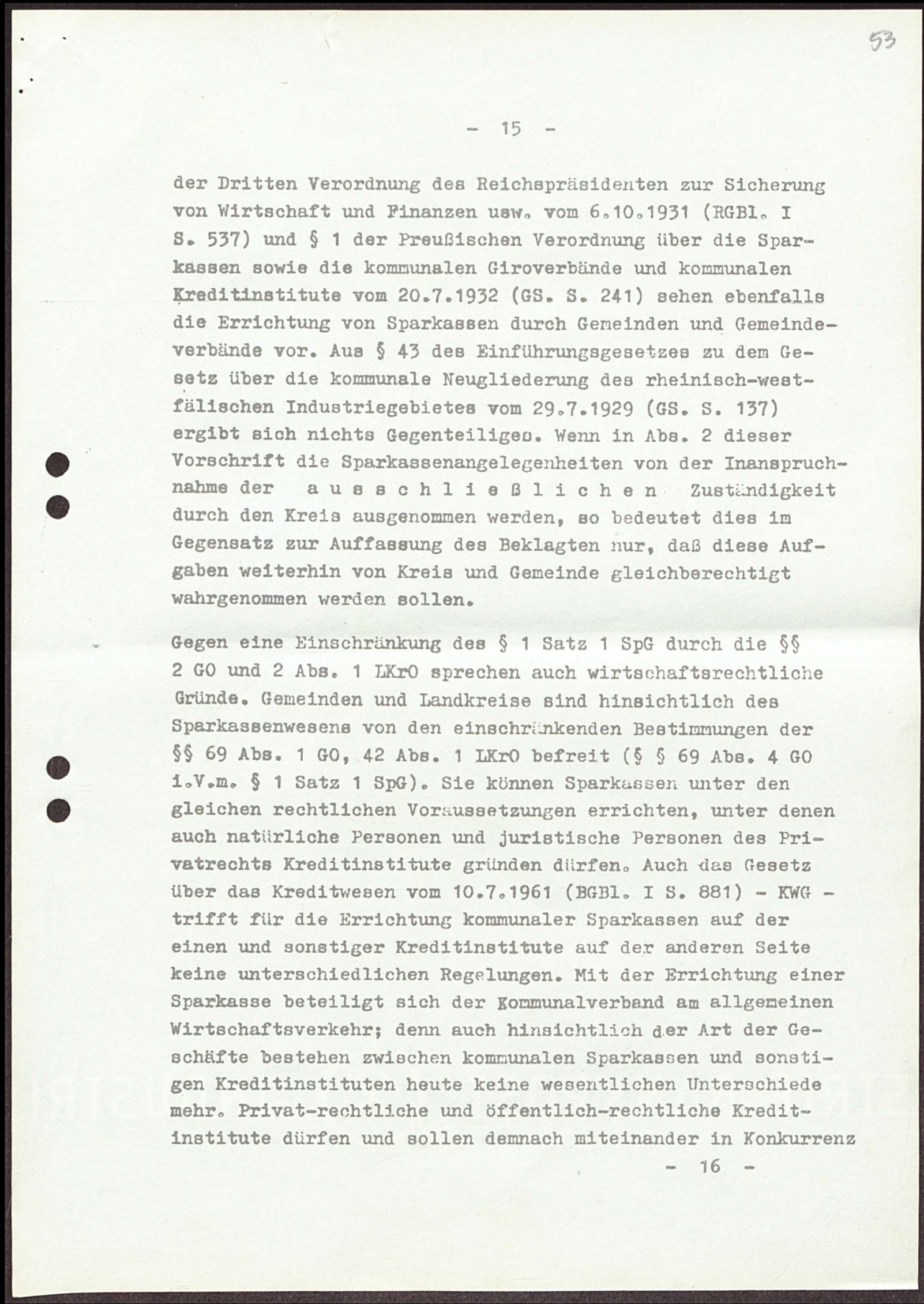
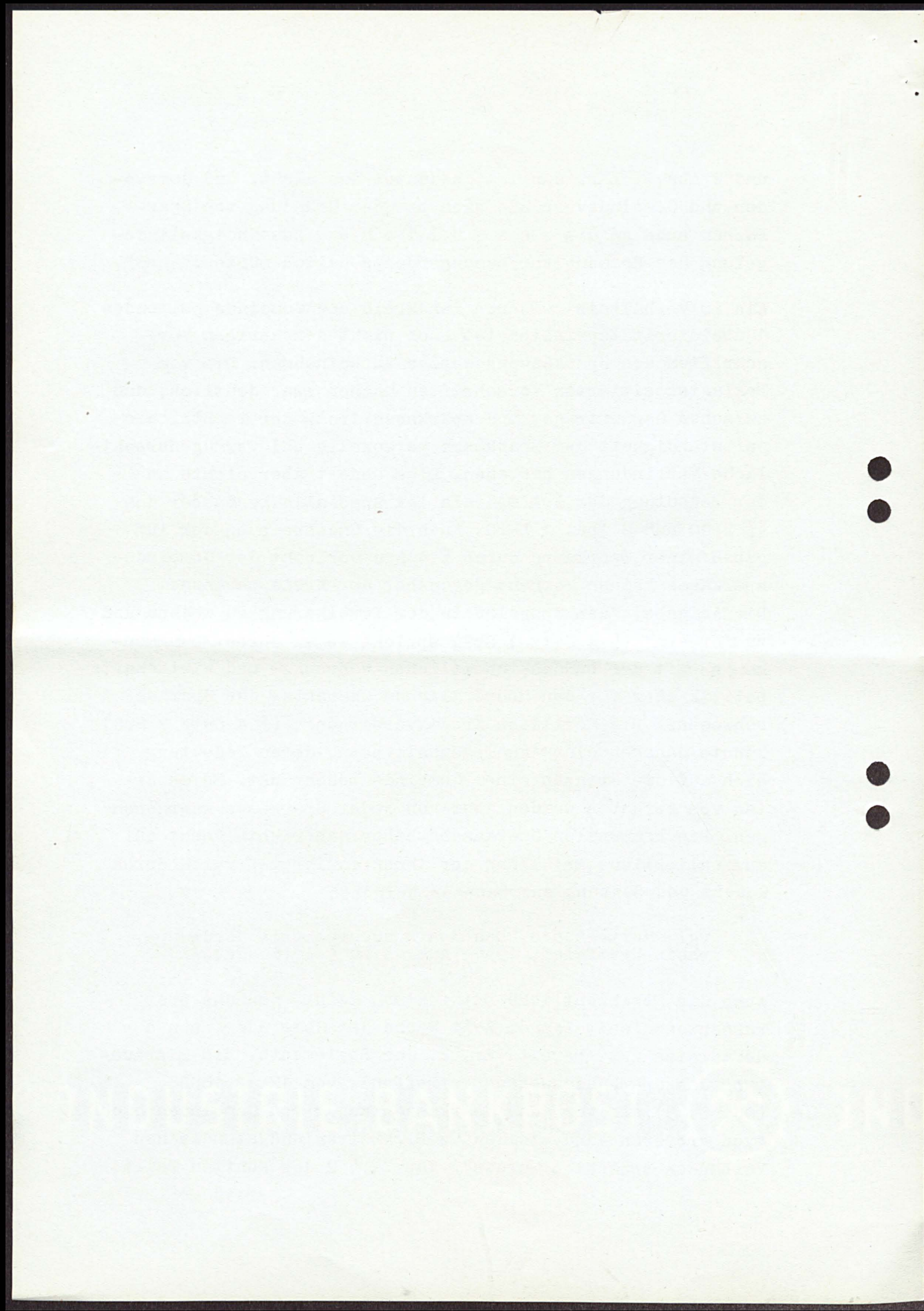
Auch die geschichtliche Entwicklung zeigt, daß das Spar-
kassenwesen seit langer Zeit Sache der Gemeinden, u n d
der Kreise ist. Bereits Nr. 21 des Reglements, die Einrich-
tung des Sparkassenwesens betreffend, vom 12.12.1838
(GS. S. 5) sah vor, daß Sparkassen außer von Gemeinden auch
"von größeren Landesteilen, z.B. Kreisen und ständischen
Verbänden errichtet werden". Kap. I § 2 des Fünften Teils

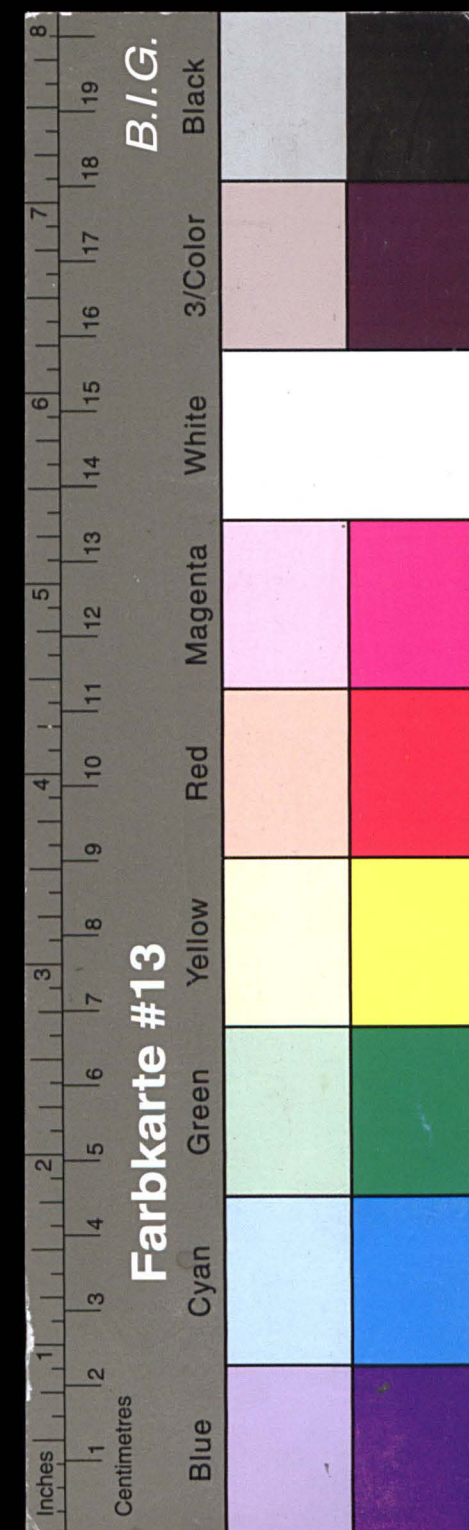
- 15 -



Kreisarchiv Stormarn E103

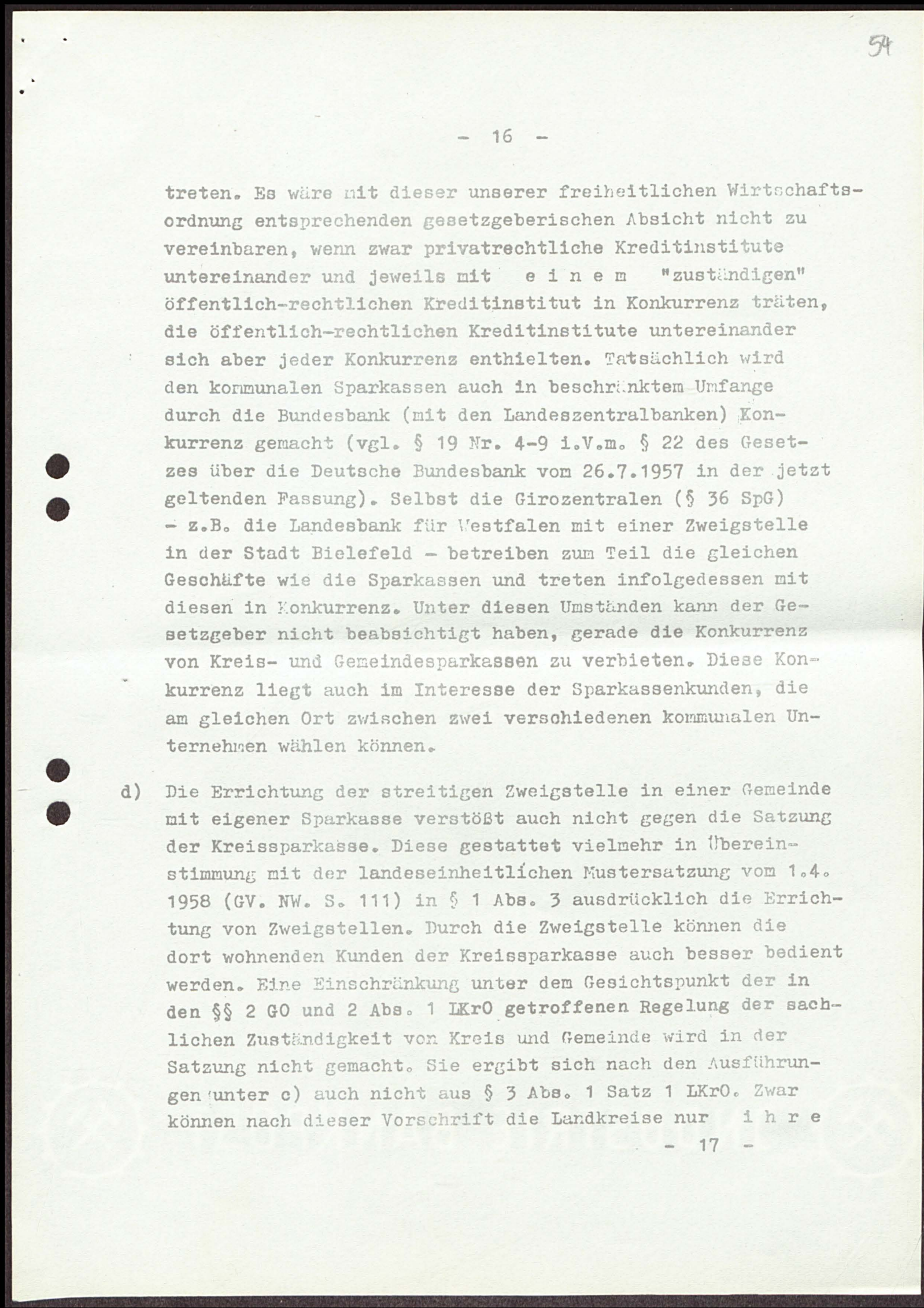
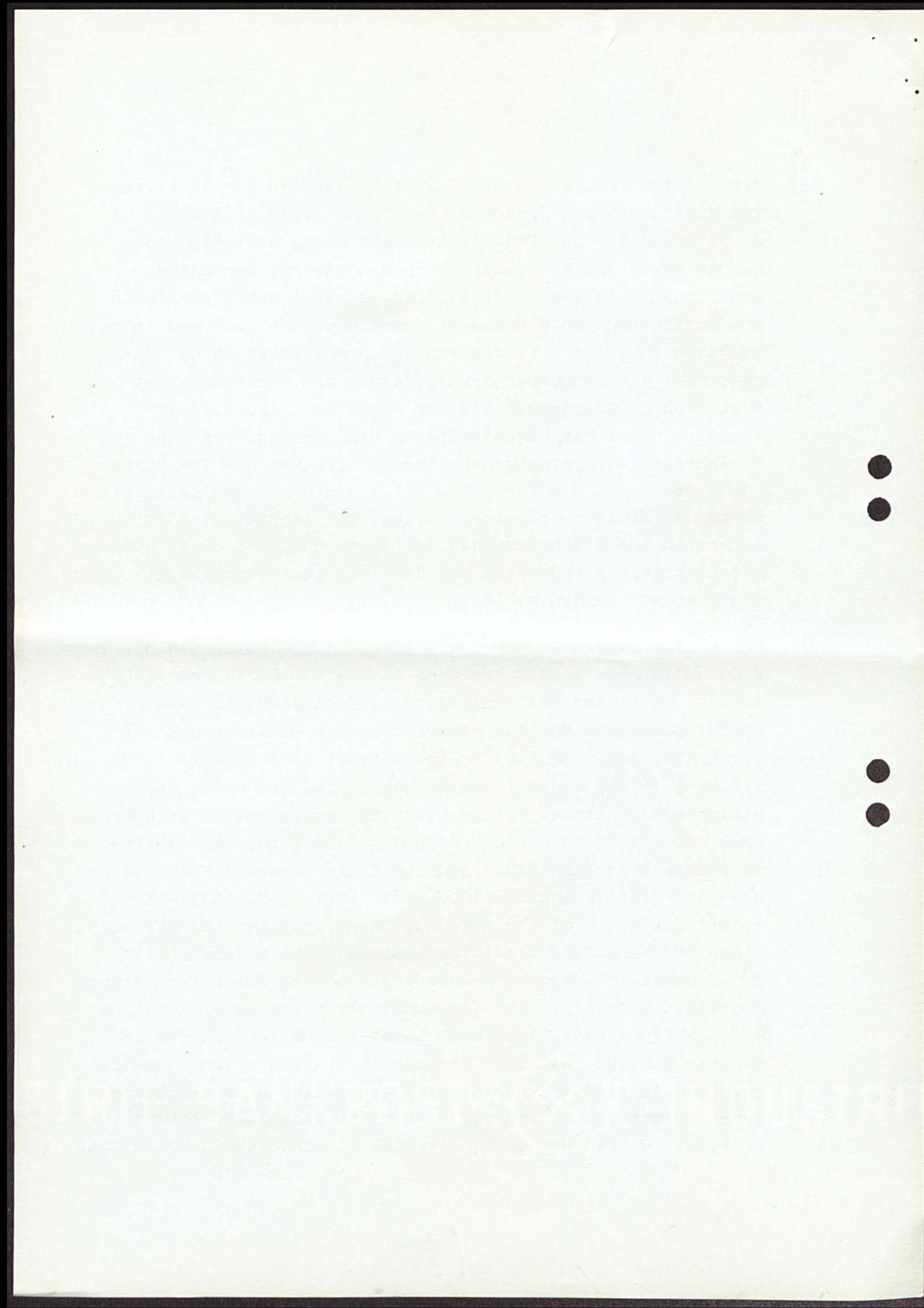
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





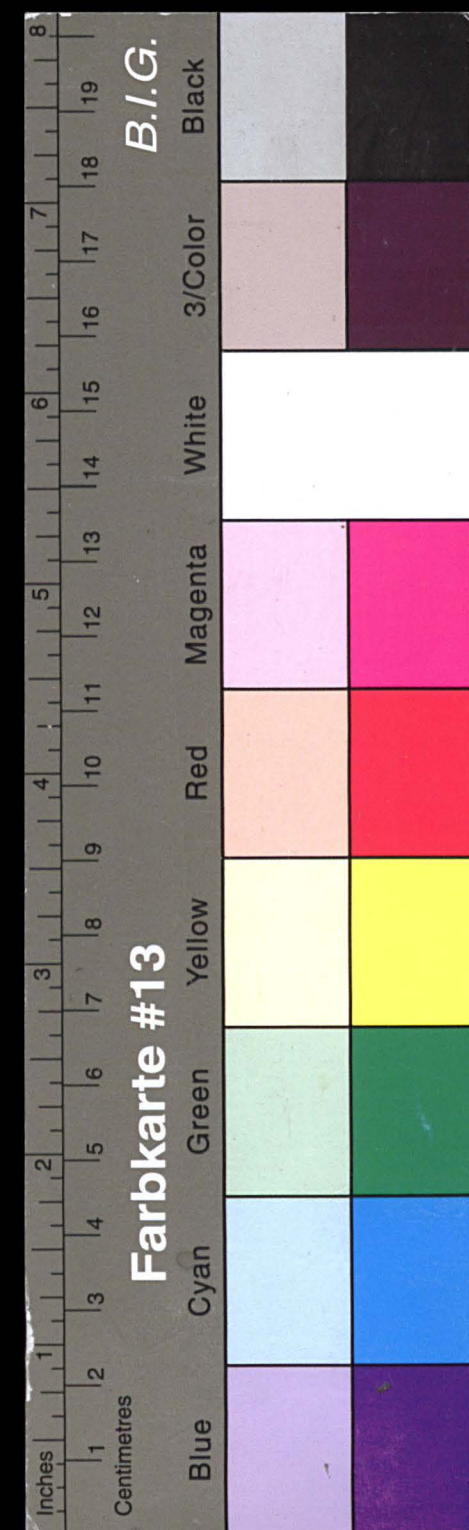
Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



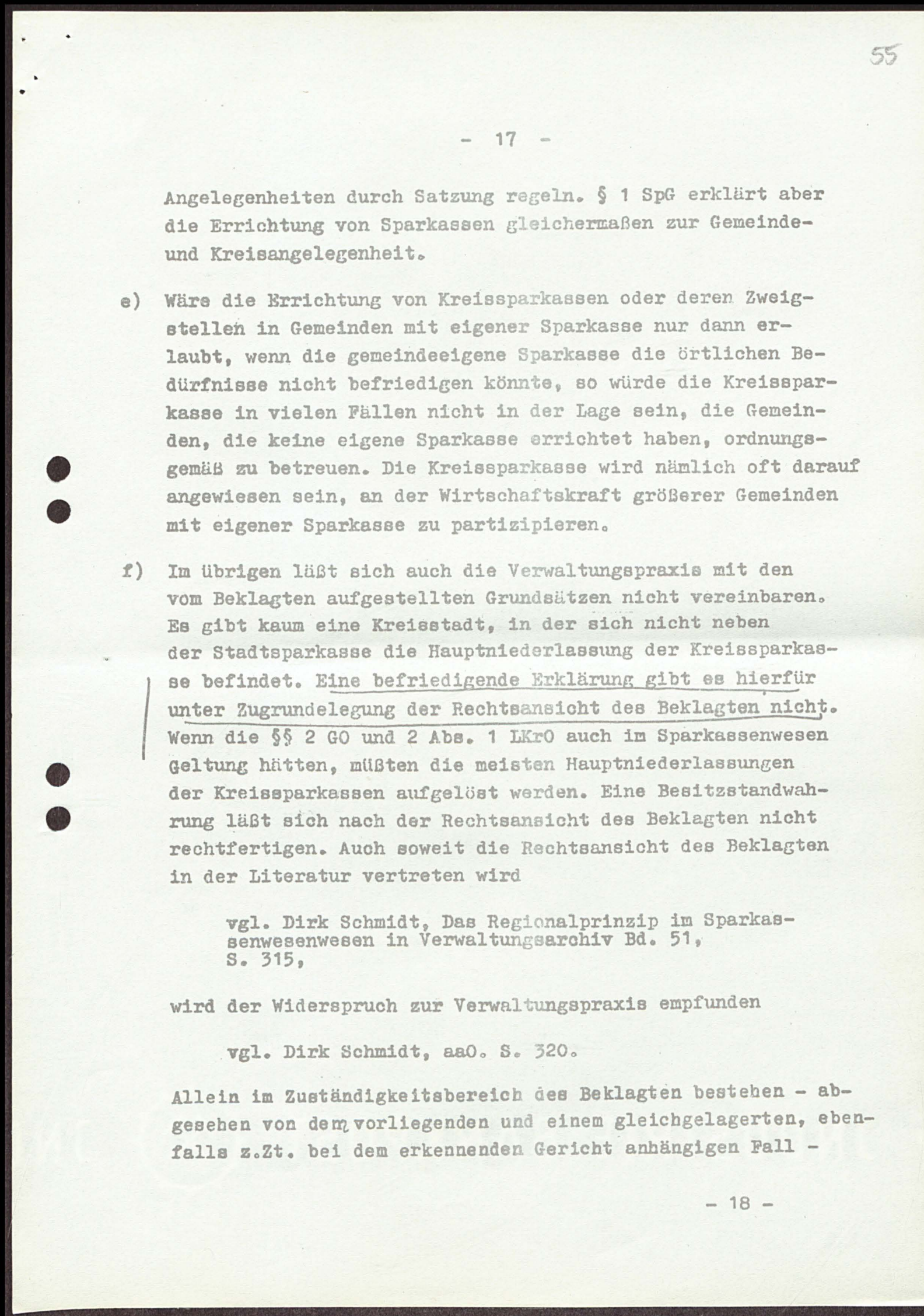
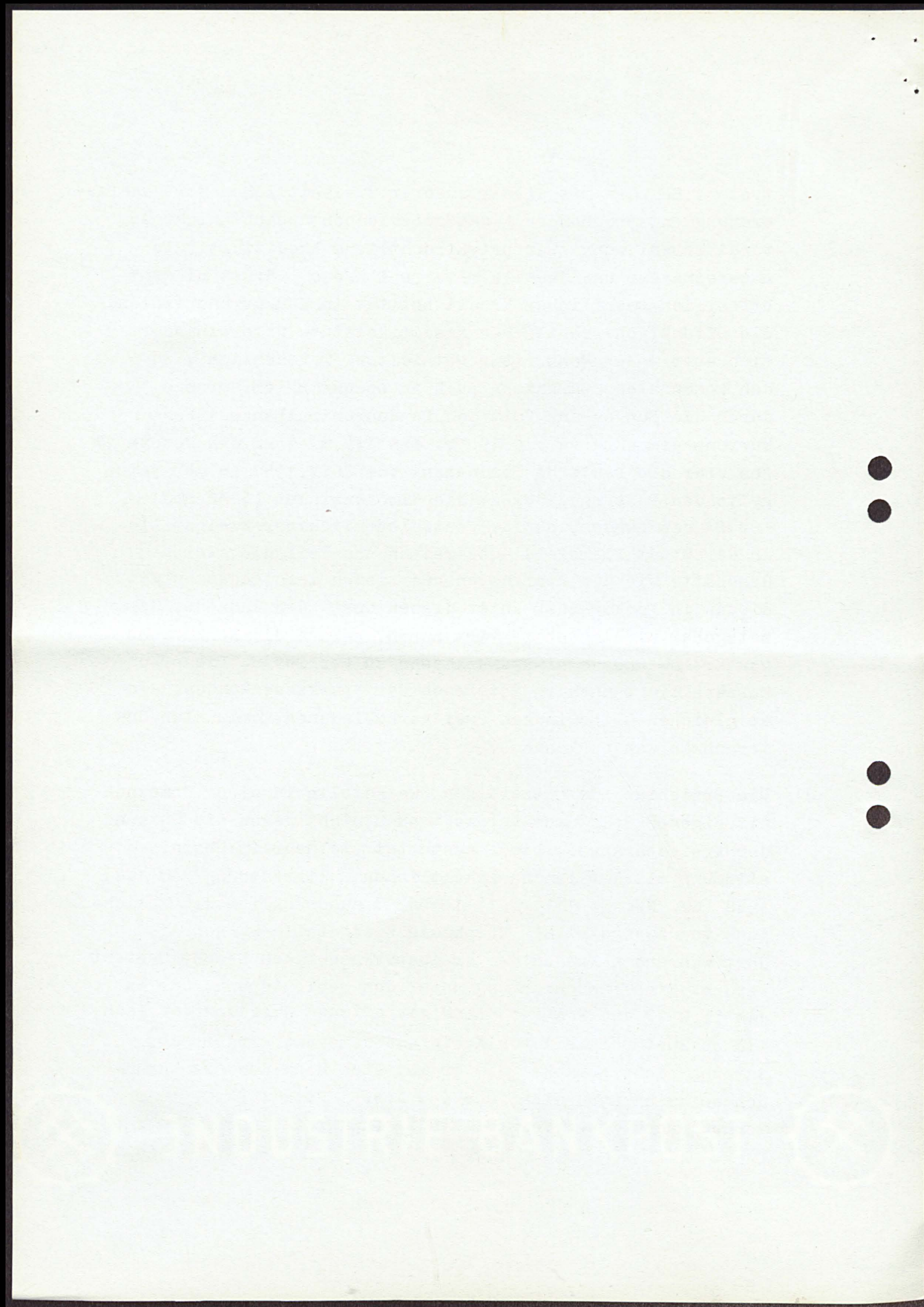
treten. Es wäre mit dieser unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung entsprechenden gesetzgeberischen Absicht nicht zu vereinbaren, wenn zwar privatrechtliche Kreditinstitute untereinander und jeweils mit einem "zuständigen" öffentlich-rechtlichen Kreditinstitut in Konkurrenz träten, die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute untereinander sich aber jeder Konkurrenz enthielten. Tatsächlich wird den kommunalen Sparkassen auch in beschränktem Umfange durch die Bundesbank (mit den Landeszentralbanken) Konkurrenz gemacht (vgl. § 19 Nr. 4-9 i.V.m. § 22 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26.7.1957 in der jetzt geltenden Fassung). Selbst die Girozentralen (§ 36 SpG) - z.B. die Landesbank für Westfalen mit einer Zweigstelle in der Stadt Bielefeld - betreiben zum Teil die gleichen Geschäfte wie die Sparkassen und treten infolgedessen mit diesen in Konkurrenz. Unter diesen Umständen kann der Gesetzgeber nicht beabsichtigt haben, gerade die Konkurrenz von Kreis- und Gemeindesparkassen zu verbieten. Diese Konkurrenz liegt auch im Interesse der Sparkassenkunden, die am gleichen Ort zwischen zwei verschiedenen kommunalen Unternehmen wählen können.

- d) Die Errichtung der streitigen Zweigstelle in einer Gemeinde mit eigener Sparkasse verstößt auch nicht gegen die Satzung der Kreissparkasse. Diese gestattet vielmehr in Übereinstimmung mit der landeseinheitlichen Mustersatzung vom 1.4. 1958 (GV. NW. S. 111) in § 1 Abs. 3 ausdrücklich die Errichtung von Zweigstellen. Durch die Zweigstelle können die dort wohnenden Kunden der Kreissparkasse auch besser bedient werden. Eine Einschränkung unter dem Gesichtspunkt der in den §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO getroffenen Regelung der sachlichen Zuständigkeit von Kreis und Gemeinde wird in der Satzung nicht gemacht. Sie ergibt sich nach den Ausführungen (unter c) auch nicht aus § 3 Abs. 1 Satz 1 LKrO. Zwar können nach dieser Vorschrift die Landkreise nur ihre



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Angelegenheiten durch Satzung regeln. § 1 SpG erklärt aber die Errichtung von Sparkassen gleichermaßen zur Gemeinde- und Kreisangelegenheit.

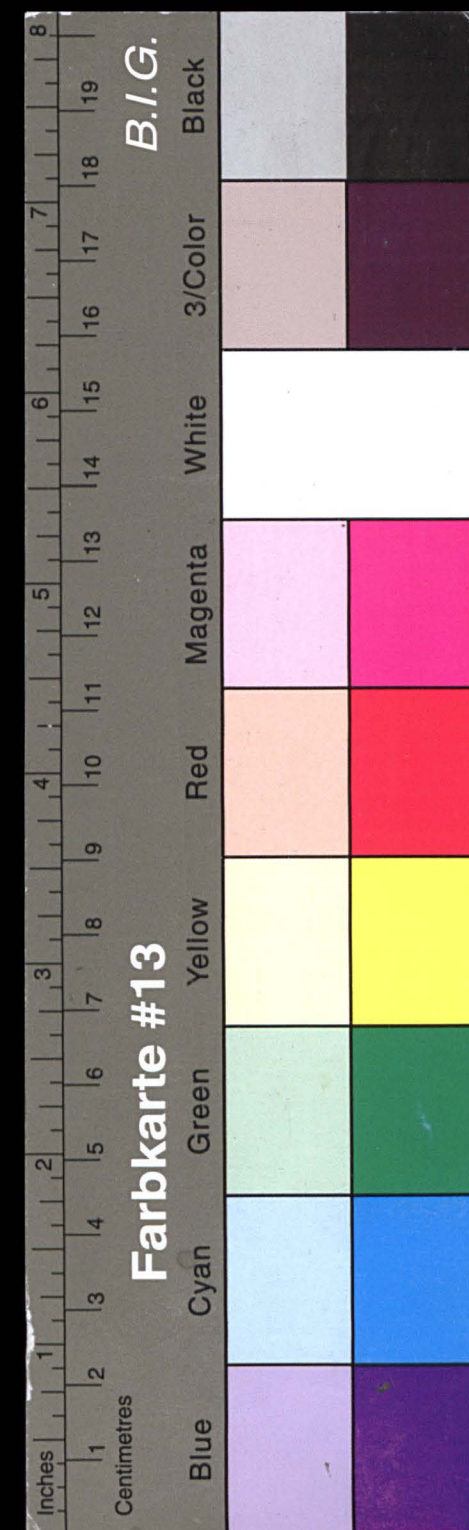
- e) Wäre die Errichtung von Kreissparkassen oder deren Zweigstellen in Gemeinden mit eigener Sparkasse nur dann erlaubt, wenn die gemeindeeigene Sparkasse die örtlichen Bedürfnisse nicht befriedigen könnte, so würde die Kreissparkasse in vielen Fällen nicht in der Lage sein, die Gemeinden, die keine eigene Sparkasse errichtet haben, ordnungsgemäß zu betreuen. Die Kreissparkasse wird nämlich oft darauf angewiesen sein, an der Wirtschaftskraft größerer Gemeinden mit eigener Sparkasse zu partizipieren.
- f) Im übrigen läßt sich auch die Verwaltungspraxis mit den vom Beklagten aufgestellten Grundsätzen nicht vereinbaren. Es gibt kaum eine Kreisstadt, in der sich nicht neben der Stadtsparkasse die Hauptniederlassung der Kreissparkasse befindet. Eine befriedigende Erklärung gibt es hierfür unter Zugrundelegung der Rechtsansicht des Beklagten nicht. Wenn die §§ 2 GO und 2 Abs. 1 LKrO auch im Sparkassenwesen Geltung hätten, müßten die meisten Hauptniederlassungen der Kreissparkassen aufgelöst werden. Eine Besitzstandswahrung läßt sich nach der Rechtsansicht des Beklagten nicht rechtfertigen. Auch soweit die Rechtsansicht des Beklagten in der Literatur vertreten wird

vgl. Dirk Schmidt, Das Regionalprinzip im Sparkassenwesen in Verwaltungsarchiv Bd. 51, S. 315,

wird der Widerspruch zur Verwaltungspraxis empfunden

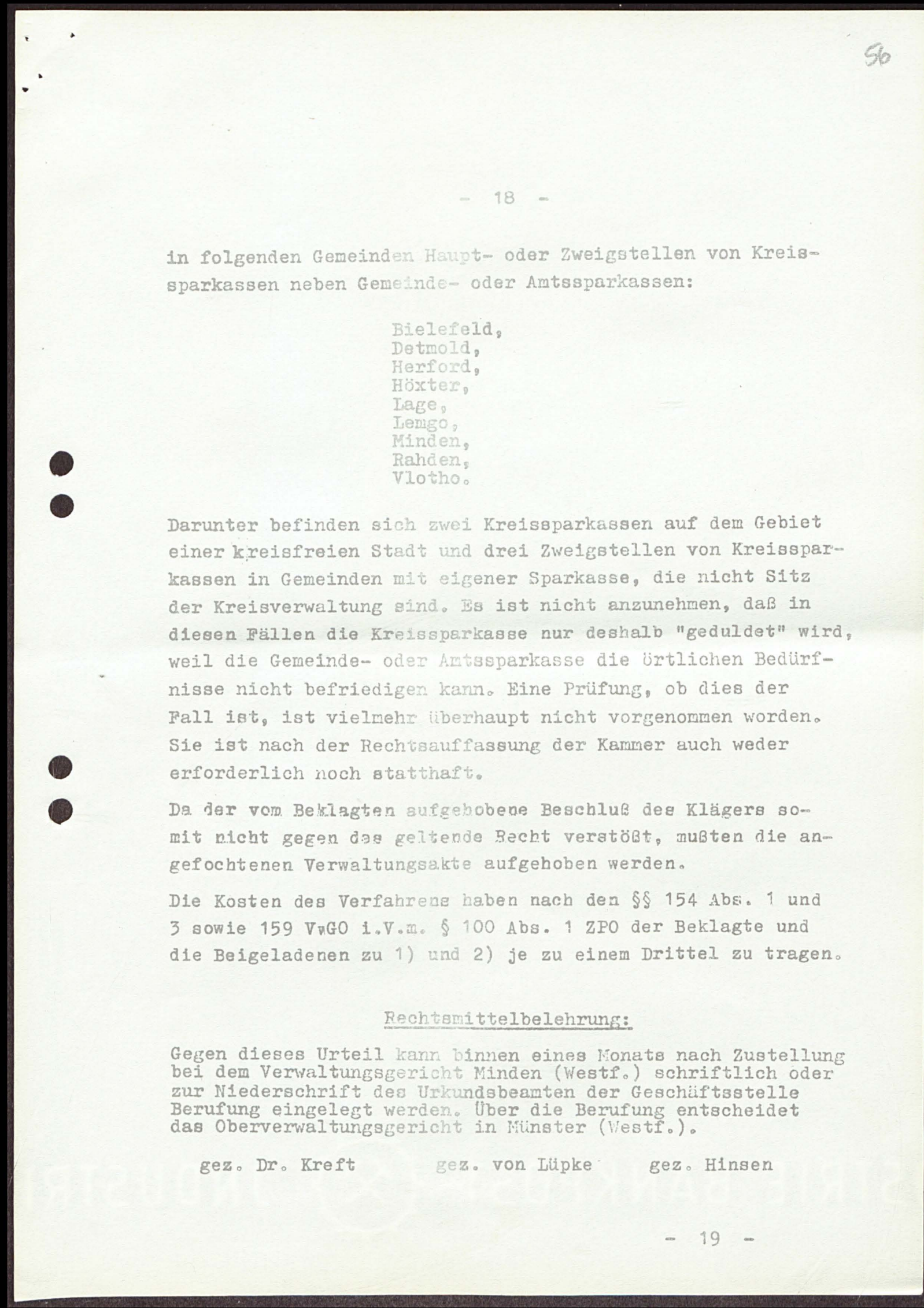
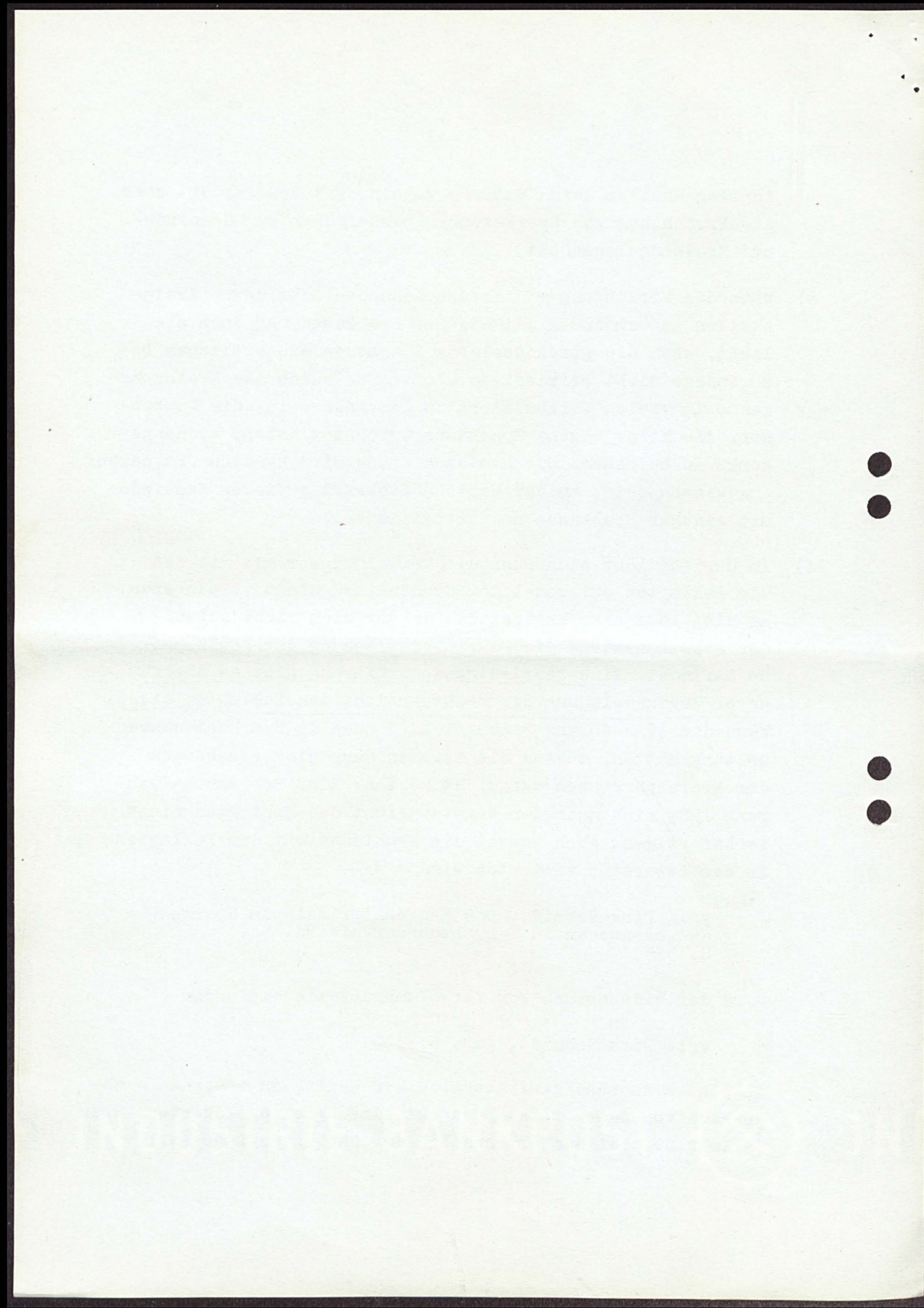
vgl. Dirk Schmidt, aaO. S. 320.

Allein im Zuständigkeitsbereich des Beklagten bestehen - abgesehen von dem vorliegenden und einem gleichgelagerten, ebenfalls z.Zt. bei dem erkennenden Gericht anhängigen Fall -



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



56

- 18 -

in folgenden Gemeinden Haupt- oder Zweigstellen von Kreis-
sparkassen neben Gemeinde- oder Amtssparkassen:

Bielefeld,
Detmold,
Herford,
Höxter,
Lage,
Lemgo,
Minden,
Rahden,
Vlotho.

Darunter befinden sich zwei Kreissparkassen auf dem Gebiet
einer kreisfreien Stadt und drei Zweigstellen von Kreisspar-
kassen in Gemeinden mit eigener Sparkasse, die nicht Sitz
der Kreisverwaltung sind. Es ist nicht anzunehmen, daß in
diesen Fällen die Kreissparkasse nur deshalb "geduldet" wird,
weil die Gemeinde- oder Amtssparkasse die örtlichen Bedürf-
nisse nicht befriedigen kann. Eine Prüfung, ob dies der
Fall ist, ist vielmehr überhaupt nicht vorgenommen worden.
Sie ist nach der Rechtsauffassung der Kammer auch weder
erforderlich noch statthaft.

Da der vom Beklagten aufgehobene Beschluß des Klägers so-
mit nicht gegen das geltende Recht verstößt, mußten die an-
gefochtenen Verwaltungsakte aufgehoben werden.

Die Kosten des Verfahrens haben nach den §§ 154 Abs. 1 und
3 sowie 159 VwGO i.V.m. § 100 Abs. 1 ZPO der Beklagte und
die Beigeladenen zu 1) und 2) je zu einem Drittel zu tragen.

Rechtsmittelbelehrung:

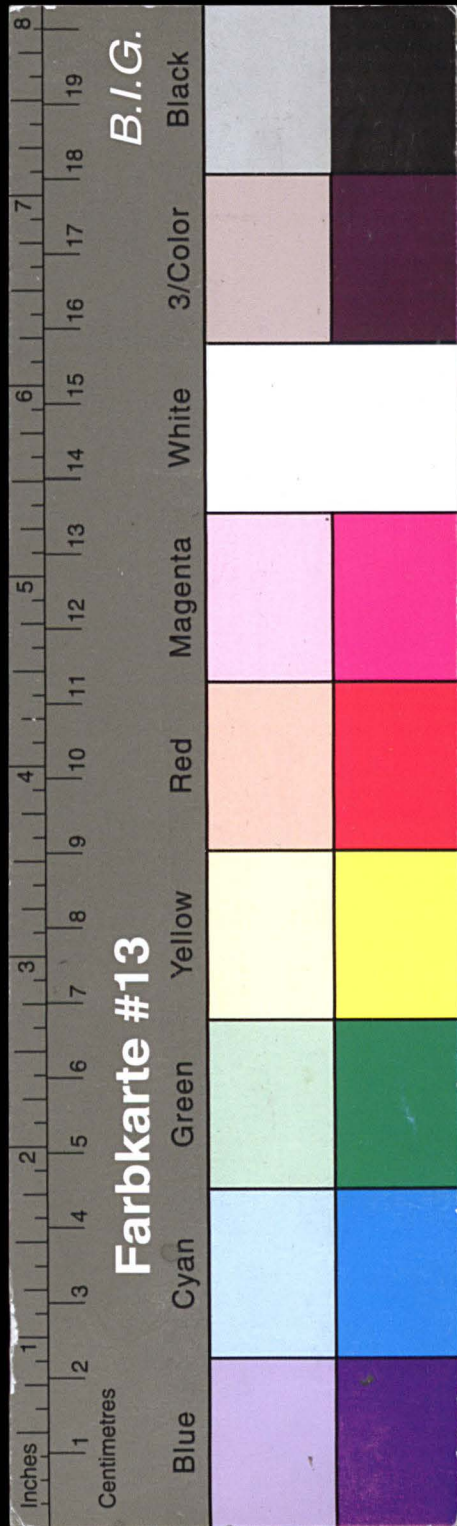
Gegen dieses Urteil kann binnen eines Monats nach Zustellung
bei dem Verwaltungsgericht Minden (Westf.) schriftlich oder
zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle
Berufung eingelegt werden. Über die Berufung entscheidet
das Oberverwaltungsgericht in Münster (Westf.).

gez. Dr. Kreft

gez. von Lüpke

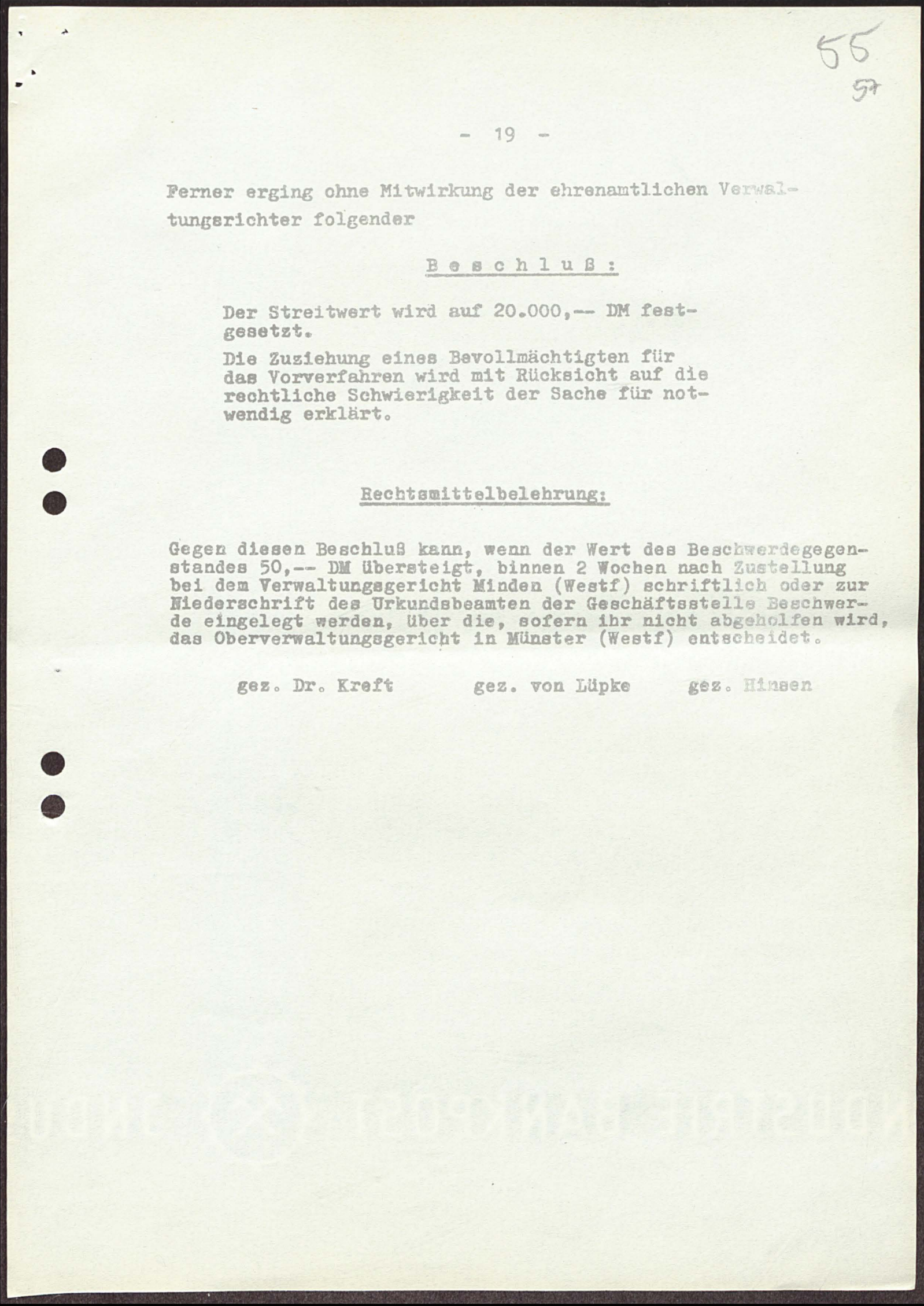
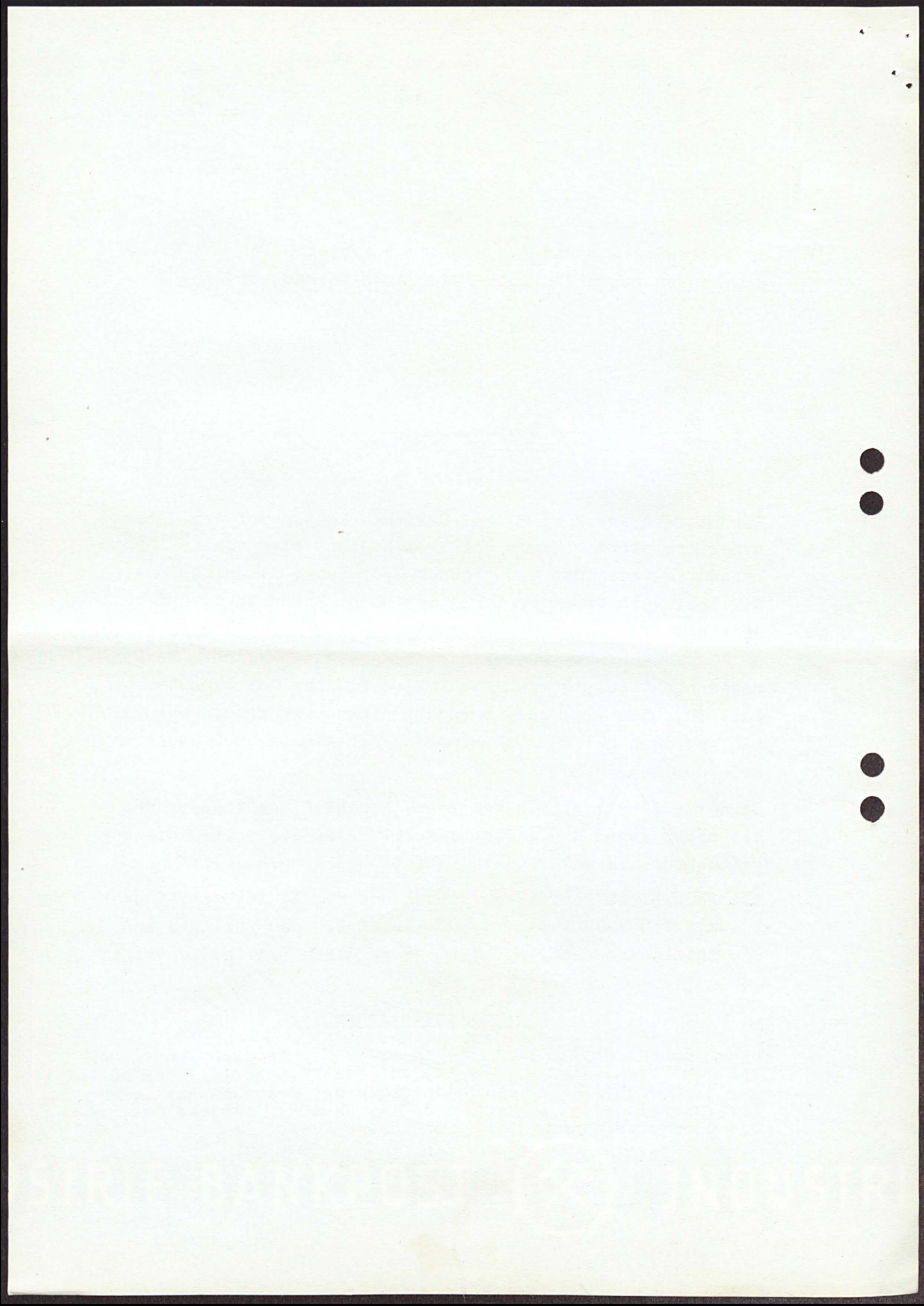
gez. Hinsen

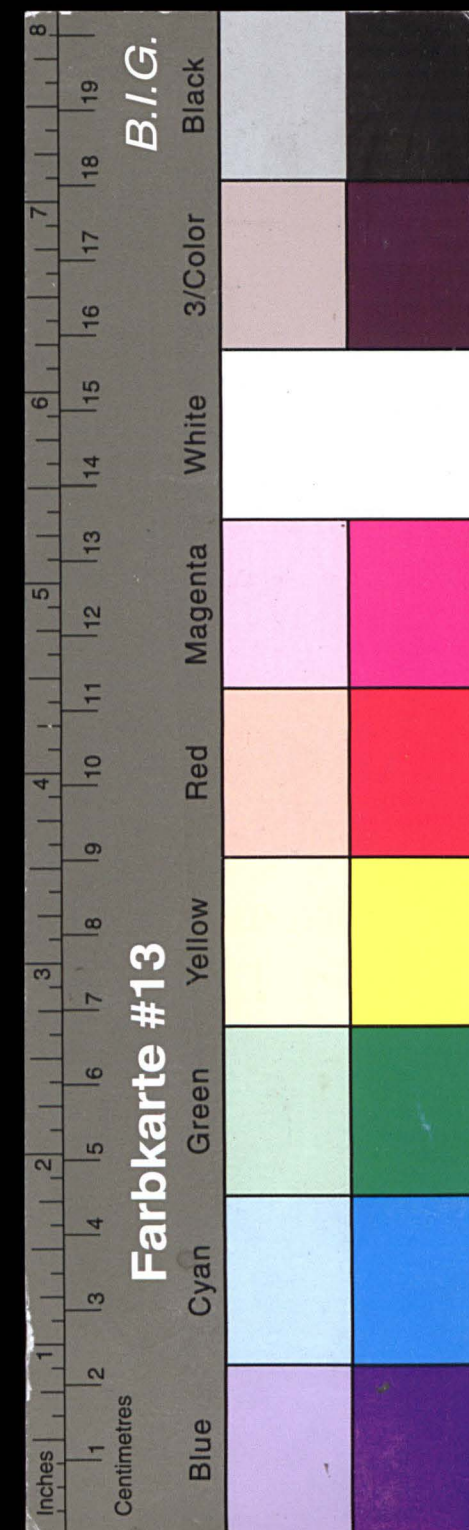
- 19 -



Kreisarchiv Stormarn E103

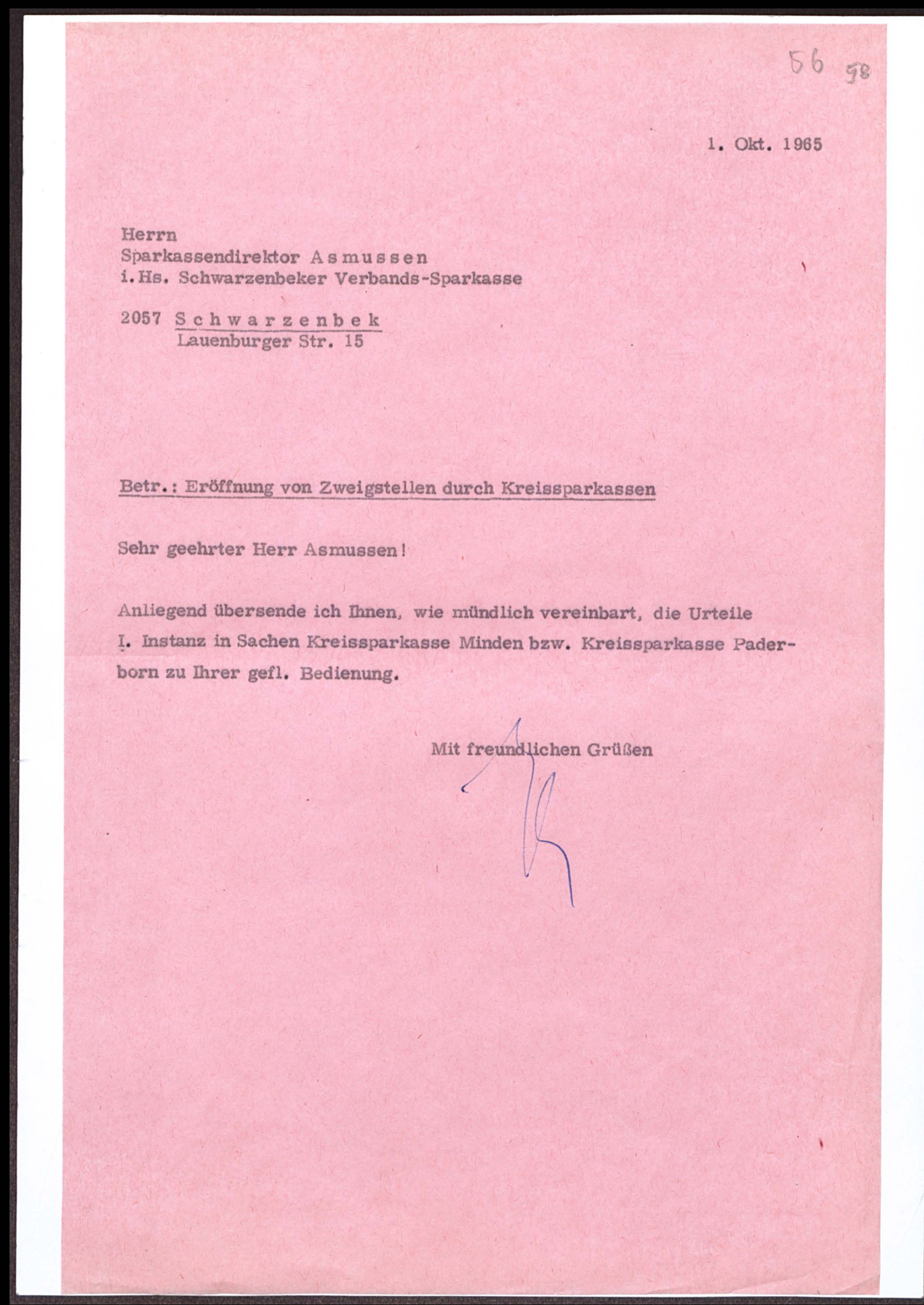
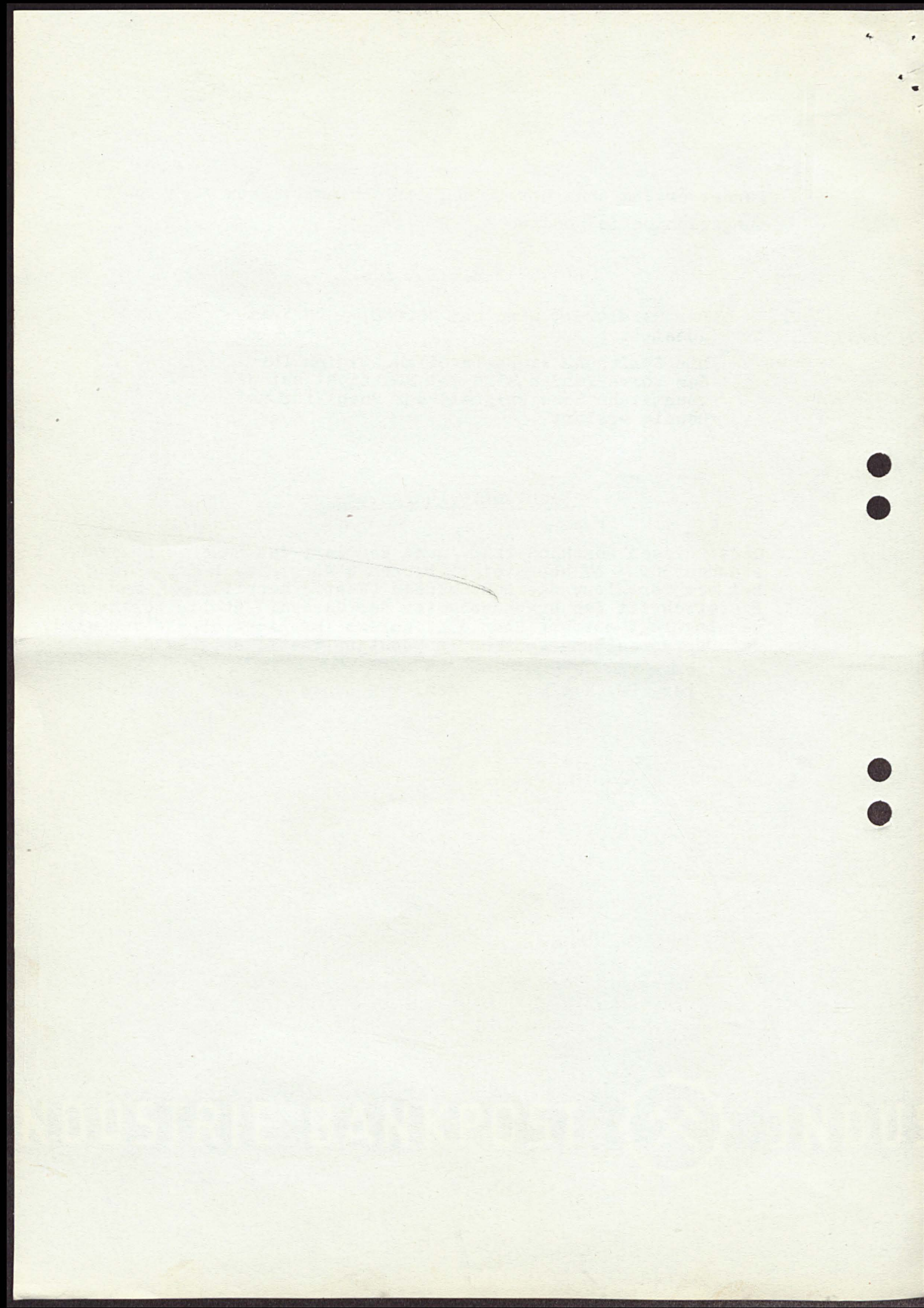
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

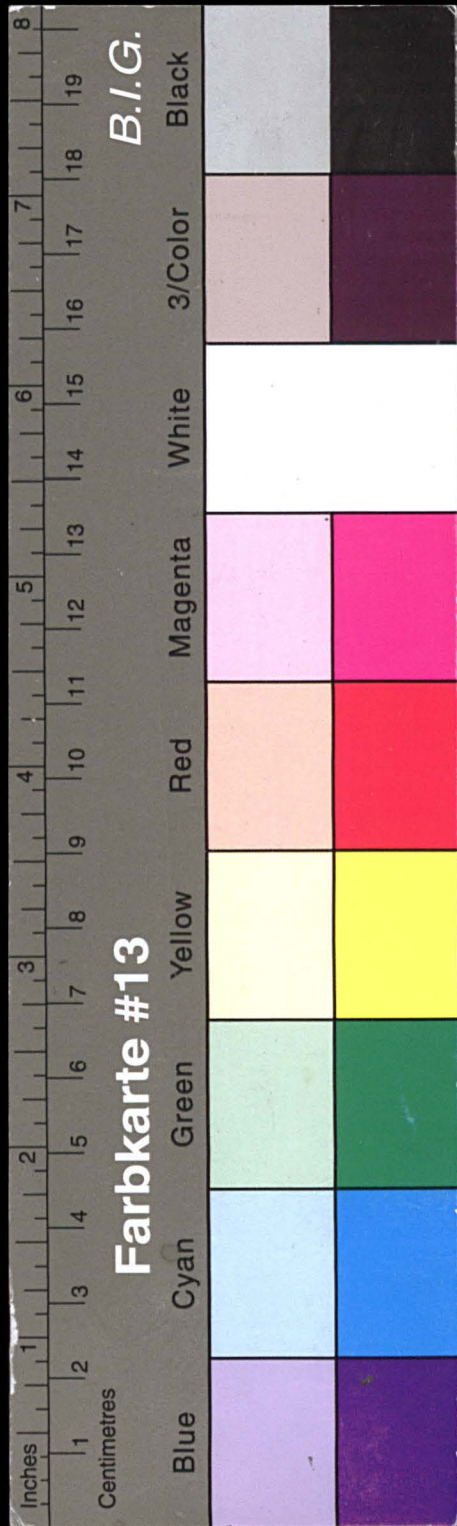




Kreisarchiv Stormarn E103

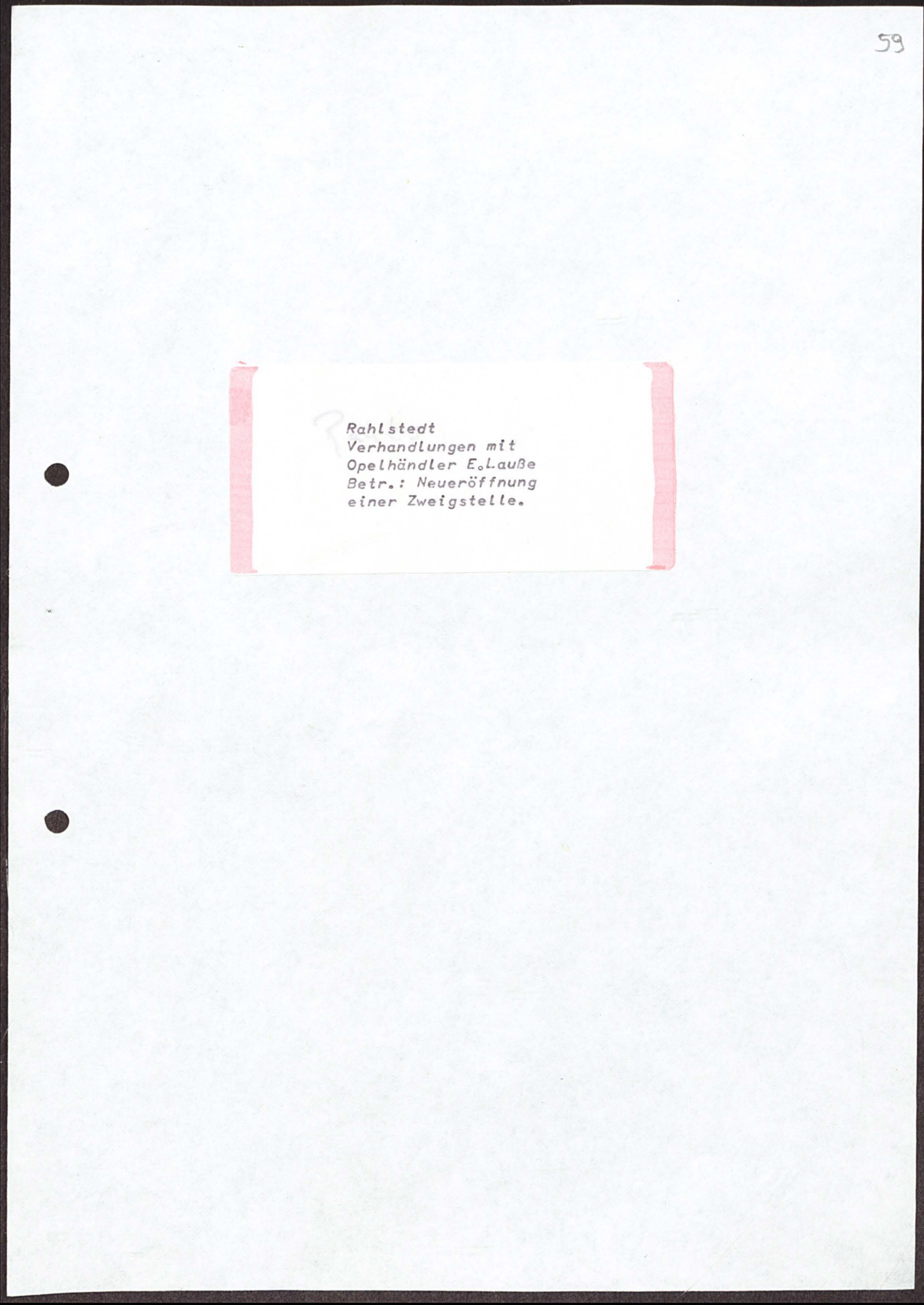
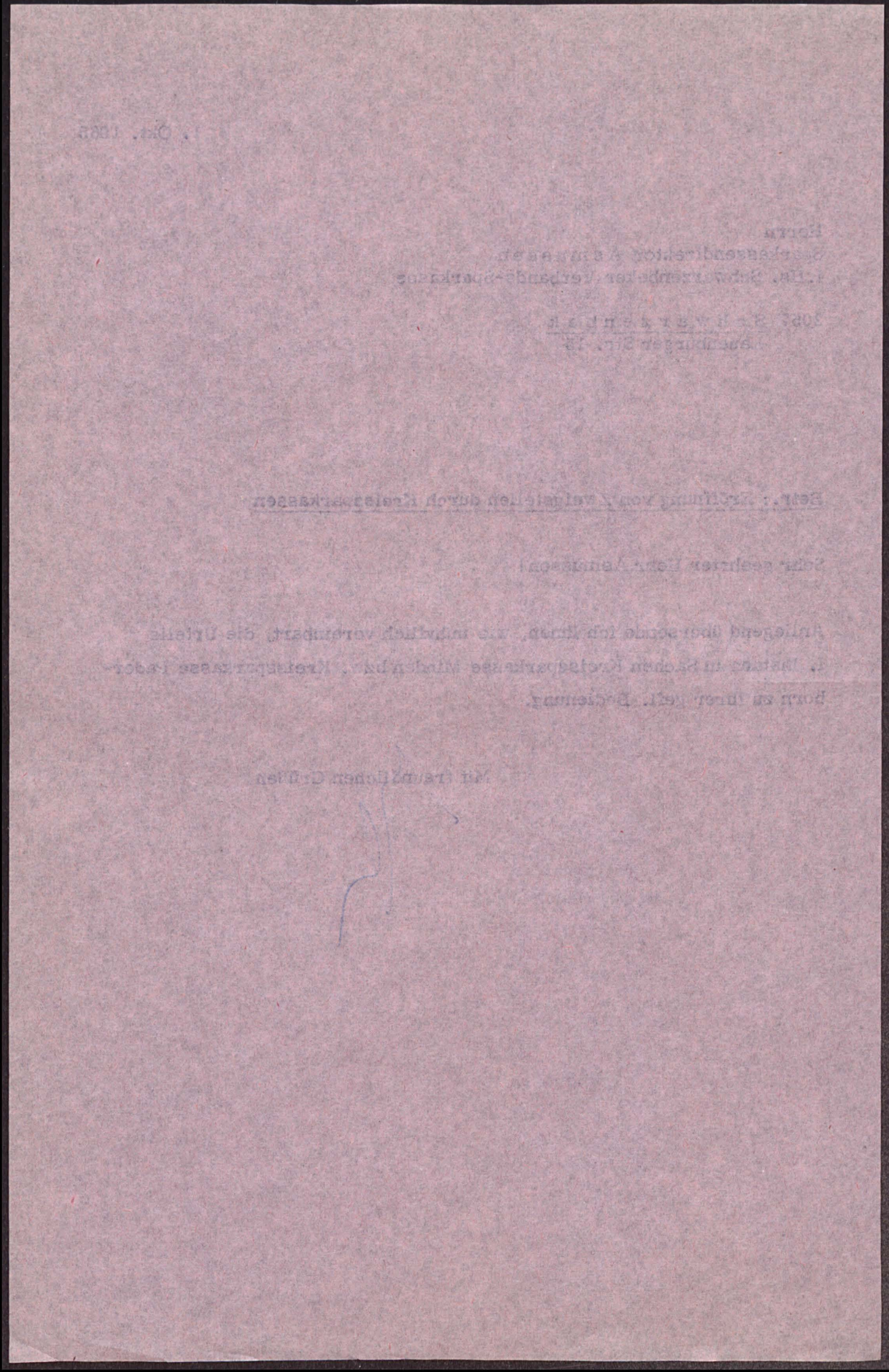
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

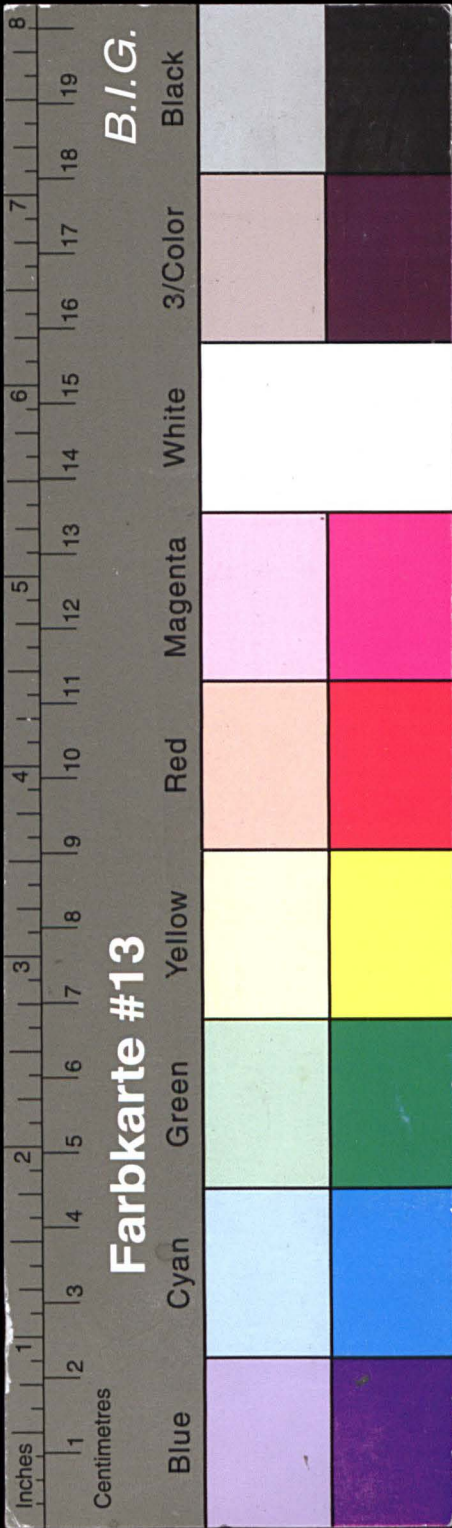




Kreisarchiv Stormarn E103

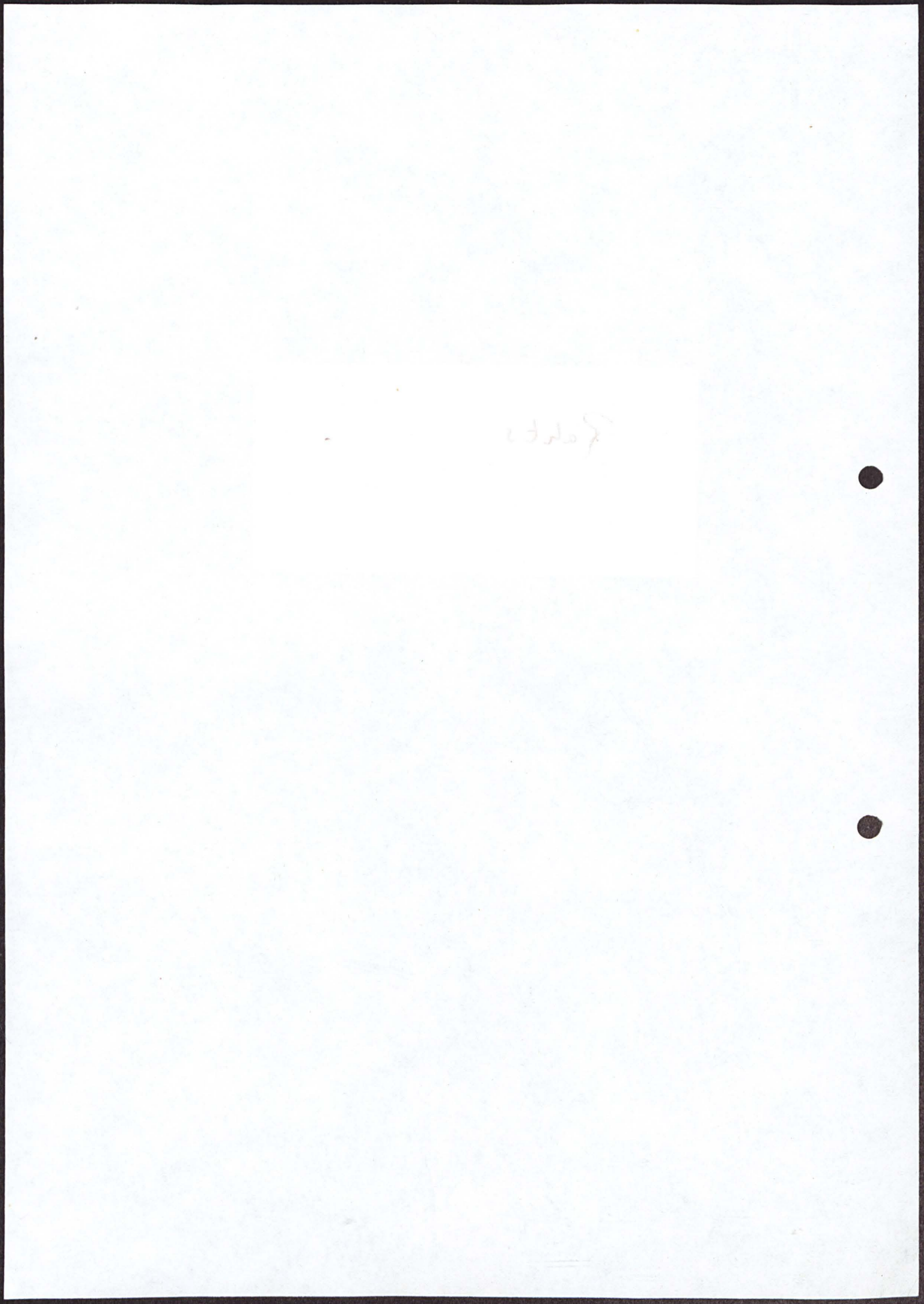
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



57 60

V e r m e r k

Betr.: Wiedereröffnung einer Zweigstelle in Hamburg-Rahlstedt

Am Dienstag, dem 13. April 1965, wurde Herr Filialdirektor W a g n e r bei der Hauptstelle vorstellig und führte aus, daß Herr L a u ß e von der Firma Lauße & Söhne, Hamburg-Rahlstedt, ihn in einer vertraulichen Angelegenheit gebeten hätte, in den Diensträumen der Zweigstelle Ahrensburg mit ihm sprechen zu können.

Herr W a g n e r führte sodann aus, daß Herr L a u ß e unter Vorlage eines Lageplanes und verschiedener Bauzeichnungen, die diesem Vermerk als Anlage beigelegt sind, davon Kenntnis gegeben habe, daß die Hamburg-Rahlstedter Baugenossenschaft G.m.b.H. beabsichtige, in der Rahlstedter Straße, gegenüber dem Grundbesitz von Herrn L a u ß e, ein zweigeschossiges Wohnhaus zu errichten, in dem unten Geschäftsräume, die für ein Kreditinstitut genutzt werden könnten, gebaut werden sollen. Die Baugenehmigung für dieses Projekt soll bereits erteilt sein bzw. sollen der Baugenehmigung Hindernisse nicht entgegenstehen. Herr L a u ß e hätte daher daran gedacht, ob die Kreissparkasse Stormarn evtl. daran interessiert sei, diese Räumlichkeiten zu mieten.

Für Herrn L a u ß e seien hierfür 2 Gründe besonders maßgebend gewesen. Einmal sei es ihm als Kunde unserer Zweigstelle Ahrensburg, der er sich nach Aufgabe unserer Zweigstelle in Rahlstedt angeschlossen hat, verhältnismäßig umständlich, den Geschäftsverkehr über die Zweigstelle Ahrensburg abzuwickeln. Zum andern habe er jedoch ein recht gutes Verhältnis zur Kreissparkasse Stormarn und unter diesem Gesichtspunkt sei er generell daran interessiert, daß die Kreissparkasse wieder in Rahlstedt eine Zweigstelle eröffnet.

Nach den vorgelegten Zeichnungen handelt es sich um einen als Kassenhalle nutzbaren Raum in Größe von 59,2 qm. Hinzu kommt ein Besprechungszimmer in Größe von ca. 16 qm sowie ein weiterer Nebenraum in einer Größe von ungefähr 10 qm. Nach Angaben von Herrn W a g n e r soll für dies Gebäude die Planung bereits abgeschlossen sein, jedoch soll die Möglichkeit bestehen, den Raum um weitere 2 m seitlich zu vergrößern. Das würde bedeuten, daß weitere ca. 19 qm hinzukommen könnten.

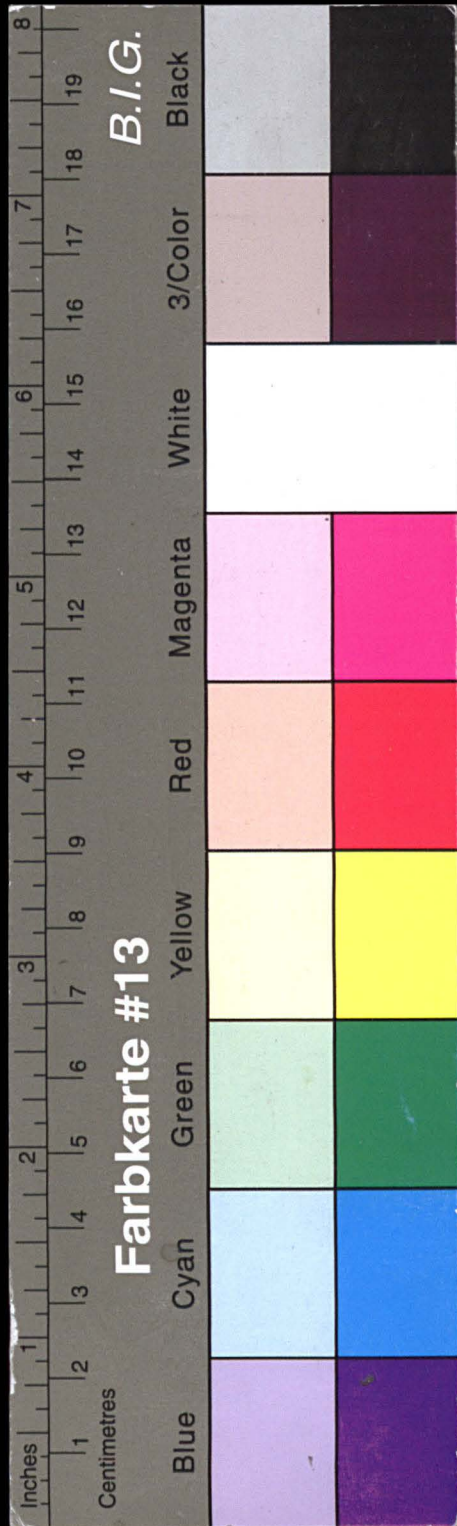
Herr W a g n e r führte aus, daß die Lage in der Rahlstedter Straße als sehr günstig bezeichnet werden kann und unter diesem Gesichtspunkt dies Projekt interessant sein könnte.

Herrn Filialdirektor W a g n e r, der ursprünglich Herrn Direktor Vorhaben in dieser Angelegenheit zu sprechen beabsichtigt hatte, wurde erklärt, daß mir nicht genau bekannt ist, bis wann wir auf Hamburger Gebiet keine neuen Zweigstellen errichten dürfen. Diese Frage müsse also zunächst einer Prüfung unterzogen werden.

Im übrigen bin ich der Auffassung, daß es sich bei der Frage der Eröffnung von Zweigstellen auf dem Hamburger Gebiet, auch wenn sie theoretisch möglich ist, um eine Grundsatzentscheidung handelt, die auf keinen Fall kurzfristig

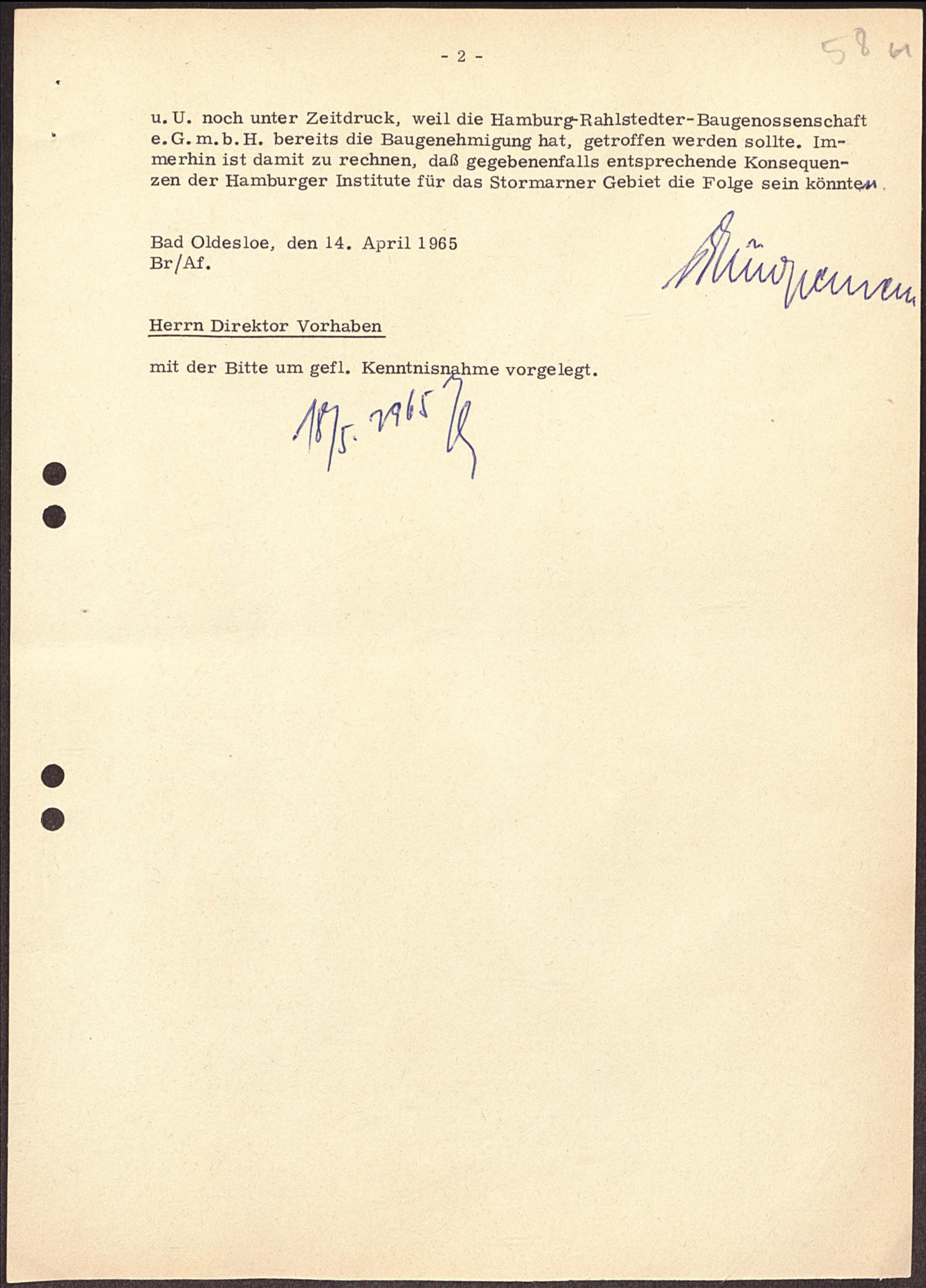
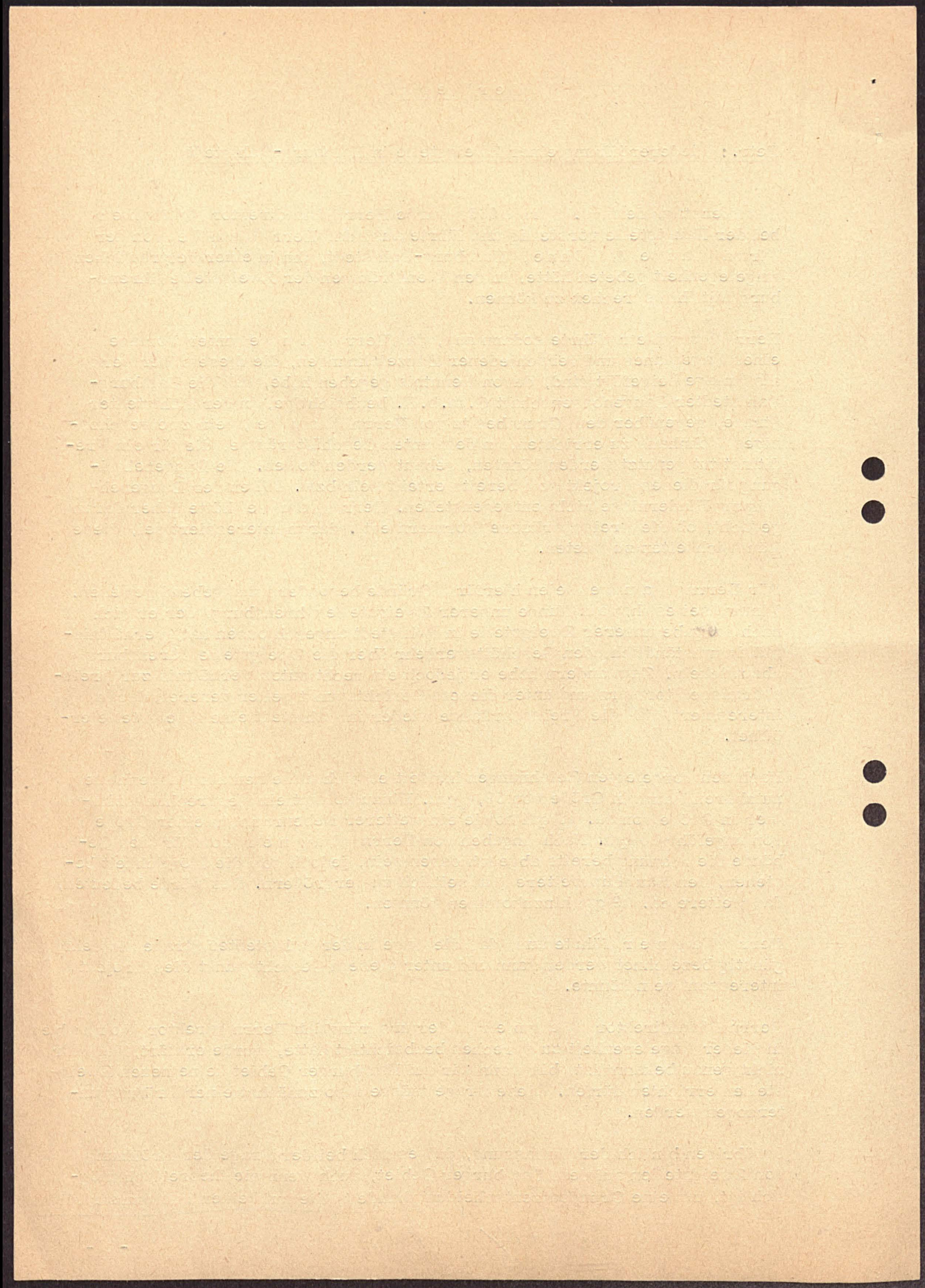
richtig K

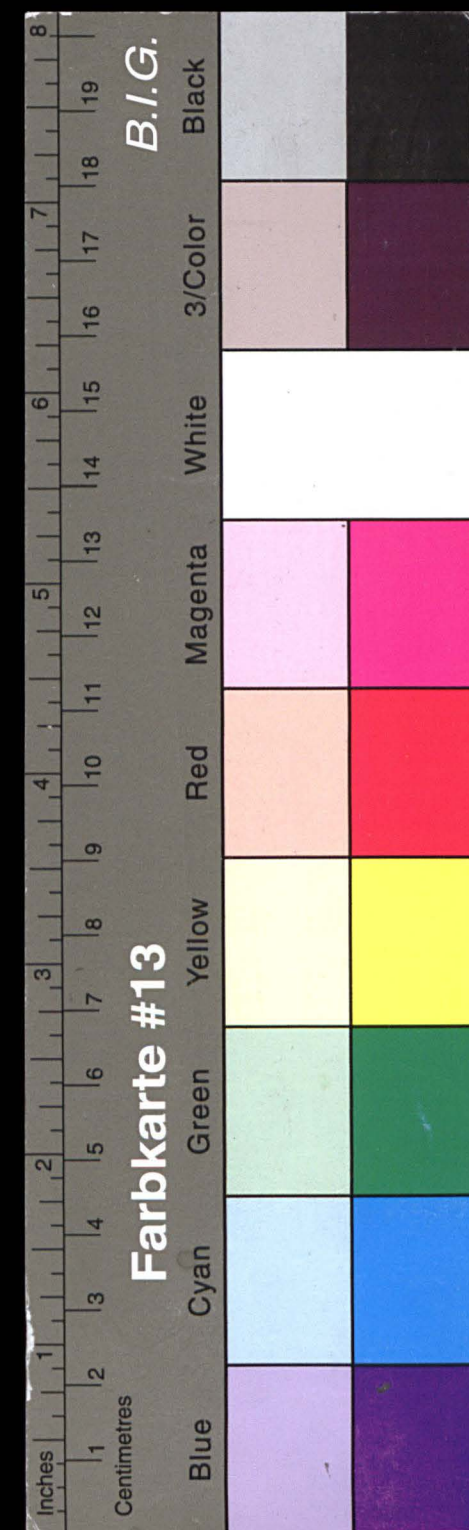
- 2 -



Kreisarchiv Stormarn E103

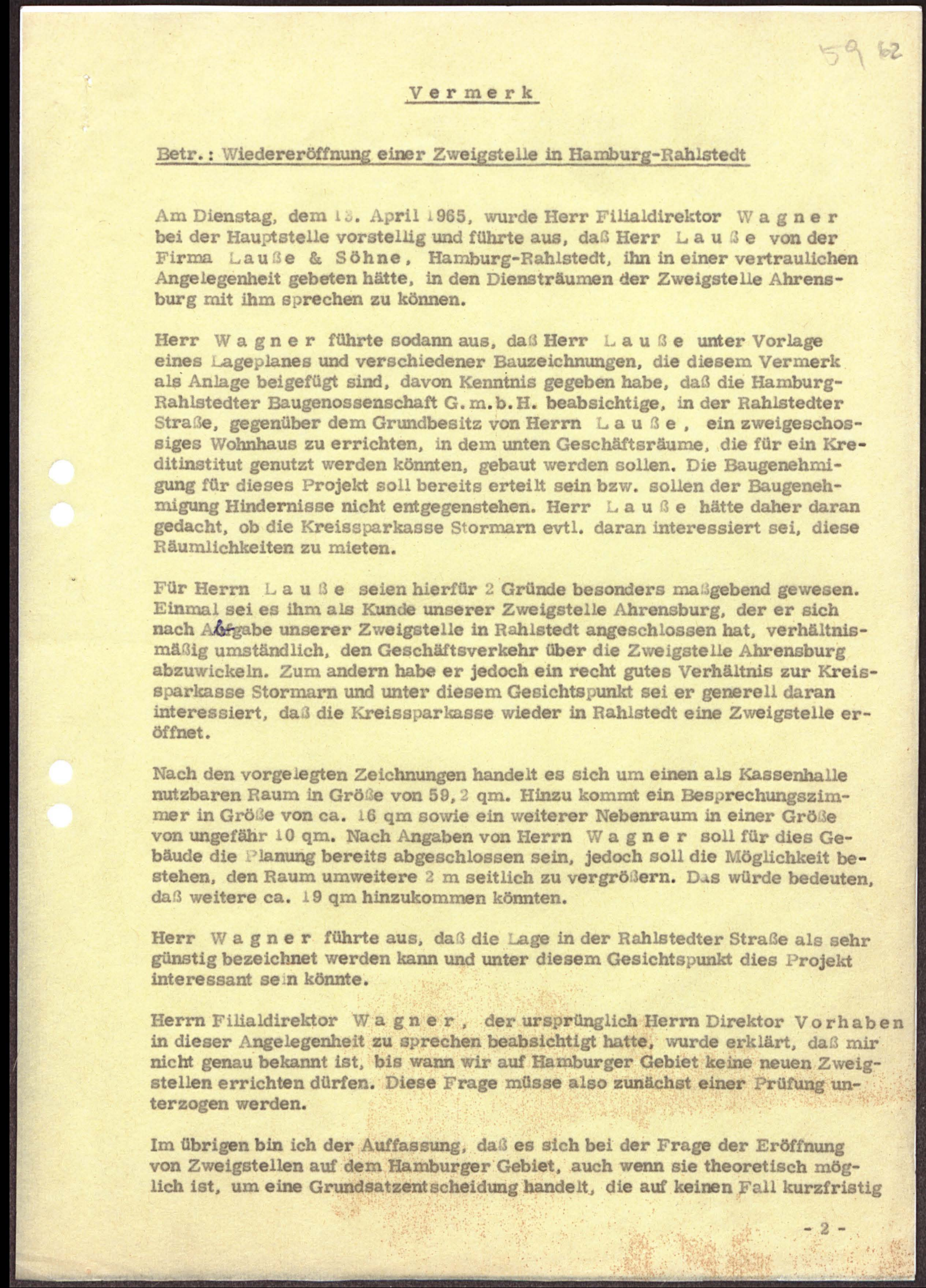
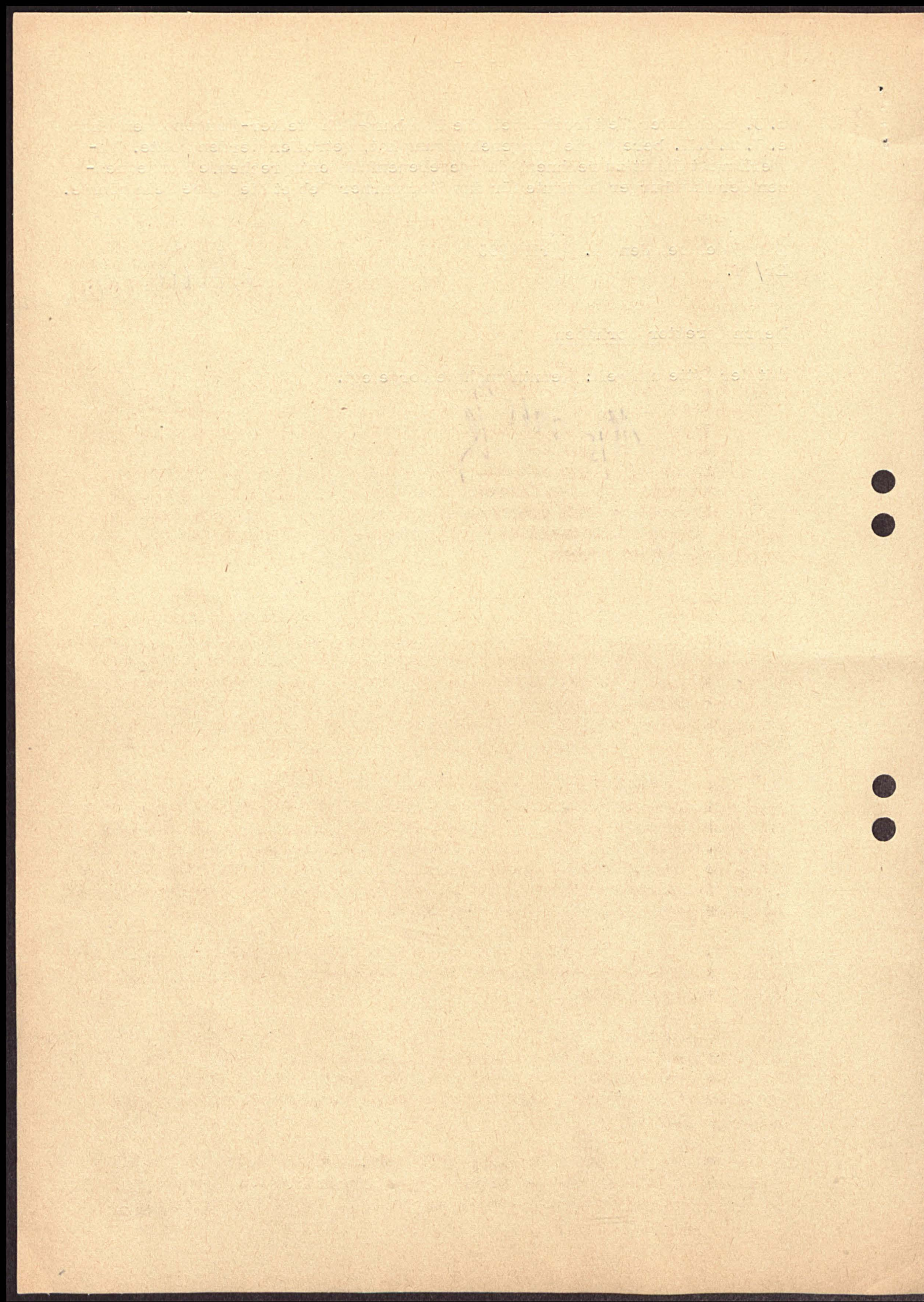
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

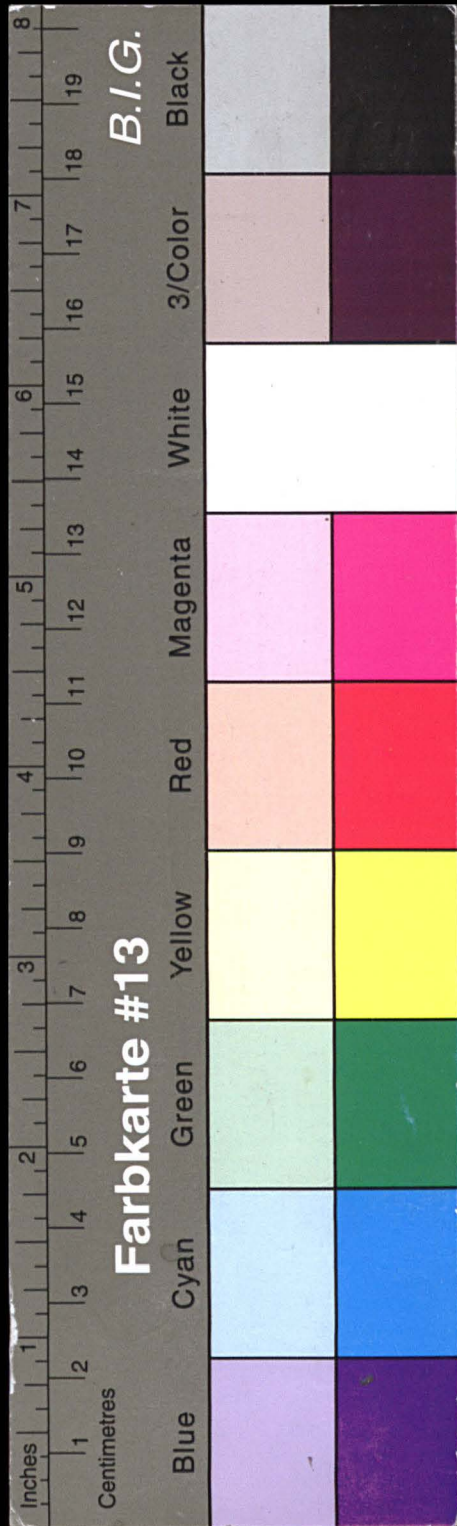




Kreisarchiv Stormarn E103

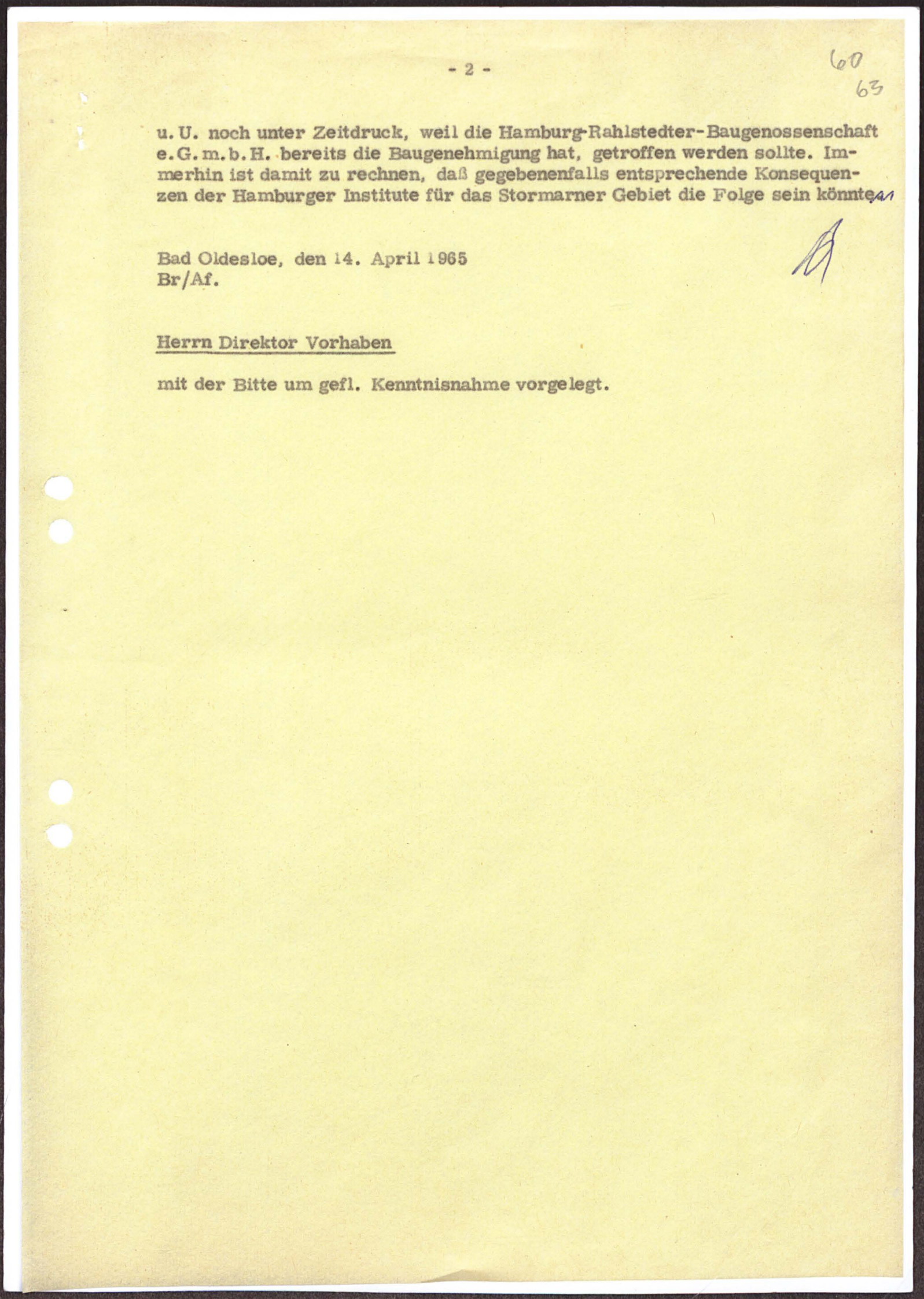
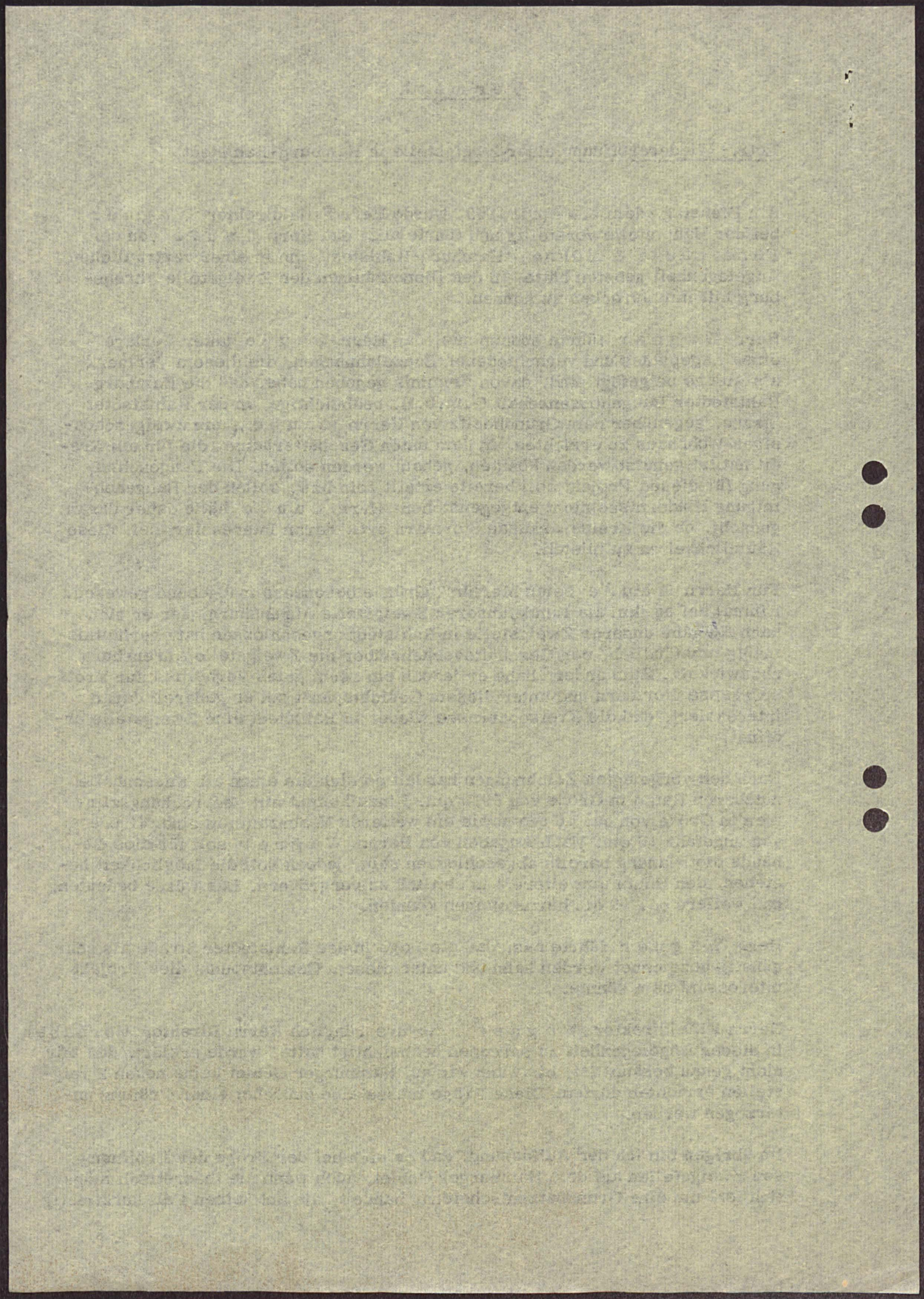
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

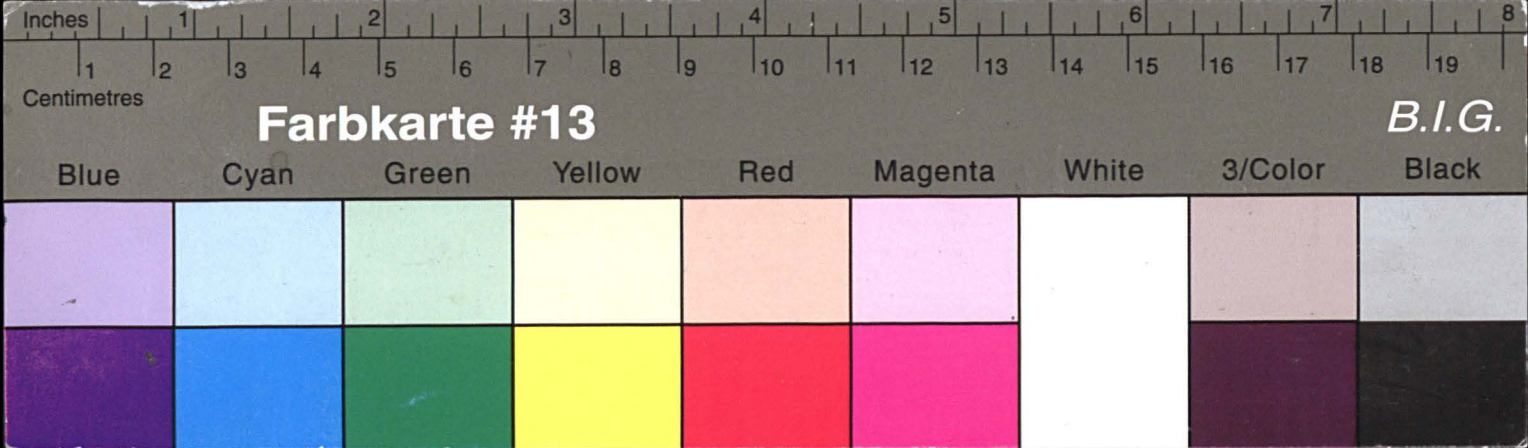




Kreisarchiv Stormarn E103

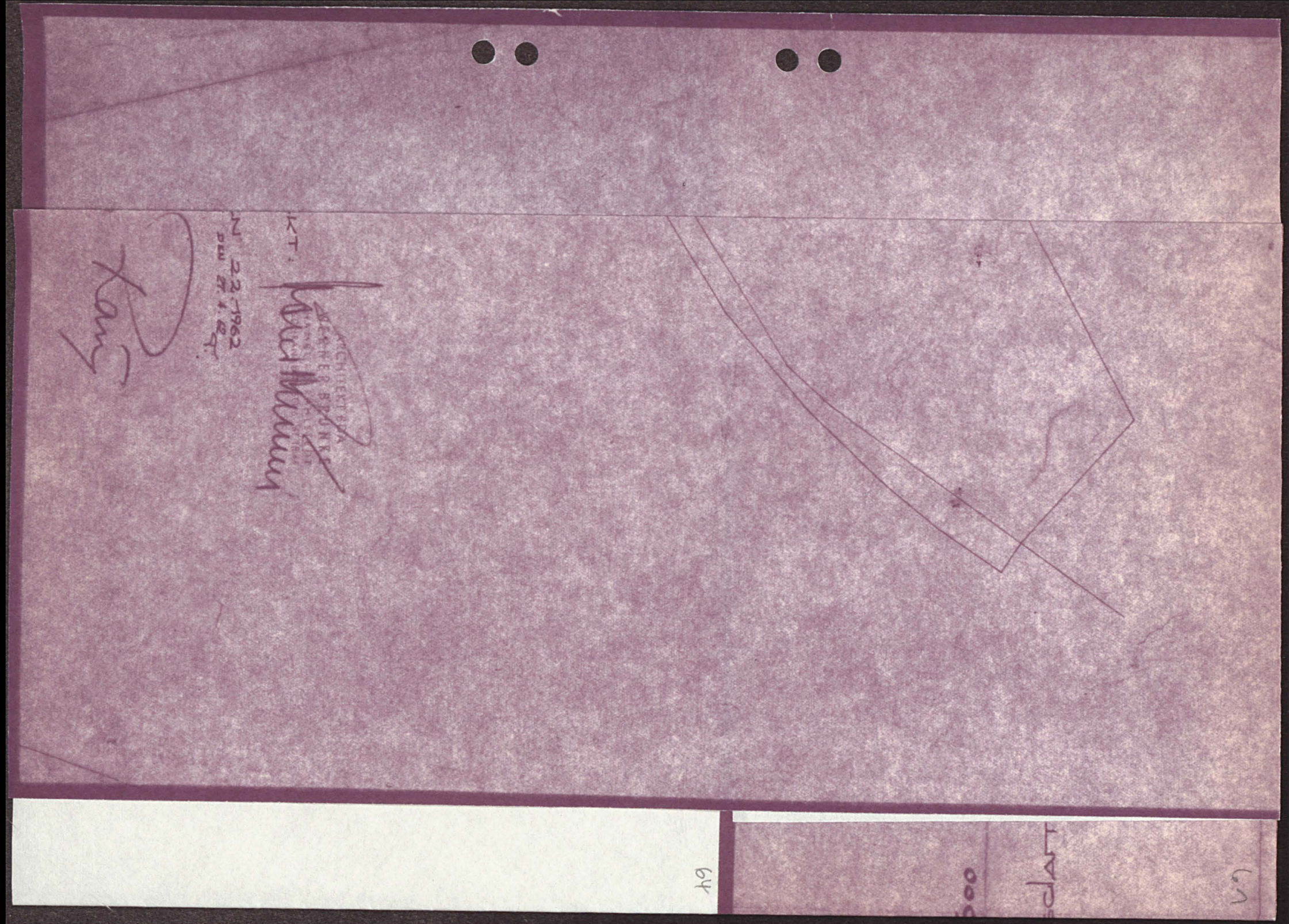
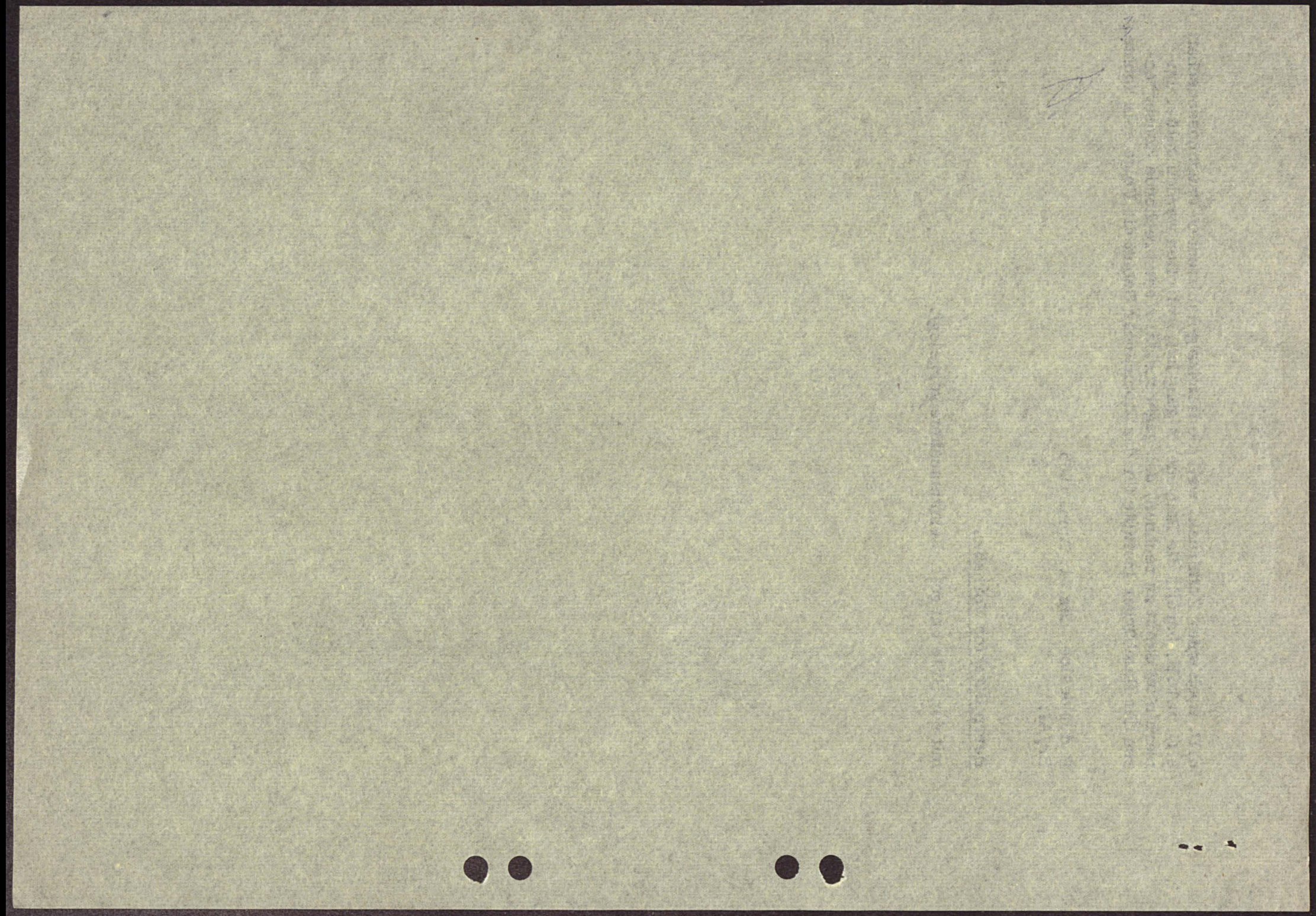
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

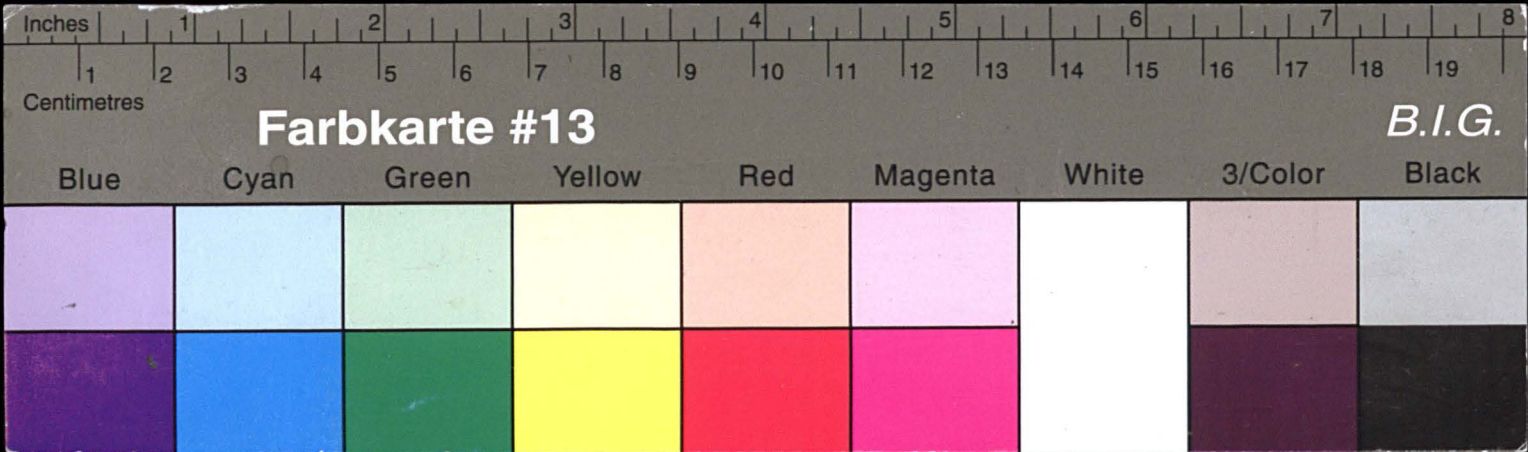




Kreisarchiv Stormarn E103

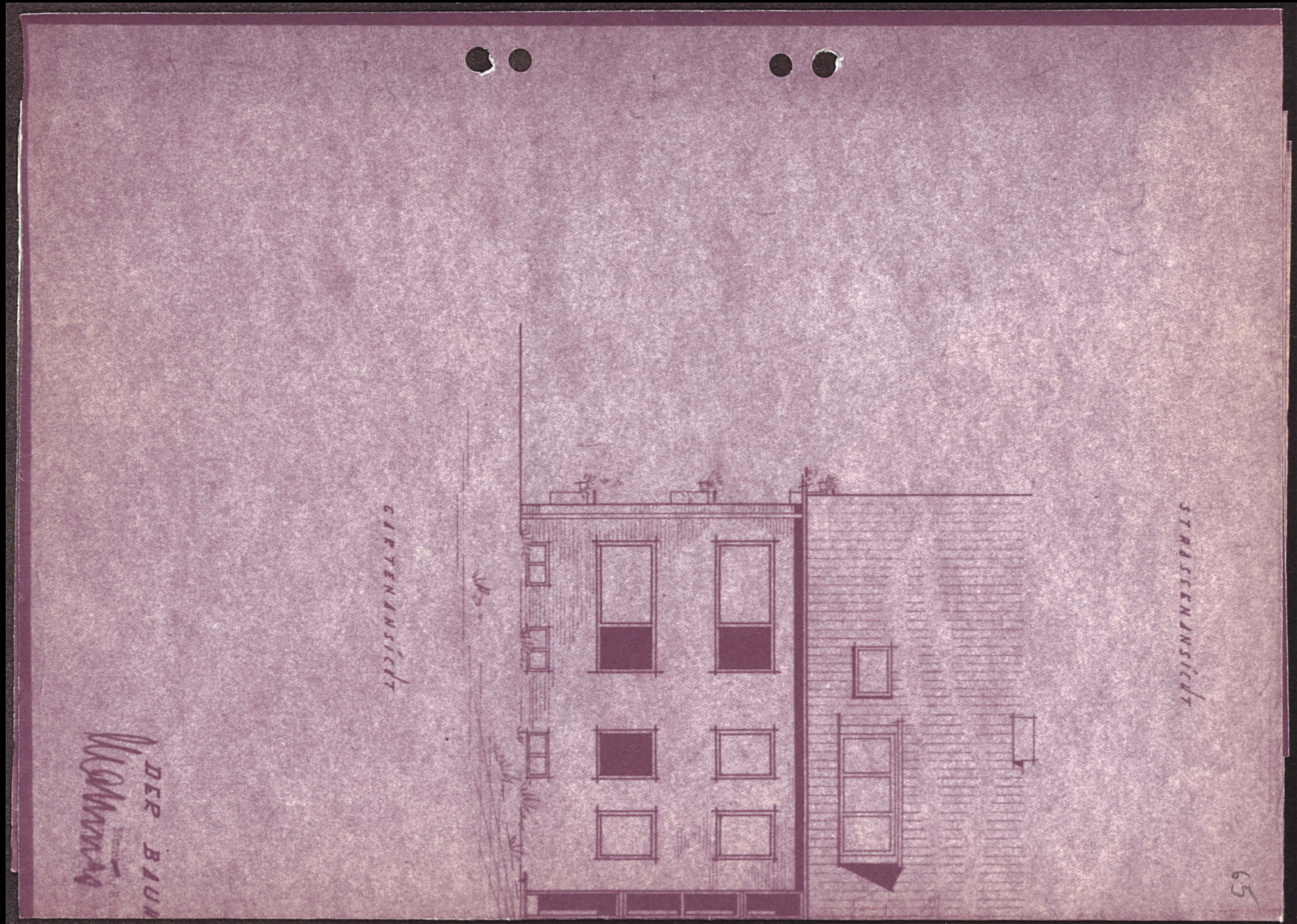
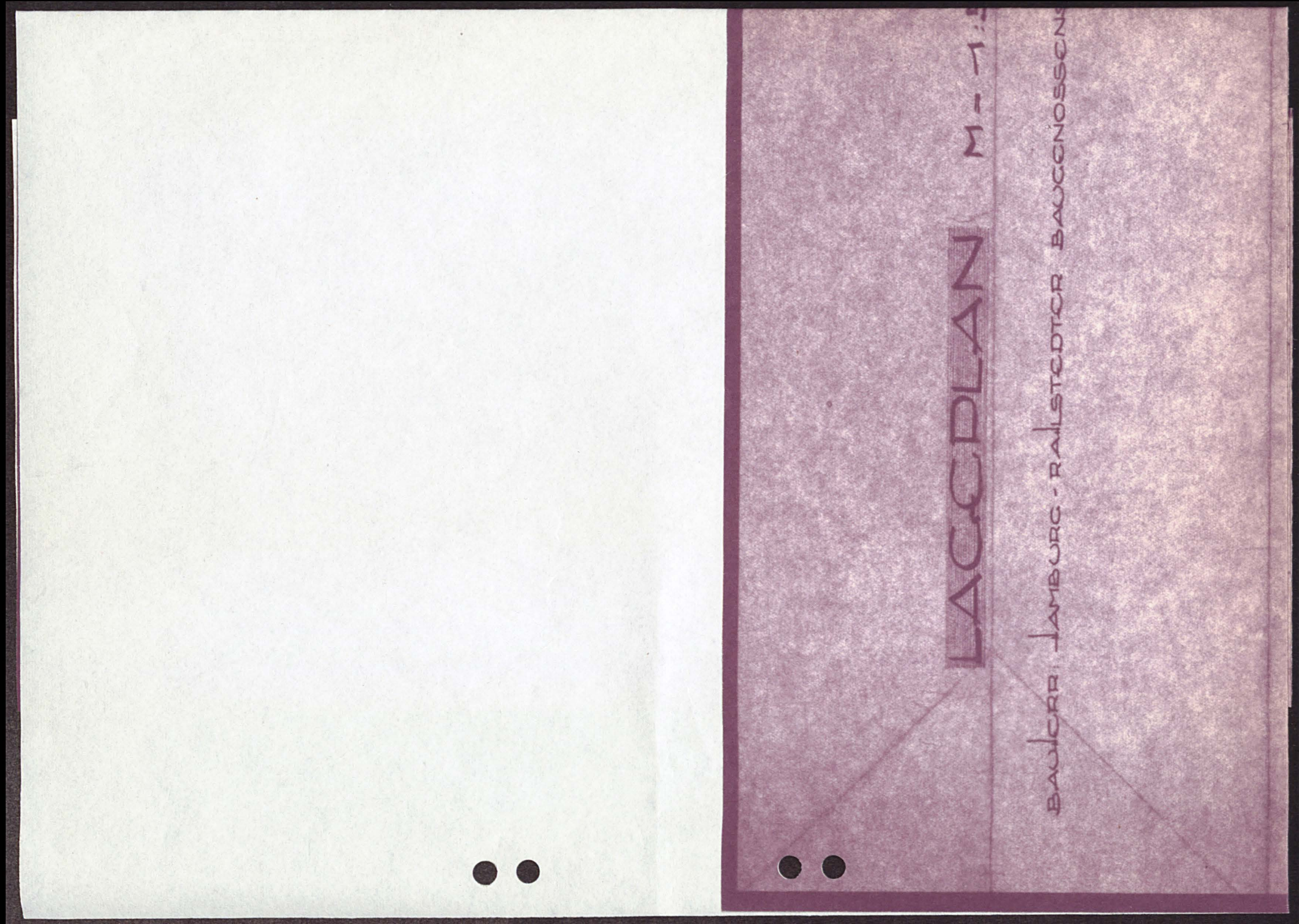
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

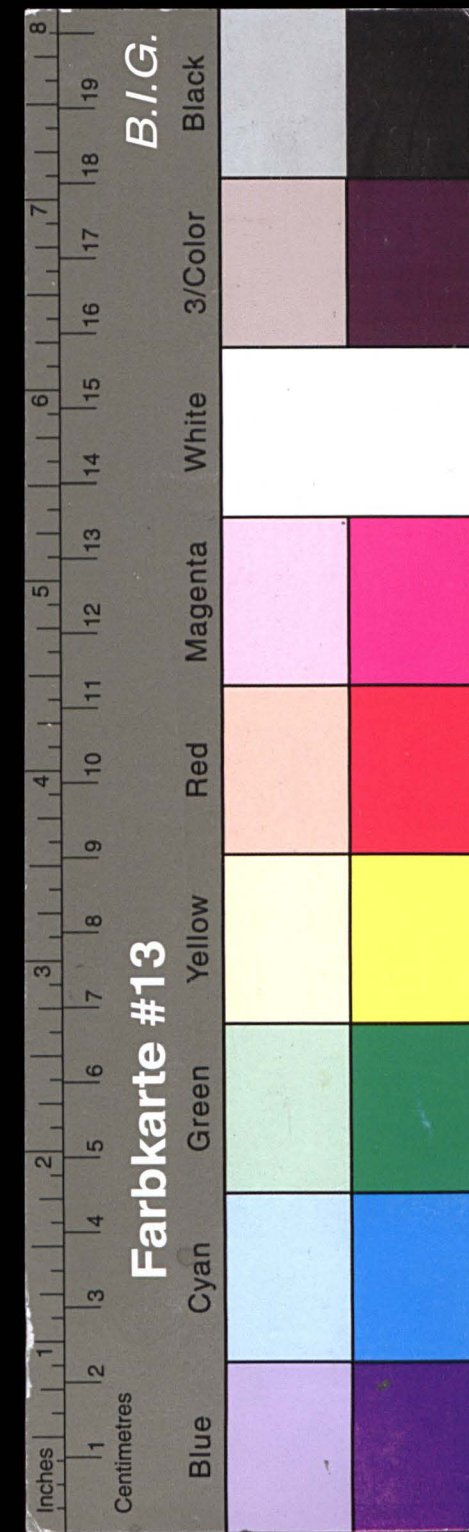




Kreisarchiv Stormarn E103

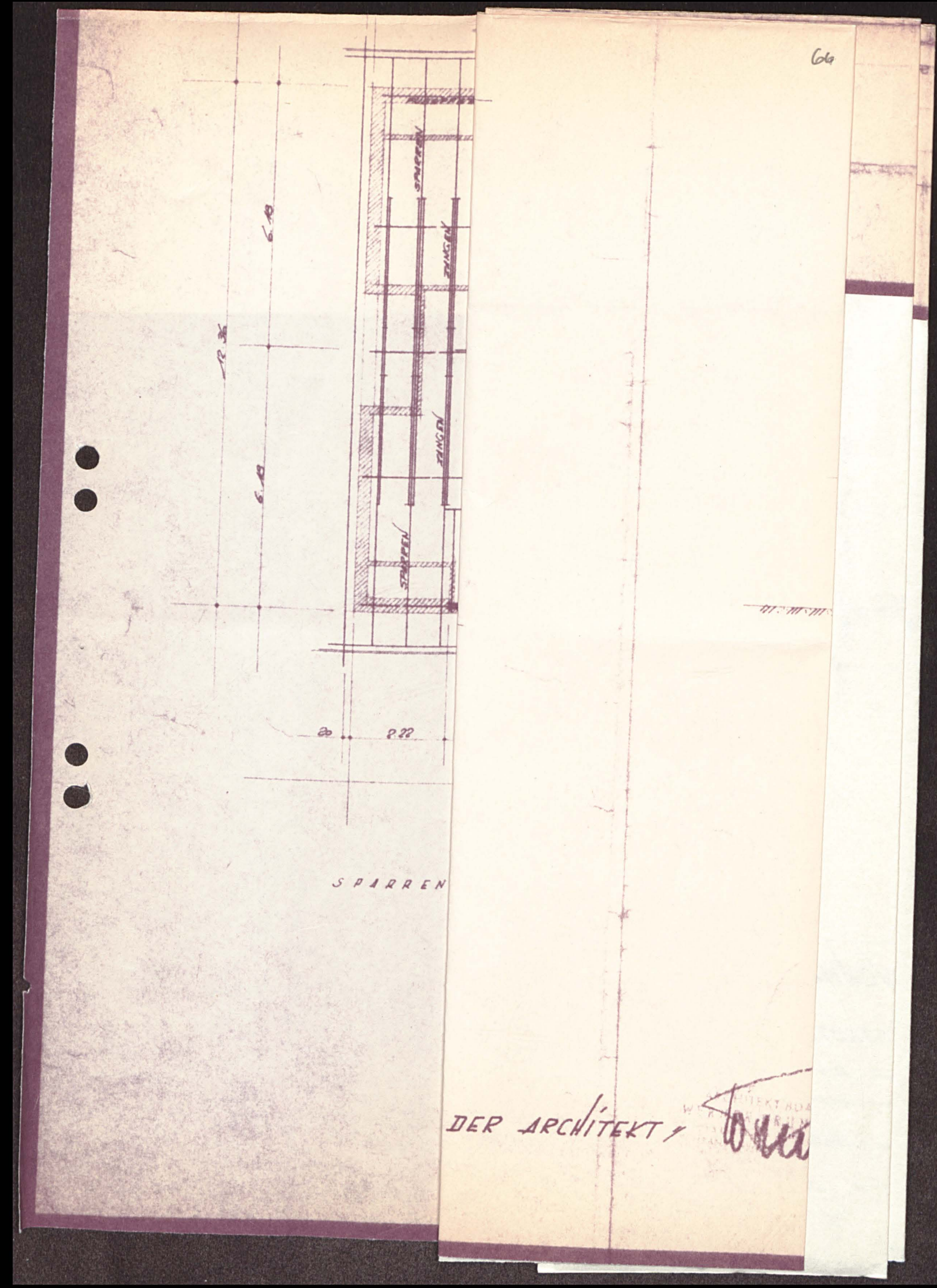
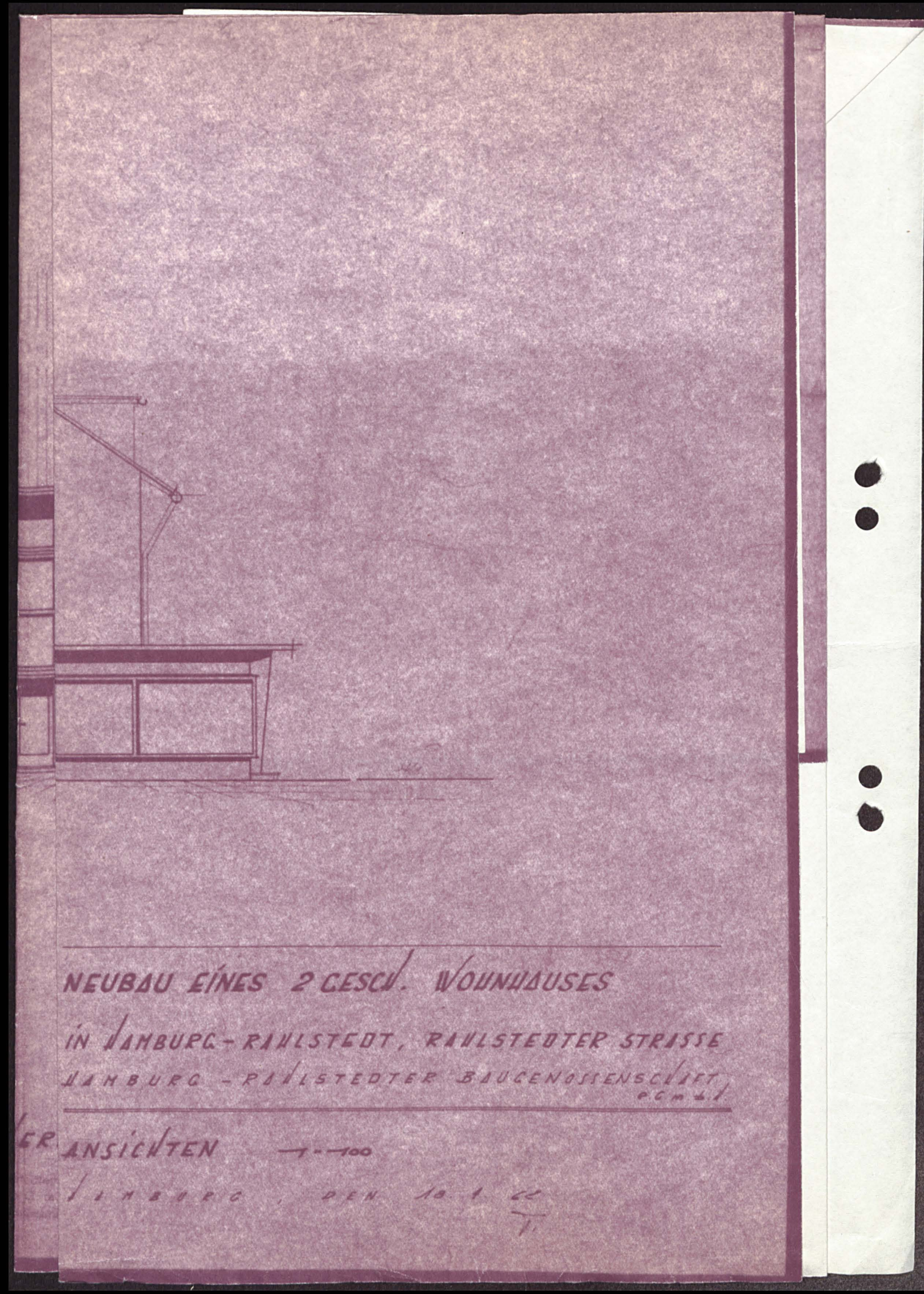
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

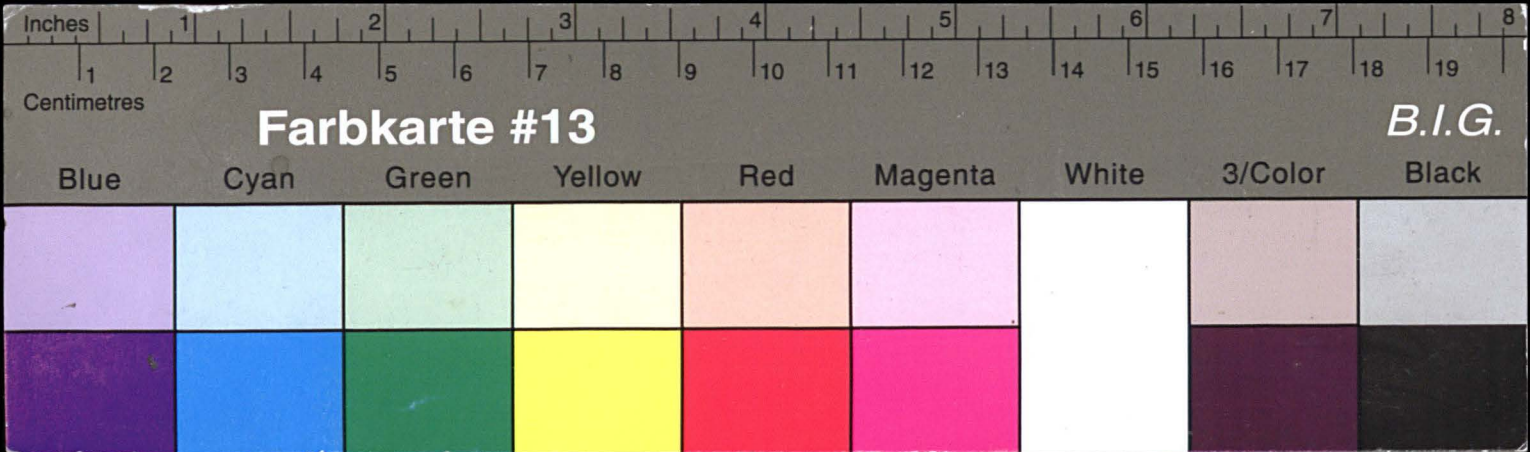




Kreisarchiv Stormarn E103

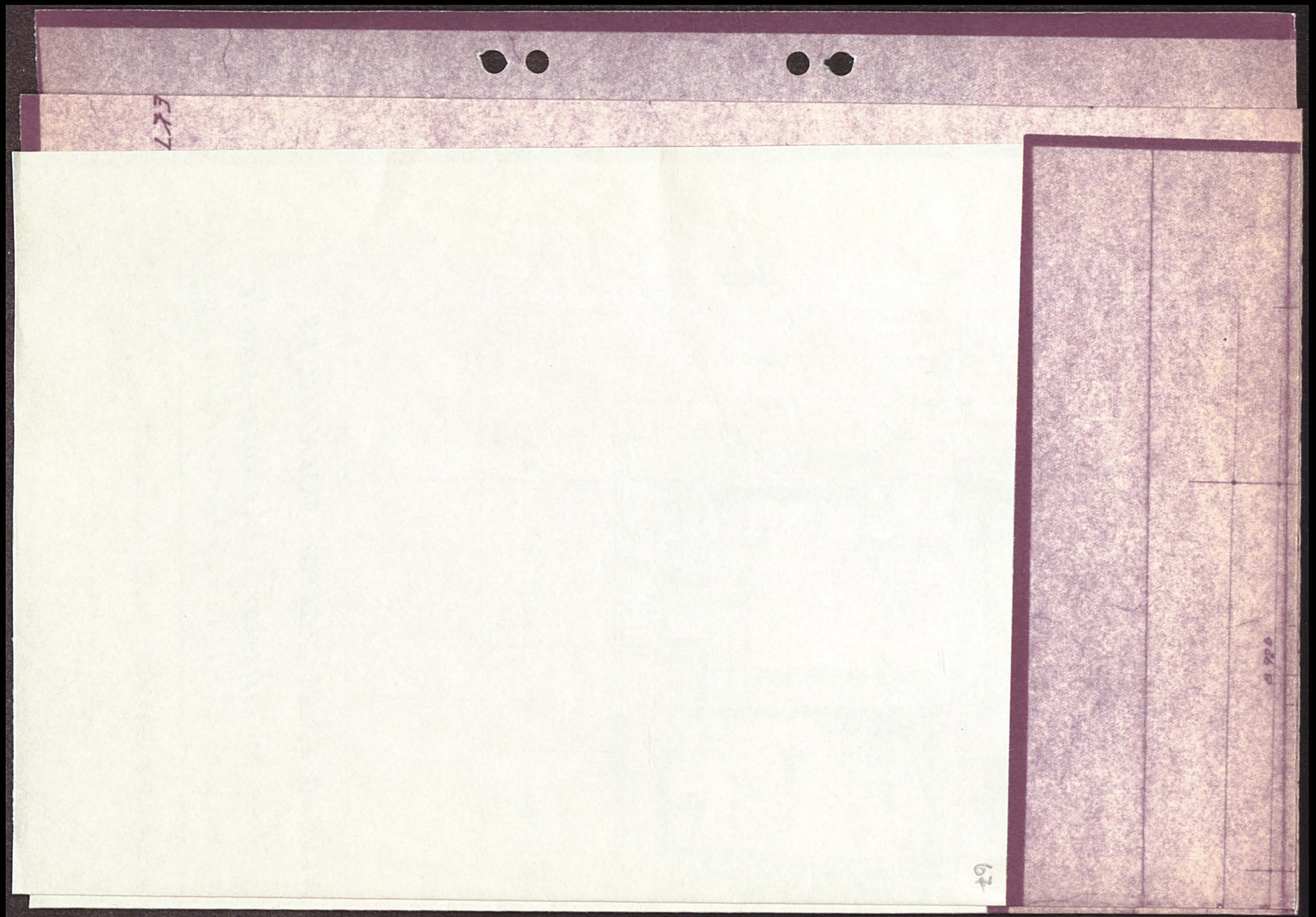
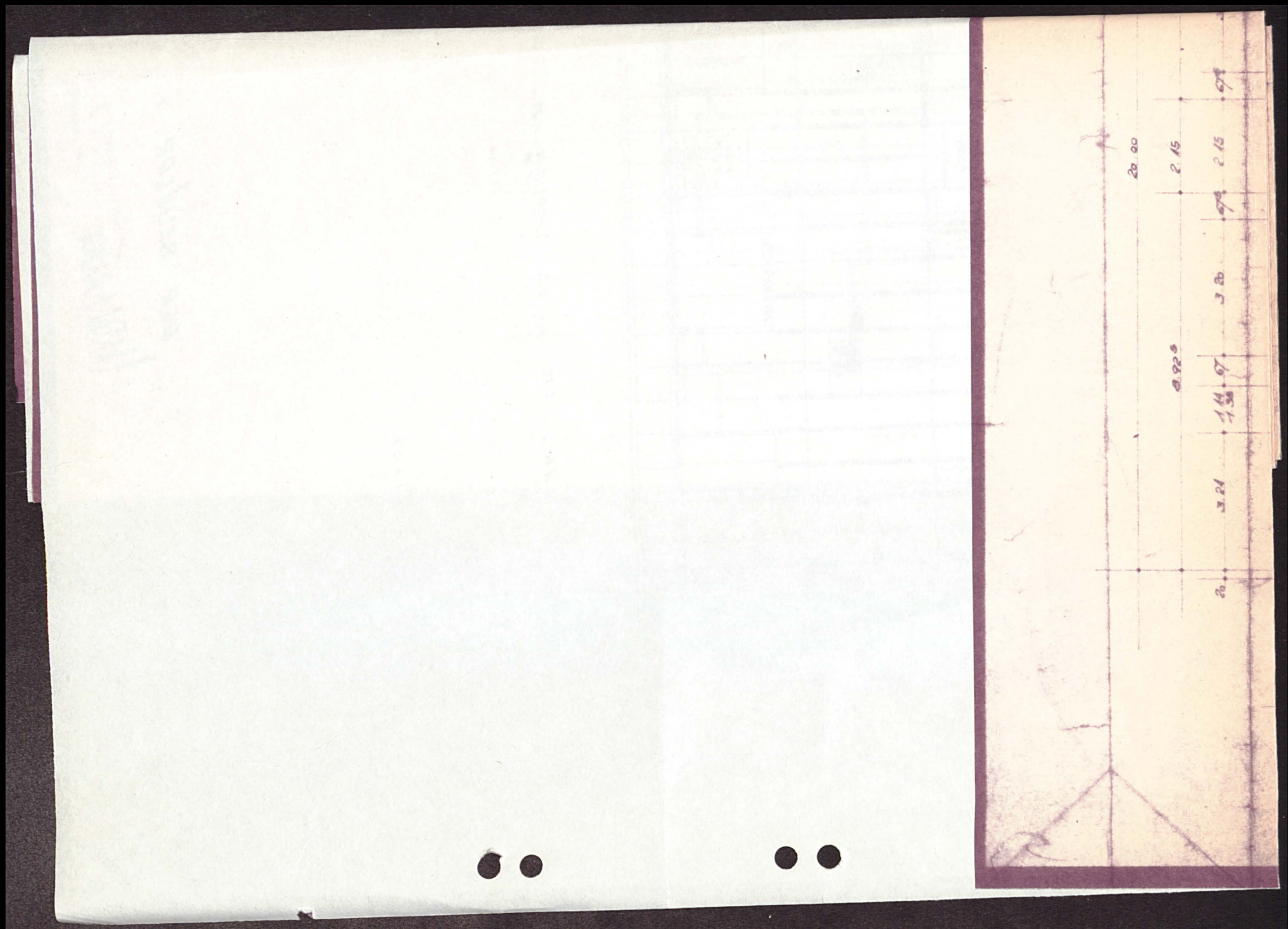
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

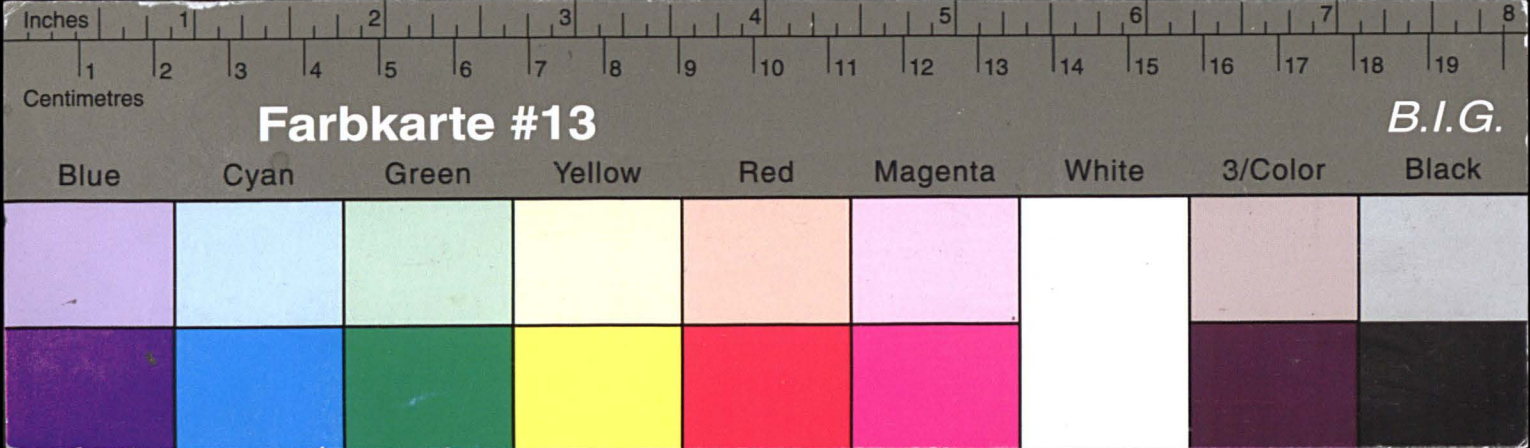




Kreisarchiv Stormarn E103

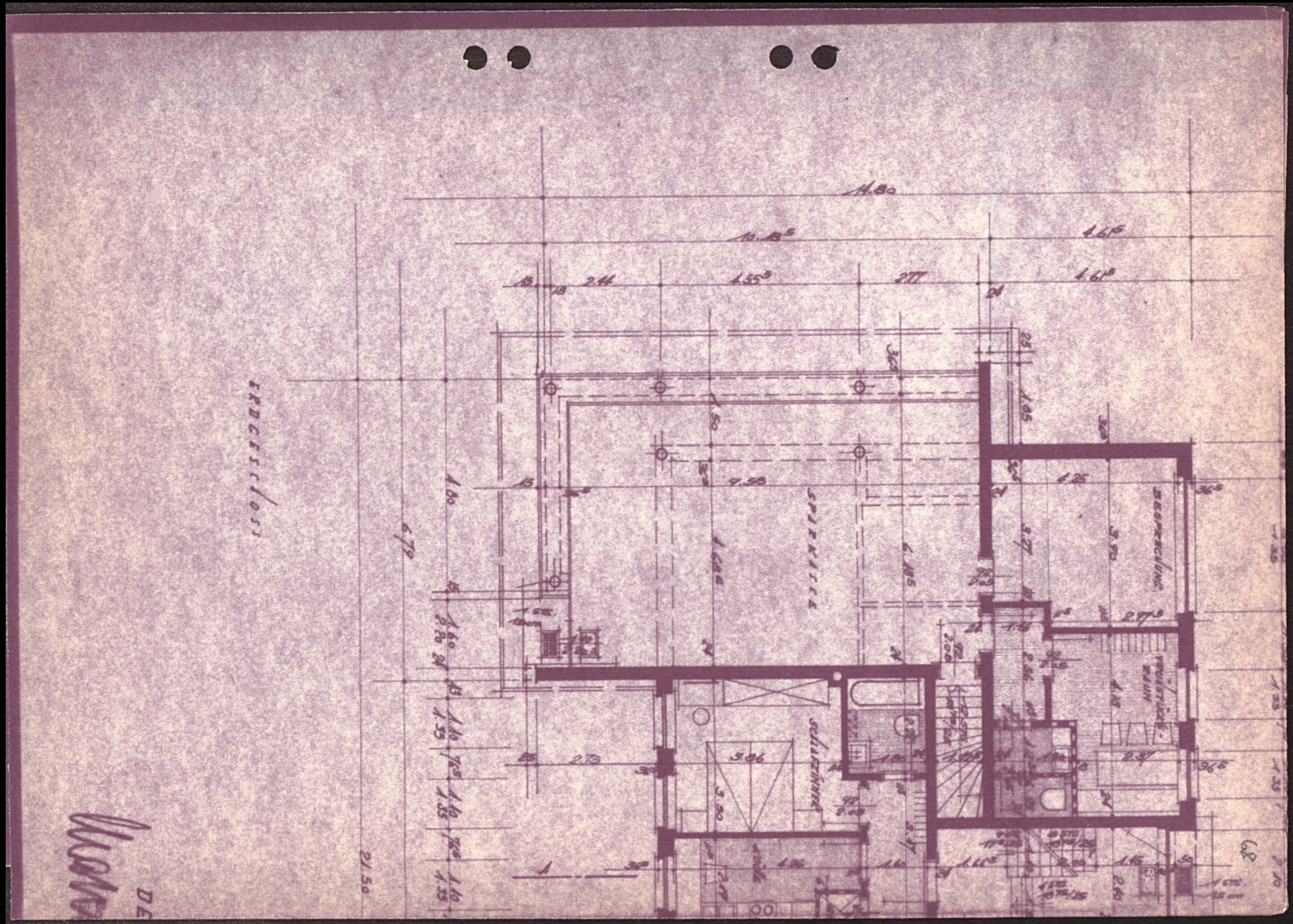
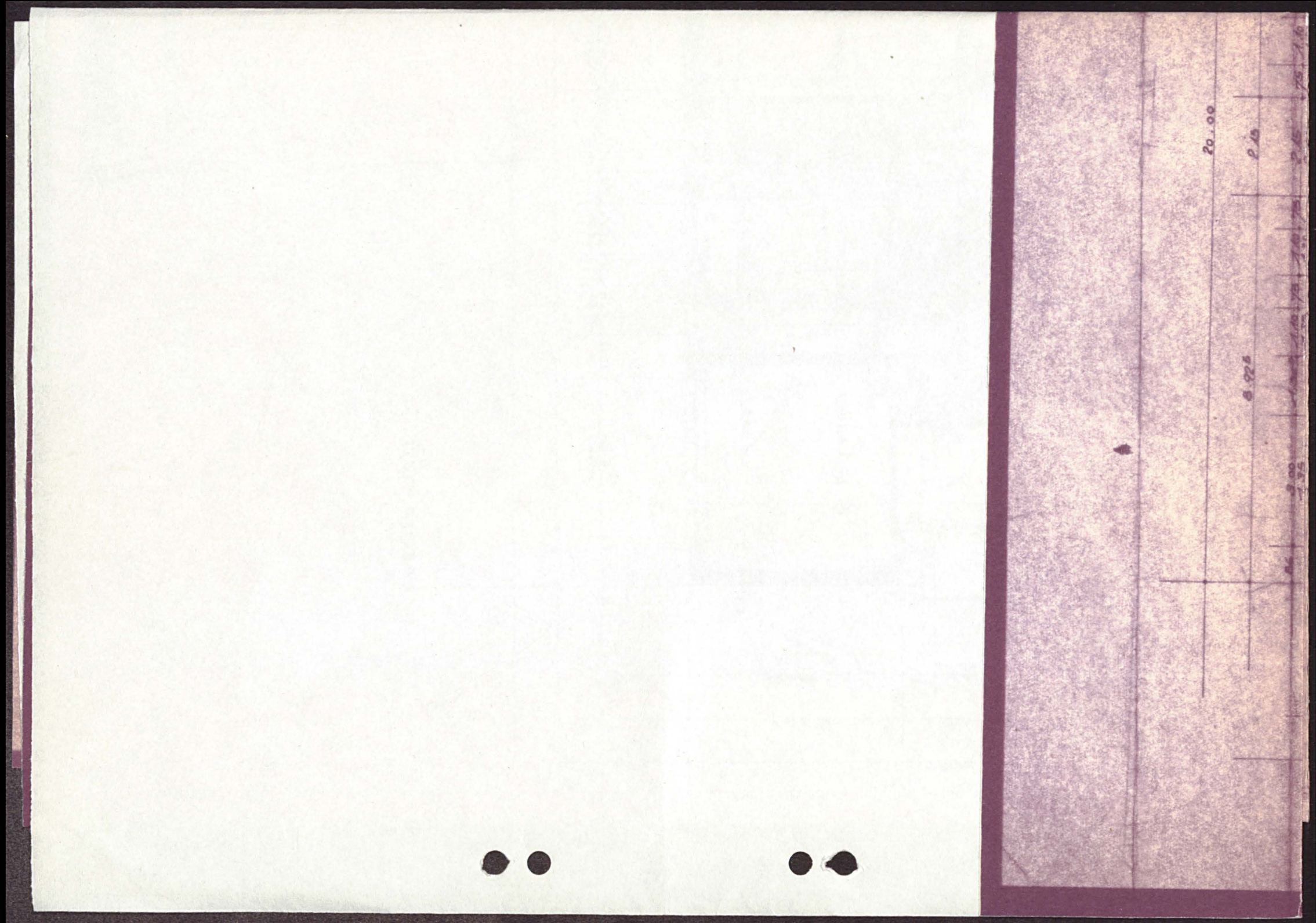
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

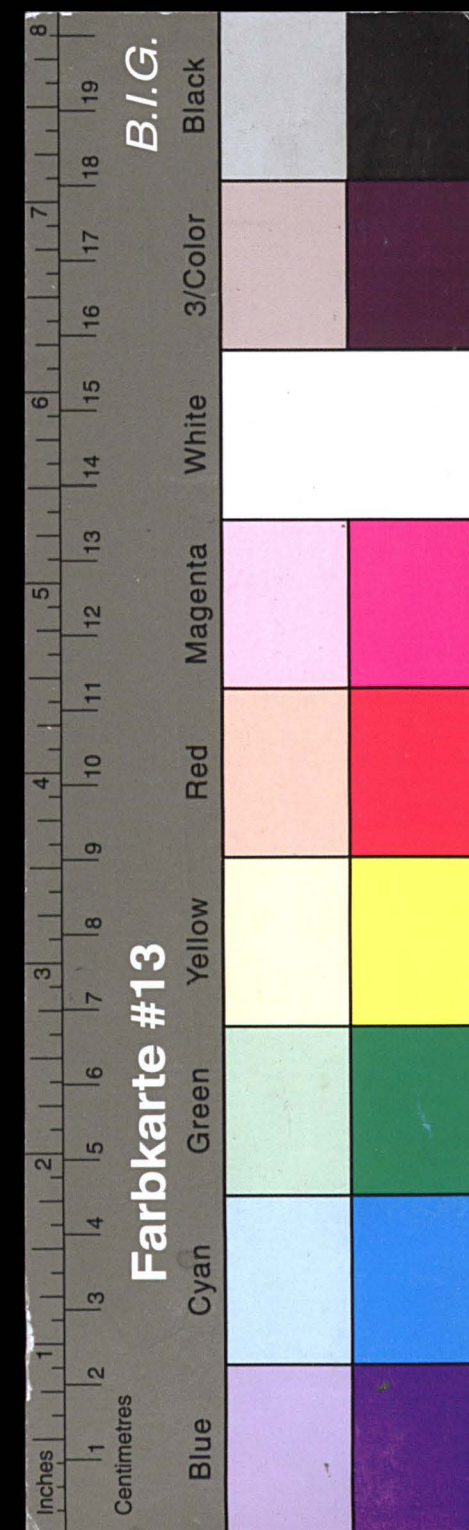




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Vermerk

Betr.: Wiedereröffnung einer Zweigstelle in Hamburg-Rahlstedt

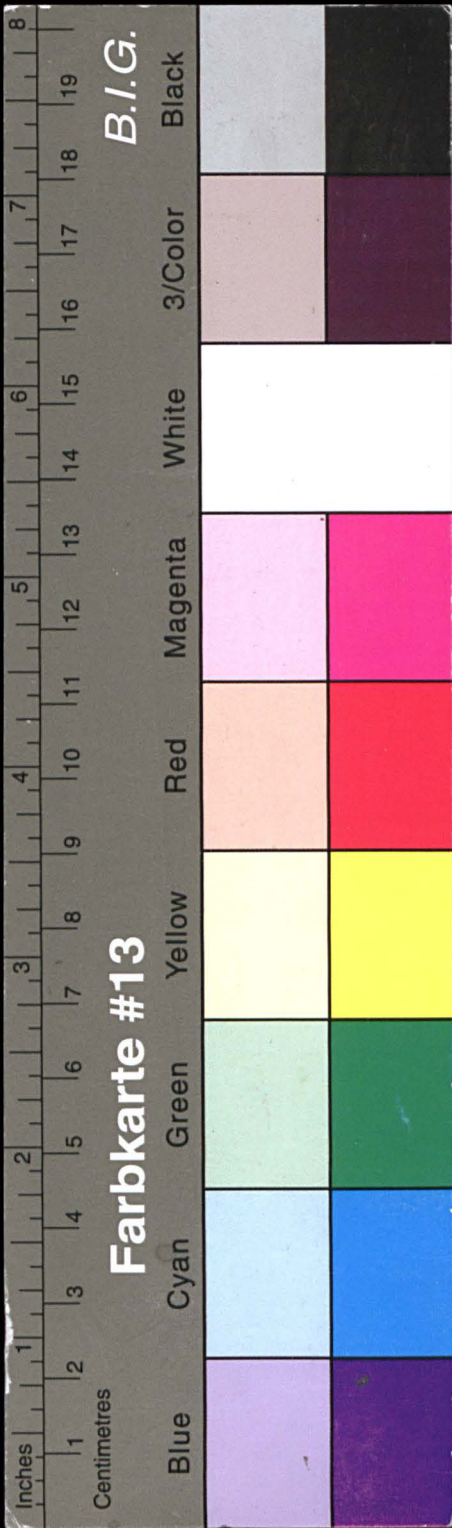
Am Mittwoch, dem 21. April 1965, rief Herr L a u ß e sen. von der Firma L a u ß e & Söhne, Hamburg-Rahlstedt, an. Herr L a u ß e gab noch einige Erläuterungen zu der Möglichkeit einer Wiedereröffnung einer Zweigstelle in Hamburg-Rahlstedt. Er führte aus, daß vor 4 Jahren ein Plan für Grünflächen in Hamburg-Rahlstedt aufgestellt worden sei, von dem sein Grundstück in Hamburg-Rahlstedt unmittelbar betroffen werde. 4 Jahre lang habe er dagegen angekämpft, zusammen mit der Hamburg-Rahlstedter Wohnungsbau-Genossenschaft. Jetzt sei schließlich der Vorbescheid ergangen, daß das in den Plänen näher bezeichnete Gebäude gebaut werden kann. Die Baugenehmigung sei noch nicht erteilt. Deswegen stehe auch noch nicht fest, ob überhaupt in diesem Jahr noch mit dem Bau begonnen werden könnte. Immerhin sei dadurch aber auch die Möglichkeit gegeben, daß die besonderen Belange eines Sparkassenbetriebes beim Neubau berücksichtigt werden könnten, sofern unsererseits Interesse besteht.

Herrn L a u ß e wurde erklärt, daß in unserem Hause kurzfristig eine Entscheidung nicht ergehen kann, insbesondere deswegen nicht, weil es sich in dieser Frage um eine Grundsatzentscheidung handelt, die dem Vorstand der Kreissparkasse Stormarn vorbehalten ist. Herr L a u ß e bat um Auskunft, ob Herr Direktor V o r h a b e n evtl. nicht einen gewissen Vorbescheid geben könnte, denn er glaube sagen zu können, daß das Wort von Herrn Direktor V o r h a b e n im Vorstand doch sehr großes Gewicht habe, so daß bei positiver Stellungnahme durch Herrn Direktor V o r h a b e n sicherlich schon eine Tendenz für ~~oder gegen~~ das Projekt erkennbar sein würde.

Ich habe daraufhin erklärt, daß mir nicht bekannt sei, ob in dieser Angelegenheit bereits in einem anderen Zusammenhang grundsätzliche Besprechungen im Vorstand geführt worden sind. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Entscheidung, insbesondere auch, weil entsprechende Reaktionen der Hamburger Kreditinstitute zu vermuten sind, könne aber wohl kaum eine weitere Planung im gegenwärtigen Zeitpunkt für dies spezielle Projekt von der Kreissparkasse Stormarn betrieben werden. M.E. fände vor Mitte bzw. Ende Mai eine Vorstandssitzung nicht mehr statt, so daß vorher eine Entscheidung wohl kaum getroffen werden könnte. Darüber hinaus stehe auch noch nicht fest, ob sich der Vorstand in einer dann stattfindenden Sitzung abschließend mit diesem Problem befassen wird.

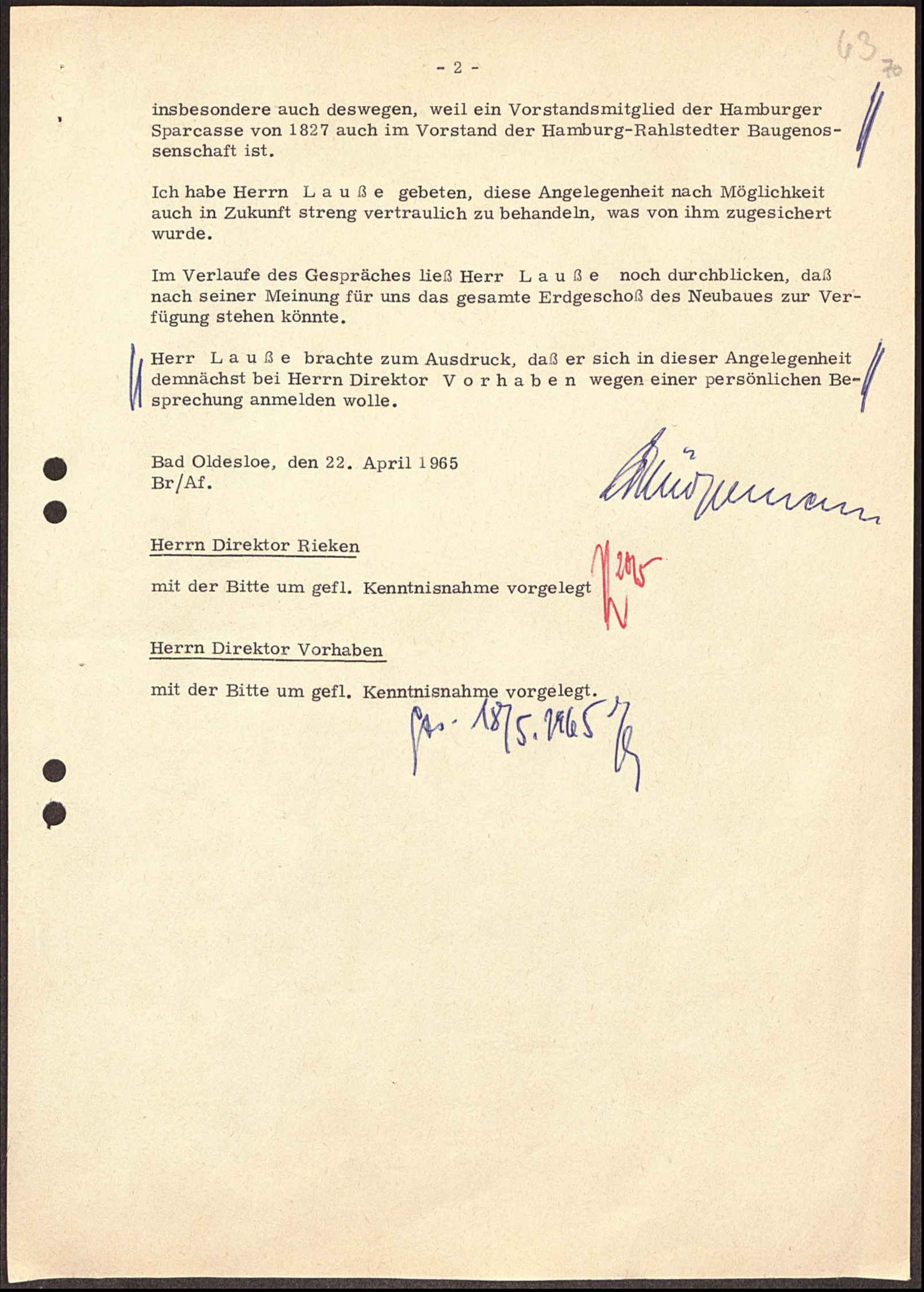
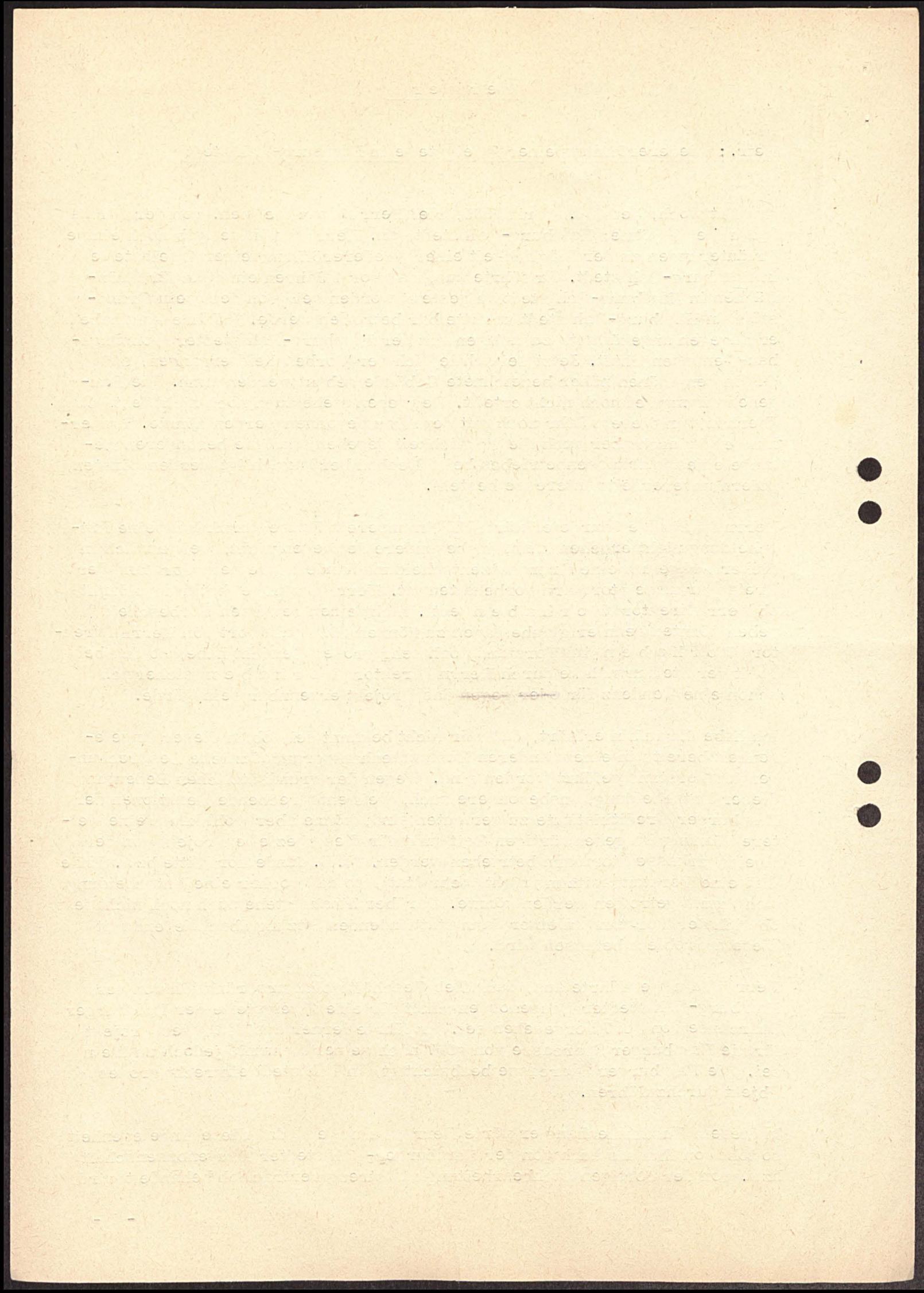
Herr L a u ß e führte aus, daß dies Geschäftslokal ursprünglich von der Hamburg-Rahlstedter Baugenossenschaft für eine Zweigstelle der Hamburger Sparcasse von 1827 vorgesehen sei. Er führte ferner aus, daß dies Projekt für die Hamburger Sparcasse von 1827 nach seiner Kenntnis jedoch zu klein sei. Die Hamburger Sparcasse beabsichtigt, in Rahlstedt ein recht großes Objekt durchzuführen.

In diesem Zusammenhang erklärte Herr L a u ß e, daß diese Angelegenheit sowohl von ihm als auch von der Hamburger-Rahlstedter Baugenossenschaft bzw. von der dortigen Sachbearbeitung als streng vertraulich behandelt wird,



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



- 2 -

insbesondere auch deswegen, weil ein Vorstandsmitglied der Hamburger Sparcasse von 1827 auch im Vorstand der Hamburg-Rahlstedter Baugenossenschaft ist.

Ich habe Herrn Laube gebeten, diese Angelegenheit nach Möglichkeit auch in Zukunft streng vertraulich zu behandeln, was von ihm zugesichert wurde.

Im Verlaufe des Gespräches ließ Herr Laube noch durchblicken, daß nach seiner Meinung für uns das gesamte Erdgeschoß des Neubaus zur Verfügung stehen könnte.

Herr Laube brachte zum Ausdruck, daß er sich in dieser Angelegenheit demnächst bei Herrn Direktor Vorhaben wegen einer persönlichen Besprechung anmelden wolle.

Bad Oldesloe, den 22. April 1965
Br/Af.

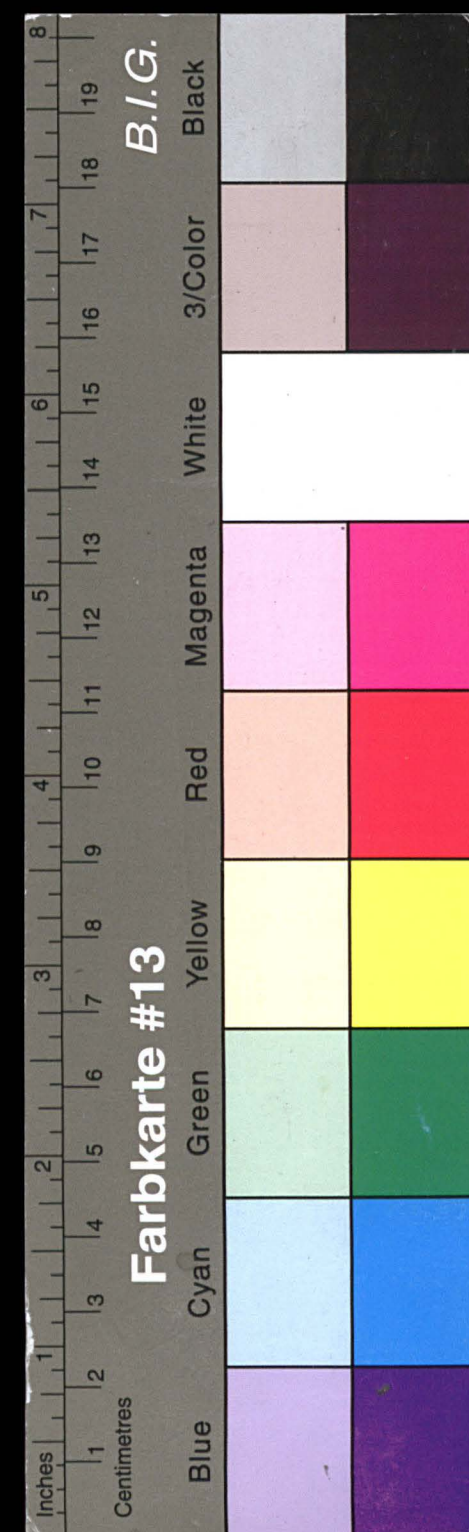
Herrn Direktor Rieken

mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme vorgelegt

Herrn Direktor Vorhaben

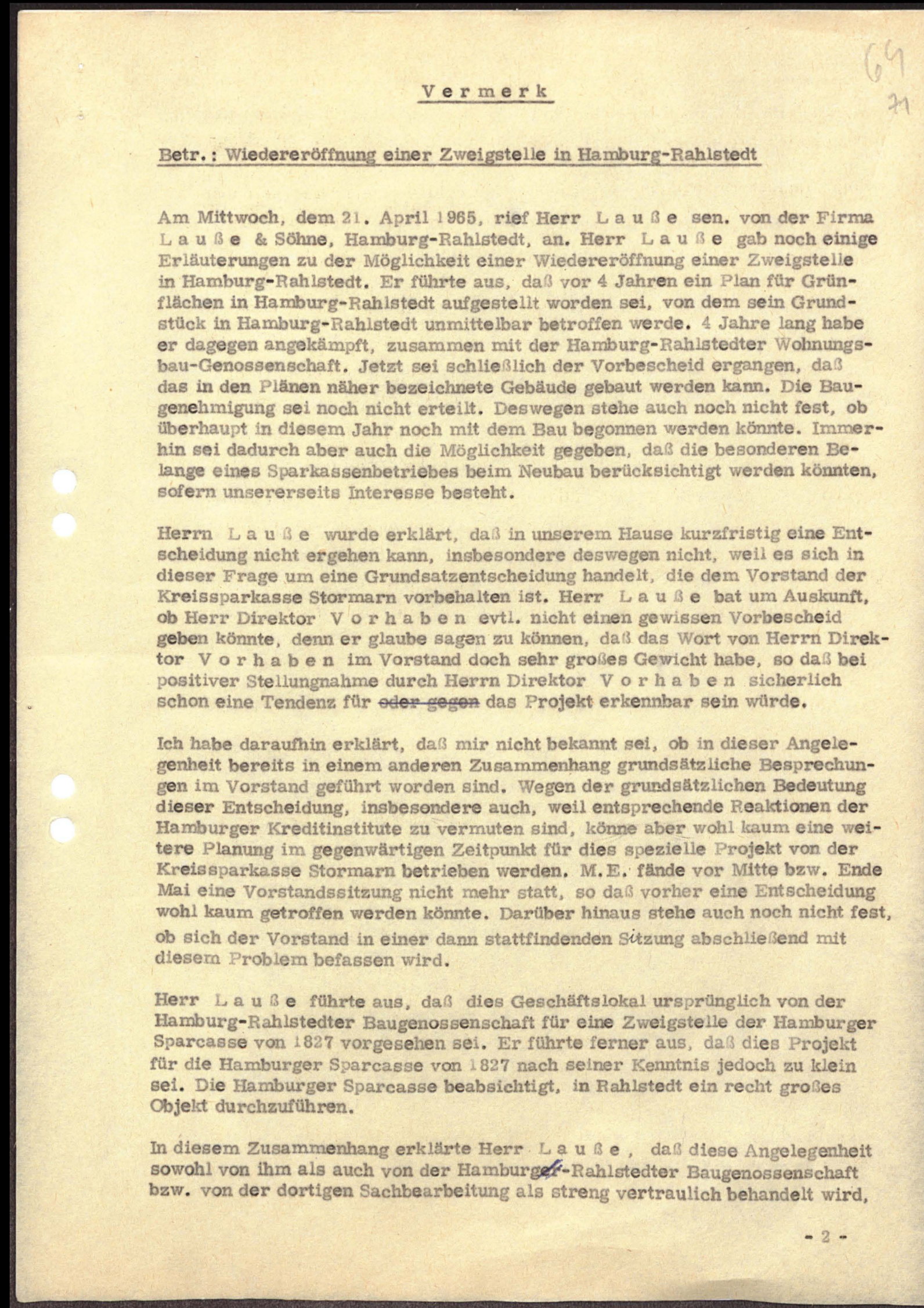
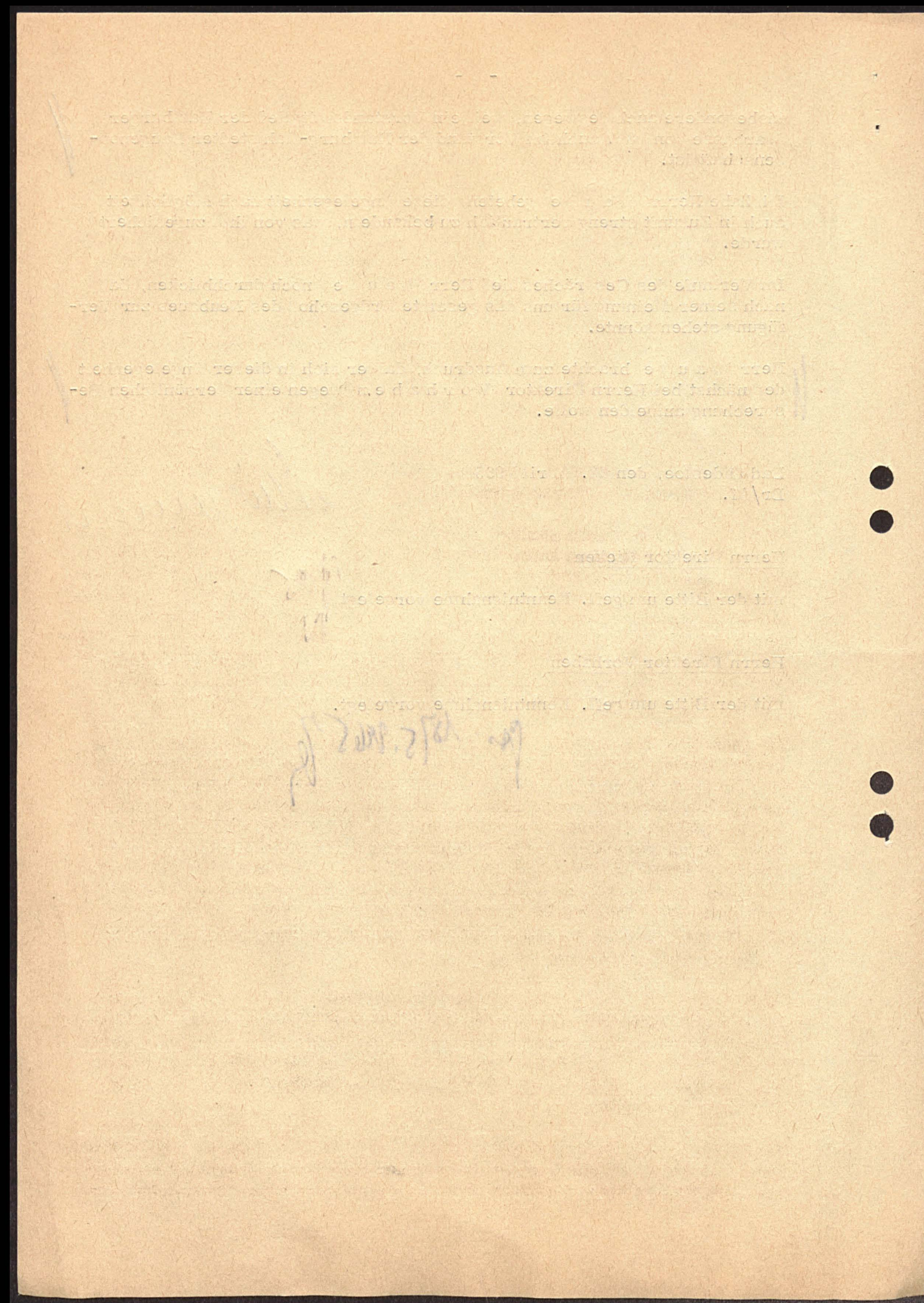
mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme vorgelegt.

1875.1965



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



Vermerk

Betr.: Wiedereröffnung einer Zweigstelle in Hamburg-Rahlstedt

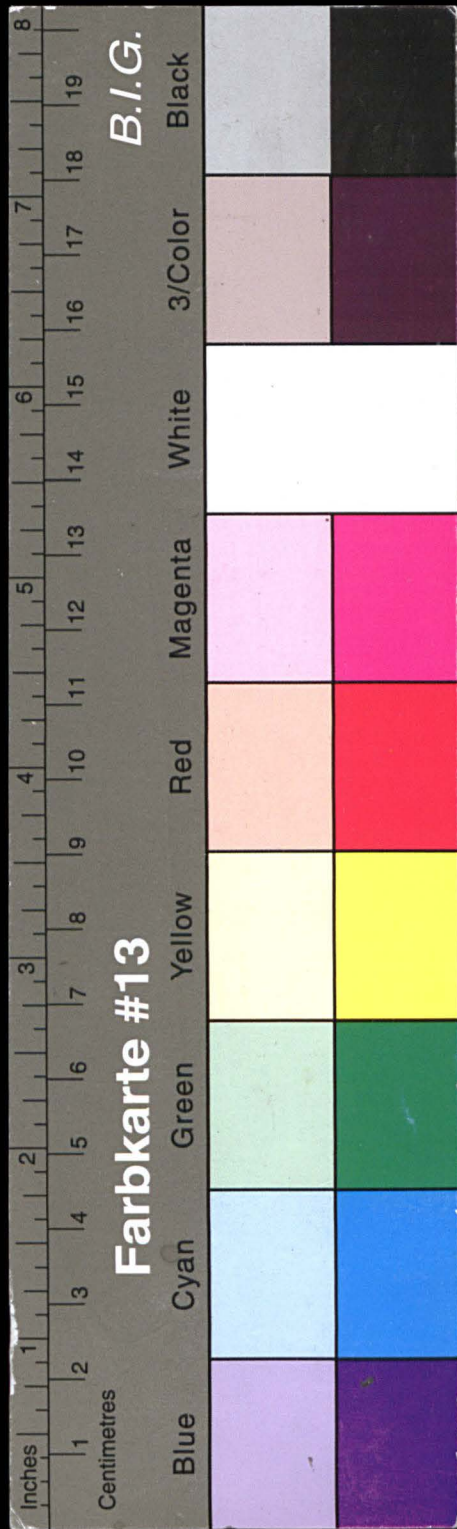
Am Mittwoch, dem 21. April 1965, rief Herr Laube sen. von der Firma Laube & Söhne, Hamburg-Rahlstedt, an. Herr Laube gab noch einige Erläuterungen zu der Möglichkeit einer Wiedereröffnung einer Zweigstelle in Hamburg-Rahlstedt. Er führte aus, daß vor 4 Jahren ein Plan für Grünflächen in Hamburg-Rahlstedt aufgestellt worden sei, von dem sein Grundstück in Hamburg-Rahlstedt unmittelbar betroffen werde. 4 Jahre lang habe er dagegen angekämpft, zusammen mit der Hamburg-Rahlstedter Wohnungsbau-Genossenschaft. Jetzt sei schließlich der Vorbescheid ergangen, daß das in den Plänen näher bezeichnete Gebäude gebaut werden kann. Die Baugenehmigung sei noch nicht erteilt. Deswegen stehe auch noch nicht fest, ob überhaupt in diesem Jahr noch mit dem Bau begonnen werden könnte. Immerhin sei dadurch aber auch die Möglichkeit gegeben, daß die besonderen Belange eines Sparkassenbetriebes beim Neubau berücksichtigt werden könnten, sofern unsererseits Interesse besteht.

Herrn Laube wurde erklärt, daß in unserem Hause kurzfristig eine Entscheidung nicht ergehen kann, insbesondere deswegen nicht, weil es sich in dieser Frage um eine Grundsatzentscheidung handelt, die dem Vorstand der Kreissparkasse Stormarn vorbehalten ist. Herr Laube bat um Auskunft, ob Herr Direktor Vorhaben evtl. nicht einen gewissen Vorbescheid geben könnte, denn er glaube sagen zu können, daß das Wort von Herrn Direktor Vorhaben im Vorstand doch sehr großes Gewicht habe, so daß bei positiver Stellungnahme durch Herrn Direktor Vorhaben sicherlich schon eine Tendenz für oder gegen das Projekt erkennbar sein würde.

Ich habe daraufhin erklärt, daß mir nicht bekannt sei, ob in dieser Angelegenheit bereits in einem anderen Zusammenhang grundsätzliche Besprechungen im Vorstand geführt worden sind. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Entscheidung, insbesondere auch, weil entsprechende Reaktionen der Hamburger Kreditinstitute zu vermuten sind, könne aber wohl kaum eine weitere Planung im gegenwärtigen Zeitpunkt für dies spezielle Projekt von der Kreissparkasse Stormarn betrieben werden. M.E. fände vor Mitte bzw. Ende Mai eine Vorstandssitzung nicht mehr statt, so daß vorher eine Entscheidung wohl kaum getroffen werden könnte. Darüber hinaus stehe auch noch nicht fest, ob sich der Vorstand in einer dann stattfindenden Sitzung abschließend mit diesem Problem befassen wird.

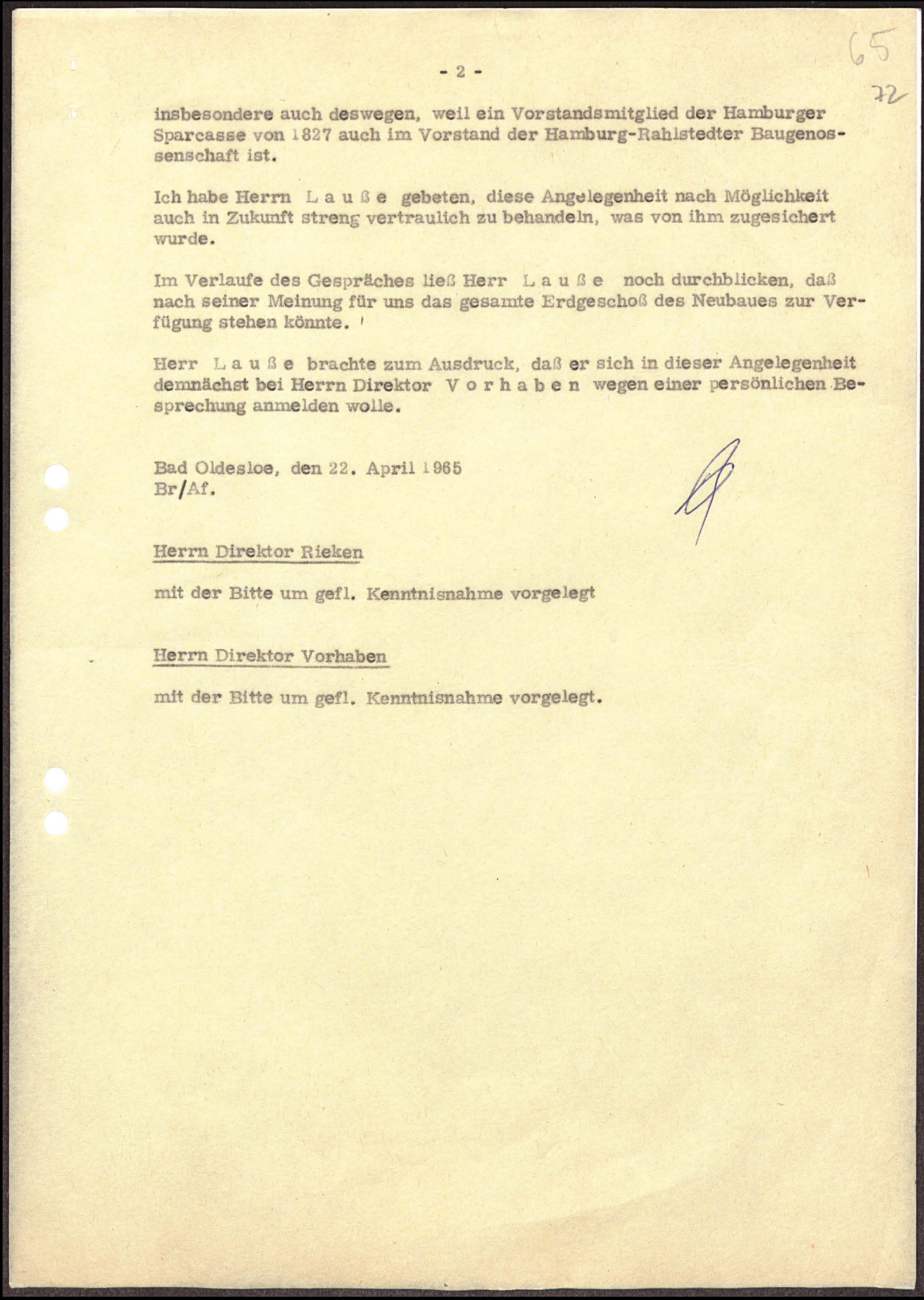
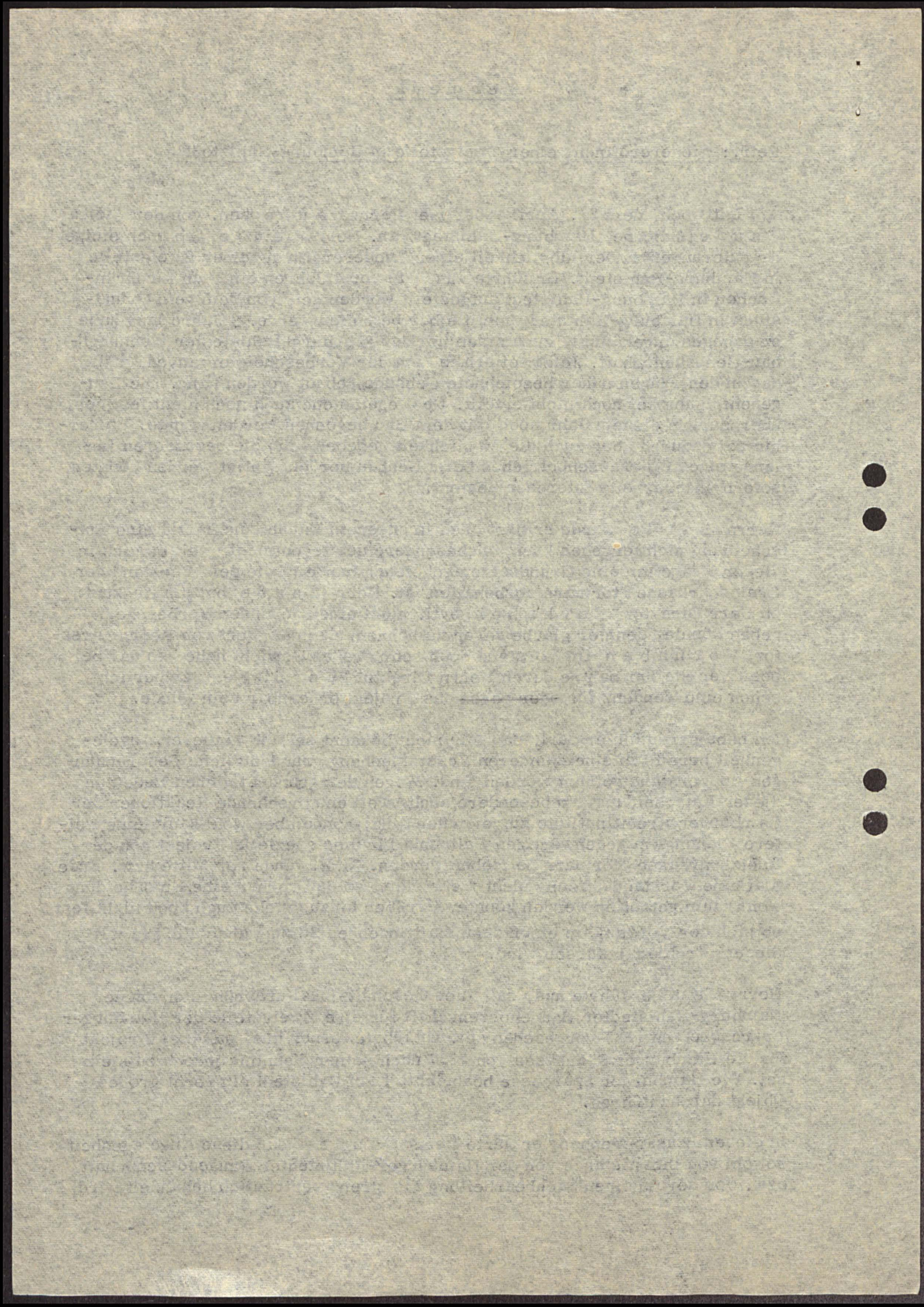
Herr Laube führte aus, daß dies Geschäftslokal ursprünglich von der Hamburg-Rahlstedter Baugenossenschaft für eine Zweigstelle der Hamburger Sparcasse von 1827 vorgesehen sei. Er führte ferner aus, daß dies Projekt für die Hamburger Sparcasse von 1827 nach seiner Kenntnis jedoch zu klein sei. Die Hamburger Sparcasse beabsichtigt, in Rahlstedt ein recht großes Objekt durchzuführen.

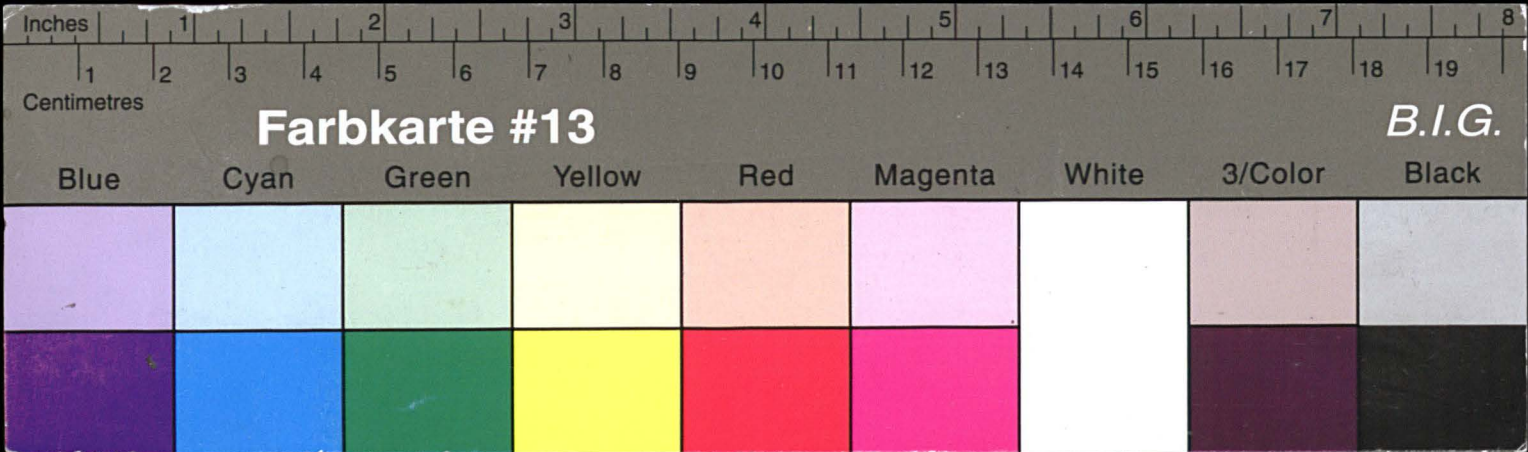
In diesem Zusammenhang erklärte Herr Laube, daß diese Angelegenheit sowohl von ihm als auch von der Hamburger-Rahlstedter Baugenossenschaft bzw. von der dortigen Sachbearbeitung als streng vertraulich behandelt wird,



Kreisarchiv Stormarn E103

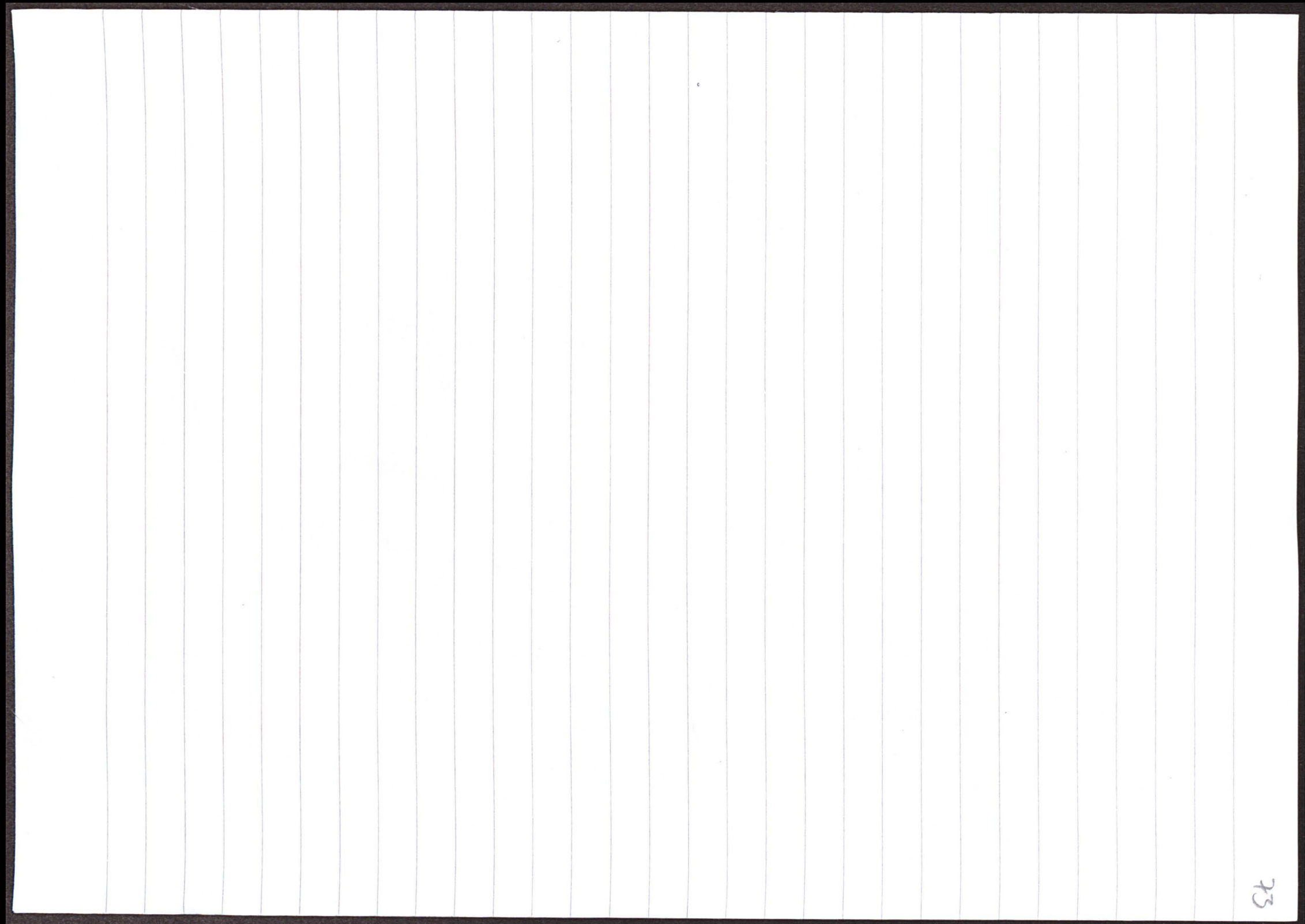
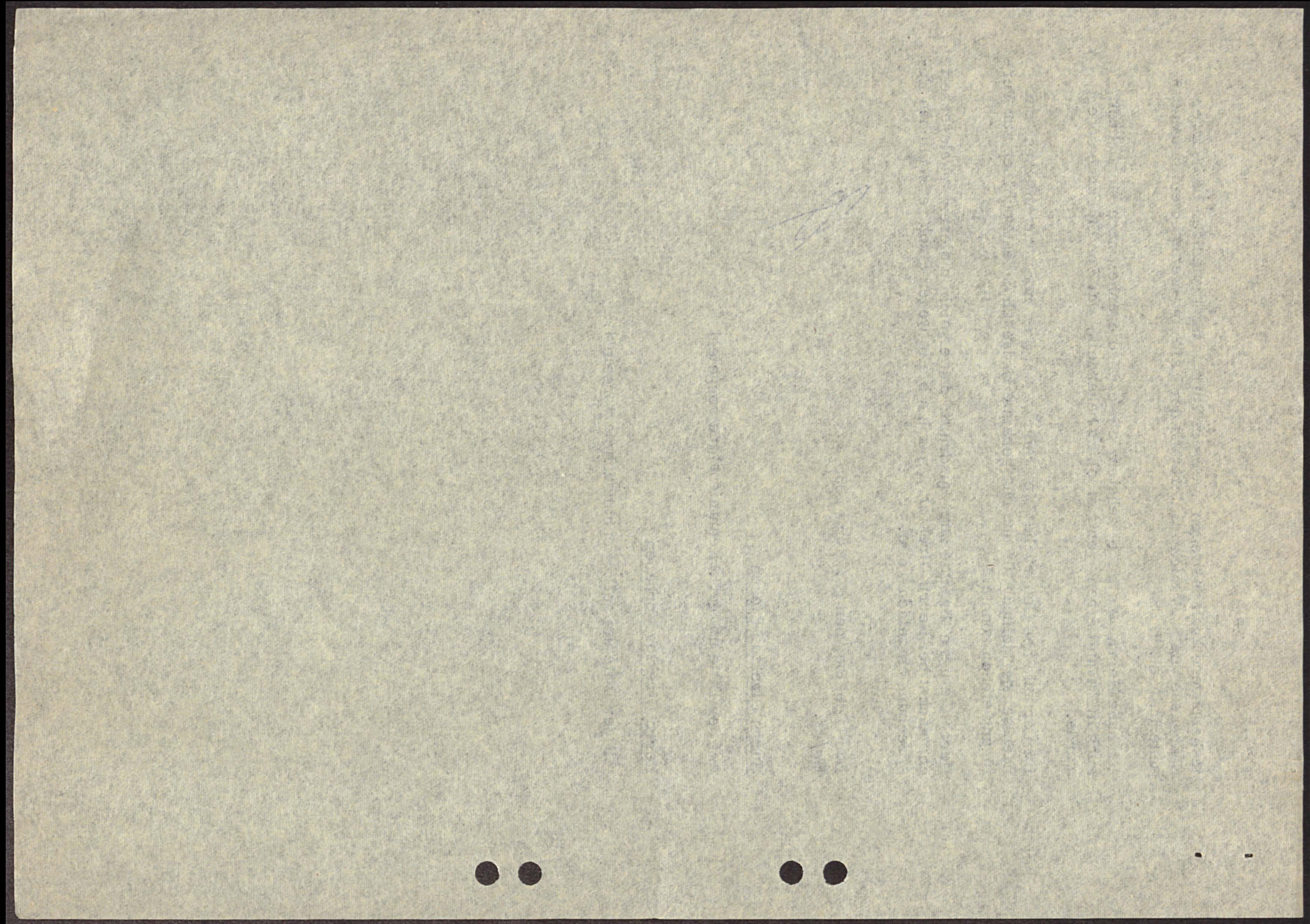
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

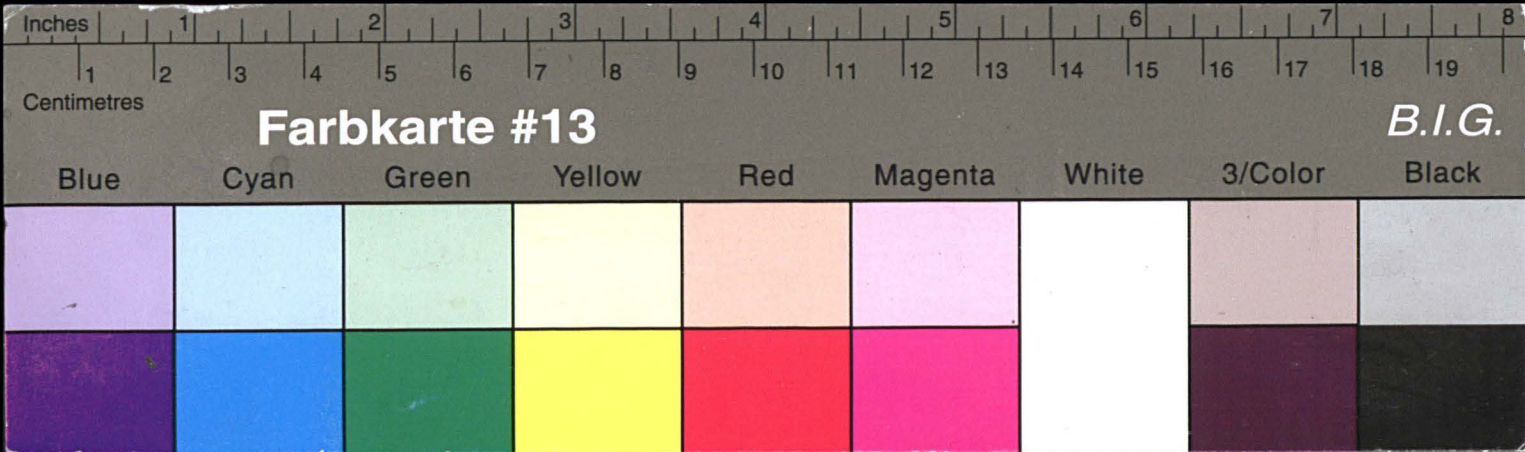




Kreisarchiv Stormarn E103

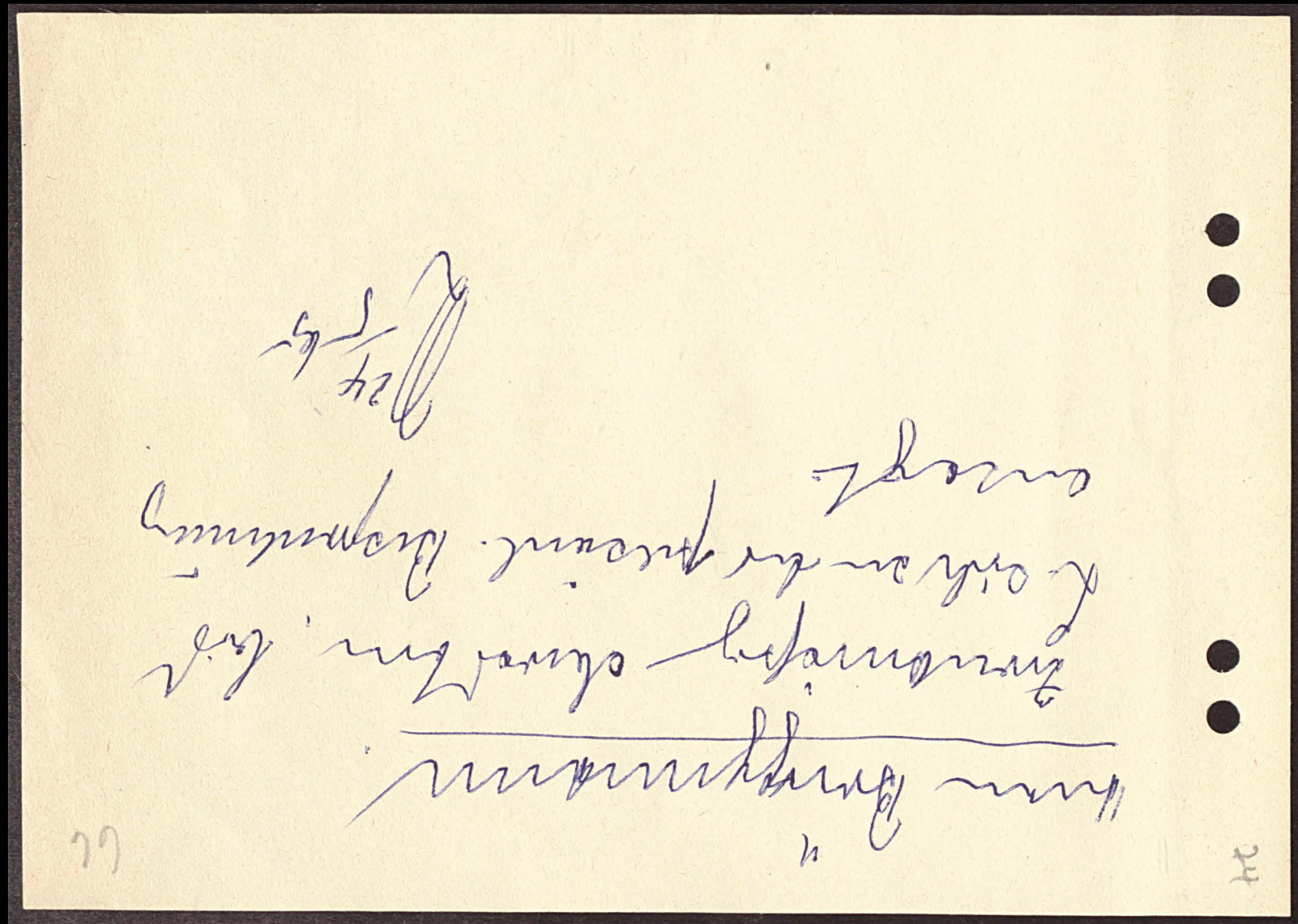
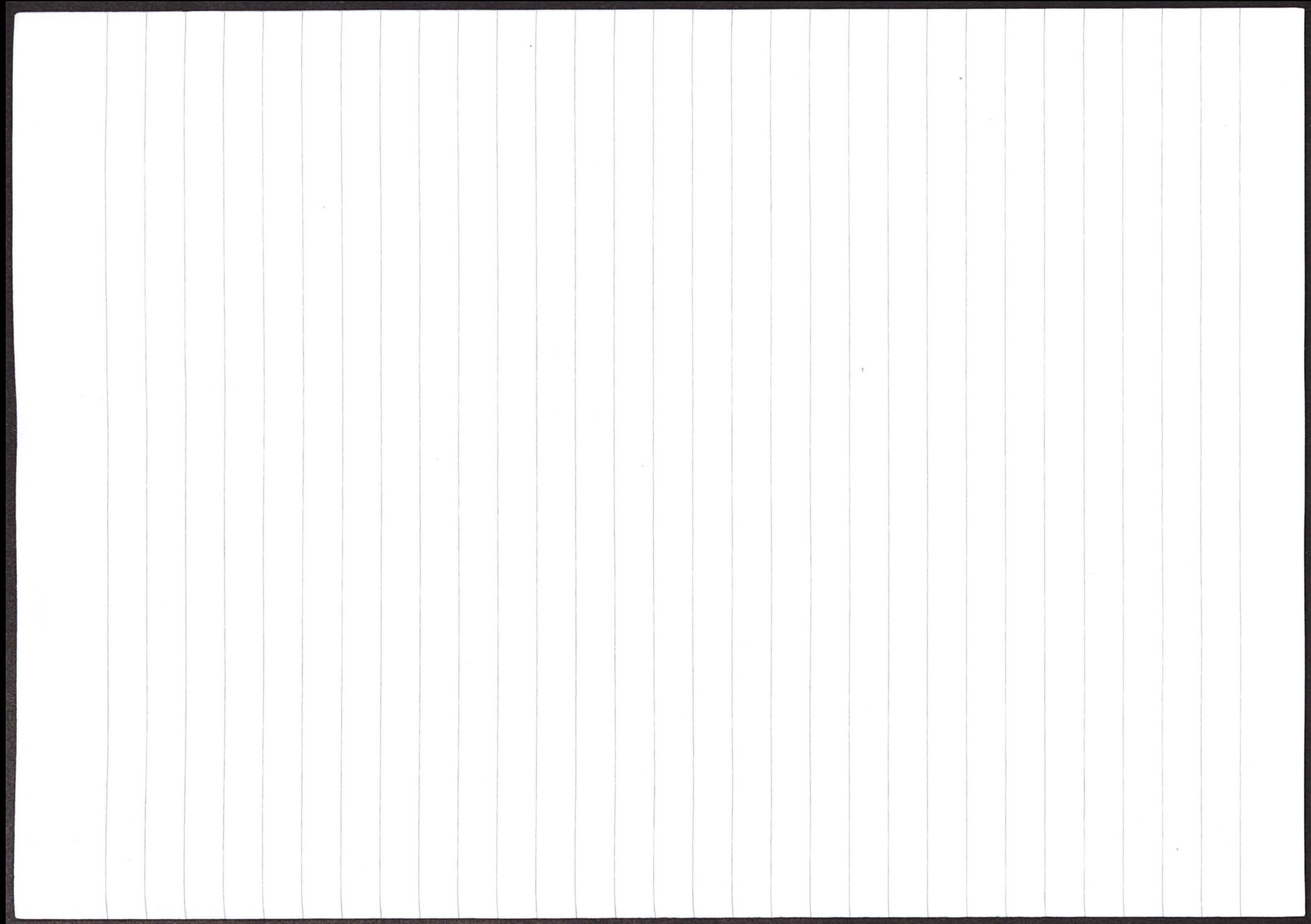
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

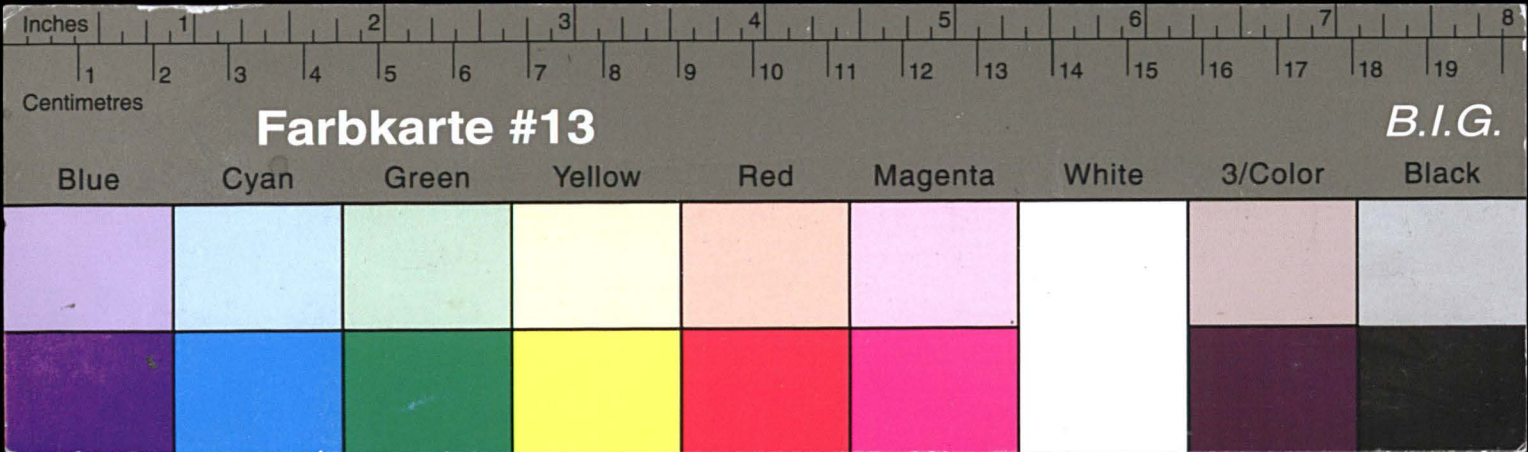




Kreisarchiv Stormarn E103

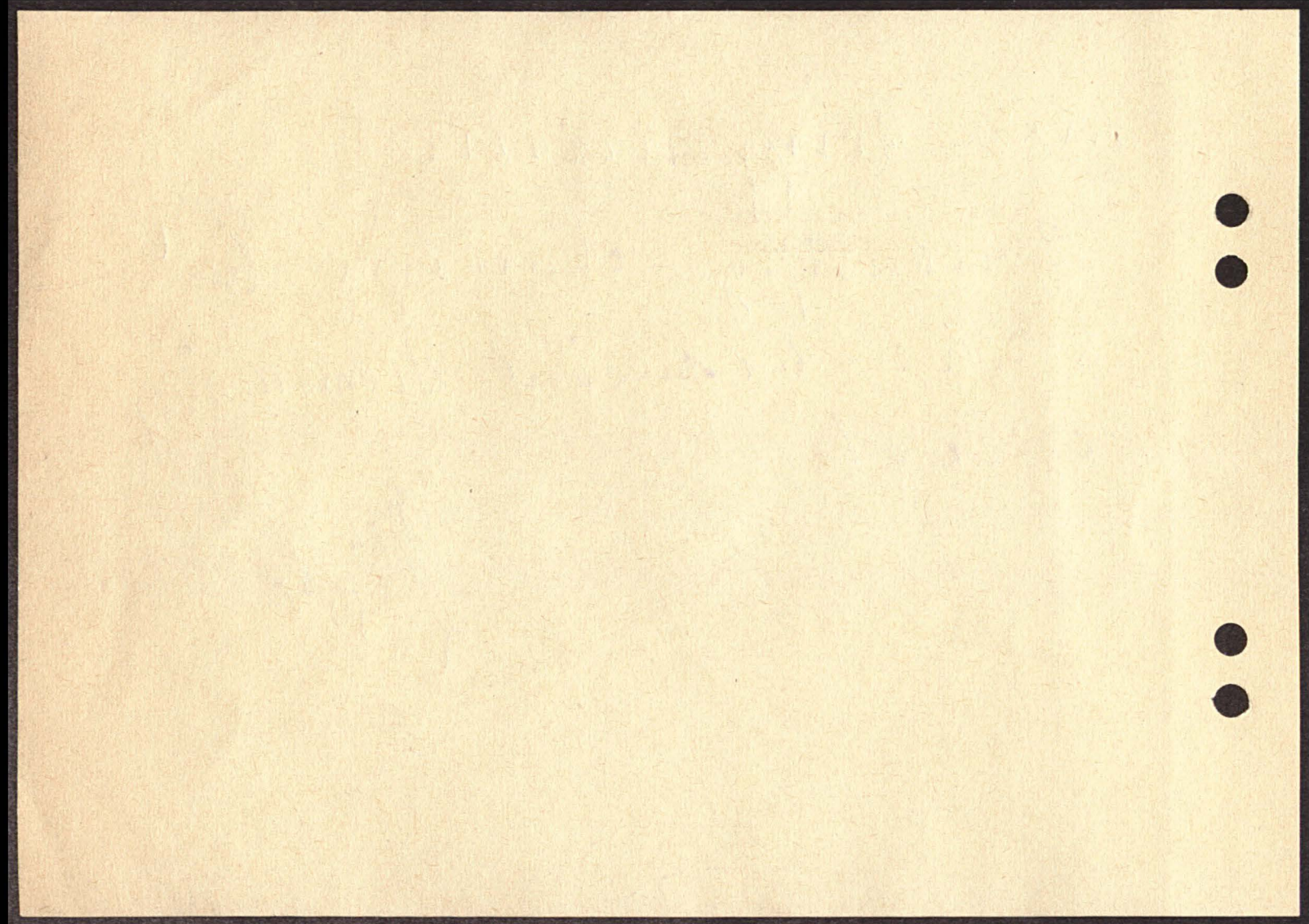
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



010/512
Allg. Verw. Nr. 21

Aufnahmeblock für Gesprächsprotokolle
Deutscher Gemeindeverlag - W. Kohlhammer

Vermerk über ein Gespräch

mit Herrn - Frau - Firma
Daupe, Hermann

Telefonisch
Persönlich

Datum - Uhrzeit: 18.50

8.7.65

in Hof - Radebeck

Telefon - Nr. - Nebenstelle:

aus Radebeck in Haus Radebeck

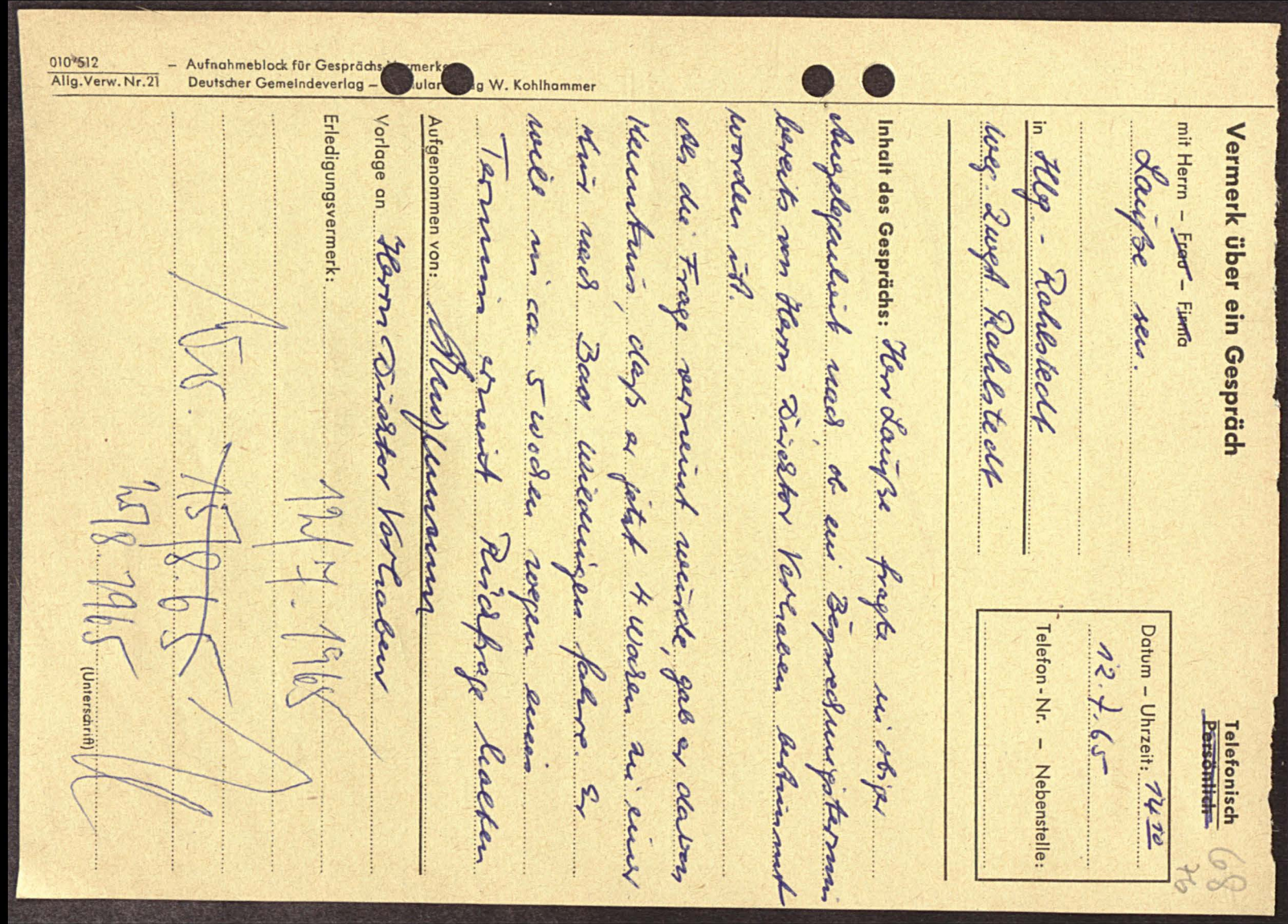
Inhalt des Gesprächs: Herr Daupe hat eine Rückfrage
zu Herrn Düster Vorhaben, ob er in der ersten
Hauptkassette nicht fünf weitere Worte
12. - 16.7.65
aus dem Gesprächsprotokoll bestimmen
könnte!
Wegen der Unmöglichkeit dass Angelegenheit mit
er, dass ihm diese Vorhaben nicht vor ihm
beendet in den ersten Hauptkassette wird,
er stellt am Dienstag, den 12.7.65 gegen 13
Aufgenommen von: Angewandte

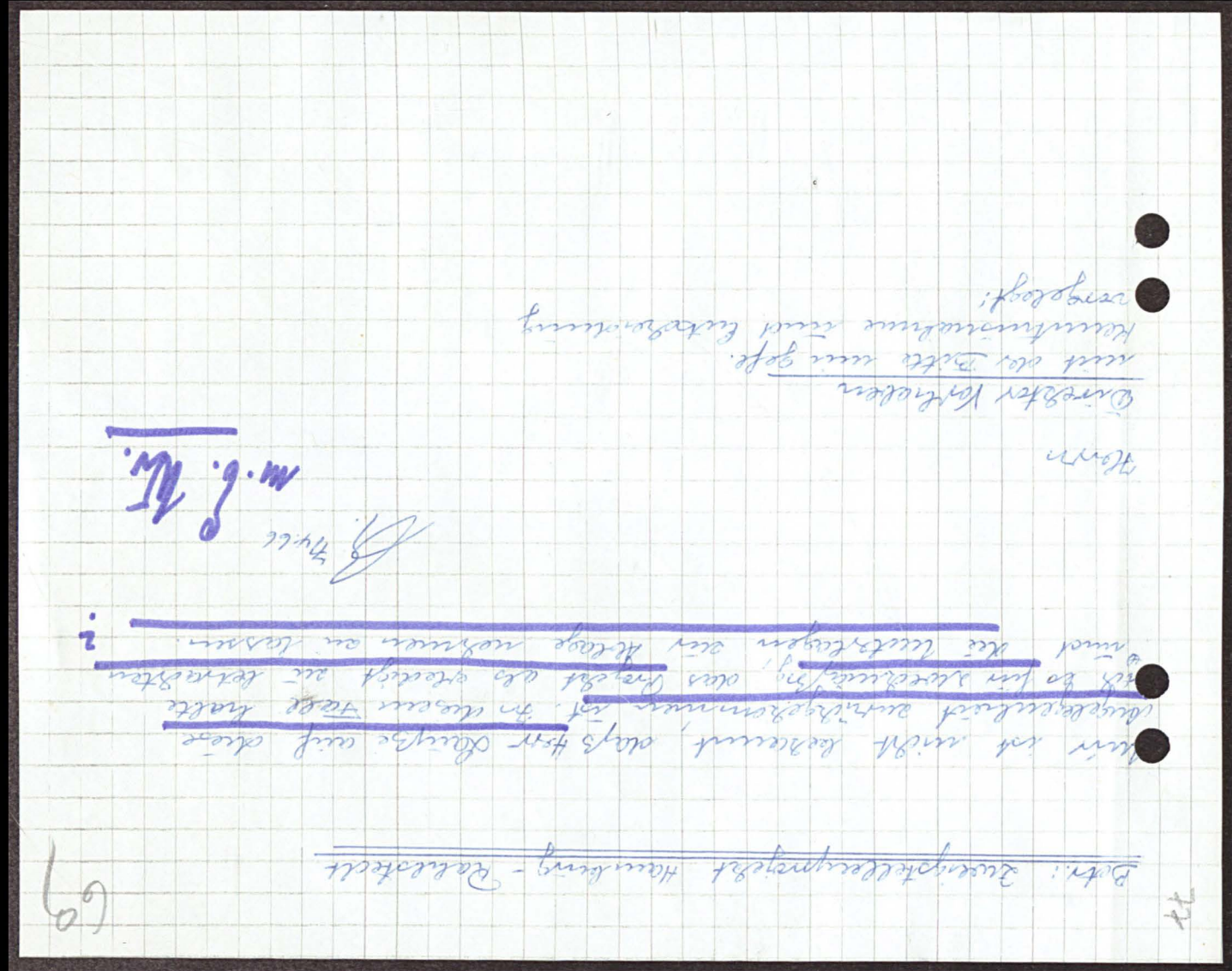
Vorlage an Herrn Düster Vorhaben

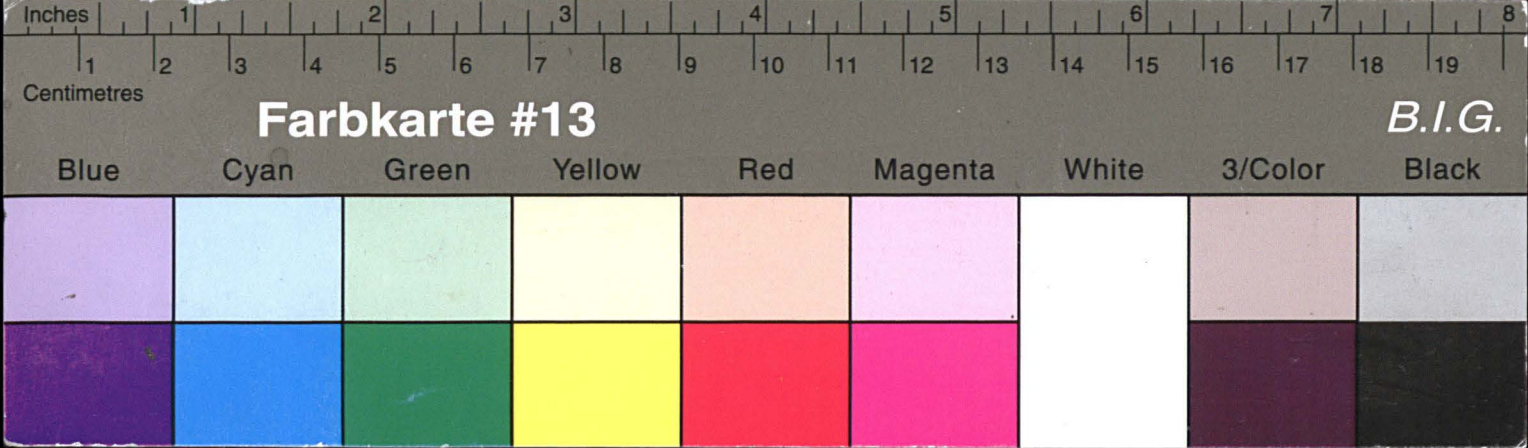
Erläuterungsvermerk:

18.7.1965

(Unterschrift)

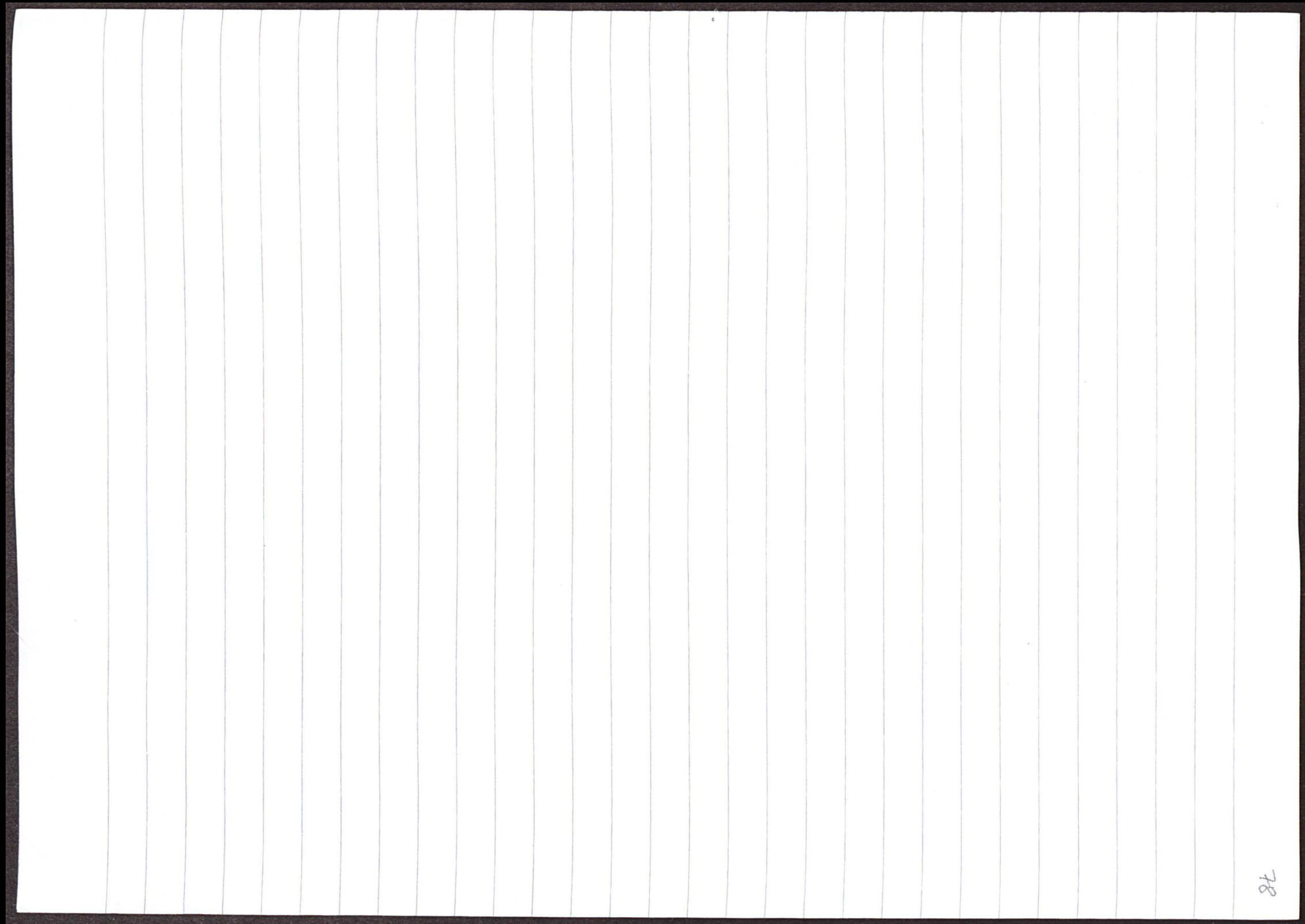
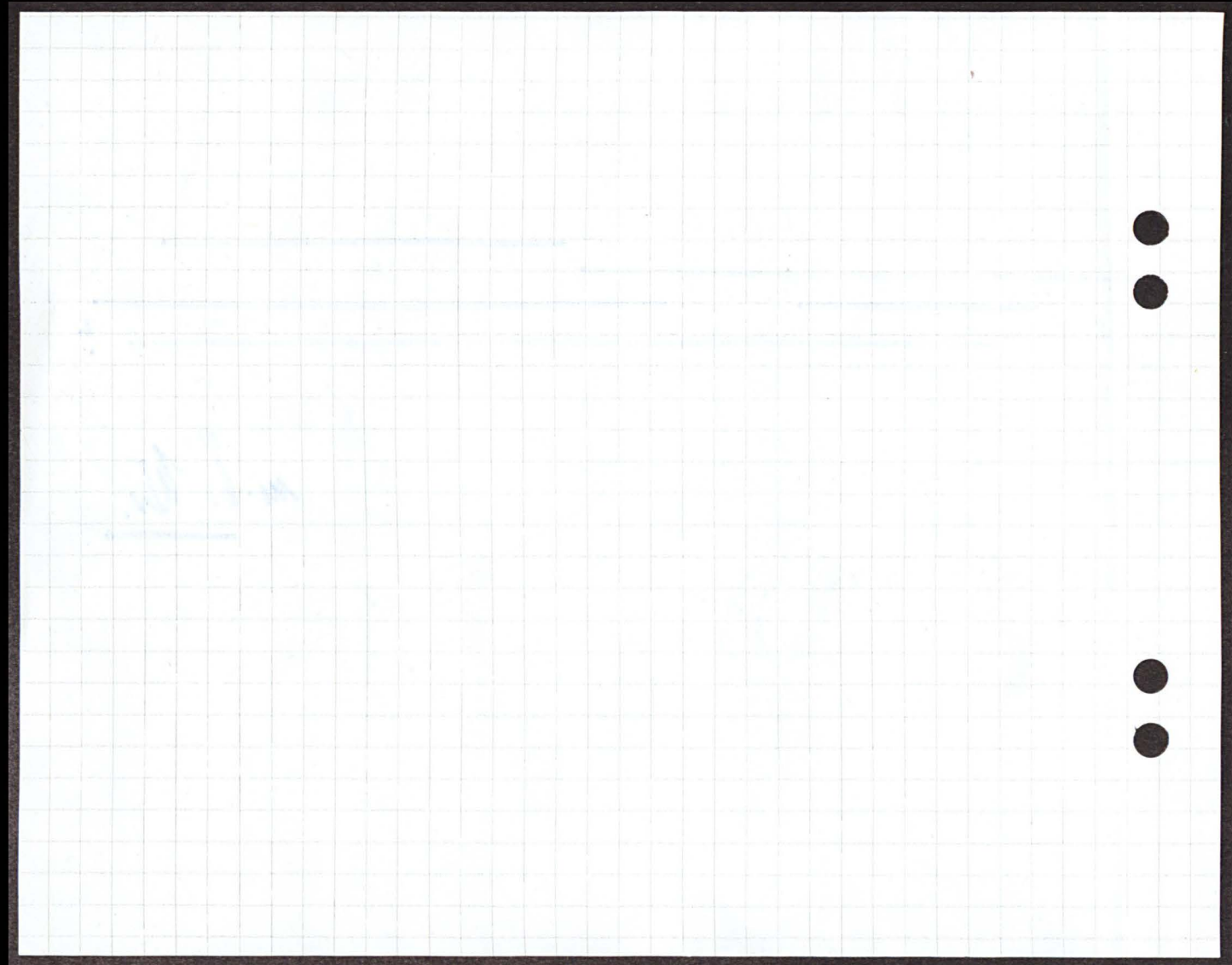


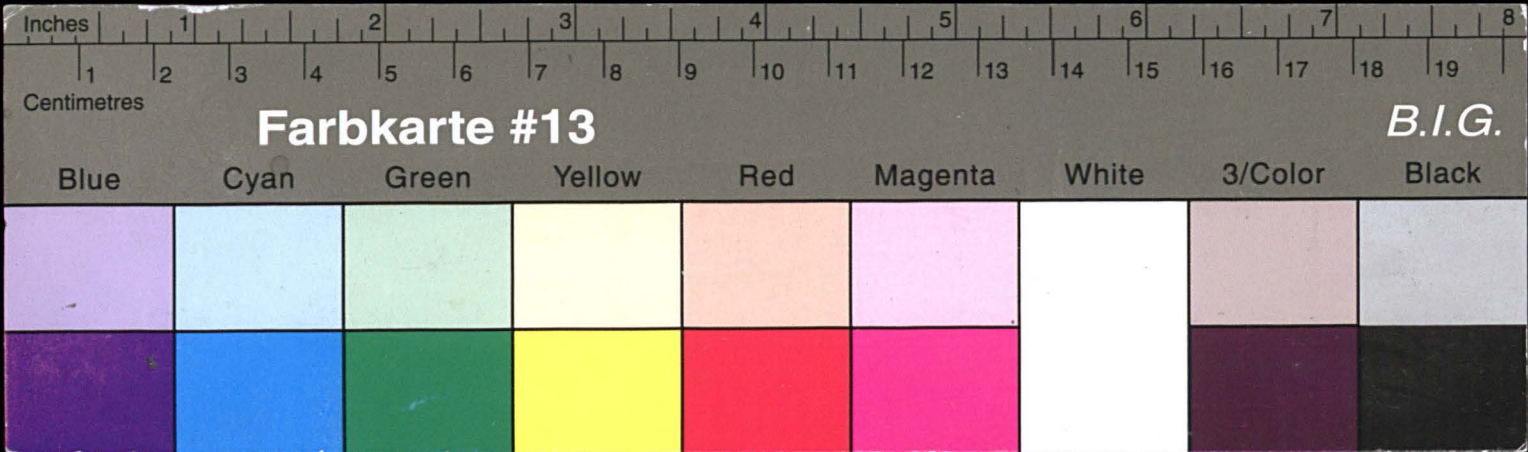




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

